C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 45 11. Juni 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

Die italienische Arbeiterklasse kämpft gegen den Faschismus



Am 28. Mai gegen 10.15 Uhr explodierte in Brescia (Norditalien) während einer antifaschistischen Gewerkschaftskundgebung eine von Faschisten plazierte Bombe. Die Bombe war mit mörderischer Bestialität an einer Stelle gelegt, wo die Menschen sich vor dem an diesem Tag über Brescia in Strömen niedergehenden Regen in einer Loggia zusammengedrängt hatten.
Sechs Menschen wurden auf der Stelle getötet, wurden von der Bombe zerrissen. Mehr als 80 Menschen wurden bei der Explosion verletzt, davon einige lebensgefährlich. Mindestens einer davon ist inzwischen ebenfalls gestorben. Unter den Toten sind die Genossin Giulietta Banzi von der kommunistischen Organisation „Avanguardia Operaia", eine Genossin der PCI, ein Funktionär der CGIL-Lehrergewerkschaft und seine Frau.

In kürzester Zeit hatte sich in den Fabriken die Nachricht von dem faschistischen Blutbad verbreitet – vielfach durch das Eingreifen von Organisationen der revolutionären Linken, die mit der Nachricht in die Betriebe gingen. In vielen Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, um Versammlungen und Demonstrationen durchzuführen. In vielen Städten kam es noch am Abend des Anschlags zu weiteren spontanen Demonstrationen. Erstmals war die beherrschende Parole dieser Tage zu hören: *„MSI fuorilegge, no alle DC che lo protegge!"* – Verbot der MSI (neofaschistische Partei), nein zur DC (Christdemokratische Partei), die sie schützt!

Für den folgenden Tag, 29. Mai, hatten die Gewerkschaften zu einem vierstündigen Generalstreik und zu Protestdemonstrationen aufgerufen.

Der Streik wurde fast 100%ig befolgt – auch dort, wo sich sonst bisweilen noch Angestellte als Streikbrecher betätigt hatten.

Der antifaschistische Aufmarsch des italienischen Proletariats übertraf fast überall die vergleichbaren Zahlen der letzten Jahre. Eine unzählbare Menge – die bürgerliche Presse spricht von 300.000 Menschen – auf der Kundgebung in Rom, 250.000 in Mailand, 200.000 in Neapel, 100.000

Fortsetzung Seite 8

Portugal:
„Junta zur Rettung des Kapitalismus"
Revisionistische „KP" im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiter

In unserem Artikel in AK 44 „Machtwechsel in Portugal" hatten wir dargestellt, daß es beim Sturz des faschistischen Caetano-Regimes durch den Putsch demokratischer Soldaten und Offiziere (am 25.4.74) zunächst einmal um einen „Taktikwechsel" der portugiesischen Bourgeoisie geht.

Angesichts eines militärisch aussichtslosen Krieges in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, der für Portugal auch wirtschaftlich immer untragbarer wurde, angesichts einer weitgehend „demoralisierten" Armee und und einer relativ starken Opposition aller Schattierungen gegen den Krieg

Fortsetzung Seite 10



Streikende Werftarbeiter in Lissabon: Noch heißt es auf den Plakaten „Viva Spinola" („Es lebe Spinola") – nicht mehr lange.

DRUPA-Hamburg:
Gewerkschafts-Führer leiten Massenausschluß ein!

Jetzt haben auch die Hamburger DRUPA-Führer die erste größere Massenausschluß-Aktion dieser Gewerkschaft eingeleitet. Am Wochenende vor Erscheinen dieser Ausgabe müssen 12 Ausschluß-„Anträge" als definitiv angesehen werden. Daß es sich dabei nur um den Anfang handelt, ist mehr als wahrscheinlich.
Das Schreiben, in dem die Gewerkschaftsführer den Kollegen ihre Absichten mitteilen, hat in der Regel folgenden Wortlaut:

„Werter Kollege . . .,
der Vorstand des Ortsvereins Hamburg hat gemäß § 11, Ziff. 1 a) der Satzung gegen Dich Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft gestellt. Der Ausschlußantrag wird mit laufender Zuwiderhandlung gegen den Abgrenzungsbeschluß des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier vom 9. März 1973 begründet.
Der Landesbezirksvorstand wird den Ausschlußantrag auf seiner Sitzung am 11. Juni 1974 behandeln. Gemäß § 11, Ziff. 2 der Satzung ist Dir als Betroffenem Gelegenheit zur Verteidigung zu geben.
Gelegenheit zum rechtlichen Gehör wird Dir durch den Landesbezirksvorstand am Dienstag, 11. Juni 1974, um . . . geboten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Heinz Wolf"

Zusammen mit dem Betriebsrat W. von Auerdruck, Hamburg (siehe AK Nr. 44) haben die DRUPA-Führer in Hamburg somit derzeit 13 Ausschlußverfahren in „Arbeit".

Ebenso wie bei den anderen in Hamburg bisher erfolgten politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen (HSW, HDW, Reichhold etc.) handelt es sich bei den vom DRUPA-Ausschluß bedrohten Gewerkschaftern um diejenigen, die in den Betrieben und in der Gewerkschaft beim Kampf für die Interessen der Arbeiter in der vordersten Reihe stehen. Viele von ihnen befinden sich derzeit in Arbeitsgerichtsverfahren, in denen es um die – schon erfolgten – Kündigungen durch die Kapitalisten geht. Unter den jetzt von den DRUPA-Führern mit Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kollegen befinden sich u.a. die bei Springer im letzten Jahr in einer antikommunistischen Hetzkampagne aus dem BR gedrängten Angestellten, zwei Vertrauensleute der Firma Broschek, einer davon schon fristlos gekündigt, Vertrauensleute bei Auer-Druck, zwei Journalistinnen des „Stern", ebenfalls Vertrauensleute der DRUPA. Eine von ihnen ist Ulla K., die erst kürzlich ihre Kündigung erhielt. (siehe AK 43 und 44)

Schon diese unvollständige Zusammenstellung macht deutlich, auf welche Kollegen es die Hamburger DRUPA-Führer abgesehen haben.

Als letztes Startzeichen zum Losschlagen scheinen sich die DRUPA-Führer die Herausbildung einer Aktionseinheit der Hamburger DRUPA-Linken ausgesucht zu haben.

Diese jetzt existierende Aktionseinheit stellt insofern eine n e u e Q u a l i t ä t gegenüber den früheren sporadischen Treffen der Hamburger DRUPA-Linken dar, als sie sich klar abgesteckte Aufgaben gestellt hat, eine Arbeitskommission zustandegebracht hat, regelmäßig – und zwar p o l i t i s c h – diskutiert. Das wichtigste an dieser ganzen Aktionseinheit aber ist bisher: Sie hat sichtbare Ergebnisse vorzuweisen.

Die Aktionseinheit hat inzwischen ihre erste „Alternative" (Zeitschrift der Hamburger DRUPA-Linken) mit dem Thema: „Gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse" vorgelegt. Es handelt sich dabei um eine Dokumentation, die den (gelungenen) Versuch unternimmt, die politischen Angriffe einzuordnen und eine Perspektive des Kampfes dagegen zu skizzieren.

Am Schluß schreiben die Genossen:

„Wir – die Herausgeber – sind uns darüber im Klaren, daß der Inhalt dieser Broschüre nur einen Teil der gesamten Angriffe der Unternehmer auf die Arbeiter und Angestellten ausmachen.

Gegenwärtig erleben wir eine Konzentrations- und Rationalisierungswelle in der Druckindustrie, die in ihren Auswirkungen uns alle betrifft! Hingewiesen sei nur auf die Massenentlassungen bei Auer-Druck, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Laut der jüngsten Ausgabe des West-Berliner „Extra-Dienst" ist noch in diesem Jahr mit der Stillegung der „Morgenpost" (Hamburg, AK-Red.) *zu rechnen.*

Wir haben beschlossen, dieser Dokumentation eine weitere folgen zu lassen, die sich mit den Rationalisierungen in der Druckindustrie befassen soll."

Die Genossen weisen in ihrer Broschüre auf die Notwendigkeit einer breiten demokratischen Auseinandersetzung in den Gewerkschaften hin und bekunden ihre feste Absicht, diese Auseinandersetzung einzuleiten *„auch in der Gewißheit, daß die Gewerkschaftsführung mit allen Mitteln des Drucks, der Verleumdung und des Ausschlußterrors versuchen wird, dies zu verhindern!"*

Die jetzt eingeleiteten Ausschlüsse sind eine – allzu prompte – Bestätigung für die Richtigkeit dieser Einschätzung der Aktionseinheit der Hamburger DRUPA-Linken.

Erneut haben die Gewerkschaftsführer gezeigt, daß s i e e s s i n d, die die Gewerkschaften zu einseitig sozialdemokratischen R i c h t u n g s - g e w e r k s c h a f t e n machen wollen und sich dabei nicht scheuen, die Spaltung unter Zuhilfenahme von Massenausschlüssen a k t i v zu betreiben.

Was uns – den KOMMUNISTISCHEN BUND – angeht, so werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, sei es durch unsere Propagandaarbeit, sei es durch unsere Genossenschaften, den Kampf der Ausgeschlossenen um demokratische Auseinandersetzung in den Gewerkschaften und um ihre Wiederaufnahme in die Gewerkschaft zu unterstützen. ●

Druck-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Die Lage bei VW
AUTOMOBILKONZERNE BEREITEN MASSENENTLASSUNGEN VOR

Kurzarbeit bei VW im Februar, April und Mai, Kurzarbeit bei Ford von Januar bis März, Kurzarbeit bei Opel im März und Mai, Kurzarbeit bei Audi-NSU, Kurzarbeit bei BMW, Kurzarbeit bei Hanomag-Henschel... Kurzarbeit auch bei einer Reihe von Zulieferbetrieben der Automobilindustrie (jüngst hat die Teves-Bremsenfertigung für 2000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet).

In der Automobilindustrie kriselt's. Der jahrelange Absatzboom hat ein Ende. Die zunehmende Verschlechterung der Lage der Werktätigen hat – notwendigerweise – auch den Automobilabsatz gebremst, immer weniger Menschen können sich ein neues Auto leisten.

Für die großen Konzerne bedeutet das vorübergehende Profitstockungen. Doch schon ist man dabei, diese aufzufangen. Die Kurzarbeit ist ein Mittel dazu, Preiserhöhungen wie bei VW ein anderes. Andere wesentlich wirksamere Waffen werden gerade geschärft: Rationalisierungen und im Gefolge Massenentlassungen, verstärkter Kapitalexport mit demselben Effekt.

Das Ziel der Kapitalisten ist auch hier eindeutig die Profitsanierung auf Kosten und zu Lasten der Arbeiter.

Kurzarbeitswelle bei VW

Zum zweiten Mal in diesem Jahr mußten die Volkswagenarbeiter kurzarbeiten. Das erste Mal vom 28. Januar bis 8. Februar 15.000 Arbeiter; das zweite Mal 45.000 Arbeiter vom 22. April bis 3. Mai. Dazu kommen

Fortsetzung Seite 2

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

AUTOMOBILKONZERNE BEREITEN MASSENENTLASSUNGEN VOR

Forts. Massenentlassungen

noch ca. 20 000 Kurzarbeiter aus der VW-Tochter Audi/NSU. Diese Kurzarbeit ist allem Anschein nach nicht die letzte gewesen, VW hat bereits für den 24. Mai bis 31. Mai erneut Kurzarbeit für ca. 29.000 Arbeiter angemeldet.

Die materiellen Einbußen für die betroffenen Arbeiter sind mit ca. 150,- DM - 200,- DM in zehn Tagen beträchtlich; hinzukommt der ungeheure Druck – beispielsweise sank



VW hängt in der Luft — In Wolfsburg stehen neun Tage lang die Bänder still

der Krankenstand in der letzten Zeit bei VW von 7 auf 3 %. (Sicherlich nicht deswegen, weil die Kollegen weniger krank sind.) Gleichzeitig wird ein Einstellungsstop verhängt, der bereits zu einer Reduzierung der Belegschaft um 1.300 Mann führte.

Was ist los im größten Konzern der BRD – schon seit langem geistern durch die bürgerliche Presse „Hiobsbotschaften" über VW – „*Kostenexplosion und Absatzkrise, VW fährt in die roten Zahlen*" („Welt" 19.4.) „*Bei VW drohen 1974 Verluste*" („HB", 5.4.) usw. ....

Tatsache ist, daß VW in „Absatzschwierigkeiten" steckt. Laut Werksangaben ist der Verkauf im 1. Quar-

schwierigkeiten" steckt. Laut Werks-
angaben ist der Verkauf im 1. Quar-

tal '74 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 24 % gesunken, in den USA sogar um 31,5 % (in den USA werden gut 1/3 aller VW-Produkte abgesetzt). Die Blechhalde hat sich sogar um 40 % auf 472.000 (!) Fahrzeuge erhöht, die Auftragseingänge sanken zeitweilig um bis zu 50 %. Dies alles liegt angeblich – wie sollte es auch anders sein – an der „Ölkrise", der „autofeindlichen" Regierungspolitik und last not least an den Lohnerhöhungen:

„*Die Gründe für den Absatzrückgang sind nach den Worten des VW-Chefs auf allen Märkten etwa gleich: Die allgemeine konjunkturelle Verunsicherung, die Auswirkungen der Benzinsparmaßnahmen und die enormen Inflationsraten, die voll auf das Auto durchschlügen, so etwa bei den Preisen, den Versicherungsprämien, den Reparaturkosten oder den Benzinpreisen. Hinzu komme eine Vielzahl von Versuchen, die Nutzung des Autos einzuschränken oder gar zu verhindern.*" („Welt", 19.4.74) und noch zynischer heißt es in der „Süddeutschen Zeitung" vom 23.4.: „*VW arbeitet bereits mit Verlust. Es kann nicht, wie der öffentliche Dienst, den Steuerzahler schröpfen. Es muß sich vielmehr sein Geld auf dem Markt verdienen. Zwar wollte es in der Hektik vergangener Tarifrunden niemand wahrhaben, daß in bestimmten konjunkturellen Situationen mit Lohnexpansion (!!!) Arbeitslosigkeit produziert wird... Hier wird letzten Endes die von ÖTV-Chef Kluncker gemachte Zeche fällig. Die von ihm erzwungene Lohnsteigerung ist in vielen Privatbetrieben einfach nicht hereinzuwirtschaften. Doch wer davor warnte, wie der Bundeswirtschaftsminister Friederichs, lief Gefahr, zu einer Art (?) Unternehmerknecht gestempelt zu werden.*"

Überproduktion führte zur Krise

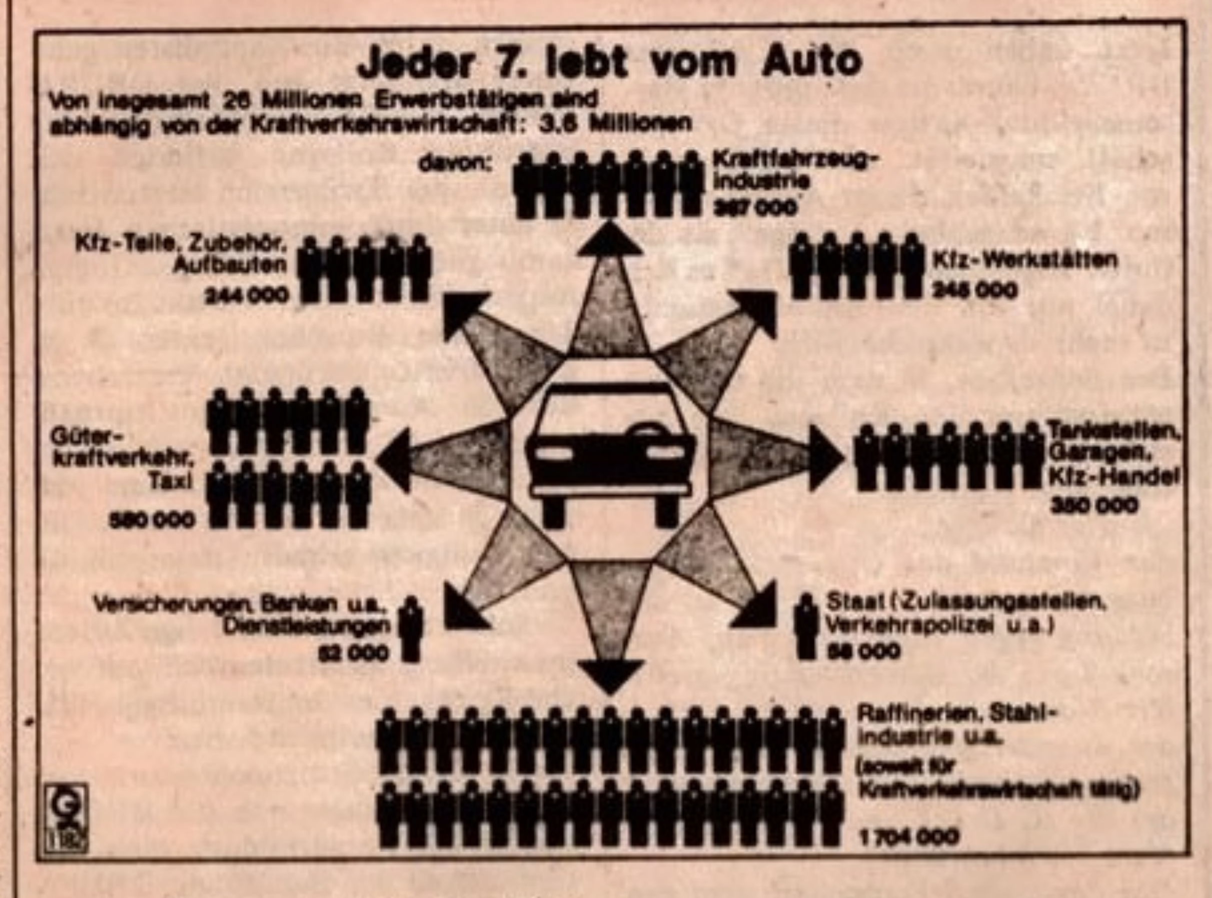
Tatsächlich liegt die Ursache für den Absatzschwund in einer wahnwitzig betriebenen Überproduktion in den vergangenen Jahren. Diese Entwicklung beschränkt sich nicht auf VW, sondern findet ihren Niederschlag in allen internationalen Autokonzernen. Trotz sinkenden Absatzes wurde weiter produziert wie bisher – dies, um eine bestimmte Profitrate (die durch eine bestimmte Stückzahl erreicht wird) zu halten. Bei VW sieht dies beispielsweise so aus, daß der Absatz von ca. 2,3 Mio Fahrzeugen 1971 auf ca. 1,8 Mio 1973 sank – fast exakt um 1/2 Mio, soviel wie jetzt auf Halde stehen – was die geplante Überproduktion deutlich macht. Jetzt, nachdem die „Misere" perfekt ist, versucht der VW-Vorstand (der übrigens mehrheitlich von SPD-Mitgliedern besetzt ist (IGM-Chef Loderer ist Aufsichtsratsmitglied), die Schwierigkeiten über Kurzarbeit voll auf die Belegschaft abzuwälzen. Die befristete Entlassung von 45.000 Arbeitern bringt den VW-Konzern wieder näher an die Profitlinie – zum einen steht die Produktion für eine bestimmte Zeit, zum anderen werden die Kosten, der Lohnausfall ausschließlich von den Arbeitern selbst getragen – der Betrieb zahlt keinen Pfennig. Das Kurzarbeitergeld wiederum wird aus Steuergeldern gezahlt – indirekt also auch von der Arbeiterklasse getragen...

Zynischerweise wird die Kurzarbeit als „Mittel zur Umgehung von Entlassungen" dargestellt. Zum einen ist durch Kurzarbeit noch nie eine drohende Entlassungswelle vermie-

ist durch Kurzarbeit noch nie eine
drohende Entlassungswelle vermie-

den, sondern lediglich verschoben worden. Zum anderen wird mit derartigen Thesen versucht, die Belegschaft vor die scheinbare Alternative Kurzarbeit oder Entlassungen zu stellen, daß die Belegschaft sich also aussuchen „darf", wie sie die Auswirkungen der Absatzkrise tragen will. Tatsache ist jedoch, daß die Arbeiter absolut keinen Grund haben, auch nur einen Teil von Krisenauswirkungen zu tragen, sondern daß sie sich im Gegenteil mit allen Mitteln gegen derartige Versuche wehren müssen.

Daß bei VW längerfristig noch ganz andere Sachen als Kurzarbeit anstehen, wird deutlich an der bereits vor längerer Zeit eingeleiteten Rationalisierungswelle:



Großangelegte Rationalisierungswelle bei VW

„*VW-Chef Rudolf Leiding nahm das Lenkrad fest in die Hand, straffte die Investitionen, verordnete energische Sparmaßnahmen, rationalisierte die Fertigung und konzipierte eine neue weltweite Modellreihe nach dem Baukastensystem..... Die von Leiding konzipierte Konzernpolitik zielt neben den neuen Modellplänen auch auf eine internationale Verbundproduktion ab. Bald werden wir nicht mehr wissen, ob in den in Wolfsburg gefertigten Wagen Aggregate aus Brasilien oder Mexico eingebaut sind.*" („Handelsblatt", 15.5.1973)

Zwei Schwerpunkte also – Straffung und Rationalisierung der Produktion insgesamt und verstärkter Kapitalexport.

In der Praxis sieht dies so aus: In absehbarer Zeit werden die traditionellen VW-Modelle eingestellt bzw. weitgehend eingeschränkt werden. Die Typenreihe wird sich auf im wesentlichen drei Modelle (Golf, Passat, Scirrocco) beschränken. Dies hat durch die veränderte Bauweise einschneidende Folgen – beispielsweise ist vollkommen offen, was mit dem ausschließlich auf Heckmotore ausgerüsteten Hannover Werk geschehen soll (die neue Baureihe wird mit Frontmotoren ausgerüstet sein). Durch die Baukastenbauweise (gleiches Modell – verschiedene Motoren) wird es sicherlich zu Einschränkungen in der Einzelteilfertigung kommen. Zusätzlich sollen bei Audi/NSU alle die Modelle eingestellt werden, die in Konkurrenz zu VW-Modellen stehen (beispielsweise Audi 80 –

len stehen (beispielsweise Audi 80 –

VW-Passat). Konzentrieren soll sich das Audi-Werk dagegen auf die Produktion der „Volks-Mercedesse" wie Audi 100, RO 80. Diese Umstrukturierung hat logischerweise auch ihre Auswirkungen bei den zahlreichen Zulieferwerken, da natürlich viele spezielle Teile für viele Modelle wegfallen.

Für den Transportertyp ist eine gemeinsame Produktion mit Daimler-Benz konzipiert, um eine Konkurrenz in diesem Bereich auszuschließen. (Dies wird zwar immer wieder dementiert – es besteht aber bereits eine gemeinsame Planungsgesellschaft und eine gemeinsame Produktion in Spanien – MEVOSA S.A., MADRID.) Der gemeinsame Transportertyp soll nun nach der Planung in erster Linie im Bremer Hanomag-Werk produziert werden – was wesentliche Produktionseinschränkungen bei VW zur Folge haben muß.

Kurzarbeit in der Auto-Industrie

Ford:	3.12.—7.12.1973
	und in Teilbereichen elfmal bis heute
Opel:	17.12.— 3.1.
	14. 1.—18. 1.
	4. 2.—15. 2.
	11. 3.—22. 3.
	7. 4.—13. 4.
	22. 4.—17. 4.
VW (Transporter):	28. 1.— 8. 2.
	22. 4.— 3. 5.
Audi/NSU:	24. 4.— 3. 5.
Porsche	25. 2.— 1. 3.
	18. 3.—22. 3.
	8. 4.—11. 4.
	2. 5.— 3. 5.
BMW	4. 2.—15. 2.
Daimler-Benz (Nutzfahrzeuge):	17. 12.— 7. 1.
verschiedene Werke:	21. 1.—27. 1.
	8. 3.—21. 3.

Der Kapitalexport wird vom VW-Konzern bereits intensiv betrieben, in 16 Ländern stehen bereits Produktionswerke. Länder wie Spanien, Brasilien, bei denen durch die faschistische Unterdrückung niedrige Löhne und „hohe Arbeitsmoral" gesichert sind. Als Clou soll ein eigenes Werk in den USA dazukommen, damit die hohen Transportkosten und Importbeschränkungen umgangen werden. Es liegt auf der Hand, daß eine Verlagerung der Produktion ins Ausland zu Stillegungen im Inland führen muß.

Diese Entwicklung ist nun nicht allein auf VW beschränkt – „*Da der deutsche Export immer schwieriger werde, hält es Ford durchaus für möglich, daß in den nächsten zehn bis zwölf Jahren noch mehr KFZ-Produktionen von deutschen Firmen ins Ausland verlagert werden.*" („HB", 7.6.73)

Angesichts der Tatsache, daß in der BRD 3,6 Mio (ca. 15 %) Werktätige direkt oder indirekt in der Automobilbranche arbeiten, kommt hier eine Entwicklung heran, die der Arbeiterklasse Massenentlassungen, Produktionsstillegungen in großem Stil beschert. Hiergegen eine einheitliche Kampffront aufzubauen, muß das Ziel der klassenbewußten Arbeiter sein.

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITERKLASSE ABGEWÄLZT WERDEN. ●

Betriebszelle Hanomag/Henschel
KB/Gruppe Hamburg

VW erhoeht schon wieder die Preise

Bereits 1973 hatten die VW-Bosse ihre Preise um fast 10 % erhöht. Während der Metalltarifrunde dieses Jahres zog VW-Chef Leiding seine große Schau ab: zweistellige Lohnerhöhungen seien „der Ruin". Gleich nach der 11-prozentigen Lohnerhöhung wurden die Preise um durchschnittlich 6,35 % erhöht. Angebliche Ursache: natürlich die Lohnerhöhungen. Zwei Monate später erhöhen die VW-Bosse erneut um ca. 6 % („Handelsblatt", 13.5.74) – ‚Grund' sind wieder die alten Lohnerhöhungen. Da bringen es diese Bosse tatsächlich fertig, ihre Preise um über 12 % in drei Monaten zu erhöhen und dafür lächerliche 11 % mehr Lohn der Arbeiter verantwortlich zu machen (bei einem Lohnkostenanteil von 30 % würde ein VW für 6.000,- DM durch die 11%ige Lohnerhöhung um 200,- DM teurer; bestenfalls ließe sich damit eine Preiserhöhung um 3,5 % begründen.

Das hält allerdings die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse nicht ab, diesen Schmus zu verbreiten. So schreibt beispielsweise ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung" am 13.5.:

Hier kann „sich auf recht anschauliche Weise bestätigen, daß in dieser Lage Lohnerhöhungen von einem gewissen Ausmaß an in Arbeitslosigkeit münden, ein Zusammenhang, auf den die Bundesregierung zum Ärger der Gewerkschaften frühzeitig aufmerksam gemacht hat. ÖTV und IG Metall haben also Arbeitsplätze gefährdet. Doch eine Behörde, die gegen solche Lohnpolitik angeht, die gibt es nicht." ●

Dortmund: Jucho ist pleite

Der Dortmunder Brücken- und Stahlbaubetrieb hat vorsorglich den Vergleich angemeldet. Für 1200 Arbeiter und Angestellte bedeutet das Arbeitslosigkeit, falls die Übernahme-Verhandlungen mit drei großen „Interessenten" scheitern. Selbst wenn diese zum Erfolg führen, wird ein Teil der Belegschaft gehen müssen; man denke nur an die Rationalisierungspraxis eines der Interessenten, Thyssen!

Der seit 97 Jahren bestehende Familienbetrieb besitzt zwar noch Aufträge für drei Monate (ca. 25 Millionen DM), ist aber ganz offensichtlich nicht in der Lage, der großen Konkurrenz der Konzerne standzuhalten.

In der Belegschaft wird eine „gar nicht so schlimm"-Stimmung verbreitet und die Hoffnung geweckt, es handele sich nur um eine vorübergehende Krise. Schon einmal, in der Krise von 1968 ließ man die Belegschaft die Karre für die Unternehmer aus dem Dreck ziehen. Nach einem vom Betriebsrat (!) ausgeheckten Plan mußten die Beschäftigten ein Jahr lang auf 20 % ihres Lohns verzichten und diesen als Kredit an die Firma geben. Auf die Art und Weise wurde das Unternehmen saniert. Ähnliche Pläne werden jetzt wieder vor allem von Seiten des Betriebsrats geschmiedet. Viele der Arbeiter setzen auch jetzt wieder ihre Hoffnung auf den Erhalt des Arbeitsplatzes in eine solche Möglichkeit. 1/3 der Beschäftigten ist schon über 45 Jahre alt, und 470 gehören dem Betrieb mindestens 20 Jahre an.

Diese Stimmung der Belegschaft benutzt die Geschäftsleitung nun, um in aller Ruhe sowohl alle Vorsorge für einen Konkurs zu treffen als auch mögliche Übernahme-Verhandlungen zu führen, ohne dabei von „aufmüpfigen" Arbeitern gestört zu werden. ●

Frankfurt: Philipp Roth KG macht dicht

Der Frankfurter Zulieferbetrieb für die Auto-Industrie hat Pleite gemacht. 440 Arbeiter (darunter 200 Frauen und 190 Ausländer) sind arbeitslos. Der Lohn für den letzten Monat wurde nicht ausbezahlt! ●

Wagner Computer: 160 Arbeiter entlassen

Die Eisenbahn-Gesellschaft entläßt zum 30.6. 160 der 400 Arbeiter, vor allem im Karlsruher Werk und in Westberlin. Durch diese „Gesundschrumpfung" soll das Karlsruher Werk – in dem schon seit Mitte letzten Jahres 150 Entlassungen vorgenommen wurden – nur auf den Vertrieb ausgerichtet werden.

Gegenüber der bürgerlichen Presse gab die Firmenleitung eine besonders blöde „Erklärung" für die Entlassungen ab:

„*Die Entlassungen seien notwendig geworden, weil nach einer im Februar dieses Jahres erfolgten Hausdurchsuchung der Firmenruf geschädigt sei, so daß sich die Absatzmöglichkeiten verschlechtert hätten.*" („Süddeutsche Zeitung", 6.5. 1974) ●

Grüber, Lüdenscheid: Über Nacht saßen 550 Arbeiter auf der Straße

Die Firma August Grüber in Lüdenscheid ist der größte Zulieferer für die Installationsindustrie in der BRD. Fast 550 Arbeiter und Angestellte sind mit der Herstellung und dem Vertrieb von Preß- und Formdrehteilen für Armaturen beschäftigt. Die Firma hat Auftragsbestände für fast ein halbes Jahr (über 20 Millionen DM) – schon seit Wochen wird in Doppelschichten gearbeitet.

Es schien also alles bestens, bis überraschend Mitte Mai die Pleite bekannt gegeben wurde: die Firma ist mit 30 - 40 Millionen DM verschuldet, die Firmeninhaber haben immer kräftig für den privaten Verbrauch aus der Firma rausgeholt, was zu holen war. Die gute Auftragslage war für die Pleite kein Hindernis – 550 Arbeiter liegen plötzlich auf der Straße.

Darunter sind etwa 200 ausländische Arbeiter, die schwer einen neuen Arbeitsplatz finden werden; und die älteren Arbeiter, die bis zu 40 Jahren in der Firma schufteten, werden keinen Arbeitsplatz finden. Für die Lehrlinge besteht kaum eine Möglichkeit, ihre Lehre fortzusetzen. In Lüdenscheid gab es zu der Zeit schon etwa 2000 Arbeitslose, und nach vorsichtigen Schätzungen des Arbeitsamtes lassen sich in der nächsten Zeit für nur etwa 150 der Beschäftigten neue Arbeitsplätze finden.

Hinzu kommt: der April-Lohn wurde zwar noch ausgezahlt, die 14 Tage im Mai blieben die Kapitalisten schuldig. Für etwa 100 Bewohner von Werkswohnungen werden die Mieten ansteigen.

In dieser Situation suchten die Arbeiter nach einem Ausweg. Sie wollten die Firma in eigener Regie weiterführen und 140 Arbeiter legten in kurzer Zeit die Firmeninhaber hatten rechtzeitig für „Rücklagen" gesorgt, die Banken waren sofort zur Stelle (der ganze Maschinenpark war an die Dresdner Bank verpfändet worden), die Gläubiger räumten blitzschnell Hallen und Lagerräume.



Unentschlossene Grüber-Arbeiter müssen die Räumung ihres Betriebes durch die Aasgeier-Gläubiger mit ansehen. Polizei (links im Bild) schützt die Räumung.

260.000 DM aus Ersparnissen, Bausparverträgen, „vermögenswirksamen Leistungen" etc. zusammen. Damit war allerdings dem hohen Schuldenbetrag von fast 40 Millionen DM nicht beizukommen. Die Banken und das Land weigerten sich, Kredite bzw. Bürgschaften hierfür zu geben.

Während die Arbeiter bei der Stillegung hart getroffen waren, sind die Kapitalisten fein raus:

Schon als der April-Lohn ausgezahlt wurde, hatten die Kapitalisten vorsorglich 80 Polizisten aus Lüdenscheid und Umgebung vor dem Betrieb auffahren lassen *(„80 Polizisten zogen diskret auf, weil Ausschreitungen befürchtet wurden"*, „Handelsblatt" vom 20.5.74).

Als die Gläubigerversammlung stattfand, demonstrierten die Arbeiter mit „Aasgeier"-Rufen vor das Versammlungsgebäude. ●

Hamburg: Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Vertrauensmann von Hanomag-Henschel

Am Montag, dem 27.5., fand im DGB-Haus das Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen einen Vertrauensmann von Hanomag-Henschel in Hamburg statt. Dieses Verfahren nach § 30.1 der IG Metall-Satzung (Ausschluß mit Verfahren) war der Auftakt zu einer Reihe von Gewerkschaftsausschlüssen, mit denen Hamburgs IG Metall-Führer versuchen, die „kommunistische Gefahr" auszuschalten.

Der Vertrauensmann hatte Ende letzten Jahres nach einem Warnstreik aktiv eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft für die Durchsetzung einer außerordentlichen Betriebsversammlung unterstützt. Daraus sollte ihm ein Strick gedreht werden: die Ortsverwaltung entzog ihm auf Antrag der VK-Leitung seine Funktion – und mußte dieses Unterfangen aufgrund eines Gerichtsbeschlusses wieder zurücknehmen. Daraufhin wurde gegen den Kollegen über einen Strohmann ein Ausschlußverfahren eröffnet, weil der Kollege angeblich formal einen Beschluß des VK's mißachtet habe.

Im Laufe der ganzen Zeit bis zum Verfahren kam es zu schweren Versuchen, die Arbeit des Kollegen zu behindern. Der jüngste Gipfel war der Versuch, zu verhindern, daß er sich für einen körperbehinderten Kollegen einsetzt, der eine ihm unzumutbare Arbeit machen mußte.

Dieser Anschlag auf eine konsequente, an den Interessen der Kollegen orientierte Vertrauensleutearbeit sollte mit dem Ausschluß des Kollegen seinen „krönenden" Abschluß finden.

Die Zusammensetzung der „Untersuchungskommission" selbst ist bereits auf vollkommen willkürliche Entscheidungen ausgerichtet: fünf stimmberechtigte Mitglieder, davon zwei vom Antragsteller und einer von der IG Metall-Führung – die Mehrheitsverhältnisse sind gesichert. Vollkommen willkürlich und als Farce lief entsprechend die „Untersuchung" der Vorfälle – per Mehrheitsbeschluß wurde die Forderung abgelehnt, alle Begleitumstände, die zu diesem Verfahren führten, zu berücksichtigen: der erste Versuch mit dem Funktionsentzug, die ganze Frage des Streiks und der Unterschriftensammlung, die beispiellose Diffamierungskampagne im VK, der offene Boykott der VK-Arbeit durch rechte Vertrauensleute.

All dies wurde unter den Tisch gefegt, untersucht wurde lediglich, ob der Kollege einen Beschluß des VK's formal mißachtet hat. Nun, selbst dies war nicht zu klären. Nach der tatsächlichen Fassung des Beschlusses hat der Kollege den Beschluß formal nämlich voll und ganz beachtet – nur war merkwürdigerweise das Protokoll der VK-Sitzung, in dem der Beschluß festgehalten ist, „abhanden gekommen . . ." Ebenso verhielt es sich mit einem weiteren Protokoll von einer wesentlichen VK-Sitzung. In der Tat – ein Hauch von Watergate!

Die von dem Kollegen mitgebrachten Zeugen, die allesamt die Vorwürfe widerlegen könnten – wurden nicht angehört – *„weil sie zur Sache nichts mehr hätten sagen können"!*

Trotzdem beschloß die Untersuchungskommission mit 3:2, daß die Vorwürfe voll und ganz berechtigt seien und „empfahl" dem Vorstand, einen sechsmonatigen Funktionsentzug auszusprechen. Allerdings kann der Vorstand auch jede andere Maßnahme (Ausschluß) in eigener Regie durchführen.

Es offenbart sich hier, daß die Verfahren zur Feststellung von „gewerkschaftsschädigendem Verhalten" tatsächlich nichts anderes als eine Farce sind: vollkommen willkürlich wird ein Teil der Vorwürfe isoliert vom gesamten Verlauf der Ereignisse „untersucht". ●

Betriebszelle Hanomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Opel plant Massenentlassungen

Seit Eintritt der sogenannten „Ölkrise" Ende letzten Jahres führen die Opel-Kapitalisten systematisch Maßnahmen durch, um bei veränderter Absatzlage im In- und Ausland dennoch weiterhin Höchstprofite zu erzielen. Das kann nur auf dem Rücken der Belegschaft geschehen. Kurzarbeit, Entlassungen und gesteigerte Arbeitshetze sind die Mittel hierzu. Gleichzeitig versuchen die Opel-Kapitalisten, durch gezielte politische Entlassungen den Widerstand der Kollegen zu brechen.

Mehrfach wurde in den Opel-



Kurzarbeit in Rüsselsheim

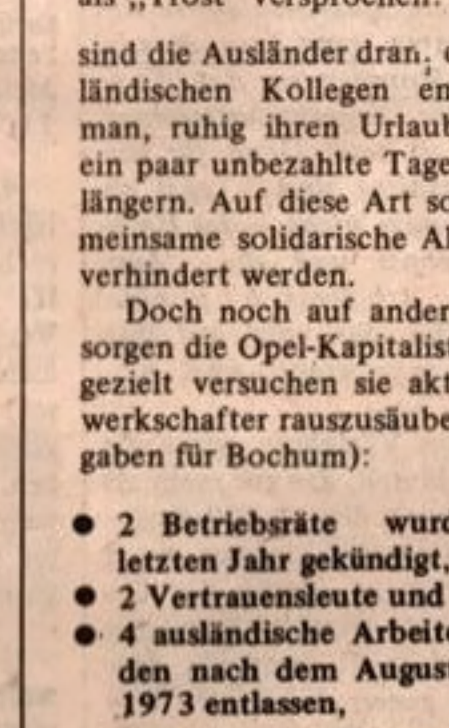
Werken Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern sowie im Antwerpener-Werk (Belgien) kurz gearbeitet. Zuletzt vom 12.-18. Mai in Rüsselsheim und Kaiserslautern (21.000 Arbeiter) und vom 4.-12. Juni (36.000) in allen Werken. Dadurch spart der Opel-Konzern eine ganze Menge Lohngelder, benutzt aber gleichzeitig die Angst um den Arbeitsplatz, um die Arbeitshetze zu verschärfen – allein im Bochumer Werk ist trotz Kurzarbeit die Produktivität um etwa 10% gestiegen – nur durch Forcierung des Arbeitstempos, und die voll Stolz gelobte Senkung des Krankenstands.

Seit einigen Monaten werden in den drei BRD-Werken monatlich 49 Mann entlassen (die Grenze für meldepflichtige Massenentlassungen liegt bei 50) und die sogenannten „natürlichen Abgänge" werden nicht ersetzt. Auf diese Weise sank die Beschäftigtenzahl in Bochum seit dem letzten Oktober um 1200, in Rüsselsheim ist sie gar im letzten halben Jahr um 36.000 auf 32.000 zurückgegangen.

Hauptkriterium für die Entlassungen: Fehlzeiten, die in den Begründungen seit 1972 vorgerechnet werden und gezielte politische Entlassungen.

Vor kurzem ist nun folgendes bekannt geworden: Opel will die Belegschaft um 10.000 Mann verringern, davon 6.500 in der BRD, die übrigen in Belgien. Begründung: „Entsprechend der Marktlage im EG-Bereich sei für 1974 nur mit einer 60-prozentigen Kapazitätsauslastung zu rechnen." Zur gleichen Zeit kaufte General Motors ein britisches Automobilwerk in Spanien auf, das nach den Plänen der Konzern-Herren den bisherigen Export der BRD-Werke übernehmen soll.

Während die Opel-Kapitalisten alle Meldungen über Entlassungen abzuschwächen versuchen, – das „Zuviel" an Arbeit solle durch Kurzarbeit „ausgeglichen" werden etc. – gab der Rüsselsheimer Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied Lorenz vor Vertrauensleuten zu, daß es eine Illusion sei zu glauben, es gehe jetzt noch ohne Massenentlassungen ab.



Den deutschen Arbeitern wird als „Trost" versprochen: erstmal sind die Ausländer dran, den ausländischen Kollegen empfiehlt man, ruhig ihren Urlaub durch ein paar unbezahlte Tage zu verlängern. Auf diese Art sollen gemeinsame solidarische Aktionen verhindert werden.

Doch noch auf andere Weise sorgen die Opel-Kapitalisten vor: gezielt versuchen sie aktive Gewerkschafter rauszusäubern (Angaben für Bochum):

- **2 Betriebsräte wurden im letzten Jahr gekündigt,**
- **2 Vertrauensleute und**
- **4 ausländische Arbeiter wurden nach dem August-Streik 1973 entlassen,**

und im Mai dieses Jahres:

- **1 spanischer Vertrauensmann,**
- **1 deutscher Vertrauensmann-Kandidat,**
- **1 Syrer, Mitglied der VK-Leitung und Sprecher der ausländischen Arbeiter.**

Gerade die letzte Entlassung ist im Hinblick auf Massenentlassungen bedeutungsvoll, da der Syrer großen Einfluß unter den ausländischen Arbeitern hatte.

Für die Opel-Arbeiter heißt es in nächster Zeit: aufgepaßt und solidarisch – deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam – den Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten aufzunehmen. (Daten- und Zahlenangaben nach „Extra-Dienst" vom 28.5. und Informationen des Büros für Betriebsfragen vom 18.5.). ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Klöckner-Hütte Bremen: Arbeitshetze fordert sechs Menschenleben

Die Klöckner-Hütte Bremen ist schon bekannt für die hohe Zahl von Betriebsunfällen. Bereits bei der Einstellung bekommt man zu hören, daß sich auf der Hütte pro Jahr ca. 800 meldepflichtige (!!) Unfälle ereignen. Meldepflichtig sind alle Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben. So weist die Statistik der Monate Januar bis März, also von einem Vierteljahr, schon 234 solcher Unfälle auf, auf ein volles Jahr wären dies ca. 940, bei einer Belegschaftsstärke von rund 5.200 Mann. Dazu kommen noch ca. 100 Unfälle pro Jahr, die auf dem Weg zur Arbeit passieren. Es ist also im Grunde nur eine Frage der Zeit und des Zufalls, wann „man" dran ist. Ein Grund für die starke Fluktuation der Belegschaft liegt in der großen Unfallgefahr. Im ersten Quartal 74 waren es rund 500 Abgänge, in einigen Abteilungen (z.B. Hochofen) ist die Fluktuation sogar so groß, daß praktisch jedes Jahr einmal eine neue Besetzung dran ist.

In den letzten Monaten passierten nun mehrere sehr schwere Unfälle auf der Hütte:

- am 16.3. fiel ein Kollege am Hochofen in kochenden Stahl, als er eine Abstichrinne überspringen wollte und dabei ausrutschte. Der Kollege starb infolge der schweren Verletzungen.
- am 26.3. wurde ein türkischer Kollege im Warmwalzwerk von einem abreißenden Stahlband getroffen und in die acht Meter tiefe Fundamentgrube gerissen. Er starb sofort.
- am 13.4. passierte der schwerste Unfall in dieser Serie. Im LD-Werk waren vier Kollegen einer Reinigungsfirma damit beschäftigt, einen Kessel TÜV-fertig zu machen. In dem Dreck mußten sie einen falschen Anschluß erwischt haben, so daß ihre Schleifmaschinen statt mit Preßluft mit Sauerstoff liefen. Das so entstehende hochexplosive Gemisch von Öl, Sauerstoff usw. verpuffte blitzartig. Zwei Kollegen starben auf der Stelle, zwei weitere später im Krankenhaus.

Im selben Zeitraum passierten noch weitere schwere Unfälle, so eine Verpuffung am Hochofen, bei der mehrere Kollegen schwer verletzt wurden.

Todesursache – „Menschliches Versagen"???

Wenn das kapitalistische Gewerbeaufsichtsamt oder die Berufsgenossenschaft solche Betriebsunfälle untersucht, kann man das Ergebnis in fast allen Fällen voraussagen – der Kollege hätte „nicht aufgepaßt" oder er hätte die „Sicherheitsvorschriften nicht beachtet" heißt es dann. Auch bei dem Kollegen, der in kochenden Stahl fiel, hieß es ganz lapidar: *„Die Sicherheitsbestimmungen schreiben vor, daß die Abstichrinnen umgangen werden müssen"* („Bremer Nachrichten" 18.3.). Nun, wer weiß, wie lang Abstichrinnen sind, wird verstehen, warum der Kollege darüber gesprungen ist. Es galt für ihn, Zeit zu sparen, das mörderische Arbeitstempo trieb ihn zur Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften. „Menschliches Versagen" ist nicht die Ursache dieser Unfälle – die Ursache liegt in der wahnwitzigen Akkordhetze, die den Mord am Arbeitsplatz zur Selbstverständlichkeit macht.

So soll die Produktion in Bremen auf 240.000 t bis Ende 74 und auf 280.000 t bis Ende 75 pro Monat gesteigert werden. Der Umsatz soll entsprechend auf 1,25 Mrd. DM wachsen (im Vorjahr 0,988 Mrd. DM). Mit anderen Worten, man will durch Rationalisierungen und verstärkte Arbeitshetze noch höhere Profite aus den Klöckner-Arbeitern herauspressen. Diesen Leuten reicht es noch nicht, daß sich die erzeugte Rohstahlmenge pro Arbeiter und Stunde in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat!!! Und da wird eben ein Arbeitsunfall, bei dem ein Kollege sein Leben lassen muß, zum „Betriebsunfall", genauso wie eine Maschine mal einen Defekt hat oder aussetzt. Ob dabei eine Arbeiterfamilie ins Elend gestürzt wird, interessiert nicht.

Diese Arbeitsunfälle offenbaren die ganze Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems, sie entlarven die Lügen vom „Sozialstaat" und von der „sozialen Verpflichtung des Eigentums". Und so werden diese übelsten Erscheinungen des Kapitalismus auch erst dann verschwinden, wenn dieses ganze System verschwindet! ●

KB-Sympathisantengruppe Bremen

Betriebsversammlung bei Jungheinrich (Hamburg)

Ein Lehrstück kapitalistischer Betriebspolitik

Die Firma Jungheinrich mit etwa 2.000 Beschäftigten in Hamburg ist nicht Mitglied im Unternehmerverband und bemüht, eine gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen durch üble Spaltung und verschärfte Partnerschaftsideologie so gering wie möglich zu halten.
So ist der gewerkschaftliche Organisierungsgrad mit 10% IGM-Mitgliedern extrem niedrig. Die Fluktuation der Belegschaft ist sehr groß – Jungheinrich hat nämlich offene Akkorde, d.h. man kann etwa 200% vom Ecklohn erhalten, zehn Arbeitsstunden pro Tag sind üblich. Viele Kollegen kommen für einige Jahre, um ein bischen Geld zu machen und wechseln dann in einen anderen Betrieb. Dieses System der Spaltung zu überwinden und die gewerkschaftliche Organisierung im Sinne einer Interessenvertretung aller Kollegen des Betriebes zu erreichen, ist seit einiger Zeit das Bemühen einer Reihe aktiver Gewerkschafter.
Sie stoßen dabei auf starken Widerstand der Geschäftsleitung und des Betriebsrats sowie auf den Boykott ihrer Arbeit durch den zuständigen IGM Sekretär Siggi Hahn.
Vor kurzem fanden in den beiden Werken Wandsbek und Norderstedt Betriebsversammlungen statt, wo diese Tatsache erneut sehr offensichtlich wurde. Gleichzeitig aber gingen die fortschrittlichen Kollegen gegen diese Desorientierung an.
Wir wollen hier den Verlauf der Auseinandersetzung auf den Betriebsversammlungen darstellen und einige der Lehren daraus aufzeigen, die die Kollegen in ihren Kampf einbeziehen müssen.

Immer die Ruhe bewahren ...

Der Rechenschaftsbericht, der nach Aussage des BR-Vorsitzenden zur „Imagepflege" des Betriebsrats (BR) dienen soll, ging wiederum fast völlig an den Problemen der Kollegen vorbei. Kein Wort von der Werksverlagerung von Wandsbek nach Norderstedt und den damit verbundenen Freizeit- und Geldeinbußen für die Kollegen; die Kritik der Kollegen an dem bestehenden Sozialplan wurde selbstverständlich noch nie erwähnt. Kein Wort zu den ständigen Akkordkürzungen und der seit einem Jahr versprochenen, aber immer wieder verschobenen Höhereinstufung. Die Umsatzsteigerung von 100% in zwei Jahren (!) wurde natürlich lobend erwähnt, die damit zusammenhängende Arbeitshetze und die Rationalisierungsmaßnahmen und vor allem, was die Kollegen dagegen machen können, fiel unter den Tisch. Ein kritisches Wort zur eigenen Arbeit oder die Offenlegung von verschiedenen Meinungen im BR haben die Kollegen sowieso von diesem, durch Rechtsverstöße und Geschäftsleitungsunterstützung „gewählten" BR noch nie gehört. Alles in allem versuchte er, die zur weiteren Produktionssteigerung nötige „Ruhe und Ordnung" als bei Jungheinrich üblich und erhaltenswert hinzustellen.

... damit alles beim Alten bleibt

Mehr Weitblick offenbarte da die Geschäftsleitung. Da die Kapitalisten wissen, daß die dauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen auf spontanen Protest stoßen wird und dieser durch fortschrittliche Kollegen in eine ihnen unangenehme Richtung gebracht werden kann, begann die Geschäftsleitung auch hier mit einer ideologischen Offensive. Geschäftsführer Rosenkranz führte aus: **„Vergleichen wir unser gesellschaftspolitisches System mit einem Auto, so ist deutlich, wie unabdingbar der Unternehmer als dessen Motor ist. Er hat in der Vergangenheit oft genug seinen Mut und seine Kraft bewiesen, nicht zuletzt wenn es darum ging, unser System gegen die Leistungsunwilligen und extreme Kräfte zu verteidigen."**

Anschließend forderte er die Kollegen auf: **„Seien auch sie ihr eigener Herr, lassen sie sich nicht gewerkschaftspolitisch mißbrauchen entgegen unser aller Interessen."**

Diese hochpolitische Rede wurde von einer Kollegin unter Beifall empört zurückgewiesen: Sie erinnerte daran, was passieren würde, **„wenn (sie) hier dieses System und die Unternehmer ablehnen würde"**, und daß es gerade **„eine der wichtigsten Erfahrungen der Arbeiterbewegung ist, daß die Kollegen nur etwas erreichen, wenn sie gemeinsam und organisiert vorgehen."** Wie wichtig diese Lehre gerade für Jungheinrich ist, zeigt die sich verschlechternde Lage und der Zustand ihres Vertretungsorganes, des BR. Wer nun erwartet hatte, daß Sigi Hahn (er gilt in der Hamburger IGM Ortsverwaltung als „Linker"!) von der IG Metall Rosenkranz' Angriff auf die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit zurückweisen und auf die Probleme der Kollegen eingehen würde, der sah sich erneut getäuscht.

Schon in seiner Anrede zeigte er, mit wem er es hält: „Lieber Herr Rosenkranz" begann er. Hier wie im folgenden vergaß er die Kollegen, von denen einige daraufhin gelangweilt oder empört die Versammlung verließen.

Seine Ausführungen waren ein einziger Versuch, die Bedenken des Herrn Rosenkranz gegen die gewerkschaftliche Organisierung als unbegründet zu zerstreuen und sich anzubiedern. Hahn führte aus, daß „die Gewerkschaft keine Kampforganisation ist, sondern ein Stabilisierungsfaktor. Gerade auch mit der Mitbestimmung hat sie bewiesen, daß sie Verbesserung, nicht Zerstörung will. Die Unternehmer sollten uns dies endlich abnehmen."!!!

Es geht um die richtige Politik!

Aber auch dieses arbeiterfeindliche Gerede wurde von den Kollegen angegriffen. Ein Kollege der Jugendvertretung sagte: „Es geht hier nicht darum, wie uns der BR unterstellt, ein Hick-Hack um irgendwelche angeblichen Mißverständnisse etc. zu führen. Es geht vielmehr darum, anhand konkreter Erfahrungen zu diskutieren, welche Prinzipien für die Arbeit des BR und der Jugendvertretung maßgeblich sind. Das grundlegendste davon ist, daß die Gremien ausschließlich an den Interessen der Kollegen orientiert arbeiten müssen. Genauso ist die Gewerkschaft nicht da, um Ruhe zu erhalten, sondern um <u>unser</u> Instrument zur Durchsetzung <u>unserer</u> Interessen zu sein."

Unter anderem in diesem Beitrag fand das Bemühen des fortschrittlichen Teils der Lehrlinge seinen Ausdruck, gemeinsam mit den älteren Kollegen für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Diese Auffassung wurde vom gesamten BR sofort unter Beschuß genommen. So warf ein BR den Lehrlingen vor, **„daß sie mit ihrem radikalen Gerede das Betriebsklima stören."** Er fuhr fort: **„Wenn sie dann ihre Ausbildung abgeschlossen haben, sind sie weg und die älteren Kollegen müssen die Folgen ihrer unverantwortlichen Arbeit tragen. Anstatt mit dem BR zusammenzuarbeiten, fallen sie uns in den Rücken!"** Kein Satz, in dem nicht mindestens etwas verdreht wurde. Normal waren allerdings Lügen und Aufhetzung gegen die jüngeren Kollegen.

Als ein Jugendvertreter diese Vorwürfe zurückweisen wollte, stellte der Diskussionsleiter erst einmal das Mikrophon ab und drohte: **„Sie haben hier über die Arbeit des BR gar nichts zu sagen! Laut Betriebsverfassungsgesetz dürfen sie nur Ergebnisse mitteilen, die Diskussionen darum gehen niemand etwas an!"** Abgesehen davon, daß das Gesetz „nur" bestimmte Teile der Diskussion als geheim bezeichnet, waren die Kollegen doch sehr erstaunt über diesen Paragraphen. Anhand solcher Punkte wird es in Zukunft verstärkt die Aufgabe der fortschrittlichen Kollegen sein, das Gesetz insgesamt zu entlarven. Der Jugendvertreter führte dann aus, daß an erster Stelle die Zusammenarbeit mit den Kollegen insgesamt und der Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen stehe.

„Dabei hält die Jugendvertretung selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit dem BR für notwendig. Wenn innerhalb des BR allerdings die Richtschnur des Handelns von anderen Dingen bestimmt wird, dann wird es in bestimmten Punkten eine Zusammenarbeit mit diesem BR nicht geben können." Der BR reagierte wiederum empört gegen diesen „Angriff auf die BR-Kollegen, die ja nur ihrem Gewissen verantwortlich sind". Demagogisch forderte er die jungen Leute auf: **„Lernen sie erst einmal mit der Freiheit zu leben, die sie anderen beschneiden wollen!"** Abschließend wurde von Geschäftsleitung und BR die „Zerrissenheit" und Polarisierung der Kollegen bedauert, sie mache alle bisherigen Bemühungen zunichte.

Das aktive Zurückweisen der Angriffe der Geschäftsleitung und ihrer Hilfstruppen ist ein Fortschritt in der Arbeit bei Jungheinrich.

Die Basis dieser Arbeit zu vergrößern und zu festigen – mehr als bisher Antworten auf die brennenden Probleme der Kollegen im Betrieb zu geben, das ist der Weg, auf dem weitergearbeitet werden muß. ●

Branchenzelle Metall,
KB/Gruppe Hamburg

BREMER GEWERKSCHAFTSFÜHRER WOLLEN 'KLAR SCHIFF' MACHEN

Gewerkschaftsausschlüsse gegen Streikführer eingeleitet

Aus der gemeinsamen Erklärung der vier vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft

Kolleginnen und Kollegen, am Mittwoch erklärte der IGM-Verwaltungssekretär Kränker auf einer Betriebsratssitzung, daß von mehreren Kollegen des Bremer Vulkan gegen uns ein Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt worden sei. (...)
Es ist allen Vulkanesen seit langem bekannt, daß wir nicht bereit sind, uns der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu unterwerfen. Wir sind der Meinung, daß die Politik der Gewerkschaftsführung nicht den Interessen der Arbeiter und Angestellten nützt, sondern denen der Kapitalisten und der Regierung. Ein, wenn auch nicht der einzige, Beweis dafür ist der Verlauf des völlig ungenügenden Abschlusses des Streiks während der letzten Tarifrunde, der uns 12,25 % Lohnerhöhung brachte, die Vulkan-Kapitalisten haben dagegen für 1973 einen Gewinn von 34 % eingesackt.
Gegen uns ist der Ausschlußantrag gestellt worden, weil wir unsere Meinung über die Politik von Loderer, vom Steeg und Weinkauf auch
Meinung über die Politik von Loderer, vom Steeg und Weinkauf auch
vertreten und den Kollegen sagen, daß es sich bei diesen Leuten nicht um Arbeitervertreter handelt. Jeder Kollege kann beurteilen, daß wir keine gewerkschaftsschädigende Politik gemacht haben, sondern in allen Fragen, so z.B. im letzten Streik und nach dem Streik die Forderungen der Kollegen vertreten haben, indem wir für Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig für alle gleich eingetreten sind. (. . .)
Wenn wir immer für das eingetreten sind, was den Vulkanarbeitern nützt, soll das gewerkschaftsschädigend sein?
Wir haben gleichzeitig auch immer gesagt, was wir von der Politik der gegenwärtigen IGM-Führung halten, daß sie den Arbeitern schadet und deshalb nach dem Streik auch den Ausschluß von Loderer und Co. gefordert, der von über tausend Kollegen durch ihre Unterschrift unterstützt wurde.
Im Betrieb sind wir gegen die Leute in unseren Reihen aufgetreten, die dem gemeinsamen Kampf der Vulkanesen gegen die Kapitalisten schaden, weil sie mit den Vulkankapitalisten zusammenarbeiten.
Wir sind also für eine Änderung der Gewerkschaftspolitik auf Bundes- und Betriebsebene eingetreten und dafür, daß die Leute, die den Arbeitern schaden, aus ihren Funktionen abgewählt werden.
Jeder Kollege kann beurteilen, daß wir immer dafür eingetreten sind, daß die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden. (. . .)
Wir vier Vulkan-Arbeiter sind nicht die einzigen von den Gewerkschaftsausschlüssen Betroffenen. Hunderte von Kollegen, die es gewagt haben, gegen die Politik der Gewerkschaftsführung einzutreten, sind bisher von ihr ausgeschlossen worden. Nur wo sich ungeachtet der politischen Differenzen gegen Ausschlußanträge eine breite solidarische Front bildet, wie genau vor einem Jahr beim Kollegen Elstner, gegen den Kirchhof schon einmal einen Antrag gestellt hatte, ist es möglich gewesen, die Gewerkschaftsführung zur Rücknahme solcher Anträge zu zwingen.
Die Gewerkschaftsführung will mit allen Mitteln erreichen, daß die Gewerkschaften weiterhin rein sozialdemokratisch beherrschte Organisationen sind, in denen Kollegen mit anderen Ansichten nichts zu suchen haben.
Um die Millionen der Arbeiter und Angestellten in den DGB-Gewerkschaften weiter an die klassenversöhnlerische Politik der SPD-Führung ketten zu können, und um jede Kritik im Keim zu ersticken, greifen die Gewerkschaftsführer, fast alle SPD-Funktionäre, immer häufiger zum Mittel des Gewerkschaftsausschlusses gegen fortschrittliche, oppositionelle und kommunistische Mitglieder. Das Mittel der Gewerkschaftsführer sind die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse. (. . .)
Jeder muß sich darüber im klaren sein, daß, wenn der Gewerkschaftsführung unser Ausschluß gelingt, wir nicht die letzten sein werden. Die Gewerkschaftsführer werden dann versuchen, jeden, der den Mund auftut, auszuschließen.

Heinz Scholz Heinz Koldehofer Hartwig Elster Dieter Bachmann

Nachdem die Metaller im Bezirk Unterweser in der zurückliegenden Tarifrunde über zwei Wochen für die Durchsetzung ausreichender Lohnerhöhungen gestreikt hatten, präsentierten ihnen die Führer der IG Metall bekanntlich ein ‚Schlichtungsergebnis' zur Urabstimmung, das zu Recht als Provokation empfunden und von der M e h r h e i t der Arbeiter und Angestellten abgelehnt wurde.

Auf einer ‚nicht-offiziellen' Streikversammlung (am Tag der Urabstimmung) verurteilten klassenkämpferische Gewerkschafter vor rund 2 500 Kollegen der Bremer Vulkan-Werft den Abschluß und die sozialdemokratische Lohnpolitik überhaupt – und stellten den Antrag, die Führer der IG Metall Loderer, vom Steeg und Weinkauf wegen Arbeiterverräterei aus der Gewerkschaft auszuschließen. Mehr als 1 000 (!) Kollegen der Vul-
Mehr als 1 000 (!) Kollegen der Vul-
kan-Werft unterstützten diesen Antrag durch ihre Unterschrift.

In dieser Zeitung hatten wir bereits seinerzeit eingeschätzt:

„In jedem Fall wären kommunistische und andere klassenbewußte Arbeiter gut beraten, <u>ganz besonders in den nächsten Monaten</u> vor den ‚Konterschlägen' der Gewerkschaftsführer auf der Hut zu sein. Denn für die Gewerkschaftsspitze sind – egal ob sie das zugibt oder nicht – das Urabstimmungsergebnis und die Ausschlußanträge o b j e k t i v eine Herausforderung. Sie wird auf ihre Weise darauf antworten!" (AK 42, April '74.)

Während das Verfahren gegen die Führer der IG Metall, das vor mehr als zwei Monaten von über 1 000 Kollegen beantragt wurde, immer noch nicht eingeleitet ist, dreht die Gewerkschaftsspitze jetzt einfach den Spieß um und stellt ihrerseits Ausschlußanträge gegen die Vertrauensleute der Metallarbeiter:

Am 22. Mai '74 teilte der IGM-Bevollmächtigte in Bremen-Nord, Klöver, auf einer Betriebsratssitzung beim Vulkan mit, daß gegen vier Gewerkschafter (1 Betriebsrat, 2 Jugendvertreter und 1 Vertrauensmann) Ausschlußverfahren eröffnet worden seien und daß die gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten der vier ab sofort ruhen.

Den vier Kollegen wird ‚vorgeworfen', die Politik des KBW bzw. der ‚KPD' unterstützt zu haben und auf der ‚nicht-offiziellen' Betriebsversammlung am Tag der Urabstimmung (s.o.) für die Belange der Arbeiter eingetreten zu sein.

Da es natürlich unschön ausgesehen hätte, wenn beispielsweise die Bremer Ortsverwaltung selbst als Antragsteller aufgetreten wäre, haben die IG-Metall-Führer ihrerseits ‚Unterschriften beim Vulkan gesammelt und auch tatsächlich einige Lumpen für ihr Vorhaben einspannen können: darunter *„ein SPD-Betriebsrat, der nach dem selbständigen Streik im Sommer seine Freistellung verlor und zurück ans Band mußte, der Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe, ein Meister und ein Kalkulator* " („KVZ", 11/74).

Das Vorhaben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, ausgerechnet diese vier Kollegen aus der IG Metall auszuschließen, muß als Versuch gewertet werden, die den Sozialdemokraten (wenigstens teilweise!) aus dem Ruder geratene Bewegung beim Vulkan wieder einzufangen. Das kann ihnen nur gelingen, wenn sie die entschiedensten Vertreter der Arbeiter, die Kommunisten, ausschalten.

Erfahrungsgemäß wird der Gewerkschaftsausschluß auch vom Kapitalisten als Aufforderung verstanden, nun seinerseits mit Kündigungen nachzusetzen, 'damit wieder Ruhe im Betrieb ist'. Das Beispiel der Hamburger Stahlwerke zeigt aber auch, daß die Gewerkschaftsführer sogar selbst die Kündigung oppositioneller Gewerkschafter fordern, um ihre sozialpartnerschaftliche Politik ohne Widerspruch und Widerstand seitens der Arbeiter betreiben können.

Diese Gefahren sollten auch beim Vulkan nicht übersehen werden!

Einheitliche Kampffront notwendig!

Nach Bekanntwerden der neuesten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Bremer IG Metall Ortsverwaltung haben die vom Ausschluß bedrohten Kollegen Unterschriften für eine außerordentliche Vertrauensleute- und Mitgliederversammlung gesammelt, um vor ihren Kollegen zur Sache Stellung zu nehmen.

Ferner verfaßten die vier Gewerkschafter eine gemeinsame Erklärung, in der sie die absurde Anschuldigung, ‚gewerkschaftsfeindlich' gehandelt zu haben, zurückweisen und weisen und positiv ihre Auffassungen von konsequenter Klassenpolitik der Gewerkschaften darlegen. (siehe nebenstehender Kasten!)

Bei den Angriffen der Gewerkschaftsführer auf die Positionen der Vulkan-Arbeiter handelt es sich nicht um isolierte Maßnahmen:

„Weitere Ausschlußanträge hat die Ortsverwaltung Bremen bei VFW gegen vier kommunistische Gewerkschafter gerichtet und gegen den Vorsitzenden des IG Metall-Ortsjugendausschusses Bremen." (KVZ, 11/74)

Was den Führern der IG Metall recht ist, ist ihren ‚Kollegen' in anderen Vorständen billig:

„Der Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) des Fernmeldeamtes I hat am 9. Mai gegen sechs Kollegen Ausschlußanträge gestellt, weil sie an der KBW-Maidemonstration teilgenommen haben. Die Teilnahme sei gewerkschaftsschädigend." (KVZ, 11/74)

Man sieht: die Gewerkschaftsführer sind auf breiter Front angetreten, um ‚ihre' Organisationen von klassenbewußten und kommunistischen Gewerkschaftern zu säubern und ‚klar Schiff' zu machen.

Und das ist erst der Anfang!
Die kommunistischen Organisationen müssen versuchen, dagegen eine einheitliche Abwehrfront aufzubauen (und zwar über die Grenzen einzelner Betriebe hinweg!) und Anstrengungen unternehmen, klassenbewußte Arbeiter in diese Kampffront einzubeziehen. ●

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Berufsschule
Reaktionäre Entwicklung an der Schule Schlankreye

Mit diesem Artikel wollen wir einen Einblick in das Kräfteverhältnis an unserer Schule geben und darstellen, wie es der Schulbürokratie im Verein mit reaktionären Kräften innerhalb der Schülerschaft noch weitgehend gelingt, die Verbreitung demokratischer Initiativen der Schüler zu verhindern. Diese Tatsache müssen die fortschrittlichen Kollegen im Auge haben, wenn sie an der Schule aktiv werden. Zugleich haben wir hier ein lebendiges Beispiel dafür, was passiert, wenn die „KPD/ML" versucht, den Schülern ihre sektiererische „Politik" schmackhaft zu machen.

Die Schule Schlankreye in Hamburg-Eimsbüttel umfaßt eine Berufsschule für Industriekaufleute und ein Wirtschaftsgymnasium. Die Atmosphäre an der Schule war, so Schulleiter Halstenberg, immer von einem „liberalen Geist" erfüllt. Dies äußerte sich in „vertrauensvoller Zusammenarbeit" zwischen Schülern, Lehrern und der Schulleitung, in der Beschränkung der Schülerratsarbeit auf Organisierung von Schulfesten usw. In der letzten Zeit drohte dieser „liberale Geist" jedoch verloren zu gehen. Fortschrittliche Schüler, denen die Darstellungen im Unterricht und in der bürgerlichen Presse über den Faschismus in Griechenland und den israelischen Aggressionskrieg zu einseitig waren, wollten die Schülerschaft mit Hilfe von Wandzeitungen informieren. Sie hängten die Wandzeitungen in der Schule auf und sofort bildeten sich große Trauben um sie herum.

Für die Schulleitung war dies „einseitige Agitation und Propaganda" und im Fall der Griechenland-Wandzeitung wurden ihrer Meinung nach noch *„unverschämte Parallelen zur BRD"* gezogen. So entgegnete sie mit Androhungen von Disziplinarmaßnahmen. Für solche Fälle hatte die Behörde ja vorgesorgt. Mit dem sozialdemokratischen „Reformwerk", dem neuen Schulverfassungsgesetz (SVG) ist den Schulleitern jede Möglichkeit gegeben worden, gegen demokratische Bestrebungen, wie der Forderung nach freier politischer Betätigung und Meinungsfreiheit, vorzugehen. Die großen Versprechungen, mit denen das Gesetz begleitet worden war (mehr Demokratie in Staat und Gesellschaft), erweisen sich in der Praxis als leeres Gerede.

Das „Mehr-Demokratie"-Gesetz im Rücken, verbot die Schulleitung, Wandzeitungen in der Schule anzubringen, wenn sie nicht vorher von ihr genehmigt wurden. Um dieser Maßnahme einen größeren Nachdruck zu verleihen, berief sie sich, neben dem SVG, noch auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das besagt, *„daß dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht die Befugnis zu entnehmen ist, innerhalb eines Schulgebäudes Anschläge nach eigenem Gutdünken aufzuhängen"*. Ein Rundschreiben mit diesem Inhalt ging durch alle Klassen.

Dies alles sollte bewirken, daß die Schüler eingeschüchtert werden, sich nicht für ihre demokratischen Rechte einsetzen – und wenn sie es doch tun, als Gesetzesbrecher abgestempelt werden.

In der Schülerschaft fand die Haltung der Schulleitung leider großen Zuspruch. Die reaktionären Gruppen (Junge Union/rechte SPDler) an beiden Schulzweigen unterstützten tatkräftig die Bestrebungen der Schulleitung. Sie beschworen das „politische Vakuum", den „politischen Freiraum" der Schule und meinten, wenn es völlig Meinungsfreiheit gäbe, würde die Schule *„ein Tummelplatz für Linksradikale"*. Mit Hetztiraden gegen Linke versuchten sie, unter den Schülern Stimmung zu machen.

Bei vielen Schülern liefen sie damit offene Türen ein. Zwar sprach sich die Mehrheit im Gesamtschülerrat (bestehend aus dem Berufsschülerrat und dem WG-Schülerrat) für freie Meinungsäußerung aus, was jedoch leider nicht die Meinung der Mehrheit der Schülerschaft repräsentiert und zum anderen ein reines Lippenbekenntnis ist. Das zeigte sich, als für einen Kompromiß gestimmt wurde, der ein Gremium von einem WG-Schüler, einem Berufsschüler und dem Schulleiter vorsah (wobei der Schulleiter Vetorecht hat), das die Aufgabe haben soll, Wandzeitungen vorab zu zensieren.

Die fortschrittlichen Schüler waren eindeutig in der Minderheit. Ihnen gelang es nicht, gegen die Hetzkampagne der Schulleitung und der reaktionären Schüler anzukommen und der Schülerschaft inhaltlich klarzumachen, was freie Meinungsäußerung für die Arbeit des Schülerrats und für jeden einzelnen Schüler bedeutet, und warum es notwendig ist, dafür gemeinsam zu kämpfen.

Eines Tages hängten mehrere Schüler des Wirtschaftsgymnasiums eine unzensierte Wandzeitung auf, mit der sie gegen die Methode einiger Lehrer protestierten, die in die Zeugnisse von zwei Schülern Kommentare wie: „ihre Äußerungen im Unterricht sind undurchdacht und z.T. unsachlich" hineingeschrieben hatten. Die beiden Schüler, die der „KPD/ML-Rote-Garde" nahestehen, waren mitbeteiligt an dieser Aktion. Die Schulleitung nahm dies zum Anlaß, ein Exempel zu statuieren.

Fünf Tage nach der Aktion beschloß die Klassenkonferenz, die beiden Schüler für zwei Wochen vom Unterricht auszusperren und der Gesamtkonferenz vorzuschlagen, dem einen Schüler den amtlichen „Rat" zu erteilen, die Schule zu verlassen. Die beiden hielten sich jedoch nicht an diesen Beschluß und erschienen in der Schule. Daraufhin wurde Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gegen einen gestellt, und beide wurden – in einem Fall von den Eltern, im anderen von der Schulkonferenz – abgeschult. Die beiden Schüler, die dies nicht akzeptierten und weiterhin zur Schule kamen, wurden dann durch die vom Schulleiter gerufene Polizei aus der Schule geholt. Insgesamt dauerte dies alles etwa einen Monat.

Der Schulleitung ging es darum, zu zeigen, daß sie der Herr im Haus ist und kein Schüler es wagen sollte, gegen diese Autorität aufzumucken. Das harte Durchgreifen fand den Beifall der reaktionären Schüler und großer Teile der Schülerschaft. Eine Vollversammlung des Wirtschaftsgymnasiums, die kurz nach der Suspendierung einberufen wurde, sprach sich mit eindeutiger Mehrheit gegen eine Solidarisierung mit den beiden Schülern aus. In einer von zwei Berufsschulklassen einstimmig verabschiedeten Resolution wurde sogar gefordert, daß endlich härter gegen die Kommunisten vorgegangen werden sollte. ●

Genossen an der Berufsschule Schlankreye, KB/Gruppe Hamburg

Texaco, Hamburg/Grasbrook: Kodolitsch feuert wieder linken Vertrauensmann

Nachdem vor einem halben Jahr schon drei linke Vertrauensleute unter massivem antikommunistischem Trommelfeuer der Kodolitsch (Hamburger Gewerkschaftssekretär), Kuch, Kosiedowski & Co. (rechte Betriebsratsfürsten) aus dem Vertrauenskörper gefeuert wurden, schlug diese Clique am 20. Mai, (bei der letzten Vertrauensleutesitzung) erneut zu. In geheimer Abstimmung wurde ein Vertrauensmann der Expedienten, der den arbeiterfeindlichen Kurs des VLK's nicht weiter mitfahren wollte, geschaßt.

Interessant ist auch in diesem Fall die politische Auseinandersetzung und „Begründung" der Rechten für den Ausschluß:

Der Vertrauensmann hatte beantragt, daß in der zukünftigen Lohnstaffel (Entgelttarifvertrag) die Kolleginnen vom Reinigungspersonal zusammen mit dem Küchenpersonal in Lohngruppe 2 hochgestuft werden (bisher galt der Tarif Gruppe 1). – Dazu der rechte Sozialdemokrat und Betriebsrat Langmesser: *„Bitte versteht mich nicht falsch, aber das Reinigungspersonal verrichtet nun mal die niedrigste Arbeit."* Nach Meinung der rechten SPD-Vögel war somit die niedrigste Lohnstufe ausreichend begründet. Der Kapitalist kann sich die Hände reiben. Als der Vertrauensmann dennoch auf seinem Antrag bestand, mischte sich der berüchtigte IG-Chemie-Sekretär und Antikommunist Kodolitsch ein, um dies Problem um eine Lohn-Auseinandersetzung zu einem Problem der „Chaoten"-Jagd zu machen:

„Kollegen, was hier gerade wieder passiert, ist folgendes: Hier wird versucht, einen Artikel für die KB-Postille vorzubereiten, in dem stehen soll, der VK Grasbrook würde sich weigern, die Interessen des Reinigungspersonals zu vertreten." Nach diesem Strickmuster läßt sich in der Tat j e d e s Engagement für die Interessen der Kollegen sabotieren. Die eigentliche Funktion des Antikommunismus wird wieder mal sehr deutlich.

Kodolitsch blieb am Ball. Zum Thema „Betriebsversammlung" forderte er die versammelten Vertrauensleute auf, mit Psycho-Terror zu verhindern, daß künftig noch linke Kollegen das Wort ergreifen. Durch Buhen und systematische Zwischenrufe sollen diese eingeschüchtert und zum vorzeitigen Abbruch ihrer Rede gezwungen werden. *„Es muß endlich was geschehen, redet mit den Kollegen, daß sie sich Reden von ‚Chaoten' nicht mehr bieten lassen!"(!)*

In diesem schon hektischen Klima antikommunistischer Emotionen ging man zum Tagesordnungspunkt „politische Situation" über. Nach einigen Lobeshymnen auf die SPD-Regierungspolitik wurde gefordert: *„Wir müssen hier bei uns saubere Reihen schaffen!"*. Den direkten Vorstoß gegen den linken Vertrauensmann P.F. übernahm Betriebsrat Langmesser: „Willst Du in Zukunft hier positiv (?) mitarbeiten?" und „Willst Du hier noch einmal solch ein albernes Flugblatt verteilen?" (P.F. verteilte eingangs einige Kopien eines Briefes mit Vorschlägen zur Tarifrunde, der von einigen seiner Kollegen ausgearbeitet wurde!) Betriebsrat Langmesser: *„Wenn ja, dann stell ich hier Antrag auf Ausschluß aus dem Vertrauenskörper."* P.F.'s Antwort: *„Ich stehe hinter der Satzung der IG-Chemie und vertrete Arbeitnehmer-Interessen."*

Nach kurzer Pause kam ein neuer Vorstoß von Langmesser: *„Willst Du über diese Diskussion im Betrieb berichten?"* – Antwort: *„Selbstverständlich, das ist meine Pflicht als Vertrauensmann!"* – Das war für die Rechten genug. Der Vertrauensmann P.F. war dies die längste Zeit gewesen. Arbeiterdemokratie – selbst in ihren niedersten Elementarformen ist für diese rechte Bande bereits gewerkschaftsschädigend. ●

Betriebszelle Texaco KB-Gruppe Hamburg

Bremerhaven: Kinderschule Grünhöfe

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 44) berichteten, stellte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe das bisher

lich ein gelungenes Finale hinterlistiger, aber durchaus typischer bürgerlicher „Sozialpolitik". Die Kirche entlarvte sich offen als Sachwalterin die-

(SVG) ist den Schulleitern jede Möglichkeit gegeben worden, gegen demokratische Bestrebungen, wie der Forderung nach freier politischer Betätigung und Meinungsfreiheit, vorzugehen. Die großen Versprechungen, mit denen das Gesetz begleitet wor-

WG-Schüler, einem Berufsschüler und dem Schulleiter vorsah (wobei der Schulleiter Vetorecht hat), das die Aufgabe haben soll, Wandzeitungen vorab zu zensieren.

Die fortschrittlichen Schüler waren eindeutig in der Minderheit. Ihnen ge-

gefordert, daß endlich härter gegen die Kommunisten vorgegangen werden sollte. ●

Genossen an der Berufsschule Schlankreye, KB/Gruppe Hamburg

Ausschlüsse aus der Gewerkschaft HBV

Die Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) hat sich anfänglich bei der DGB-offiziellen Politik der Ausschlüsse unbeliebsamer, kritischer und linker Kollegen noch etwas Zurückhaltung auferlegt. Diese Zeit ist jetzt endgültig vorbei: Ein Gewerkschaftsausschuß in Hamburg, massive Drohungen in dieser Richtung gegen zahlreiche weitere fortschrittliche Kollegen. In München laufen z. Zt. Ausschlußverfahren gegen neun aktive Gewerkschafter der HBV. Dazu haben die Kollegen der „Fachgruppe Buchhandel und Verlage" in der HBV ein Schreiben veröffentlicht, das wir hier abdrucken:

Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft HBV, München

Rundschreiben an alle Fachgruppen Buchhandel und Verlage

31.5.74

Liebe Kollegen,

Nun ist eingetroffen, was seit den „Abgrenzungsbeschlüssen" zu erwarten war: Hexenjagd auf kritische Gewerkschaftsmitglieder. Insgesamt 9 Kollegen der HBV München – davon allein 6 aus der Fachgruppe Buchhandel und Verlage – haben vom Hauptvorstand aus Düsseldorf eine Ausschlußandrohung erhalten. Der Text lautet wie folgt:

„Von unserer Ortsverwaltung München liegen uns folgende Informationen vor, die den Schluß zulassen, daß Sie einer linksextremen Organisation angehören, deren Mitgliedschaft nicht mit einer Mitgliedschaft in unserer Organisation nach § 11 Ziffer 2 b unserer Satzung vereinbar ist.

Unser Gewerkschaftsausschuß hat auf Grund eines Beschlusses des DGB-Bundesvorstandes vom 3.10.73 festgelegt, daß Mitglieder der KPD, der KPD/ML, der „Revolutionären" bzw. „Roten Gewerkschaftsopposition" oder der sogenannten Arbeiter-Basis-Gruppen aus unserer Organisation auszuschließen sind.

Vorausgesetzt, daß unsere Annahme richtig ist, fordern wir Sie hiermit auf, Ihre Mitgliedschaft in der linksextremen Organisation umgehend zu kündigen und uns die Durchschrift Ihres Kündigungsschreibens zuzusenden. Sollten Sie die Kündigung nicht vornehmen oder auf den heutigen Brief innerhalb von 14 Tagen nicht antworten, so sind wir leider gezwungen, bei unserem Hauptvorstand Antrag auf Ausschluß aus unserer Organisation zu stellen. Als Anlage erhalten Sie unsere Satzung sowie eine Abschrift des Beschlusses des DGB-Bundesvorstandes vom 3.10.73."

In diesem Schreiben werden also weder die Informationen genannt, die angeblich der Ortsverwaltung vorliegen, noch ist angegeben, bei welcher von diesen aufgeführten Organisationen eine Zugehörigkeit vermutet wird.

Diese Ausschlußandrohungen gegen 9 Kollegen einer Ortsverwaltung – die alle aktive Gewerkschaftsarbeit leisten (eine Kollegin, Dagmar Fries, ist Vorsitzende der Fachgruppe Buchhandel und Verlage), ist wohl das schwerste Geschütz, das seit Bestehen dieser Beschlüsse aufgefahren wurde.

Am meisten befremdet uns die Vorgehensweise:

a) wurden die der Ortsverwaltung angeblich vorliegenden Informationen nicht genannt, die Betroffenen wissen also gar nicht, wozu sie Stellung nehmen sollen.

b) wurde die Angelegenheit nicht im Ortsvorstand besprochen, dem zwei betroffene Kolleginnen angehören.

Daher kann man annehmen, daß diese Maßnahme nicht vom Ortsvorstand ausging.

Diese Ausschlußandrohungen sind nach unserer Meinung Schüsse ins Leere. Wir haben inzwischen folgende Maßnahmen getroffen:

a) die betroffenen Kolleginnen und Kollegen antworten auf die Ausschlußandrohung, bzw. geben ihre Stellungnahme zu dem Vorwurf ab;

b) die Fachgruppe Buchhandel und Verlage hat auf der Fachgruppensitzung am 29.5.74 eine Solidaritätsresolution mit den betroffenen Kollegen verabschiedet, die dem Ortsvorstand München und dem Hauptvorstand in Düsseldorf zugeleitet wird;

c) die Kollegin Dagmar Fries, Fachgruppenvorsitzende der Fachgruppe Buchhandel und Verlage (die erst auf der letzten Fachgruppensitzung vor ca. 4 Wochen wiedergewählt wurde) wurde auf der gleichen Fachgruppensitzung erneut das Vertrauen ausgesprochen und sie wurde nochmals in ihrem Amt bestätigt;

d) haben wir eine außerordentliche Ortsvorstandssitzung beantragt.

Liebe Kollegen, tragt diese Informationen weiter. Sobald uns weitere Einzelheiten bekannt sind, erhaltet Ihr wieder Nachricht.

Mit kollegialen Grüßen

Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft HBV, OV München – Fachgruppenvorstand –

i.A. Detlev von Klinkowström

Bremerhaven: Kinderschule Grünhöfe

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 44) berichteten, stellte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe das bisher von ihm finanzierte Projekt „Kinderschule Finkenstraße" endgültig ein. Vorausgegangen war diesem Beschluß eine siebenwöchige Besetzung der KSF-Räume durch Eltern und Mitarbeiter, die hierdurch verhinderten, daß die Kinder schon durch den „Stillegungsbeschluß" des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven vom 4. März auf die Straße gesetzt wurden (siehe hierzu AK 42). Nachdem die Kirchenfürsten ein eindeutiges Verhandlungsangebot mit z. T. schon festen Zusicherungen gemacht hatten, gaben die Eltern und Mitarbeiter die Besetzung auf, um den Weg für Verhandlungen frei zu machen; nicht zuletzt, um zu für die Kinder zumutbaren Verhältnissen zu kommen.

Allerdings sollte die Kinderarbeit auch nach der Aufgabe der Besetzung weitergeführt werden. Dies nahm der Kirchenvorsteher zum Anlaß, von Nichterfüllung der Voraussetzungen für Verhandlungen zu sprechen und das ganze Projekt einzustellen.

Nachdem in der „Bremerhavener Bürgerzeitung" („BBZ", SPD-Zeitung) der SPD-Sozialdemagoge H. J. Rehberg mehrfach öffentlich über „Frankfurter Hausbesetzer" spekulierte, die die Besetzung der „Kinderschule" anleiten und unterstützen würden (um so an die bürgerliche Hetzkampagne gegen die Hausbesetzungen anzuknüpfen) müssen wir nun leider die Vermutung aussprechen, daß die Kirchenväter in Grünhöfe von Hausbesitzern aus Frankfurt, Hamburg o. ä. angeleitet werden.

Wie Hausbesitzer in Frankfurt, Hamburg usw. „unrentable" Häuser abbruchreif machen, so bemühen sich die Kirchenbürokraten, die Kinderschule unbenutzbar zu machen: zunächst ließen sie Strom, Gas etc. abstellen, dann klauten sie das Mobiliar und sollen neuerdings sogar die Tür versiegelt haben. Dies ist wahrlich ein gelungenes Finale hinterlistiger, aber durchaus typischer bürgerlicher „Sozialpolitik". Die Kirche entlarvte sich offen als Sachwalterin dieses Staates, indem sie mit allen Mitteln an der Zerschlagung der fortschrittlichen Initiative KSF arbeitete.

Ein neuer Anfang

Mit der Vertreibung aus den Räumen der KSF ist die Initiative aber noch nicht zerschlagen. Von den Eltern und Mitarbeitern wurde ein „Verein Kinderschule" gegründet, der die Grundlage zu einer eigenständigen, unabhängigen Kinderarbeit bilden soll. An eine Kinderarbeit in vernünftigen Bahnen ist momentan allerdings nicht zu denken (ohne Räume, Material usw.). Der Verein soll jetzt sowohl die räumlichen wie die finanziellen Grundlagen hierfür schaffen. ●

Vertriebsorganisation KB/Gruppe Bremerhaven

Krone, Westberlin: UNVERSCHÄMTER VORSTOSS DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

Vor kurzem haben die reaktionären Gewerkschaftsfunktionäre bei der Firma Krone (Fernmeldetechnik, ca. 3.000 Beschäftigte) einen erneuten Versuchsballon gestartet. BR-Vorsitzender Thimm und VLK-Vorsitzender Kroesen (SEW!) fordern in einem im Betrieb verteilten Pamphlet, daß jedes Gewerkschaftsmitglied eine Erklärung unterschreibt, die besagt, daß er keiner „gegnerischen Organisation angehört oder für sie tätig sein wird".

Dies provokatorische Schreiben wurde als Test von rechten Vertrauensleuten an Vertrauensleute und auch an Linke im Betrieb verteilt. Es wurde aber noch nicht gezielt allen Kollegen gegeben und es wurden auch noch keine Unterschriften gefordert. Man muß annehmen, daß die Herren Verfasser im Auftrag der Gewerkschaftsführung erst einmal die Reaktion der Kollegen und speziell der Linken im Betrieb testen wollen.

Dieses Vorgehen stellt eine neue Qualität der Taktik der Gewerkschaftsführung gegen fortschrittliche Kollegen und einen weiteren Schritt zum Abbau der Demokratie in der Gewerkschaft dar. Es reicht der Gewerkschaftsführung nicht mehr, das Mittel der Reverse gegen einzelne fortschrittliche Kollegen anzuwenden, sie wollen eine Loyalitätserklärung aller Gewerkschaftsmitglieder haben. Wer nicht unterschreibt, kann mit dem Ausschluß rechnen. Wir haben immer schon aufgezeigt, daß die Reverse-Politik direkt auf die Spaltung der Gewerkschaft abzielt. An diesem Vorstoß bei Krone wird dieses Ziel der Gewerkschaftsspaltung noch deutlicher. Aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen nicht nur Kommunisten und Kollegen, die mit den Kommunisten sympathisieren, sondern auch jeder Kollege, der unter bestimmten Umständen zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit sein könnte. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiterklasse unter der faschistischen Hitler-Diktatur und später nach Ende des zweiten Weltkrieges für die Einheitsfront von kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen und speziell für die Einheitsgewerkschaft gekämpft hat, wird die Unverfrorenheit dieser Politik noch klarer.

In der Begründung für ihr Vorgehen, stellten Thimm und Kroesen diese Reversepolitik in den direkten Zusammenhang zum Gewerkschaftstag der IG-Metall, der im Herbst in Hannover stattfinden wird. Wollen diese Arbeiterverräter ihren Kumpanen vom Bundesvorstand die Spaltung der Gewerkschaft bei Krone als Geschenk zum Gewerkschaftstag präsentieren?

Diese Politik der Gewerkschaftsführer hat bei Krone eine besondere Tradition. Seit mehreren Jahren versuchen die Kapitalisten systematisch die Linken aus dem Betrieb zu „säubern". Bei diesen Versuchen der Geschäftsleitung haben die Gewerkschaftsführer bei Krone mehr als nur Handlangerdienste geleistet, und SEW-Mitglied Kroesen immer mit dabei.

Dieses Vorgehen gegen die Linken hat einen besonderen Grund: Es gibt Anzeichen, daß die Firma in Kürze an Siemens, AEG oder SEL verkauft werden soll. Wir wissen, daß mit dem Verkauf einer Firma immer Produktionsverlagerungen, Rationalisierungen und Entlassungen verbunden sind. Davor wollen die Kapitalisten sich möglichst die Linken vom Hals schaffen. Die Kapitalisten haben in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsfunktionären vor zwei Jahren begonnen, den Betrieb zu „säubern".

1972 wurden aufgrund verschiedener Ereignisse im Betrieb elf fortschrittliche Kollegen in den BR gewählt (also fast die Hälfte der 23 BR-Mitglieder).

„Harte Auseinandersetzungen im BR gab es oft wegen Kündigungen, Entlohnungsfragen und über Art und Umfang der Information der Belegschaft. Gerade in der Frage der Verhinderung von Kündigungen und der Information der Kollegen über die BR-Arbeit hatten die fortschrittlichen Kollegen große Erfolge zu verzeichnen." (aus: „Arbeitervertreter in der BRD", Dokumentation einer Auseinandersetzung um eine außerordentliche BR-Wahl bei Krone Wb, herausgegeben von Gewerkschaftern bei Krone)

Der Versuch von acht rechten Betriebsräten im März 73, einen fortschrittlichen Kollegen aus dem BR rauszuwerfen, endete mit einer Abstimmungsniederlage. Daraufhin traten die acht BR's zurück. Um einer Neuwahl nicht im Wege zu stehen, gaben noch weitere vier Mitglieder ihren Rücktritt bekannt.

Mit dem Mittel der Neuwahl hofften die Hüter der reaktionären Linie der Gewerkschaftsführung, die Linken erst einmal auf „elegante" Art aus dem BR zu feuern. Ihnen kam zu Gute, daß die Linken (es handelte sich hierbei wesentlich um eine Betriebsgruppe der ehemaligen PL/PI und die „KPD") noch nicht lange bei Krone gearbeitet hatten und nicht so bewußt von den Kollegen gewählt worden waren, daß man jetzt unbedingt damit rechnen konnte, daß die Kollegen sie weiter unterstützen würden. So rechnete z.B. die OV damit, daß die Linken nur 1% der Stimmen bekommen würden. Um die Linken zu isolieren und von vornherein vor den Kollegen als Gewerkschaftsfeinde hinzustellen, hatten sie die linken Kandidaten nicht auf die offizielle „IGM-Liste" aufgenommen, sodaß es zu einer Listenwahl mit einer zweiten, fortschrittlichen Liste kam.

Das offensive Auftreten der 2. Liste und die breite Auseinandersetzung mit der Betriebspolitik der Liste 1, das Aufzeigen ihrer Funktion als Handlanger der Krone-Kapitalisten an verschiedenen konkreten Beispielen, hatte eine hohe Wahlbeteiligung (72% gegenüber 66,4% der Vorjahrs BR-Wahl) zur Folge. 34% der Kollegen wählten die Liste 2. Zwar hatte die Liste 1 die absolute Mehrheit erhalten, aber der Versuch, die fortschrittlichen Kollegen aus dem BR zu werfen, war gescheitert. Aber mehr noch: Unter den Kollegen hatte sich auch einiges getan. Durch die offene Auseinandersetzung war ihnen die Alternative – Liste 1 oder Liste 2 – „sozialpartnerschaftliche" Zusammenarbeit mit den Kapitalisten oder eingeständige Klassenpolitik und Klassenkampf – klarer geworden, sodaß sie die Kollegen der Liste 2 viel bewußter gewählt haben als noch vor einem Jahr.

Damit war erst einmal der Höhepunkt der Bewegung bei Krone erreicht. Aber die Kapitalisten hatten schon ihren nächsten massiven Angriff gegen die Belegschaft geplant. Die Belegschaft sollte um 10% verringert werden: 300 Kollegen sollten weg! Um nicht beim Arbeitsamt die Kündigungen anmelden zu müssen (mehr als 49 Kündigungen sind meldepflichtig), hatten die Krone-Kapitalisten viele Tricks drauf:

Ausländische Kollegen reichten nach einer „Unterredung" mit dem Personalchef „freiwillig" ihre Kündigungen ein. Viele deutsche Kollegen kündigten auf Grund der Verunsicherung, und dann wurde von den Kapitalisten gekündigt: Sympathisanten der Liste 2, die während der Wahlkampagne aufgefallen waren, ältere Kollegen, besonders Frauen und alle Halbtagskräfte.

Um den Kapitalisten zu helfen, hatten sich der BR-Vorsitzende Thimm (Liste 1) und sein Stellvertreter Heide („altgedienter" BR-Vorsitzender und Intimfreund der Familie Krone) etwas ganz besonderes ausgeklügelt: Damit die Betriebsräte der Liste 2 keinen Einblick in die Kündigungen erhielten, richteten Thimm und Heide einen sogenannten „Ausschuß für personelle Einzelmaßnahmen" ein, auf deutsch einen Kündigungsausschuß, der natürlich nur mit Mitgliedern der Liste 1 besetzt war. Bevorstehende Kündigungen wurden von nun an nicht mehr im gesamten Betriebsrat besprochen, sondern dem Ausschuß übergeben, der natürlich der Geschäftsführung ergeben seines Amtes waltete und mit Vorliebe Kündigungen gegen Kollegen, die politisch aufgefallen waren, unterschrieb.

(Inzwischen wurde dieser Ausschuß auch vom Berliner Arbeitsgericht für rechtens erklärt. Ein linkes BR-Mitglied hatte gegen seine Einrichtung geklagt.)

Verstärkt wurde die Verunsicherung der Kollegen durch die bürgerliche Kampagne anläßlich der Ölkrise. Um die Gefahren der Energiekrise zu illustrieren, hatte die Geschäftsleitung im Betrieb die Heizungen drosseln lassen.

Auf diesem Hintergrund gelang es der Geschäftsleitung auch, den zusätzlichen „Sozialklimbim" (Ausdruck der GL) ohne nennenswerten Widerstand der Kollegen zu streichen. Das Weihnachtsgeld wurde gekürzt. Nur der tariflich abgesicherte Mindestbetrag wurde ausgezahlt, die Erfolgsbeteiligung wurde gestrichen und der Werksbus wurde eingespart.

Betriebsrat Heide übernahm dann wieder eine besonders schmutzige Rolle in der „konzertierten Aktion" gegen die Kollegen. Er stellte vor dem Arbeitsgericht Antrag auf Ausschluß der Liste 2 aus dem Betriebsrat. Begründung:

1. Vorsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Mehrheit des BR.
2. Veranstaltung von „Volksbefragungen".
3. Vorsätzliche, z.T. wiederholte, pflichtwidrige Verletzung gesetzlicher Pflichten.
4. Vorsätzlicher, grober Mißbrauch des Betriebsratsamtes zum Schaden des Betriebsrats (!)
5. Ungerechtfertigte, gehässige Diffamierung von Betriebsratsmitgliedern
6. Aufruf zu Kampfmaßnahmen

Den Antrag von Heide auf eine einstweilige Verfügung, daß alle BR-Mitglieder der Liste 2 bis zum Urteilsspruch des Arbeitsgerichts nicht an BR-Sitzungen teilnehmen dürfen und ihre Rechte und Pflichten ruhen, wurde allerdings vom Arbeitsgericht zurückgewiesen.

Die OV der IGM hatte sich nicht lumpen lassen und schon den Gewerkschaftsausschluß gegen alle Kandidaten der 2. Liste beantragt, wegen Kandidatur auf der 2. Liste gegen die offizielle IGM-Liste.

In der Zwischenzeit sind die Gewerkschaftsausschlußverfahren gelaufen. Ein großer Teil der Betriebsräte wurde ausgeschlossen, bei einem stellte sich heraus, daß er überhaupt nicht der Gewerkschaft angehörte, einige andere, die sich in der letzten Zeit den Angriffen der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung gebeugt hatten, blieben – sozusagen auf weitere „Bewährung" – in der Gewerkschaft.

Aber auch mit diesen Maßnahmen hatte die „Konzertierte Aktion" die Kollegen nicht zum Schweigen gebracht und nicht alle fortschrittlichen Kollegen zum Kündigen aufgespürt. Das zeigte sich auf der Betriebsversammlung im Februar, wo Geschäftsführung und Betriebsrat (Liste 1) heftig von den Kollegen angegriffen wurden.

Allerdings zeigte sich hier auch, daß GL und reaktionäre BR's mit ihrer Spalterpolitik auch einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt hatten. Ein BR-Mitglied der Liste 2 hielt eine Rede, mit der sich sogar der BR-Vorsitzende einverstanden erklärte, und viele Kollegen verließen die Versammlung resigniert.

Der Versuchsballon des SEW-Mitglieds Kroesen, Reversen für jedes Gewerkschaftsmitglied verbindlich zu machen, ist das nächste Glied in der Kette von Versuchen, die Fa. Krone zu säubern.

Nicht zufällig rief die Gewerkschaftsführung zur 1. Mai-Demonstration mit der Parole „Überlassen wir die Straße nicht den Feinden der Demokratie" auf. Im Klartext heißt das: „Überlassen wir die Betriebe und den Staat nicht den Feinden der Kapitalisten". Das ist die „Kampfparole" der Gewerkschaftsführung. Dem müssen wir die geschlossene Kampffront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und alle ihre Handlanger in der Arbeiterbewegung entgegensetzen. ●

Genossen des KB/Gruppe Westberlin

IG-Chemie Hamburg: EIN BISSCHEN DEMOKRATIE IST SCHON ZUVIEL

Linke Kollegin aus Tarifkommission gefeuert

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG-Chemie (im September 72) kam gegen den Willen des Hauptvorstandes ein fortschrittlicher Beschluß – der einzige – zustande, der eine stärkere Beteiligung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Tarifrunden beinhaltete: während bisher die Mitglieder der Tarifkommissionen von den örtlichen Verwaltungsstellen-Vorständen vorgeschlagen wurden und die Vertrauenskörper diese nur bestätigen konnten, konnten die Vertrauensleute jetzt ihre Tarifkommissionsmitglieder selbst wählen. Allerdings galt die Einschränkung, daß sie der örtliche Vorstand bestätigen muß – oder auch nicht.

Von diesem Beschluß wurde von interessierter Seite sehr viel Aufhebens und Wirbel gemacht (vor allem von 'links'sozialdemokratischer Seite, aber auch von Seiten verschiedener Berufsoptimisten wie den damaligen Führern des NRF, heute KBW-Führer) und – da nunmal beschlossen – versuchten auch die Gewerkschaftsführer diese einzigartige demokratische Errungenschaft der IG-Chemie ins rechte Licht zu rücken.

In der Praxis allerdings bemühten sich die Gewerkschaftsführer, die Wahl fortschrittlicher TK-Mitglieder zu verhindern und – wo dies nicht gelang – sie in den Tarifkommissionen selbst „unschädlich" zu machen, indem sie diese Kollegen durch konzentrierte Angriffe und Diffamierungen völlig isolierten und in die Rolle der „Dauer-Querulanten" drängten.

Der Rausschmiß einer fortschrittlichen Kollegin aus der Hamburger Tarifkommission während der zweiten Verhandlung mit den Kapitalistenvertretern (am 27.5.) hat nochmal deutlich gemacht, daß dieses neue „demokratische" Recht durchaus kein Schritt auf dem Weg zu der vielgepriesenen „kontinuierlichen Demokratisierung der Gewerkschaften" ist, wie es z.B. die Strategen des linkssozialdemokratischen „Sozialistischen Büros" damals der interessierten Arbeiterschaft weismachen wollten. Bei Bedarf wird dieses Recht mit Füßen getreten und „Ruhe und Ordnung" wieder hergestellt: Wer die Macht hat, hat das Recht.

Übrigens: Falls es tatsächlich einmal zu der – sehr unwahrscheinlichen – Situation kommen sollte, daß irgendeine Tarifkommission einen Beschluß faßt, der nicht auf der Linie des Hauptvorstandes liegt, hat sich dieser per „Tarifrichtlinien" das Recht gesichert, einzugreifen und der Verhandlungsführer kann den Beschluß so lange „aussetzen", bis die Sache zur Zufriedenheit der Gewerkschaftsführer „geklärt" ist.

Völlig unsinnig wäre es auch, anzunehmen, daß sich durch die direkte Wahl der Tarifkommissionsmitglieder irgend etwas am Charakter der Tarifverhandlungen geändert hätte. Die „Empfehlungen" des Hauptvorstandes bezüglich der aufzustellenden Forderungen werden weiterhin nach Kräften in den Tarifkommissionen bzw. schon in den Vertrauenskörpern durchgesetzt. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse werden nicht im Kampf und breiter Mobilisierung der Kollegen erreicht, sondern per „Konzertierter Aktion" und anderer Mauschelebenen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern im vorhinein festgelegt.

Was danach als „harter Kampf um Prozente" ausgegeben wird, dient nur noch der Irreführung der Kollegen und dem Zur-Schau-stellen „freier, unabhängiger" Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern.

Die gefeuerte Kollegin – Vertreterin der Fa. Promonta – hatte diese unehrliche Schau, die auch den Tarifkommissionsmitgliedern vorgespielt wurde, in einem ironischen Schreiben, das sie in der Tarifkommission verteilte, angegriffen. Doch Engelmohr (Bezirksleiter), Walter Holst (Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle) und andere fühlten sich so sehr auf ihre Arbeitnehmervertreterzehen getreten, daß sie die Kollegin sofort rauswarfen.

Dies ist das Schreiben:

„An die Kollegen der Hamburger Tarifkommission

Kolleginnen, Kollegen,

wenn ich in der Tarifkommission öfter mal Kritik an verschiedenen Kollegen und ihrem Vorgehen geäußert habe, so müßt Ihr mir das verzeihen.

Die letzte Sitzung, auf der mit den Unternehmern verhandelt wurde, hat mich überzeugt, daß ich die Dinge bisher völlig falsch gesehen habe. Solch eine Einigkeit (mit Edgar Engelmohr), solch einen Kampfgeist, solch eine Unnachgiebigkeit hatte ich bisher noch nicht erlebt. Und wenn unsere kleine Verhandlungskommission dann vom Schlachtfeld (so darf ich es wohl mal nennen) zurückkehrte, dann habe ich die Kollegen vom Bezirks- und Verwaltungsstellenvorstand gar nicht wiedererkannt. Abgekämpft waren sie, aber nicht müde und nicht kleinzukriegen. Edgar hatte häufig noch ein paar Schweißperlen auf der Stirn, aber er war frohen Mutes und zu neuen Taten entschlossen. Ja, ohne Edgar wären wir alle aufgeschmissen. So wie er kann es den Arbeitgebern keiner geben. Wie er sie z.B. dazu gezwungen hat, uns das Abendessen in den Sitzungsraum zu schicken – wer anders hätte so viel Mut gehabt?

Ich dachte zwar manchmal, wer ist diese kleine Tarifkommission eigentlich – wenn jetzt ein paar tausend Kollegen vorm Tor stehen würden oder zehntausend streiken, dann hätten wir wenigstens was im Rücken.

Aber schließlich bin ich auch von diesem Gedanken abgekommen, denn die Arbeitgeber verwickelten sich immer mehr in Widersprüche und ihr Widerstand wurde ja auch so immer schwächer. Die haben ja sowieso nur zwei schlaue Köpfe, wie Edgar sagte, die anderen sind alle Schafe. Und mit denen sollen wir es nicht aufnehmen können?

Zwischendurch habe ich auch mal gedacht, eigentlich würde ich ja mal gern wissen, was die kleine Verhandlungskommission da mit den Arbeitgebern fünfmal zwei Stunden lang redet. Aber das war ja völlig überflüssig, weil Edgar hinterher immer einen Bericht machte, der so anschaulich war, daß wir manchmal Tränen lachen mußten, wie die Arbeitgeber wieder abgebürstet worden waren.

Dann habe ich auch mal gedacht, wieso wird die ganze Verhandlung denn bis in die Nacht in die Länge gezogen. Was soll denn bei den ganzen Pausen, die zwischendurch eingelegt wurden, an neuen Standpunkten entwickelt werden. Aber da hatte ich die Verhandlungstaktik unserer führenden Tarifkommissionsmitglieder noch nicht durchschaut. Denn die gehen mit psychologischer Kriegsführung vor und darauf sind die Arbeitgeber offenbar nicht gefaßt gewesen. Das scheint ihr schwacher Punkt zu sein. Und deshalb bin ich auch diesmal gern bereit, bis in die Nacht durchzuhalten und ruhig in meine Skatkarten zu schauen, wenn so ein Unternehmerknecht vorbeigeht, als wenn mich das alles gar nicht kümmert. Das macht sie offenbar sehr unsicher. Und wenn es der Sache dient, bitte.

Ich habe noch etwas viel Schlimmeres gedacht. Ihr müßt mir auch das verzeihen. Ich habe zu Anfang gedacht, was soll bei dieser Verhandlung schon Neues herauskommen. Andere Tarifbezirke haben schon abgeschlossen, da steht doch sowieso schon alles fest – Lohnleitlinien und so. Aber wie sehr man sich täuschen kann. Wenn alles schon feststehen würde, dann brauchte man ja nicht so lange zu verhandeln. Das ist doch logisch.

Ich glaube jetzt ganz fest, daß wir die Unternehmer klein kriegen und wenn wir uns noch ein paar Nächte um die Ohren schlagen müssen. Das muß man schon auf sich nehmen, wenn man in so schwieriges Amt übernimmt. Schließlich sind die Unternehmer ja auch nur Menschen und brauchen auch ihren Schlaf. Wenn wir abends nur lange genug durchhalten, dann unterschreiben sie vielleicht weichgeklopft unsere Forderungen.

Aber die Unternehmer wollen es uns in Hamburg offenbar zeigen. Da wäre es schon ein Erfolg, wenn wir den Abschluß wie in den anderen Bezirken hinkriegen, oder?

Wenn wir so weiter machen, werden die Kollegen im Betrieb sicher sehr zufrieden mit uns sein.

Ganz in diesem Sinne

R.H."

➔

DAS 'GEWERKSCHAFTSKABINETT'

„Die SPD hat nun in der Regierung ihre große Aufgabe... Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen."
(„Industriekurier", bereits 24.1.67!)

Ein „Bonner Gewerkschaftskabinett", „Schmidt's Labour-Kabinett", so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse nach der Bildung der neuen Bundesregierung. Besonders hervor tut sich hierbei der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der seine seit längerem verbreitete Schreckensthese von der „gewerkschaftlichen Machtergreifung" und dem Gewerkschaftsstaat" angeblich bewiesen sieht.

Anlaß zu solchen Kommentaren ist das Heranziehen weiterer amtierender oder ehemaliger Gewerkschaftsführer in die neue Regierung: Matthöfer und Ruhnau von der IG Metall, Gscheidle von der Postgewerkschaft (er war Kandidat für den DGB-Vorsitz) und den Gewerkschaftsspezi der SPD, Helmut Rohde, der Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist.

Sie gesellen sich zu zwei schon seit Jahren amtierenden Ministern aus den Reihen der Gewerkschaftsführung: Verteidigungsminister Leber (IG Bau) — ein unter Rechten angesehener und geachteter Staatsschützer — und Arbeitsminister Arendt (IG Bergbau). Beide hielt Helmut Schmidt für geeignet, seinen schärferen Regierungskurs in ihren Wirkungsbereichen weiter zu vertreten.

Hetze gegen die Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter

Wenn heute die Kapitalisten, die reaktionäre Presse sowie die CSU/CDU die drohende „gewerkschaftliche Machtergreifung" in „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft" (BDA-Präsident Schleyer) beschwören, dann nicht etwa, weil sie eine derartige Gefahr wirklich sehen. Sie zielen mit derartigen Schreckensvisionen ganz bewußt auf Vorurteile und Ängste des Kleinbürgertums, das ebenfalls bedroht von kapitalistischer Konzentration und Monopolisierung, die Ursachen für seine Existenznot in den maßlosen Forderungen „der Arbeiterklasse und der „Machtgier" der Führer ihrer Gewerkschaften finden soll.

Im Sinne einer faschistischen Formierung von Teilen des Volkes soll eine anti-gewerkschaftliche, feindliche Stimmung gegenüber der Arbeiterklasse und ihren berechtigten Forderungen geschaffen werden.

So verfuhr die Bourgeoisie bereits während des Fluglotsenstreiks, so verfuhr sie besonders auch während des Streiks im Öffentlichen Dienst. Ihre Kampagnen verband sie mit Forderungen nach Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte (Streikrecht) bis hin zur Abschaffung der Gewerkschaften. Doch auch in den Reihen der Werktätigen selber werden antigewerkschaftliche Einbrüche versucht. Die Stimmverluste des DGB bei den „Sozialwahlen" (vgl. Artikel in diesem ARBEITERKAMPF) sind der Bourgeoisie und ihrer Presse willkommener Anlaß, ihre Kampagne fortzusetzen. Unter der Überschrift „Abfuhr für den DGB" schreibt dazu die „Welt" vom 5. Juni: *„Das Ergebnis der Sozialwahlen muß bei der Beratung des Parlaments über die Mitbestimmung in den Unternehmen berücksichtigt werden. Hier liegt eine demokratische Wahlaussage gegen jede Machterweiterung der sozialistischen Einheitsgewerkschaft vor. Die Angestellten haben ihre Rolle als selbständiger Faktor unterstrichen."*

In ähnlichem Sinne äußerten sich CDU-Führer nach dem Regierungswechsel. CDU-Führer Kohl erklärte den DGB zur *„Hilfsorganisation der SPD"*, und der CDU-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Köppler, *„warnte die ‚gegenwärtigen Führer des DGB' in diesem Zusammenhang mit scharfen Worten, sie müßten sich ‚darüber im Klaren sein, daß es zur Einheitsgewerkschaft Alternativen gibt'. Die Alternative liege ‚in Abstinenz der Mehrheit der Arbeitnehmer gegenüber den Gewerkschaften', wenn diese sich völlig auf eine Partei festlegten."*
(„Süddeutsche Zeitung vom 20.5.74).

Unter dem Deckmantel „parteipolitischer Neutralität" zielen die CDU-Führer auf eine völlige Entwaffnung der Gewerkschaften als Interessenvertretung und Klassenorganisation, und damit letztlich auf eine Abschaffung der Gewerkschaften. Sie machen sich dabei die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zunutze.

Das „Gewerkschafts-Kabinett" soll „die Konflikte überspielen"

Während die Bourgeoisie auf der einen Seite ihre anti-gewerkschaftliche, arbeiterfeindliche Hetze verstärkt, weiß sie andererseits die Regierungsbeteiligung von Gewerkschaftsführern sehr wohl zu schätzen. Sie erwartet — und das ist die einzige Chance, die sie der neuen Bundesregierung gibt, bedingungslose Durchsetzung Ihrer Interessen. So reagierte denn auch die *„Industrie teils befriedigt, teils besorgt"* („Handelsblatt" vom 20.5.) auf die Regierungserklärung. Von den Gewerkschaftsführern erwartet sie, daß diese *„die Konflikte überspielen. Ob diese Taktik des neuen Kanzlers, soweit sie das Kabinett betrifft, erfolgreich sein wird, muß sich zeigen. Zwar könnte das ‚Gewerkschaftskabinett' Schmidt bei den Arbeitnehmerorganisationen in jenen Fragen, in denen erfahrungsgemäß mit gewerkschaftlicher Kritik gerechnet werden muß, den Rücken freihalten."*
(„Unternehmerbrief des BDI" vom 23.5.74).

In der Tat: die Regierungs-Gewerkschaftsführer sollen das Ihre tun, um den schärferen Regierungskurs zu Lasten der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften abzusichern und zu erwartenden Widerstand so gering wie möglich zu halten. Hierin muß sich die neue Bundesregierung zunächst noch bewähren, ehe sie die volle Gnade der Kapitalisten finden kann.

So erklärt sich, daß Helmut Schmidt nur einen Tag nach der Regierungserklärung den DGB-Vorsitzenden Vetter und die Vorsitzenden der 16 DGB-Gewerkschaften empfing. Vetter erklärte hinterher offen: *„es habe ‚keine Differenzen' gegeben. Der erste Schritt der neuen Regierung in die Öffentlichkeit über den Bundestag hinaus habe ‚Symbolkraft', weil darin das Verhältnis der Bundesregierung zur Arbeitnehmerschaft als Ganzes zum Ausdruck gekommen sei."* („Welt" vom 20.5.74)

Neben dieser „symbolischen Repräsentanz der Arbeitnehmer" in der Regierung, wird das unmittelbare Eingreifen der Gewerkschaftsführer in ihren Arbeitsbereichen zur Minderung von Widerständen angestrebt.

— Gscheidle als Postminister hat die Aufgabe, die Bundespost aus den roten Zahlen herauszuführen, zum einen durch weitere Preissteigerungen, vor allem aber auch durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen. Er bietet sich für diese Aufgabe geradezu an. Als ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft kennt er die Pläne und Probleme, vor allem aber auch die Widerstände seitens der Postler.

— Rohde als Bildungsminister erhält als Gewerkschaftsspezi die besondere Aufgabe, energisch (nicht so zaghaft wie Dohnany) die „Reform der beruflichen Bildung" durchzuziehen und die Stufenausbildungspläne der Kapitalisten zu verwirklichen.

— Ruhnau schließlich kennt alle Schliche des Betrugs an der Arbeiterklasse: sowohl als Hamburger IGM-Bezirksleiter, als auch als Arbeitsdirektor bei der coop und Polizeisenator hat er dabei reichlich Erfahrungen gesammelt.

Nicht das Gewerkschaftsbuch — die Politik zählt!

Die Gewerkschaftsführer haben der Regierung ihre bedingungslose Unterstützung zugesagt. Vetter konnte „keine Differenzen" feststellen und der IGM-Führer Loderer sagte zur Regierungserklärung: *„In der Tat decken sich Ziele, Zwischenbilanz und Schwerpunkte der neuen Bundesregierung im Grundsätzlichen weitgehend mit den kurzfristigen gewerkschaftlichen Vorstellungen."* („Metall" vom 28.5.74).

Die „Beweisführung" hierfür tritt das DGB-Organ „Welt der Arbeit" vom 24.5. an. Dort heißt es unter der Überschrift „Es gibt gute Gründe, die Regierung zu unterstützen": *„Helmut Schmidt hat eine Regierung gebildet, in der viele - gewerkschaftlich aktive - Arbeitnehmer (!!) sitzen. Der neugewählte Kanzler und sein Stellvertreter haben wenige Stunden nach der Regierungserklärung das Gespräch mit der Spitze des DGB gesucht. In beiden Entscheidungen kommt zum Ausdruck, daß dieses Kabinett pronociert eine Politik für Arbeitnehmer machen und dabei den Interessen der großen Mehrheit des Volkes gerecht werden will. Die Gewerkschaften haben Anlaß, diese Absicht mit Beifall und Freude zur Kenntnis zu nehmen."*

So ist das also.

Allein die Tatsache, daß ein paar Gewerkschaftsführer in der Regierung sitzen, daß sie mit Schmidt einen ausschnacken, soll Beweis für eine „Arbeitnehmer-Politik" dieser Regierung sein.

Maßstab hierfür sollten allerdings Pläne und Handlungen dieser Regierung sein, und die sprechen eine andere Sprache. Sie machen duetlich, daß gerade eine schärfere Gangart gegen die Arbeiterklasse den Regierungskurs bestimmt und darüber können auch noch so hoch gehaltene Gewerkschaftsbücher nicht hinwegtäuschen.

Einmal mehr erweisen sich die Gewerkschaftsführer als treue Agenten der Kapitalistenklasse. Ihre Zustimmung zur Regierung Schmidt/Genscher und deren Programm ist die Zustimmung zur Politik der Kapitalistenklasse. Sie ist der Verzicht auf die Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterklasse — sie geht sogar soweit, Maßnahmen gegen die Bevölkerung direkt mit zu tragen.

Diese Loyalität der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur neuen Regierung wird auch die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften verschärfen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Bundeskanzler, Vizekanzler und DGB-Chef: „In allen Fragen einig . . ."

Zum besseren Verständnis dieses Schreibens: Die Tarifkommission verhandelt nicht insgesamt mit den Kapitalistenvertretern, sondern „wählt" eine Verhandlungskommission (4 — 6 Mann), was in der Regel so vor sich geht, daß die „zuverlässigsten" Leute (hauptamtliche Sekretäre, auch mal Betriebsratsvorsitzende) vorgeschlagen und wegen eindeutiger Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Rechten (die auch jederzeit manipulativ hergestellt werden können) auch bestätigt werden.

Während diese Verhandlungskommission nun mit den Kapitalistenvertretern in langatmige Wortgefechte eintritt, sitzen die anderen TK-Mitglieder herum und warten. Diese TK-Mitglieder haben ohnehin nur die Kulisse für das Geschehen abzugeben und sind nichts als Statisten. Der Verlauf der Verhandlungen liegt fest in den Händen der „kleinen Kommission", der Gewerkschaftsführer.

Die Taktik bei solchen Verhandlungen ist immer dieselbe: Die Kapitalisten-Vertreter schalten zu Anfang auf stur, machen entweder ein ganz niedriges Angebot oder weigern sich, über einen Teil der Forderungen überhaupt zu verhandeln. Daraufhin ist die Tarifkommission erst einmal empört, muß aber „einsehen", daß sie es mit einem harten Gegner zu tun hat und sich auf Kompromisse einlassen muß. Nun beginnt das „Ringen" um Zugeständnisse der Unternehmervertreter. In Hamburg dauerte der Spuk zweimal 16 bis 18 Stunden. Zum Schluß hat fast jeder den Überblick über die einzelnen Stationen der Verhandlung verloren, ist müde und hofft auf das Ende der Tortur. Zum Schluß erscheint dann ein Endergebnis von 12 %, mindestens 153 Mark, wie es dieses Jahr Bezirk für Bezirk — so auch in Hamburg — abgeschlossen wurde, noch als „Erfolg".

Wozu dieses Schattenboxen, mag man sich fragen. Einmal dient es natürlich der Glaubhaftigkeit gegenüber den Kollegen. Wenn alles ganz glatt über die Bühne gehen würde und nach zehn Minuten — was objektiv durchaus möglich wäre — das Ergebnis feststehen würde, dann kämen viele Kollegen sehr schnell dahinter, daß ihnen hier nur etwas vorgespielt wird. Zum anderen soll wohl auch jedem einzelnen Sozialdemokraten in der Tarifkommission von Zeit zu Zeit das Gefühl vermittelt werden, daß er kämpft und sei dieser Kampf auch künstlich herbeigeführt.

Der Tarifkommission kommt insofern eine besondere Bedeutung innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien zu, als sie — in der Regel — das höchste Entscheidungsgremium in Lohn- und Gehaltsfragen ist und den Schein von Demokratie besitzt. Man kann immer sagen: Eure Vertreter haben beschlossen . . . Die Gewerkschaftsführer setzen daher alles daran, nur ausgefuchste oder zumindest loyale Sozialdemokraten in dieses Gremium zu bekommen. Nun hat die Hamburger Tarifkommission eine gewisse „Durchlässigkeit" bezüglich der Information der Kollegen im Betrieb erhalten, dadurch, daß einige wenige fortschrittliche Vertreter von ihren Vertrauensleuten dorthin delegiert wurden. Daß die uneingeschränkte Autorität und Glaubwürdigkeit dieses Gremiums darunter leiden könnte, mißfällt den Gewerkschaftsführern sehr.

Wahl der TK-Mitglieder durch Vertrauensleute soll wieder abgeschafft werden

In der IG-Chemie-Zeitschrift für Funktionäre, „gewerkschaftliche umschau", vom März/April 74, wird in unzweideutiger Weise klargemacht, daß die nächste „Bundesarbeitstagung" vom 6. — 9. Oktober 74 (außerordentlicher Gewerkschaftstag) sich mit den Erfahrungen, der Wahl der TK-Mitglieder durch die Vertrauensleute als eines ihrer Hauptthemen beschäftigen wird, da *„die Tarifarbeit dadurch nicht einfacher (für wen?) wurde, im Gegenteil"*. Insbesondere diese Tarifrunde habe gezeigt, wie schwierig es war, zu einer einheitlichen Meinungsbildung in den verschiedenen Tarifkommissionen zu kommen. *„Und so werden gelegentlich die Empfehlungen der Vertrauensleute als imperatives Mandat für die Tarifkommissionsmitglieder fehlinterpretiert."* Wenn sich also ein Tarifkommissionsmitglied an die Forderung hält, die seine Vertrauensleute aufgestellt haben, dann hat er seinen Auftrag angeblich mißverstanden. Man höre nur, für wie blöd die Herren Gewerkschaftsführer fortschrittliche Kollegen halten: *„...wenn jeder Vertrauensleutekörper seine Tarifkommissionsmitglieder mit gebundenem Mandat entsenden würde, dann kämen Beschlüsse überhaupt nie zustande."* Natürlich wäre kein Kollege böse darüber, wenn sein TK-Mitglied einer höheren Forderung zustimmen würde, allerdings dann ja, wenn er sich auf eine wesentlich niedrigere Forderung einläßt.

Was den Gewerkschaftsführern in Wirklichkeit nicht schmeckt, das ist, daß es jetzt zum Teil schwieriger ist, den Kollegen niedrige Forderungen der Tarifkommission plausibel zu erklären, weil die Tarifkommission jetzt ein kleines Stück durchschaubarer für die Kollegen geworden ist. ●

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Hannover:
Buchhandlung Ernst-Thälmann
Grotestraße 13
Dienstag 16.00 - 18.30 Uhr

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Forts. Italien

in Turin und ebensoviele in Bologna, 80.000 in Florenz, 50.000 in Genua, 30.000 in Venedig.

Aber selbst in mittleren und kleinen Städten, weit abseits vom Hauptindustriegebiet Norditaliens, fanden machtvolle antifaschistische Manifestationen statt. So waren es 20.000 Menschen in Taranto (Süditalien), 15.000 in Bari (Süditalien), 10.000 in Catania (Sizilien), 15.000 in Aquila (Mittelitalien), 15.000 in Cagliari (Sardinien).

In vielen Fällen gingen die Redner der DC, die sich auf den Kundgebungen mit heuchlerischen „Trauer"reden als angeblich antifaschistische Partei präsentieren wollte, in wütenden Protestrufen und Pfeifkonzerten der Menge unter. Das verlogene Geschwätz der Christdemokraten – die mit Unterstützung der Gewerkschaften und der PCI überhaupt auftreten durften! – war nun wirklich das letzte, was die Werktätigen an diesem Tag hören wollten.

Außer der erwähnten Parole zum Verbot der MSI, die überall im Vordergrund stand, wurden weitere Parolen spontan entwickelt wie etwa *„Lotta di classe contro i fascisti, fuori dal governo compagni socialisti"* (Klassenkampf gegen die Faschisten, sozialistische Genossen raus aus der Regierung! – eine wohl illusionistische Aufforderung an die Sozialistische Partei) und *„Le bombe die Brescia e di piazza Fontana hanno un solo nome, Democrazia cristiana"* (Die Bomben von Brescia und von der piazza Fontana – gemeint ist das faschistische Blutbad in einer Mailänder Bank 1969 – haben einen einzigen Namen, Christdemokratie).

In vielen Städten blieb die Arbeiterklasse nicht bei bloßen Parolen, sondern ging zu ersten praktischen Schritten über: Tausende versammelten sich nach den Kundgebungen vor MSI-Büros und anderen faschistischen Rattenlöchern, wo bereits starke Polizei-Truppen zum Schutz der faschistischen Einrichtungen aufmarschiert waren. Vielfach kam es zu Kämpfen zwischen Polizei und Faschisten einerseits und den
und Faschisten einerseits und den
antifaschistischen Kollegen und Genossen andererseits; in einigen Fällen konnte selbst die Polizei die Faschisten nicht mehr vor der Bestrafung retten.

- In Neapel bewegte sich ein militanter Demonstrationszug durch die Straßen, der gezielt die einzelnen faschistischen Rattenlöcher ansteuerte. Zuerst wurde der Sitz der „Monarchistischen Union" gestürmt und verwüstet. Danach bewegte sich die Menge zum Sitz der faschistischen Pseudo-Gewerkschaft „CISNAL". Genossen besetzten das erste Stockwerk, und nun flogen der gesamte faschistische Papierkram, Möbel, Schreibmaschinen durch die Fenster auf die Straße, wo bald ein schönes Feuer prasselte. Danach ging es zum Büro der faschistischen Studentenorganisation FUAN, wo erst eine Sperrkette von Gewerkschaftsfunktionären beiseite gedrängt werden mußte, bevor die Antifaschisten auch dort aufräumen konnten. Schließlich standen Tausende vor der Zentrale der MSI, die von einem gewaltigen Polizeiaufgebot geschützt wurde. Hier flogen Steine in die Fenster, gab es militante Auseinandersetzungen mit der Polizei. Schließlich schoß die Polizei in die Menge – ein 21jähriger Soldaten-Genosse wurde dabei verletzt.
- In Rom versammelten sich Tausende von Antifaschisten vor dem Büro der MSI, das schon seit den Morgenstunden von starken Polizeitruppen bewacht wurde. Einige Büros der MSI in Arbeiterwohngebieten konnten zerstört werden. Die Polizei setzte Tränengas ein und gab ‚Warnschüsse' ab.
- In Mailand gab die Polizei vor der MSI-Zentrale mehrere Schüsse gegen die antifaschistischen Demonstranten ab, die sich mit Steinen und ‚Mollies' wehrten.
- In Viereggio (Badeort an der Westküste) stürmte der Demonstrationszug das Büro der MSI und setzte den Inhalt in Brand.
- In Bergamo wurden die Büros der MSI und der „CISNAL" verwüstet.
- In Sassari (Sardinien) versuchten einen Tag später (30. Mai) faschistische Schläger einen Überfall auf Genossen in der Universität. Es formierte sich daraufhin rasch ein antifaschistischer Demonstrationszug, der zuerst das Büro der „CISNAL" verwüstete und dann zum Büro der MSI zog, wo es Schlägereien mit der Polizei gab.

Insgesamt wurden am 29. und 30. Mai einige Dutzend faschistische Rattenlöcher ausgeräuchert – in einigen Fällen wurden auch Büros der Christdemokratischen Partei angegriffen.

Die Arbeiterklasse hat damit eine erste deutliche Antwort auf das faschistische Massaker gegeben: nicht Vertrauen auf die „Ermittlungen" und „gesetzlichen Verfahren" des Staatsapparates – der der direkte Komplize des faschistischen Terrors ist – sondern proletarische Eigeninitiative und Vertrauen auf die eigene Kraft. Die Arbeiterklasse „diskutiert" nicht mit ihren Mördern, sondern sie schlägt sie – auch das wurde deutlich. Und auf Mord, massenhaften Mord, läuft letzten Endes in Italien wie anderswo der Faschismus immer hinaus.

Dies wurde dadurch unterstrichen, daß auch nach dem Massaker von Brescia der faschistische Mordterror andauerte: ein Bombenanschlag am 30. Mai auf das Gebäude der Metallergewerkschaft in Rho (bei Mailand). Bomben am 3. Juni in Trento (Südtirol) und Reggio Calabria (Süditalien). Ein Anschlag auf die Eisenbahnlinie Mailand-Sondrio, ein faschistischer Überfall auf eine Schule in Mailand. Am 31. Mai in Neapel ein Überfall auf einen alten antifaschistischen Genossen in seiner Wohnung: Zuerst bedrohten die Faschisten seine Familie, dann schossen sie auf den Genossen. Er wurde durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt.

Zu einer gewaltigen Antwort auf den faschistischen Terror wurde am 31. Mai die Beerdigung von sechs Genossen und Kollegen in Brescia. Wieviel Menschen waren es, die aus ganz Italien zusammengekommen – die Straßen und Plätze der Stadt so füllten, *„daß man nicht mehr atmen konnte"*, wie die kommunistische Tageszeitung „il manifesto" vom 1. Juni schreibt...? „Lotta Continua" spricht von mehr als 500.000 Menschen. Regierungschef Rumor von der DC ließ seine vorbereitete „antifaschistische" Rede wohlweislich in
faschistische" Rede wohlweislich in
der Jackentasche, und Staatspräsident Leone (auch DC) hastete eilig über den Platz, um schnell seinen Kranz loszuwerden und dann abzurauschen. Aus der Menge hörte man Rufe „Was wollt ihr hier?", „Haut ab!", Pfiffe.

Und am 3. Juni waren es noch einmal zehntausende, vielleicht 100.000 die zusammengekommen waren, um das siebente Todesopfer des faschistischen Anschlages zu ehren – Luigi Pinto, 25 Jahre, auch er ein Lehrer wie die Mehrzahl der Todesopfer, Mitglied der ‚CGIL-scuola' (Lehrergewerkschaft).

Fast jeden Tag ein faschistisches Verbrechen

Die Kette faschistischer Mordanschläge ist lang und fast ununterbrochen.

- Das größte Blutbad richteten die Faschisten am 12. Dezember 1969 mit einer Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank an: 16 Menschen starben und über 90 wurden verletzt.

Wir haben mehrfach berichtet, wie der Staatsapparat dieses Verbrechen „den Linken" anlasten wollte. Mehrere Genossen einer anarchistischen Gruppe saßen deswegen über drei Jahre unschuldig im Gefängnis, bevor der Staatsapparat endlich gezwungen werden konnte, die faschistischen Urheber des Mailänder Blutbads zu verhaften und die anarchistischen Genossen frei zu lassen.

- Am 4. Februar 1971 warfen Faschisten in Catanzaro (Süditalien) eine oder mehrere Handgranaten gegen einen antifaschistischen Demonstrationszug. Ein Arbeiter, Mitglied der Sozialistischen Partei, wurde getötet. 12 Menschen wurden verletzt. Die Mörder hatten sich offensichtlich im MSI-Büro befunden, das an der Straße lag, durch die sich die Demonstration bewegte.
- Am 25. August 1972 wurde in Parma der kommunistische Genosse Mariano Lupo (Mitglied von „Lotta Continua") von Faschisten ermordet. Mindestens sechs Faschisten hatten den Genossen überfallen und zu Tode geprügelt. Die meisten der Schläger waren Mitglieder der MSI; einer von ihnen war zur Zeit des Mordes Kommunalrat der MSI.
- Am 12. April 1973 kamen hunderte bewaffnete Faschisten aus ganz Italien nach Mailand, um an einer großangelegten Provokation unter Führung des MSI-Senators Ciccio Franco, berüchtigt als Verantwortlicher zahlreicher faschistischer Provokationen in Reggio Calabria (Süditalien), teilzunehmen. Im Verlauf des faschistischen Krawalls wurden Handgranaten gegen eine Gruppe von Polizisten geworfen, wobei ein Polizist getötet wurde. Die Polizei fand bei den Faschisten mehrere Rucksäcke voller Handgranaten, offensichtlich aus Armee-Beständen. Obwohl es offensichtlich war, daß die faschistische Provokation direkt von der MSI organisiert war, beschränkten Polizei und Justiz sich auf die Festnahme der unmittelbar Ausführenden des Anschlags.
- Am 15. Mai 1973 warf ein Faschist in Mailand eine Handgranate in eine Menschenversammlung, die der Einweihung einer Gedenkstätte für den ein Jahr zuvor erschossenen Kommissar der Politischen Polizei, Calabresi, zusahen. Vier Menschen starben. Der Mörder wollte sich als „Anarchist" ausgeben. Es wurde jedoch bewiesen, daß er Mitglied einer pro-amerikanischen reaktionären Organisation gewesen war, daß er zwei Jahre in einem israelischen ‚Kibbuz' gelebt hatte und Israel erst eine Woche vor dem Mordanschlag verlassen hatte, daß er die Nacht vor dem Mordanschlag in der Wohnung eines Funktionärs der faschistischen Pseudo-Gewerkschaft CISNAL verbracht hatte.
- Am 28. März dieses Jahres explodierte eine von Faschisten gelegte Bombe auf dem Wochenmarkt in Varese (Norditalien). Es gab einen Toten und einen Verletzten.

Zu diesen von den Faschisten ausgeführten Morden kommen wahrscheinlich noch weitere:

- Am 6. Mai 1972 wurde in Mailand der Kommissar der Politischen Polizei, Calabresi, vor seiner Wohnung erschossen. Calabresi hatte sich einen Namen als Anarchisten- und Kommunistenjäger gemacht; u. a. wurde er verantwortlich gemacht für den Tod des Anarchisten Pinelli, der 1969 während eines „Verhörs" aus einem Fenster des Polizeipräsidiums geworfen wurde. So wurde denn auch zunächst die revolutionäre Linke für den Tod Calabresis verantwortlich gemacht. Zeitweise wurde sogar die westdeutsche „RAF" („Bader-Meinhof-Gruppe") mit dem Anschlag in Verbindung gebracht. Im September 1972 wurden dann die Faschisten Nardi, Stefano und Kiess mit einem Auto voller Sprengstoff an der Schweizer Grenze erwischt. Obwohl es sogleich Anhaltspunkte für eine Verbindung zur Erschießung Calabresis gab, wurden die Faschisten laufen gelassen. Inzwischen hat sich die Justiz zu einem Haftbefehl wegen Verdacht der Ermordung Calabresis gegen die drei Faschisten entschlossen – die aber sind erst einmal „untergetaucht".
- Am 31. Mai 1972 wurden die Carabinieri zu einem gestohlenen Auto gerufen, das in Peteano (Norditalien) abgestellt war. Das Auto war, mit Sprengstoff vollgepackt, als Bombe präpariert. Bei der Explosion wurden drei Polizisten getötet und zwei verletzt. Nachdem Justiz und Polizei auch in diesem Fall zuerst eifrig der „roten Spur" folgten, sitzen jetzt sechs kleine Kriminelle auf der Anklagebank, denen die Tat offenbar auch nicht nachzuweisen ist. „Lotta Continua" behauptet, daß der Anschlag von Mitgliedern der faschistischen Terrorgruppe „Ordine nuovo" („Neue Ordnung") verübt wurde.

Zu den faschistischen Terrorakten mit tödlichem Ausgang kommen noch zahlreiche Anschlage, bei denen es nur durch Zufälligkeiten nicht zu weiteren Blutbädern kam. So haben die Faschisten z.B. oft Bombenanschläge auf Züge unternommen, die im Falle des „Gelingens" mit Sicherheit viele Todesopfer gefordert hätten.

So unternahmen die Faschisten in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1969, sozusagen als Generalprobe auf das Massaker in der Mailänder Landwirtschaftsbank, Bombenanschläge gegen neun Züge. Bei den Explosionen gab es zwölf Verletzte.

Am 22. Oktober 1972 verübten die Faschisten mehrere Bombenanschläge gegen Züge, die Arbeiter aus ganz Italien zu einer zentralen antifaschistischen Manifestation nach Reggio di Calabria brachten. Nur zufällig richtete keiner der Sprengsätze Schaden an.

Im April 1973 explodierte ein Zündsatz in den Händen von Nico Azzi, der sich auf das WC des Zuges Turin-Rom zurückgezogen hatte, um dort eine Bombe zusammenzubasteln. Die Masse des Sprengstoffs explodierte glücklicherweise nicht. Azzi hatte offenbar beabsichtigt, die Bombe mit einem Zeitzünder gerade in einem Tunnel zur Explosion zu bringen, was verheerende Folgen gehabt hätte. Azzi war zur Zeit des Anschlags Mitglied der MSI. Persönliche Kontakte verbanden ihn mit den Terroristen der „SAM" („Aktionstrupp Mussolini"), einer faschistischen Bombenleger-Bande. Der Bombenanschlag sollte offenbar eine Art „Auftakt" für die wenige Tage später (am 12. April 1973) stattfindende faschistische Provokation in Mailand sein, wobei ein Polizist durch eine Handgranate getötet wurde (s.o).

Am 26. November 1972 wurde auf Grund eines Telefonanrufs eine Bombe im Zug Venedig-Rom entdeckt und konnte unschädlich gemacht werden.

Am 29. Januar 1974 verübten Faschisten einen Bombenanschlag auf die Bahnlinie Mailand-Bari in der Nähe von Pescara. Der Maschinist eines Güterzuges hatte „ein zylindrisches Objekt" auf den Schienen gesehen. Wenige Minuten zuvor hatte der Eilzug „Freccia del Sud" die Strecke passiert. Er hätte die Bombe auslösen sollen; zum Glück war nur der Zünder explodiert, nicht aber der Sprengsatz von 7-8 kg. Einen Tag vor dem Anschlag war in Pescara ein faschistischer Aufmarsch mit MSI-Chef Almirante an der ge

Italien:
Entführter Staatsanwalt freigelassen

Wie im AK 43 berichtet, wurde am 18. April der Genueser Staatsanwalt Sossi von Genossen der sogenannten „Roten Brigaden" entführt. Am 23. Mai wurde Sossi von den „Roten Brigaden" auf freien Fuß gesetzt.

Als Student hatte Sossi zweimal auf der Liste der FUAN (Studentenorganisation der neofaschistischen Partei MSI) zu universitären Wahlen kandidiert.

Als Staatsanwalt hatte er 1969 nach der „strage di stato" (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank, bei dem 16 Menschen starben) massenhafte Wohnungsdurchsuchungen bei Genossen der revolutionären Linken veranlaßt und hatte auch Genossen der revisionistischen Partei PCI durchsuchen und festnehmen lassen.

Sossi war Staatsanwalt im Prozeß gegen die anarchistische Gruppe „22. Oktober", gegen deren Mitglieder Strafen von lebenslänglich, 54 Jahre, 43 Jahre, 39 Jahre, 30 Jahre, 25 Jahre u. a. verhängt wurden – insgesamt rund 400 Jahre Gefängnis und einmal lebenslänglich.

Als der bekannte sozialistische Verleger Feltrinelli 1972 bei einer bis heute nicht aufgeklärten Bombenexplosion ums Leben kam, war Sossi besonders bemüht, die Ermittlungen gegen die Linke zu richten und alte Partisanen und Mitglieder der PCI zu belasten.

Obwohl Sossi sich einen Namen als Feind der italienischen Arbeiterklasse gemacht hat, standen die meisten Organisationen der revolutionären Linken der Entführung durch die „Roten Brigaden" ablehnend gegenüber. Diese Aktion wurde vor allem mit Blick auf das Referendum zum Scheidungsgesetz am 12. Mai als schädlich für die Linke und die Arbeiterklasse betrachtet.

Nach der Entführung Sossis wurden vor allem in Genua umfangreiche „Suchaktionen" von der Polizei durchgeführt. Zahlreiche Genossen der revolutionären Linken wurden durchsucht, verhört, festgenommen. In den „roten" Arbeitervierteln von Genua durchsuchten 4.000 Polizisten z. T. Haus für Haus, Wohnung für Wohnung.

Sossi forderte daraufhin erstmals in einer Botschaft den Staatsapparat auf, die „unnützen und schädlichen Suchaktionen" einzustellen, um sein Leben nicht zu gefährden. Scheinbar wurden danach tatsächlich die Suchaktionen unterbrochen, am 29. April jedoch in noch größerem Umfang wieder aufgenommen. Sossi beschwerte sich darüber in einer Botschaft vom 2. Mai: „... *Jeder muß seine Verantwortung tragen. Ich bin nicht allein für meine Fehler verantwortlich. Jede Untersuchung und Suchaktion ist schädlich ...* "

Am 5. Mai verlangten die „Roten Brigaden" die Freilassung von acht Mitgliedern der „Gruppe 22. Oktober" im Austausch gegen Sossi. Das wurde vom Staatsapparat abgelehnt.

Der Ton von Sossis Botschaften wurde daraufhin noch schärfer. So forderte er am 7. Mai, auf das Angebot der „Roten Brigaden" einzugehen: „... *Der Staat, der mich ohne Schutz ließ, während er mich lange Zeit großen persönlichen Risiken aussetzte, hat jetzt die moralische Pflicht, mich und meine Angehörigen zu schützen und so wenigstens teilweise seine schweren Versäumnisse wieder gut zu machen ... Ich will nicht für fremde Fehler bezahlen ...* "

Am 15. Mai wandte sich Sossi mit einem Brief an den italienischen Staatspräsidenten Leone: „... *Mag mein Verhalten richtig oder falsch gewesen sein, so ist doch das Amt des Staatsanwalts unpersönlich, und jede Handlung der Untergebenen geht von Rechts wegen auf den zurück, der das Amt leitet ... Soweit mir bekannt ist, hat keiner der ‚Unnachgiebigen' sich bis heute angeboten, mich im Volksgefängnis zu ersetzen ...* "

Am 20. Mai bewilligte das Genueser Gericht die Freilassung der acht Mitglieder von „22. Oktober". Dagegen empörte sich vor allem Sossis direkter Vorgesetzter, Generalstaatsanwalt Coco – auf den Sossis oben zitierte Worte vor allem gemünzt waren. Auch Innenminister Taviani erklärte, die „Würde des Staates" erlaube es nicht, auf die „Erpressung" einzugehen. In dieselbe Kerbe schlugen die Revisionisten der PCI, die wieder einmal bestrebt waren, sich als „Partei der Ordnung" zu präsentieren. In ihrer „Unità" schrieben sie, die Entscheidung der Genueser Richter sei zwar „menschlich verständlich", aber „im Interesse des Staates" falsch, denn: *„Jede Verbrecherbande könnte, wenn man dieser Linie folgt, versuchen, ein gerechtes (!) Urteil zu Fall zu bringen."*

Indem die Regierung sich weigerte, den acht Mitgliedern von „22. Oktober" im Fall ihrer Freilassung Pässe für die Ausreise ins Ausland zu geben, wurde die Entscheidung der Genueser Richter blockiert.

Die „Roten Brigaden" entschieden sich daraufhin dafür, Sossi freizulassen – offenbar in der richtigen Annahme, daß zu diesem Zeitpunkt ein toter Sossi der Bourgeoisie lieber gewesen wäre als ein freier.

Solange Sossi im „Volksgefängnis" der „Roten Brigaden" war, behauptete der Staatsapparat einfach, die Botschaften Sossis seien „erzwungen" worden, seien „gefälscht" etc.

Sossi jedoch erklärte nach seiner Freilassung alsbald, er habe diese Botschaften freiwillig und bewußt geschrieben. Er wiederholte seine Austrittserklärung aus der UMI (reaktionärer Richterverband), die er schon in einer Botschaft aus dem „Volksgefängnis" ausgesprochen hatte. In einer weiteren Erklärung dankte er u. a. der „Magistratura Democratica" (demokratischer Juristenverband), die sich für seine Freilassung eingesetzt hatten, und erklärte zugleich, er könne in seinen Dank diejenigen nicht einschliessen, *„die es genau vermieden haben, bestimmte und geschuldete Verantwortlichkeiten zu übernehmen."*

Generalstaatsanwalt Coco behauptete daraufhin, Sossi sei „nicht ganz normal", „immer noch unter einem Schock" etc.

Tatsächlich hat hier ein reaktionärer Staatsanwalt eine – wie er selbst nach seiner Freilassung sagte – „für immer nützliche Erfahrung" gemacht: daß ihn nämlich Bourgeoisie und Staatsapparat gegebenenfalls nicht vor der revolutionären Gewalt schützen können, und daß sie herzlich gern sein Leben der „Staatsautorität" geopfert hätten. In diesem Sinn hat die Sossi-Entführung anscheinend auch allgemein eine gewisse Polarisierung und Widerspruchsentwicklung im italienischen Staatsapparat gefördert. ●

schlossenen Kampffront der Werktätigen gescheitert.

Am 22. April 1974 scheiterte ein Massaker nur an einem doppelten Zufall. Die Faschisten hatten in der Nähe von Prato (Toskana) eine Bomba an der Bahnstrecke Bologna-Florenz angebracht. Es scheint, daß das Zündwerk durch einen Güterzug beschädigt wurde, der auf einem Nebengleis fuhr, und daß die Faschisten sich daraufhin entschlossen, die Bombe direkt zu zünden. 20 Meter Schienen flogen in die Luft. Der Schnellzug Paris-Rom konnte wenige hundert Meter vor der Explosionsstelle gestoppt werden. Die faschistische Terror-Bande „Ordine nuovo" erklärte, die Bombe gelegt zu haben.

Nach einer weit verbreiteten Ansicht kommt außerdem die Entgleisung des „Freccia del Sud" bei Gioia Tauro 1970 auf das Konto eines faschistischen Anschlags. Damals gab es sechs Todesopfer.

Der faschistische Terror hat in Italien ein Ausmaß erreicht, das für ein nicht-faschistisches Land beispiellos ist. Natürlich können die Faschisten keine offene Konfrontation mit der Arbeiterklasse wagen. Es gibt kaum einen Ort, wo die Faschisten eine Kundgebung ohne massiven Polizeischutz halbwegs heil über die Runden bringen könnten. Das bevorzugte Mittel der Faschisten ist daher die Bombe. Häufig sind auch Überfälle auf einzelne Genossen, wobei sich die Faschisten in der Regel auf Polizeischutz verlassen können, falls die Sache wider Erwarten schlecht für sie auszugehen droht.

Es ist ganz unmöglich, eine vollständige Liste der faschistischen Mordanschläge und Überfälle in den letzten Jahren zu geben. „Lotta Continua" hat nach dem Massaker von Brescia eine Aufstellung veröffentlicht, die vom 2. März bis 27. Mai geht, also kaum ein Vierteljahr umfaßt. Sie zählt rund 90 Fälle von Bombenanschlägen und Überfällen auf – mehr als ein faschistisches Verbrechen pro Tag.

Hier nur einige Beispiele aus dieser – sicher unvollständigen – Aufzählung:

- Am 2. März wird in Mailand ein alter Partisanenkämpfer und Kommunist von Faschisten überfallen und durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt.
- Am 13. März werden in Mailand zwei Arbeiter von Faschisten durch Schüsse verletzt.
- Am 25. März geben Faschisten in Mailand aus einem fahrenden Auto heraus mehrere Schüsse auf die Architektur-Fakultät der Universität und auf das „Studentenhaus" ab. Ein 10jähriges Mädchen wird dabei schwer verletzt.
- Am 4. April schießen Faschisten in Rom aus einem Büro der MSI auf Genossen, die Flugblätter verteilen.
- Am 23. April explodieren Bomben in Mailand, Lecco und Moiano (Perugia) gegen ein Büro der Sozialistischen Partei, ein Finanzamt und ein Gewerkschafts-Gebäude. Alle drei Bomben verursachen schwere Sachschaden.
- Am selben Tag wird in Neapel ein Genosse von „Lotta Continua" von Faschisten durch Schüsse in den Rücken verletzt.
- Am 27. April explodiert in Triest eine Bombe in einer Schule der slowenischen Minderheit, die zum Glück nur Sachschaden anrichtet. Der Anschlag steht allgemein im Zusammenhang mit einer nationalistischen Kampagne gegen Jugoslawien (die italienischen Imperialisten träumen von „Gebietsansprüchen" gegenüber Jugoslawien) und im engeren Sinn ist dieser Mordanschlag eine Antwort auf den Faschistenchef Almirante, der wenige Tage vorher in einer Rede gefordert hatte „den slowenischen Bazillus aus Triest zu entfernen".
- Am 3. Mai verletzen die Faschisten in Verona einen Schüler durch Schüsse ins Gesicht schwer. Der Schüler hatte einen Aufruf zu einer Faschisten-Kundgebung abgerissen.
- Am 10. Mai explodieren vier Bomben in Behörden- und Privatgebäuden in Mailand, Bologna (zwei Bomben) und Ancona.
- Am 14. Mai greifen Faschisten in Rom vor einem MSI-Büro Genossen mit gezogenen Pistolen an. Ein Passant wird durch einen Bauchschuß schwer verletzt.
- Am 18. Mai wollen die Faschisten ein Wohnhaus in Mailand in die Luft sprengen. Die Bombe wird durch einen Zufall drei Minuten vor der Explosion entdeckt.

Partisanen-Genossinnen im antifaschistischen Befreiungskrieg

Der Staatsapparat an der Seite der Faschisten

Der faschistische Terror ist nur mit Duldung und Unterstützung des bürgerlichen Staatsapparats möglich. Die Arbeiterklasse könnte in kürzester Zeit dem Mordterror einiger tausend Faschisten eine Ende machen – wenn hinter den Faschisten nicht der Staatsapparat stünde.

Das beginnt, um ein symbolhaftes Beispiel zu nennen, beim obersten Faschisten-Chef, MSI-Führer Almirante. Almirante ist ein faschistischer Krimineller schon in der Zeit der Mussolini-Diktatur gewesen. Er ist ein Mörder italienischer Partisanen und Widerstandskämpfer. Ein Gericht wies schon vor einigen Jahren eine Verleumdungsklage gegen Almirante ab und erklärte ausdrücklich, es sei rechtmäßig, wenn man Almirante einen „Massenmörder und Folterer von Italienern" nennt, denn diese Bezeichnung sei „voll bewiesen und der Tatsachenwahrheit entsprechend". Darüber hinaus läuft gegen Almirante ein Verfahren wegen Verdachts des „Wiederaufbaus der aufgelösten Faschistischen Partei".

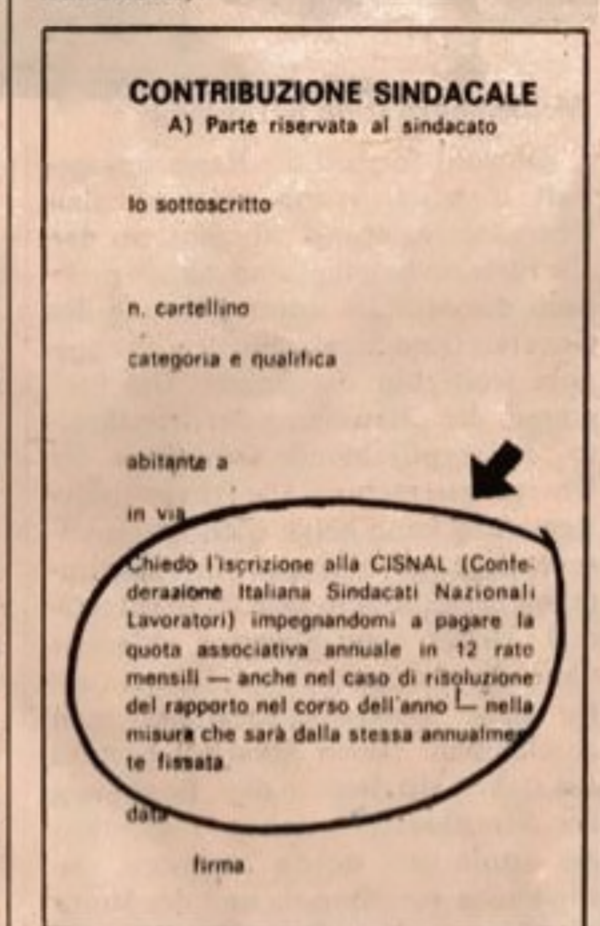
Aber statt zumindest im Zuchthaus, wo dieser Verbrecher schon lange hingehört, sitzt er als Abgeordneter im Parlament.

Erst kürzlich hat das italienische Parlament, mit den Stimmen der revisionistischen PCI, ein Gesetz zur Parteien-Finanzierung beschlossen, das der MSI umgerechnet etwa 17 Mio. Mark jährlich verschafft – einer Partei, die nichts weiter ist als die Fortsetzerin der aufgelösten Faschistischen Partei Mussolinis, also eine Partei, die selbst nach bürgerlichem „Recht" schon lange verboten sein müßte! **Mit 17 Mio. Mark jährlich soll das italienische Volk seine eigenen Mörder finanzieren! Und diesem Gesetz hat die PCI zugestimmt.**

Die MSI ist nicht nur eine zu verbietende Organisation nach dem Gesetz über das Verbot des „Wiederaufbaus der aufgelösten Faschistischen Partei", sondern sie ist darüber hinaus in fast alle faschistischen Verbrechen der letzten Jahre eng verwickelt. Aus Büros der MSI kommen vielfach die faschistischen Schlägerbanden und in die MSI-Büros ziehen sie sich zurück, wenn sie vor der Abwehrbereitschaft der Antifaschisten den Rückzug antreten müssen. MSI-Büros sind Waffenlager und Ausgangspunkt von Mordanschlägen. Zahlreiche MSI-Mitglieder sind in kriminelle Aktivitäten verwickelt. Aber auch viele MSI-Führer sind wegen Verbrechen der letzten Jahre belastet.

Aber diese Partei wird keineswegs verboten, sondern unterstützt und gefördert, weil sie den Interessen der Bourgeoisie gute Dienste leistet.

Kapitalisten bedienen sich der mit der MSI verbundenen faschistischen Pseudo-Gewerkschaft „CISNAL", um politisch fügsame und „zuverlässige" Arbeiter zu rekrutieren. So veröffentlichte die „Unità" (Tageszeitung der PCI) am 5. Dezember 1972 ein Rundschreiben der „CISNAL", in dem diese 80 Metaller für zwei Betriebe in Brescia (!) suchte, die über die örtlichen Gruppen der MSI und „CISNAL" vermittelt werden sollten. Die Arbeiter müssen vorher in die „CISNAL" eintreten, und es wird außerdem im Rundschreiben darauf hingewiesen, man suche vor allem Arbeiter, *„die politisch auf uns orientiert sind"*. Die „CISNAL" wirkt also als eine Art faschistischer Arbeitsvermittlung, und sie hat zugleich die Aufgabe, die eingefangenen Arbeiter an ihrem neuen Arbeitsplatz zu „betreuen" (= bespitzeln, einschüchtern und gegebenenfalls denunzieren).


CONTRIBUZIONE SINDACALE

A) Parte riservata al sindacato

Io sottoscritto

n. cartellino

categoria e qualifica

abitante a

in via

Chiedo l'iscrizione alla CISNAL (Confederazione Italiana Sindacati Nazionali Lavoratori) impegnandomi a pagare la quota associativa annuale in 12 rate mensili – anche nel caso di risoluzione del rapporto nel corso dell'anno – nella misura che sarà dalla stessa annualmente fissata

data

firma

Solche Beitrittserklärungen zur faschistischen Pseudo-Gewerkschaft CISNAL legte FIAT „seinen" Angestellten in die Lohntüte (aus „l'Unita" vom 7.5.1972). Im Text heißt es: „Ich bitte um Aufnahme in die CISNAL (...) und verpflichte mich, den jährlichen Mitgliedsbeitrag in 12 Monatsraten zu zahlen – auch falls das Verhältnis im Laufe des Jahres gelöst wird – in der Höhe, wie sie von derselben jährlich festgesetzt wird."

In besonderem Maß hat sich der Fiat-Konzern der „CISNAL" bedient, um „politisch zuverlässige" Arbeiter aus dem Süden Italiens zu rekrutieren und so, in Verbindung mit politischen Massenentlassungen, die Lage in den Betrieben wieder unter Kontrolle zu bringen. Am 7. März 1972 veröffentlichte die „Unità" eine Beitrittserklärung zur „CISNAL", die ein Fiat-Betrieb den Angestellten in die Lohntüte gesteckt hatte.

Während die Bourgeoisie so mit der faschistischen MSI und ihrer Pseudo-Gewerkschaft zusammenarbeitet, deckt der Staatsapparat die schlimmsten faschistischen Mörder und Schläger.

Wir haben bei vielen Gelegenheiten berichtet, wie der Staatsapparat alles tat, um den faschistischen Ursprung des Massakers in der Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12. Dezember 1969 nicht ans Licht kommen zu lassen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang vor allem auf unsere 1972 erschienene Broschüre **„Von Pinelli zu Feltrinelli – Politischer Mord in Italien"**.

Es verschwanden wichtigste Beweismittel, es verschwanden wichtige Zeugenaussagen, die schon wenige Tage nach dem Massaker zu den faschistischen Mördern hätten führen müssen. Stattdessen wurde fast zwei Jahre lang mit großem Aufwand und entsprechender Hetze in der bürgerlichen Presse ausschließlich die „rote Spur" verfolgt, saßen mehrere Anarchisten drei Jahre unschuldig in „Untersuchungs"haft.

Aber selbst jetzt hat der Staatsapparat erst die unmittelbar Ausführenden des Mailänder Massakers und anderer Bombenanschläge in diesem Zusammenhang in Haft genommen. Einer der am schwersten belasteten **Hintermänner** des faschistischen Anschlags, Pino Rauti, zur Zeit des Massakers in der „Zentralen Leitung" der MSI, wurde 1971 nach wenigen Wochen „Untersuchungshaft" wieder entlassen. Andere Hintermänner des Massakers in der MSI, im Geheimdienst u.a. wurden ohnehin nie verfolgt.

Die Polizei ist bis heute „unfähig" gewesen, irgendeines der großen faschistischen Verbrechen „aufzuklären". Die Justiz ist bis heute „unfähig" gewesen, irgendeinen Verantwortlichen für die großen faschistischen Verbrechen der letzten Jahre abzuurteilen. Selbst der Prozess gegen die faschistischen Bombenleger Freda, Ventura & Co. ist mehr als vier Jahre nach dem Mailänder Blutbad noch lange nicht abgeschlossen, sondern läuft – nach mehrmaligen Unterbrechungen und Verschiebungen – immer noch. Die Justiz besaß sogar den blutigen Zynismus, die bis Ende 1972 in „Untersuchungs"haft gehaltenen Anarchisten jetzt auf dieselbe Anklagebank wie die Faschisten zu bringen, indem sie die makabre These vertritt, die Anarchisten hätten das Verbrechen vielleicht g e m e i n s a m mit den Faschisten begangen.

Verhaftet und z.T. abgeurteilt wurden bisher immer nur die „kleinen Fische" des kriminellen faschistischen „Untergrunds". Das sind Leute, die entweder aus Trottligkeit der Polizei z.B. mit Autos voller Waffen und Sprengstoff direkt in die Arme liefen oder Verbrecher, die von Antifaschisten direkt der Polizei übergeben wurden.

Die meisten faschistischen Verbrecher werden nach der Aburteilung „vorläufig" freigelassen, um alsbald erneut als faschistische Mörder und Schläger aktiv zu werden.

Ein typisches Beispiel ist der 21jährige Faschist Angelo Angeli. Schon als Jugendlicher an zahlreichen faschistischen Verbrecher beteiligt, vor allem als Schläger aufgetreten, bekam er am 8. März 1971 unter Hinweis auf seine Jugend den Freibrief der Straf-„Unreife", *„wegen Unreife unfähig, zu beabsichtigen und zu wollen"*. Mit diesem Freibrief war Angeli weiter sehr aktiv, jetzt wahrscheinlich auch als Bombenleger gegen ein Büro der Sozialistischen Partei, gegen eine Filiale der PCI-Zeitung „Unità" u.a.

Am 10. Februar 1972 wurde Angeli verhaftet, aber wenig später wieder freigelassen. Er rannte dann direkt zu einem Büro der MSI, wo sich zwei seiner „Chefs" befanden. Der eine der beiden war jener Esposti, der am 30. Mai 1974 bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet wurde. Angeli bekam Streit mit seinen „Chefs" (wahrscheinlich um Geld-Fragen) und bedrohte sie mit der Pistole. Sie lieferten ihn daraufhin der Polizei aus, und so saß Angeli erst einmal wieder da, wo er hingehört.

Im April 1972 wurde er zu drei Jahren, 11 Monaten und 11 Tagen Gefängnis verurteilt. Nichtsdestotrotz wurde er erneut „vorläufig" freigelassen und auf die Arbeiterklasse losgelassen.

Im Februar dieses Jahres wurde Angeli von der Schweizer Polizei festgenommen unter der Beschuldigung, einen Kapitalisten „entführt" zu haben. Weit verbreitet ist allerdings die Meinung, bei der „Entführung" habe es sich um ein abgekartetes Spiel gehandelt – mit dem Zweck, den Faschisten auf leichte Weise Geld zuzuschustern.

Ein anderes Beispiel. Wir erwähnten den bei einer Schießerei mit der Polizei am 30. Mai getöteten Faschisten Esposti. Zu der Schießerei kam es, als Polizisten im Verlauf der äußerlich lautstarken, aber in Wahrheit insgesamt sehr lau geführten „Ermittlungen" nach dem Massaker von Brescia auf ein paramilitärisches „Übungslager" der Faschisten stießen und diese zu schießen begannen. Esposti nun war im April 1972 – im selben Prozeß wie Angeli – zu vier Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Auch er wurde jedoch „vorläufig" zu neuen Verbrechen auf freien Fuß gesetzt. Bei der erwähnten Schießerei wurde auch der Faschist Alessandro D'Intino festgenommen. Er hatte im November 1972 in Mailand einen Schüler niedergestochen, wurde deshalb verhaftet und gleich wieder frei gelassen. In der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1973 war er an einem Attentat auf ein Büro der Sozialistischen Partei in Brescia (!) beteiligt. Er wurde deswegen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt – und wiederum freigelassen!!

Übrigens wurde in dem erwähnten faschistischen „Übungslager" auch Giovanni Damieletti festgenommen. Er steuerte am 24. März 1974 das Auto, aus dem in Mailand mehrere Pistolenschüsse u.a. auf das „Studentenhaus" abgegeben wurden, wobei ein 10jähriges Mädchen schwer verletzt wurde.

Das hier an wenigen Beispielen geschilderte pro-faschistische Verhalten der Justiz erklärt, warum die faschistischen Schläger und Mörder immer noch so völlig unbekümmert Mord und Terror verüben können: eine längere Gefängnishaft riskieren sie ja dabei kaum, wenn sie auch Bomben legen, Arbeiter prügeln, Ge-

Forts. Italien

nossen niederstechen, Kinder und Passanten anschießen. Dies ist eine wichtige Erklärung für das beispiellose Ausmaß, das der faschistische Terror in Italien annehmen konnte. Es ist zugleich ein weiterer Beweis für die Komplizenschaft des Staatsapparats mit dem faschistischen Terror.

Brauchen die Faschisten auch in der Regel Polizei und Justiz nicht zu fürchten, so kann ihnen doch die Abwehrbereitschaft der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Studenten gefährlich werden. Aber auch in diesem Fall arbeitet der Staatsapparat in der Regel mit den Faschisten Hand in Hand.

Als ein Symbol dieser Zusammenarbeit kann der Tod des Genossen Franco Serantini am 5. Mai 1972 in Pisa gelten. Faschisten aus allen Teilen Italiens waren an diesem Tag nach Pisa gekommen, um Provokationen zu begehen. Hunderte von Antifaschisten waren dagegen mobilisiert. Die Polizei ging Seite an Seite mit den faschistischen Schlägertrupps gegen die Antifaschisten vor, prügelte brutal, verhaftete viele. Bei einem der Knüppeleinsätze fiel den Bullen der antifaschistische Student Franco Serantini, 21jährig, in die Hände. Sie schlugen ihn brutal zusammen. Das letzte, was man von Franco Serantini hörte, bevor er zusammenbrach, war der Schrei „Faschisten-Schweine". Die Bullen prügelten weiter auf ihn ein. Schwer verletzt wurde er schließlich ohne ärztliche Behandlung in eine Zelle gesperrt. Erst als der Genosse im Todeskampf lag, wurde ein Arzt bemüht. Franco Serantini starb 36 Stunden nach seiner Einlieferung ins Gefängnis.

Die Polizei schützt aber nicht nur – und oft mit äußerster Brutalität – die „Kundgebungen" der Faschisten, sondern oft ist sie auch in Windeseile zur Stelle, wenn eine faschistische Provokation, wie etwa ein Überfall auf Kommunisten, für die Faschisten schlecht auszugehen droht.

Wir beschränken uns hier auf einige wenige Beispiele aus dem letzten Vierteljahr, wobei wir nur am Rande die Tatsache erwähnen, daß „selbstverständlich" der gesamte „Wahlkampf" der Rechten und Faschisten zum Scheidungs-Referendum (12. Mai) von brutalen Polizeieinsätzen begleitet war.

- Am 25. März sollte in Monza (bei Mailand) ein wiederholt verzögerter und verschobener Prozeß gegen mehrere Faschisten beginnen, die am 29. August 1972 (also vier Tage nach der Ermordung des Genossen Lupo durch faschistische Schläger in Parma) auf Genossen von „Lotta Continua" geschossen hatten.

Als die erneute Verschiebung des Prozesses bekannt wurde, formierte sich in Monza ein spontaner Demonstrationszug. Plötzlich wurde dieser Zug von zwei Seiten her von der Polizei angegriffen, die auch zahlreiche Schüsse abgab. Auch faschistische Schlägertrupps tauchten jetzt auf, die gemeinsam mit der Polizei eine Jagd auf die Genossen unternahmen.

- Am 18. April wollte MSI-Chef Almirante in Florenz auftreten. Tausende von Antifaschisten waren zusammengekommen, um diese Provokation zu verhindern. Die Polizei prügelte brutal, dann fielen auch Schüsse. Zwei Genossen wurden durch Schüsse verletzt. Die Polizei nahm viele Antifaschisten fest, die in den Polizeifahrzeugen und dann im Polizeipräsidium nochmals von den faschistisch verhetzten Bullen geprügelt wurden.

- Am 7. Mai wurde in Pescara etwa 20 Minuten nach Ende einer MSI-„Kundgebung" mit Almirante ein Lautsprecherwagen der ‚PC(ml)I', der Agitation zum Scheidungs-Referendum machte, von faschistischen Provokateuren angegriffen.

Die Polizei griff auch hier prompt zugunsten der Faschisten ein, indem sie zuerst die Einstellung der Agitation forderte und dann brutal auf die Genossen losdrosch, die den Lautsprecherwagen schützen wollten.

- Am 8. Mai versuchten in Neapel nach einer MSI-„Kundgebung" etwa 100 faschistische Schläger, ein Büro der PCI zu stürmen. Die im Büro anwesenden Genossen konnten den Ansturm der Faschisten zuerst einmal aufhalten, und dann strömten auch schon in kürzester Zeit kampfbereite Arbeiter zur Verteidigung des PCI-Büros herbei. Die Faschisten zogen sich daraufhin, verfolgt von den antifaschistischen Werktätigen der Gegend, eilig in ein Büro der MSI zurück. In bemerkenswert kurzer Zeit war die Polizei zur Stelle, um die Antifaschisten anzugreifen und den Faschisten einen möglichst unbeschädigten Abzug aus ihrem Rattenloch zu sichern.

- Am 13. Mai griffen faschistische Schläger Genossen von „Lotta Continua" an, die den Sieg über DC und MSI im Scheidungs-Referendum feierten. Die Faschisten wurden ins MSI-Büro zurückgetrieben – und wieder war es die Polizei, die brutal prügelnd zur „Befreiung" der Faschisten eingriff. Ein Genosse von „Lotta Continua" wurde verhaftet, dem die Justiz außer ‚Widerstand gegen die Staatsgewalt' etc. auch noch Diebstahl vorwirft, weil ein Faschist behauptet, ihm seien 2.000 Lire (ca.

Forts. Portugal

im eigenen Land, mußte die portugiesische Bourgeoisie auf eine neue Karte setzen: Vom Mittel der brutalen faschistischen Unterdrückung mehr zu Formen bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsausübung.

Bei der Zulassung bürgerlicher Rechte und Freiheiten (Rede-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit usw.) bestand und besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der neuen Regierung unter Führung des Generals Spinola und den einflußreichsten kapitalistischen Gruppen Portugals.

Ziel der portugiesischen Industriellen ist eine zügige Industrialisierung dieses rückständigsten Landes Westeuropas und engе Zusammenarbeit mit bzw. Integration in die „Europäische Gemeinschaft" der Großkonzerne. Eine Bedingung dieser Entwicklung war die Zurückdrängung der bis
ne. Eine Bedingung dieser Entwicklung war die Zurückdrängung der bis
dahin politisch sehr einflußreichen Großgrundbesitzerklasse und ihrer Machtstützen wie der faschistischen Geheimpolizei. Dieses Ziel zu erreichen und sich selbst fest in den Sattel zu hieven, war die zahlenmäßig kleine Clique von Großindustriellen allein nicht in der Lage. Dazu braucht sie für eine bestimmte Zeit eine breite antifaschistische Massenbewegung des portugiesischen Volkes, gewissermaßen als „Versicherung" gegen einen neuen Rechts-Putsch. Der „Gefahr", daß diese Massenbewegung über die von der Bourgeoisie gesetzten Ziele hinausschießen und zu einer Gefahr für die jetzigen Unterdrücker werden würde, versuchte die Bourgeoisie mit den Mitteln des Betruges (Schüren von Illusionen über die wahren Absichten der Junta) und inzwischen – nur einen Monat nach dem Putsch – bereits mit Mitteln der Einschüchterung und der staatlichen Gewalt (Polizei etc.) zu begegnen.

Das portugiesische Volk hatte mit einer gewaltigen Massendemonstration am 1. Mai (700.000 waren in Lissabon aufmarschiert) seinen Willen bekundet, für demokratische Rechte und Freiheiten zu kämpfen. Im ganzen Land und quer durch alle Branchen wurde gestreikt und eine spürbare Verbesserung der bisher gültigen Hungerlöhne sowie in vielen Fällen die Absetzung der Direktionen, die dem faschistischen Staat treu gedient hatten, gefordert.
faschistischen Staat treu gedient hatten, gefordert.

Die revolutionären Gruppen und Organisationen nutzten ihre neue Bewegungsmöglichkeit zu verstärkter kommunistischer Agitation und Propaganda und einigen spektakulären Aktionen, die die Unterstützung der Massen fanden (z. B. die Demonstration auf dem Lissaboner Flughafen gegen den Abtransport portugiesischer Soldaten in die Kolonien, bei der zwölf Soldaten „entführt" wurden).

Während die Junta der Bewegung zunächst „freien Lauf" ließ, ist sie jetzt dazu übergegangen, offen gegen das Volk und seine Forderungen aufzutreten.

Die neue Regierung lüftet die Maske

Während die Arbeiter und Angestellten auf vielen Demonstrationen und Kundgebungen Lohnerhöhungen bis zu 70 % und einen Mindestlohn von 6.000 Escudos (knapp DM 600,-) gefordert hatten, setzte die Regierung diesem „Treiben" ein Ende, indem sie den Mindestlohn auf 3.300 Escudos (knapp DM 330,- monatlich) festlegte. Das ist für viele Arbeiter zwar mehr als bisher, aber natürlich immer noch ein Hungerlohn, zumal die Inflationsrate 1973 bereits bei 20 % lag. Alle Gehälter über 7.500 Escudos sollen „eingefroren" werden. Es wurden zwar „strenge Preiskontrollen" zugesagt, doch mit diesem Teil der Versprechungen hat es eine bürgerliche Regierung bekanntlich noch nie ernst gemeint.

Am 30. Mai wurden in mehreren Staatsbetrieben (u. a. U-Bahn, Post- und Telefongesellschaft) mehrere Manager fristlos entlassen, weil sie den Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten in einem Maße nachgegeben hatten, das angeblich die „wirtschaftliche Balance" störte. Eine Rücknahme der Lohnerhöhungen durch die Regierung wurde angekündigt.

General Spinola erließ einen „eindringlichen Appell" an die streikenden Bäcker, Omnibus- und Straßenbahnfahrer, ihren Streik zu beenden, weil das zu „Unordnung und Anarchie" führe. Die Bäcker und Omnibusfahrer stellten einen Tag später ihren Streik ein, ohne ihre Forderungen verwirklicht zu haben.

Am Wochenende vom 25./26. Mai kam es zum ersten massiven gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten. Verschiedene linke Gruppen unter Führung der MRPP (Bewegung für die Reorganisierung der Proletarischen Partei) hatten die Zufahrtswege zum Militärhospital blockiert, um die Freilassung eines dort festgehaltenen kubanischen Hauptmannes, der 1969 beim Kampf um die Befreiung Guinea-Bissaos gefangen genommen und zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, zu erzwingen.

Nachdem die Demonstranten sich auf einige scheinheilige Verhandlungsangebote nicht einließen, wurde mit Tränengas, Wasserwerfern, berittener Polizei und Panzerwagen gegen sie vorgegangen!

Nach einer Meldung vom 8.6. wurde der Herausgeber der Zeitung „Volkskampf" der MRPP (die Zeitung war gerade zum erstenmal erschienen) verhaftet und befindet sich zur Zeit in Militärhaft!
in Militärhaft!

Maidemonstration in Lissabon

Obwohl formell die Regierungsgewalt inzwischen von einer „zivilen Übergangsregierung" ausgeht, an der alle Parteien beteiligt sind, haben praktisch die Militärs unter Führung des Generals (und Staatspräsidenten) Spinola weiterhin das Sagen. Das Programm der „Bewegung der Streitkräfte" ist verpflichtende Grundlage der Übergangsregierung. Die Provisorische Regierung kann keine wichtige Gesetzesvorlage durchbringen ohne Zustimmung des Conselho de Estado (Staatsrat). Dieser kann hingegen jederzeit ohne Zustimmung des Kabinetts sogar neue Verfassungsbestimmungen beschließen. Dieser Staatsrat besteht aus sieben Mitgliedern der „Bewegung der Streitkräfte", sieben Vertretern der Junta und sieben Zivilisten, die wiederum von Spinola und der Junta berufen werden. Die „Beteiligung" der Parteien (auch Sozialisten und „Kommunisten") an der Regierung hat einzig und allein den Zweck, diese für die Entscheidungen der nächsten Zeit, die sich noch schärfer gegen das Volk richten, mitverantwortlich zu machen, statt die „linken" Parteien durch Nichtbeteiligung eventuell in eine oppositionelle Ecke zu drängen.

„KP"-Chef distanziert sich und pöbelt

Zur gleichen Zeit, wo die Linken das Militärhospital blockierten, sprach „KP"-Chef und Regierungsmitglied Alvaro Cunhal auf einer Versammlung der „Bewegung der Arbeiterjugend". Er verurteilte die Aktion und wetterte gegen „Ultra-Revolutionäre" und „pseudo-revolutionäre Parolen". Diese arbeiteten angeblich auf eine Aufspaltung des Volkes hin und dienten zum Teil wissentlich den Interessen der Reaktion und des Faschismus.

Das ist dieselbe Sprache, mit der General Spinola das Volk ständig mahnt, „Ruhe und Ordnung" zu wahren, um selbständige Aktionen der Bevölkerung, die dem Regime nicht genehm sind, zu verhindern.

Bei derselben Gelegenheit verteidigte Alvaro Cunhal sogar die Verfügung der Junta, daß die heimgekehrten „Deserteure", denen zunächst Straffreiheit versprochen worden war, entweder ihren Militärdienst nachholen oder bis zum 31. Mai wieder aus-
len oder bis zum 31. Mai wieder aus-
ser Landes gehen müssen.

Der „KP"-Chef scheute sich auch nicht im geringsten, die „wilden Streiks" der Postangestellten, der Omnibus- und Straßenbahnfahrer zu beschimpfen. Er behauptete, das seien *„Abenteuer der Linken"* und forderte die Bevölkerung auf, die *„Demagogen zu demaskieren und ihre Forderungen zurückzuweisen."* („FR", 31.5.74)

Der Herr „Minister ohne Geschäftsbereich" hat sein wichtigstes Geschäft darin gefunden, der neuen bürgerlichen Regierung unter die Arme zu greifen und die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten zu verleumden sowie nach alter Manier der Revisionisten die revolutionäre Linke zum Hauptfeind und Hauptgefahrenpunkt zu erklären.

Wie muß das Verhalten der Revisionisten verstanden werden? Der „portugiesische Prozeß" ist zu verstehen als eine bürgerlich-demokratische Umwälzung (Revolution), an der sich naturgemäß unterschiedliche Klassenkräfte beteiligen: Teile der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, der Armee, die Bauernschaft und die Arbeiterklasse. Es ist nicht so, daß im Rahmen dieser Umwälzung die verschiedenen daran beteiligten Klassenkräfte dasselbe Ziel haben, sondern objektiv höchst unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Bourgeoisie sowie von ihr beeinflußte Teile der Armee, des Staatsapparates, des Kleinbürgertums, des Mittelstandes kämpfen für Errichtung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems, d. h. für eine n e u e Form der bürgerlichen Diktatur. Klassenziel der Arbeiter und Bauern ist hingegen die „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern" (Lenin, Zwei Taktiken ...), d. h. die Erlangung der politischen Herrschaft über wesentliche Teile des Staatsapparates, die Säuberung desselben von Reaktionären, Auflösung des stehenden Heeres, Volksbewaffnung, Rätedemokratie. Welches Ziel endgültig durchgesetzt werden kann – entweder bürgerlich-parlamentarische „Demokratie" oder „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern" – entscheidet das innere Kräfteverhältnis zwischen den die bürgerlich-demokratische Umwälzung tragenden Klassenkräften, also in erster Linie das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bour-
in erster Linie das Kräfteverhältnis
zwischen Arbeiterklasse und Bour-
geoisie, aber auch die politische Stärke des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Die Arbeiterklasse ist an der „demokratischen Diktatur" vor allem deswegen interessiert, weil sie die optimale Position ist, von der aus sie die sozialistische Revolution vorbereiten kann.

Nach uns vorliegenden Informationen über das konkrete Kräfteverhältnis der Klassen in Portugal, ist die „demokratische Diktatur" als unmittelbares Ziel des zur Zeit laufenden „portugiesischen Prozesses" kaum zu erreichen. Erst ein kleiner Teil der Arbeiterklasse ist auf revolutionärer Grundlage organisiert, der Masseneinfluß revolutionärer Organisationen ist beschränkt. Reformistische und revisionistische Illusionen, Hoffnung aufs Militär usw. dagegen sind relativ stark verbreitet.

Andererseits ist ein erneuter Rechts-Putsch, die Machtergreifung der „Ultras", nicht ausgeschlossen und muß als realistische Gefahr in einer revolutionären Taktik berücksichtigt werden. Diese Gefahr ist denn auch Dreh- und Angelpunkt der Politik und Praxis der Revisionisten.

Der faschistische Militärputsch in Chile mit seinen grauenvollen Massakern an der revolutionären und reformistischen Linken hat im internationalen revisionistischen Lager eine erneute erhebliche Rechtswendung zur Folge gehabt. Allgemein gültige Konsequenzen im revisionistischen Lager

acht Mark) und ein Paket Zigaretten gestohlen worden.

Dies also nur ein Bruchteil von Fällen der direkten Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Polizei.

Bemerkenswert ist dabei, daß die Bullen oft innerhalb weniger Minuten zur Stelle sind, um faschistische Schläger vorm proletarischen Klassenhaß zu schützen und ihren Rückzug zu sichern. Andererseits brauchte die Polizei z.B. am 4. Mai eine runde Stunde bis zum Eintreffen, als Faschisten in Neapel ein Büro von „Lotta Continua" mit Brandbomben angriffen. Es ist offensichtlich, daß in vielen Fällen die faschistischen Schlägertrupps in direkter Absprache mit der Polizei vorgehen.

Polizei-Einsätze machen indessen auch nur einen T e i l der Unterstützung und Ausnutzung faschistischer Schlägertrupps durch die Bourgeoisie aus.

Daneben muß in erster Linie die Rolle der bürgerlichen Presse genannt werden. Die bürgerliche Presse spricht bei faschistischen Überfällen auf Genossen als allgemeine ‚Sprachregelung' fast stets von „Zusammenstößen zwischen Extremisten, die von der Polizei getrennt werden mußten". So dient der faschistische Terror obendrein noch dazu, Verbotsvorbereitungen und Verfolgungen gegen die revolutionäre Linke ideologisch zu „begründen".

Diese bürgerliche Verdrehung des Sachverhalts wird vielfach auch von der revisionistischen PCI mitgetragen, die die Genossen der revolutionären Linken als „Abenteurer", „Provokateure" etc. beschimpft, wenn sie militant gegen die Faschisten auftreten. Nach Meinung der PCI-Führer sollte die Abwehr des Faschismus den Staatsorganen vorbehalten bleiben – also den engsten Komplizen des faschistischen Terrors!

Es vervollständigt das Bild, daß Bourgeoisie und Staatsapparat selbst das Massaker von Brescia noch möglichst weitgehend gegen die Linke wenden wollen. So wurden nach dem Massaker auch Genossen der revolutionären Linken und alte Partisanen durchsucht und festgenommen, als ob diese mit dem faschistischen Massenmord etwas zu tun hätten. – Weiterhin wurde eine besondere Abteilung eingerichtet, angeblich um die Aufdeckung des Massakers von Brescia und anderer faschistischer Verbrechen zu beschleunigen – in Wahrheit aber als Schritt zur weiteren Zentralisierung von Polizei und Geheimdienst. An der Spitze dieser Abteilung steht Emilio Santillo, ein persönlicher Freund des reaktionären Innenministers Taviani (DC). Santillo hat u.a. deshalb einen Namen als Feind der Arbeiterklasse, weil er 1964 aus der römischen Polizei-Führung „versetzt" werden mußte: er hatte in allzu skandalöser Weise illegale Schlägerbanden in Zivil organisiert, die darauf „spezialisiert" waren, Demonstrationen der Linken, streikende Arbeiter u.a. anzugreifen.

Weiter benutzt die Bourgeoisie das faschistische Massaker von Brescia als Vorwand zu einem weiteren Ausbau des Polizeiapparats, zur Neuauflage alter „Vorbeugehaft"-Pläne, zur Propaganda für eine Verschärfung der politischen Gesetzgebung, zur Ausdehnung der Vollmachten der Polizei.

Faschistische „Lösung"?

Die Faschisierung geht in Italien auf mehreren Ebenen vor sich.

Zunächst einmal ist der Staatsapparat durchsetzt von alten und neuen Faschisten sowie von Vertretern der reaktionären Rechten der Christdemokratie. Diese Elemente – und nicht etwa „gemäßigtere" Vertreter der Sozialdemokratie oder des „progressiven" Teils der Christdemokratie – beherrschen im Wesentlichen den

siven" Teils der Christdemokratie – beherrschen im Wesentlichen den

Staatsapparat. Die Duldung und sogar Förderung der Faschisten durch große Teile von Polizei und Justiz ist ein Ausdruck dieser Tatsache.

Auf dieser Ebene ist auch die schrittweise Faschisierung „von oben" einzuordnen, wie sie vor sich geht im Ausbau des staatlichen Unterdrükkungsapparats, Verschärfung der politischen Strafgesetzgebung auf das Streikrecht, Angriffe auf kommunistische Organisationen etc.

Dazu kommt die Faschisierung „von unten": zunehmender faschistischer Terror, Aufbau und Koordinierung faschistischer Banden, Aufbau einer „Massenbasis". – Was den letzten Punkt anbetrifft, so haben die Faschisten in den letzten Jahren starke Rückschläge hinnehmen müssen. Mit ihren Methoden des Schlägertums und der Mordanschläge haben die Faschisten sich bei vielen ihrer Wähler unbeliebt gemacht, die zeitweilig den Parolen von „Recht und Ordnung", „Schweigende Mehrheit" usw. auf den Leim gegangen waren. Der Aufwärtstrend, den die MSI noch vor einigen Jahren bei den Wahlen zu verzeichnen hatte, hat sich umgekehrt. Heute dehnt der organisierte Faschismus und seine Anhängerschaft sich nicht mehr quantitativ aus, sondern „radikalisiert" sich bei einer eher **abnehmenden** Zahl von Anhängern, geht zu immer bestialischerem Terror über.

Schließlich gibt es die Verschmelzungen von staatlicher Faschisierung und organisiertem Faschismus, die in Putschversuchen und Putschplänen ihren klarsten Ausdruck finden, also in Versuchen, von der schrittweisen Faschisierung und faschistischem Terror auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Republik zur umfassenden faschistischen Diktatur überzugehen.

So planten 1964 in einer Situation verschärften Klassenkämpfe einflußreiche Kräfte des Geheimdienstes, der Polizei-Streitkräfte (Carabinieri) und der Armee einen Staatsstreich. Die Pläne waren im Prinzip dieselben, wie die innerhalb der NATO ausgearbeiteten, die 1967 dem faschistischen Putsch in Griechenland zugrunde lagen: überraschende Besetzung aller „strategisch wichtigen Plätze" durch „zuverlässige" Panzer-Einheiten, Massenverhaftungen nach lange vorbereiteten ‚Schwarzen Listen', Einrichtung von KZ's. An der Spitze des Putschplanes stand De Lorenzo, zu jener Zeit Chef des italienischen Geheimdienstes. Der Putschplan wurde dann nicht durchgeführt, und etwa drei Jahre später wurde die Sache „aufgedeckt". De Lorenzo wurde pensioniert (er trat dann offen in die MSI ein) und der Geheimdienst „umorganisiert" – angeblich mit dem Ziel, ihn „demokratischer" und weniger „putschanfällig" zu machen. Tatsächlich ging es wohl eher darum, den Geheimdienst effektiver zu organisieren und ihn zu einer schlagkräftigeren Waffe der Bourgeoisie zu machen.

1971 wurde eine Verschwörung „aufgedeckt", die sich 1970 gebildet hatte mit dem Ziel eines faschistischen Staatsstreichs im August 1970. An der Spitze der Verschwörung stand der faschistische Kriminelle Junio Valerio Borghese, Partisanen-Mörder wie MSI-Chef Almirante, Gründer und Führer einer faschistischen Organisation namens „Fronte Nazionale". Borghese verfügte über ausgezeichnete Verbindungen zu italienischen, amerikanischen und englischen Industriellen, zu einflußreichen Militärs der italienischen Streitkräfte und der NATO, zu verschiedenen faschistischen Staaten.

Vor einem Haftbefehl, der nach der „Aufdeckung" der Verschwörung gegen ihn verhängt wurde, floh Borghese nach Spanien. Inzwischen wurde der Haftbefehl aufgehoben, auch die Mitverschwörer Borghese's sind alle auf freiem Fuß. Faschistische Putschpläne behandelt die bürgerliche Justiz allemal als ‚Kavaliersdelikt'!

Im November 1973 wurde eine faschistische Geheimorganisation „ent-

Im November 1973 wurde eine faschistische Geheimorganisation „ent-

deckt", die sich „Rosa dei Venti" (Windrose) nannte. In den folgenden Wochen und Monaten wurden weitere Einzelheiten bekannt. Die „Rosa dei Venti" war eine von zahlreichen Schaltstellen zwischen den Gruppen und Grüppchen des kriminellen faschistsichen ‚Untergrunds' einerseits und Militärs, hohen Beamten, Geheimdienst-Vertretern und Kapitalisten andererseits. Außer Waffen und Putschplänen wurde eine Liste mit den Namen von 1.617 Menschen gefunden, die am „Tag X" ermordet werden sollten.

„Verschwörungen" wie diese muten recht dilettantisch und kaum ernst zu nehmen an. Man muß dabei aber bedenken, daß alle diese Zirkel von Möchtegern-Putschisten, die jeder für sich genommen kaum gefährlich sind, z u s a m m e n g e k n ü p f t werden durch den italienischen Geheimdienst, der in allen diesen Verschwörerzirkeln anwesend ist und der bei fast allen faschistischen Verbrechen der letzten Jahre, angefangen von der „Strage di stato" 1969, eine Rolle spielte. Der italienische Geheimdienst arbeitet wiederum eng zusammen mit der CIA des US-Imperialismus, der seinerseits das größte Interesse daran hat, in diesem ‚strategisch wichtigen' Raum (Mittelmeer, Naher Osten) jede fortschrittliche Wendung zu verhindern.

Es verdient gerade in diesem Zusammenhang Wachsamkeit, wenn der ‚Führer des Rechtskartells', F. J. Strauß, und seine pro-faschistische CSU sich wiederholt bemühten, den faschistischen Kriminellen Almirante als respektablen Politiker hinzustellen und die These vertraten, eine Partei wie die MSI sei gerade das, was der BRD fehlt (so verschiedentlich u.a. im „Bayernkurier"). Man darf wohl annehmen, daß diese Sympathie nicht bei bloßen Worten stehen bleibt – wenn man die Funktion der CSU und ihres Chefs für den BRD-Imperialismus und den herzlichen Kontakt dieser Partei zu Geheimdienst-Kreisen der BRD bedenkt, die gerade erst wieder anläßlich der „Guillaume-Affäre" sichtbar wurden! Man darf wohl vermuten, daß auch der BRD-Imperialismus in der italienischen Innenpolitik mitmischt.

Bei faschistischen Verschwörungen, Putschplänen, Steigerung des faschistischen Terrors durch die kriminellen Banden ist zu fragen, wie solche Dinge sich in die G e s a m t - politik der Bourgeoisie einordnen – ob es also „nur" darum geht, sich die Faschisten vorläufig ‚warm zu halten', Verbindungen aufzubauen, Vorbereitungen zu treffen, oder wieweit es u n m i t t e l b a r schon um eine von der Bourgeoisie beabsichtigte reaktionäre Wendung geht.

Ein Beispiel für eine reaktionäre Wendung ist die Politik der italienischen Bourgeoisie Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre, als es darum ging, durch gesteigerte Repression und zugleich politisch-ideologische Beeinflussung der kleinbürgerlichen Klassen die im antifaschistischen Kampf gewachsene Kraft der Arbeiterklasse und ihre Erwartungen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu paralysieren.

Ein anderes Beispiel war 1960 der Versuch der reaktionären Regierung Tambroni, eine Koalition von Christdemokraten und MSI. Diesen Versuch gab die Bourgeoisie unter dem Druck politischer Massenstreiks und -Demonstrationen schließlich auf, die Regierung Tambroni trat ab.

Der Putschplan von 1964 war ein weiterer Versuch zur reaktionären Wendung, der von bedeutenden Teilen der Bourgeoisie unterstützt wurde, wenn er auch aus Gründen, die wohl bis heute nicht klar sind, nicht zum Versuch der Ausführung gelangte.

Als ernster Ausdruck von Putschvorbereitungen sind in diesem Jahr die „Probealarme" anzusehen, die Ende Januar in den italienischen Kasernen durchgeführt wurden, ohne daß dies bis heute auch nur mit einer

Kasernen durchgeführt wurden, ohne daß dies bis heute auch nur mit einer

halbwegs plausiblen Ausrede irgendwie begründet worden wäre. Man weiß natürlich, daß im italienischen Offizierskorps nach dem Putsch in Chile die Sektkorken knallten, daß die militärische Führung, wie der Staatsapparat insgesamt, von prinzipiellen Befürwortern einer faschistischen „Lösung" durchsetzt ist.

Wie aber steht es mit den anderen Bedingungen einer reaktionären Wende, mit der Klassenkampf-Situation?

Die Befürworter der reaktionären Wendung, die ihren „starken Mann" in Fanfani von der DC haben, haben am 12. Mai mit dem Scheidungs-Referendum eine Kraftprobe versucht, die für sie ungünstig ausgegangen ist. Die Absicht war es, an der Scheidungsfrage einen Einbruch zu schaffen aufgrund religiöser Befangenheit, Aberglaube, Einschüchterung durch die Kirche etc. Dieser Einbruch sollte gleichzeitig die Basis für einen i n s g e s a m t stärkeren Rechtsruck bilden. Es kam aber anders. 59 % antworteten mit NEIN, und nur 41 % folgten der DC und MSI. Bei den Parlamentswahlen 1972 hatten DC und MSI zusammen 47,5 % gehabt (DC 38,8 und MSI 8,7 %) gegenüber 43,6 % bei den Wahlen 1968 (die MSI hatte von 1968 auf 1972 die Zahl ihrer Stimmen verdoppelt).

In einer Analyse der politischen Situation nach dem Referendum kommt die kommunistische Organisation „Lotta Continua" zur Einschätzung: „...daß der Faschismus heute wilder, aber auch schwächer denn je ist" („Lotta Continua", 2. Juni 74).

Setzt die Bourgeoisie auf den Reformismus?

Die revisionistische Partei, PCI, bietet sich der Bourgeoisie schon seit Jahren zäh werbend als die eigentlich am besten geeignete Partei für eine ‚Stabilisierung' an.

Wir wollen im nächsten AK etwas ausführlicher auf die PCI, ihre Vorstellungen, auf die Chancen einer ‚reformistischen Wendung' der Bourgeoisie und auf die Einschätzung der Situation durch kommunistische Organisationen eingehen. ●



---

laufen auf eine noch stärkere Kompromißbereitschaft gegenüber den Kapitalisten und Reaktionären hinaus, auf die Versuche einer noch stärkeren Einschmeichelung bei der reaktionären Armeeführung, führen zu noch kleineren Schritten auf dem Gebiet gesellschaftlicher Reformen etc., all das, um – wie es heißt – „die Reaktion nicht zu provozieren", die Armee zu beschwichtigen, die Kapitalistenklasse zu besänftigen und ihr den faschistischen Putsch auszureden.

Die Kehrseite dieser Taktik bedeutet, sich beim bürgerlichen Staatsapparat als Ordnungshüter ersten Ranges anzubieten, bedeutet Verschär-

tet, sich beim bürgerlichen Staatsapparat als Ordnungshüter ersten Ranges anzubieten, bedeutet Verschär-

fung der Hetze und Demagogie gegen die revolutionäre Linke, bedeutet – wie jetzt in Portugal geschehen – die Einbeziehung streikender Arbeiter in diese Hetze.

Zweifellos ist es richtig, daß es nicht Aufgabe der Kommunisten ist, jeden Streik um jeden Preis „anzuheizen", jede Forderung nach Möglichkeit zu verdoppeln usw. Dies gilt besonders für eine Situation, in der die Gefahr eines Rechts-Putsches ansteht, bzw. noch nicht gebannt ist. Dieser Lage sind sich offenbar die Imperialisten selbst bewußt. So meldete z. B. Radio DDR, daß der berüchtigte Putsch-Konzern ITT Löhne und Gehälter in seinen portugiesischen Betrieben astronomisch erhöht hat, mit dem nur schlecht verhüllten Hintergedanken, diese neue Lohnmarke zum Streikziel auch der übrigen portugiesischen Arbeiterschaft zu machen. Daß eine solche Entwicklung vor allem von der mittleren und kleinen portugiesischen Bourgeoisie ökonomisch zur Zeit nicht zu verkraften ist und erneut die Rechtskräfte auf den Plan rufen soll, ist an den fünf Fingern abzuzählen.

Zweifellos kann es Situationen geben, in denen die Kommunisten auch gegenüber der Arbeiterbewegung „bremsen" müssen (wie z. B. die Kommunistische Partei Rußlands im Sommer 1917), wenn das Kräfteverhältnis es erfordert. In diesem Fall hätten die Kommunisten die Aufgabe, den Arbeitern ausführlich die Situation und die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erklären. Keinesfalls dürfen sich Kommunisten dazu hergeben, gegen streikende und kämpfende Arbeiter mit bürgerlichen Methoden zu hetzen, sie als „Abenteurer" usw. zu beschimpfen, sie mit Demagogie zu überziehen und – was das Schlimmste ist – andere Arbeiter gegen ihre kämpfenden Klassenbrüder aufzuhetzen. Genau aber dies tun zur Zeit die Führer des portugiesischen Revisionismus. Dies ist u. E. auch Ausdruck für eine neuerreichte Stufe revisionistischer Verlumpung, offenbar ein Ergebnis revisionistischer „Analysen" und Konsequenzen aus ihren international vielfach gescheiterten Versuchen eines „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" und insbesondere der Verarbeitung der „chilenischen" Erfahrung.

Auch wenn – wie schon gesagt – das Ziel einer „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern" in Portugal in absehbarer Zeit wenig wahrscheinlich ist, liegt es doch im Interesse der Arbeiter, Bauern und auch anderer Schichten des Volkes im ökonomischen und politischen Kampf ihre Rechte, ihre Kampfpositionen, ihren Lebensstandard zu verbessern und Kampf für Inhaftierung faschistischer Geheimdienstler, Ablösung faschistischer Direktoren u.v.a.m., sondern auch im Kampf gegen all die Kräfte, die den demokratischen Prozeß einschränken wollen, ihn zurückzuzerren versuchen auf pseudo-„demokratische" Verhältnisse, also gegen solche Kräfte, die eine Massen-Initiative nur so weit gelten lassen wollen, wie dadurch ein erneuter Machtantritt der „Ultras" gebannt wird. Lenin hat gerade für den Prozeß der bürgerlich-demokratischen Revolution immer wieder darauf hingewiesen, daß das Proletariat nicht nur seinen unmittelba-

der darauf hingewiesen, daß das Proletariat nicht nur seinen unmittelba-

ren Feind im Visier behalten muß, sondern ebenso auf seine zeitweisen Verbündeten acht geben muß, die er nicht bloß als „schwankend" (hinsichtlich ihrer Bereitschaft, tatsächlich und ernsthaft für demokratische Verhältnisse einzutreten) und kompromißbereit gegenüber dem Feind kennzeichnete, sondern vor allem davor wanrte, daß sich Teile der „demokratischen" Kräfte (insbesondere aus der Bourgeoisie) mit der Reaktion verbündeten, als ein Ergebnis ihrer Angst vor den Forderungen der Arbeiter und Bauern.

„Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein." (Lenin, Zwei Taktiken ..)

D. h. der Ausgang, das Ergebnis solch einer demokratischen Umwälzung, ist für das Proletariat von größtem Interesse hinsichtlich der Positionen, die es erkämpfen kann als Basis und Ausgangspunkt für eine zukünftige sozialistische Revolution. Dies gilt auch, wenn das Klassenziel des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution (die „demokratische Diktatur") nicht erreicht werden kann, sondern bloß ein mehr oder weniger gutes parlamentarisch-bürgerliches System dabei herauskommt.

Denn *„es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie"* (Lenin). So hat es in der bürgerlichen Demokartie England über Jahrhunderte hinweg z. B. keine Einschränkung der Streikfreiheit und keine Bindung der Gewerkschaften an Tarifverträge gegeben und auch keine polizeiliche Meldepflicht, während diese Freiheiten in der bürgerlichen Demokratie Deutschland bzw. Bundesrepublik nie existiert haben. D. h. die Frage, wieviel Demokratie es unter der Herrschaft der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse gibt, hängt vom konsequenten demokratischen Kampf derselben ab.

So ist es für die portugiesische Bourgeoisie heute vorteilhaft, daß diese bürgerlich-demokratische Umwälzung nicht völlig konsequent, nicht entschieden und schonungslos ist: *„daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Aktivität, Initiative und Energie des einfachen Volkes, d. h. der Bauernschaft und insbesondere der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln, denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter fallen, ‚das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen', wie die Franzosen sagen, d. h. die Waffen, mit denen sie die bürgerliche Revolution ausrüstet, die Freiheit, die sie ihnen gibt, und die demokratischen Einrichtungen ... gegen die Bourgeoisie selbst zu kehren."* (Lenin, Zwei Taktiken, S. 59) ●

Spanien-Kommission

Referendum in Italien – eine historische Wende?

In AK 44 berichteten wir schon kurz über den Ausgang der Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz.

Die reaktionärsten Teile der italienischen Bourgeoisie, der Christdemokratischen Partei und der Katholischen Kirche wollten die Volksabstimmung über das vor einigen Jahren beschlossene – nicht einmal besonders liberale – Scheidungsgesetz, um nicht nur das Gesetz rückgängig zu machen, sondern um allgemein Klassenkampfpositionen zurückzugewinnen, die von der Arbeiterklasse in den letzten Jahren erobert worden waren.

Dieser Versuch scheiterte. Die italienische Arbeiterklasse vor allem feierte diesen Sieg in der Nacht nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses (59,1% hatten mit NO, also für die Beibehaltung des Gesetzes gestimmt) stürmisch. 50.000 jubelnde Menschen strömten durch die Straßen Roms (in Rom und Provinz hatten 68,06% mit NO gestimmt); 30.000 waren es in Bologna, 20.000 in Mailand – um nur einige Städte zu nennen. Zu hören waren dabei Parolen wie „NO NO NO ..hanno vinto i No, contro i proletari vincere non si può" (... Die NEIN haben gewonnen, gegen das Proletariat kann man nicht siegen); „Dal sud al nord NO a Fanfani, basta coi padroni e i democristiani" (Von Süd bis Nord NEIN zu Fanfani, Schluß mit Unternehmern und Christdemokraten! – Fanfani ist der Führer derextremen Rechten der DC), „Fanfani volevi una risposta, siamo milioni a darti una batosta" (Fanfani, du wolltest eine Antwort, wir sind Millionen, um dir eine Abreibung zu geben) und vor allem immer wieder die Parole, die nach dem faschistischen Militärputsch in Chile weite Verbreitung fand: „Uniti si ma contro la DC" (Einig ja, aber gegen die Christdemokratie).

Die Zeitungen der revolutionären Linken erschienen mit triumphierenden Kommentaren. So sprach „il manifesto" vom *„größten Sieg gegen die DC und die Rechte seit Kriegsende"*, *„Italien hat sich geändert durch die geistige Kraft der Kämpfe dieser Jahre"*, *„Fanfani in Stücken"*. *„Der 12. Mai ist mehr als ein Sieg: er ist ein Triumph nach Ausmaß und Qualität."* („manifesto", 14. Mai). *„Die Abstimmung hat gezeigt, daß die DC heute die Rolle einer Minderheit und Nachhut spielt."* („manifesto", 15. Mai).

„Lotta Continua" schrieb: *„Der große Sieg der NO muß die Straße zur Wiederaufnahme des allgemeinen Kampfes öffnen"*. Das Abstimmungsergebnis bedeute eine *„historische Wende"*, *„einen großen Sieg, der eine politische Wende im ganzen Land bezeichnet"*; *„Eine Niederlage der DC von diesem Ausmaß ist beispiellos in der Geschichte Italiens"* („Lotta Continua", 15.Mai).

Man kann die Situation in gewissem Sinn wohl mit der vergleichen, die in der BRD 1972, nach dem Scheitern des Mißtrauensvotums der CDU/CSU bestand. Der entscheidende Unterschied ist aber: in der BRD scheiterte 1972 der Versuch der in der O p p o s i t i o n befindlichen CDU/CSU, die SPD/FDP-Regierung zu stürzen. Die italienische DC aber erlitt diese Niederlage an der R e g i e r u n g – und sie muß versuchen, nach dieser Niederlage weiterzuregieren.

Die Niederlage der DC beim Referendum gibt damit vor allem jenen Kräften der Bourgeoisie Auftrieb, die auf die Karte reformistischer „Zugeständnisse" setzen, die, anders gesagt, dem von den Revisionisten der PCI angebotenen „historischen Kompromiß" zuneigen. Möglichkeiten wären eine Koalition zwischen DC und PCI, oder sogar eine Regierung o h n e DC, aber unter Einbeziehung der Revisionisten, oder Neuwahlen.

Die Taktik des frontalen Klassenzusammenstoßes, der offenen Faschisierung, des Spiels mit dem Militärputsch, dürfte in der italienischen Bourgeoisie zunächst einmal an Unterstützung verloren haben. Zumal da der „starke Mann" für diese Taktik, Fanfani, mit dem Sieg des NO eine ganz persönliche, möglicherweise vernichtende Niederlage erlitten hat (so wie Barzel 1972).

Eine offen reaktionäre Wendung ist jedoch trotzdem nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil dürfte der Ausgang des Referendums die brutalsten, reaktionärsten Kräfte der Bourgeoisie und des Staatsapparats noch mehr und rascher als bisher zu faschistischen und putschistischen Abenteuern antreiben. Diese Lösung wird aber gegenwärtig, wie gesagt, von der Mehrheit des bürgerlichen Lagers in der jetzigen Klassenkampfsituation wohl noch weniger begünstigt als vor dem Referendum.

Für den Fall einer reformistischen Wendung (Regierungsbeteiligung der PCI o.ä.) ergäben sich andererseits Probleme, die denen der chilenischen Entwicklung nicht unähnlich sind.

Diese Parallele wird auch in einem Artikel von „Lotta Continua" aufgezeigt, wo es heißt: *„Chile kommt einem in den Sinn, in der Periode, wo die chilenische Bourgeoisie, obwohl sie immer denselben Plan der 'Modernisierung' und Neustrukturierung des Landes verfolgte, durch die Spaltung der bürgerlichen Parteien und durch einen Wahlsieg der Linken – die beide Frucht eines immer stärkeren Massenkampfes waren – zu einer Ablösung Frei's durch Allende gezwungen wurde.*

Das Programm war das gleiche, aber die Bedingungen seiner Durchführung waren grundlegend verändert. Nicht nur für die Bourgeoisie, sondern vor allem für das Proletariat, das die Gelegenheit zu nützen verstand, um einen Prozeß des Wachsens der eigenen Kraft und Einheit in Gang zu setzen, der in der Geschichte des kapitalistischen Westens der Nachkriegszeit beispiellos ist." (Lotta Continua, 15. Mai).

Hier aber, wo es sozusagen erst „richtig spannend" wird, e n d e t der Artikel von LC. Auf den weiteren Verlauf und das Ende des 'Prozesses' in Chile wird nicht eingegangen.

Die chilenische Erfahrung hat jedenfalls gerade dies gelehrt, daß eine derartige 'reformistische Wende' nicht n u r einen Prozeß des Wachsens der Arbeiterbewegung öffnet, sondern daß sich gegenüber der Stärkung und Radikalisierung der Arbeiterbewegung a u c h die Tendenz der Bourgeoisie zu einer putschistischen Beendigung eines solchen Prozesses verstärkt. ●



Siegesfeier in Rom (auf dem großen Transparent der „Studentenbewegung" mit der Aufschrift 'VIKTORIA' – Sieg – ist weiter zu lesen: „Die Volksmassen sagen Nein zur DC und den Faschisten")

Ergebnisse aus den einzelnen Städten

Die folgende Übersicht zeigt Abstimmungsergebnisse aus verschiedenen italienischen Städten, nach Angaben aus „il manifesto" vom 14. Mai. (angegeben jeweils Zahl der NEIN-Stimmen)

Stadt	NEIN
Rom (Stadtgebiet)	76,9 %
Turin	76 %
Bologna	74,4 %
Siena	74,9 %
Florenz	72,8 %
Genua	74,3 %
Triest	73 %
Ferrara	74,2 %
Venedig	59,2 %
Neapel	50,6 %
Siracusa (Sizilien)	55,9 %
Bergamo	50,2 %
Bolzano (Bozen)	53,7 %
Reggio Calabria	45,5 %
Messina (Sizilien)	42,6 %
Benevento (Süditalien)	32,3 %
Trento (Trient)	45,4 %
Padova (Padua)	42,8 %
Verona	37,6 %

Das Gesamtergebnis war 59% Nein-Stimmen gegen 41% Ja-Stimmen. Eine Mehrheit von Ja-Stimmen ergab sich außer in Süditalien auch in Veneto (Nordostitalien), wo u.a. die Ergebnisse aus Verona und aus Padova (faschistische Hochburg, aus der u.a. die Urheber zahlreicher Bombenanschläge kamen) eine deutliche Sprache reden. Auf Sizilien und Sardinien dagegen gab es eine Mehrheit von Nein-Stimmen. ●

EIN WICHTIGER SCHRITT DER STÄRKUNG DES PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

Irland – Solidaritätsveranstaltungen

Der irische Genosse Sean O'Cionnaith, internationaler Sekretär der Sinn Fein, war auf seiner Rundreise durch verschiedene westeuropäische Länder auch auf mehreren Solidaritätsveranstaltungen von KB-Gruppen anwesend. Er hat Referate gehalten, auf Fragen geantwortet, mit unseren Genossen längere Gespräche geführt und einem Redakteur der INTERNATIONALE ein ausführliches Interview gegeben. Wir werden dies alles in Kürze in einer speziellen Ausgabe der INTERNATIONALE dokumentieren. Hier wollen wir einen Überblick über den politischen Inhalt dieser Veranstaltungsreihe geben.

Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, die Veranstaltungen aktiv für unsere politischen Anstrengungen zu nutzen und entsprechend zu gestalten. Die politische Stoßrichtung zielte zum einen auf die Propagierung des proletarischen Internationalismus, zum anderen auf eine intensive Beschäftigung mit der Frage des Verhältnisses von Massenarbeit und revolutionärer Gewalt. Dies stand im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um den antifaschistischen Kampf.

Der Kampf des irischen Volkes ist auch unser Kampf

In den Einleitungsreferaten der örtlichen KB-Gruppen wurde besonders die Wichtigkeit der internationalen Solidarität für unseren Kampf betont:

„Der europäische Zusammenschluß der Kapitalisten zu einem neuen imperialistischen Machtblock führt in allen EG-Ländern zu verstärkten politischen und ökonomischen Angriffen auf die Arbeiterklasse, wobei die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Vordergrund steht. ...

In Irland gehören Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen, Folterungen und KZs zum täglichen Leben. In- und ausländische Kapitalisten beliefern faschistische, meist protestantische Banden großzügig mit Waffen.

In der Bundesrepublik sehen wir uns konfrontiert mit zunehmenden Angriffen auf alle demokratischen Rechte. Die Berufsverbote, Einschränkungen des Demonstrationsrechts und Angriffe auf das Streikrecht gehören genauso dazu wie der Ausbau des staatlichen Unterdrükkungsapparates und die Herausbildung faschistischer Banden.

Für uns heißt das, daß die irischen Arbeiter und wir mehr und mehr direkt demselben Feind gegenüberstehen. Erfolg und Mißerfolg der Kämpfe der Arbeiter in Irland und der Arbeiter in der Bundesrepublik werden mehr und mehr davon abhängen, wie es gelingt, eine Verbindung im Kampf herzustellen, der gegen den gemeinsamen Feind geführt wird.

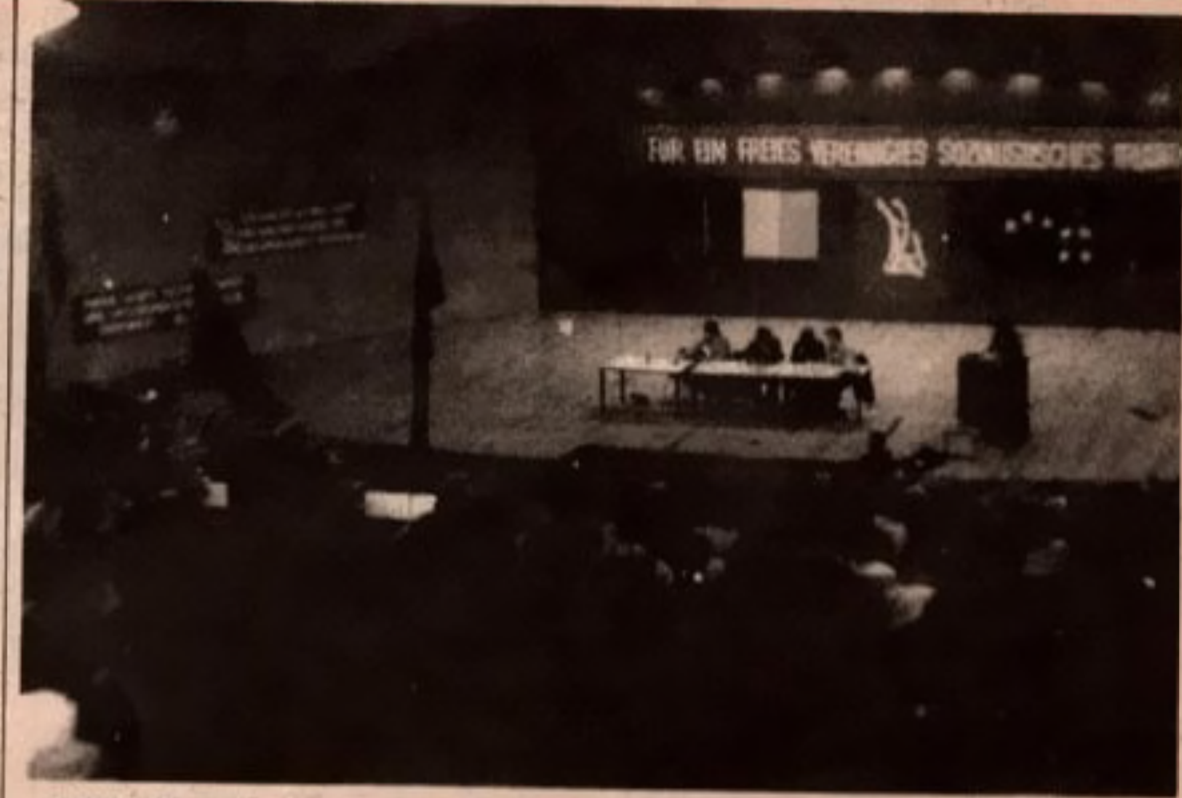
Dies gilt sowohl für einen Streik, der in einem multinationalen Konzern schon kaum noch erfolgreich geführt werden kann, wenn nur die Arbeiter des einen Landes oder gar nur eines Betriebes den Kapitalisten gegenüberstehen und nicht zumindest die Unterstützung der Arbeiter in den anderen Werken, sowohl im Inland als auch im Ausland, haben.

In noch stärkerem Maße gilt dies natürlich für den Kampf für den Sozialismus, der bei der zunehmenden Verflechtung und Verbündung der Reaktion, z. B. in NATO und EG, immer schwerer wird, in nur einem Land erfolgreich zu führen, ohne die aktive Unterstützung der Arbeiter und aller fortschrittlichen Kräfte in den anderen Ländern.

In diesem Sinne ist auch die Propagierung der Solidarität mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes für uns keine rein moralische Frage, der wir uns durch gelegentliche Geldsammlungen entledigen könnten. Sie ist eine Frage, die auch für u n s e r e n Kampf gegen Ausbeutung und zunehmende Entrechtung der Arbeiter und aller fortschrittlichen Kräfte in unserem Land von großer Bedeutung ist." (Aus dem Referat des KB/Gruppe Oldenburg)

„Wenn wir die Schaffung internationaler Solidarität vernachlässigen, wenn wir nicht jede Gelegenheit zu Aktionen praktischer internationaler Solidarität nutzen, werden wir nicht etwa nur eine unvollständige Politik machen, wir werden eine falsche Politik machen, wir werden eine Niederlage organisieren. Das gilt auf allen Ebenen, im Betrieb und im Bezirk. Das gilt in Zukunft noch verstärkt wegen der Entwicklung der EG und der Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeiter, die der BRD-Imperialismus in der BRD und außerhalb ausbeutet.

Die geschichtliche Entwicklung und unsere bewußte Politik führen die unterdrückten Völker und die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder in einer gemeinsamen Kampffront zusammen. Die nationale Befreiung ist, wie Stalin sagt, zu einem Teil der proletarischen Weltrevolution geworden. Der Kampf des irischen Volkes ist auch unser Kampf." (Aus dem Referat des KB/Gruppe Hamburg)



1 800 Menschen besuchten die Solidaritätsveranstaltung in Hamburg

Die Solidaritätsveranstaltungen standen deshalb unter den Parolen: **Es lebe der Befreiungskampf des irischen Volkes! Für ein vereinigtes freies sozialistisches Irland!**

Wir wollen ein sozialistisches Irland

Entsprechend dieser politischen Linie waren die Veranstaltungen auf allen Ebenen der Organisation vorbereitet worden. Durch die Lektüre der Artikel, die in unseren Zeitungen ARBEITERKAMPF und DIE INTERNATIONALE über Irland erschienen waren, durch die Diskussion der auftretenden Fragen und die Vorbereitung von Fragen und Beiträgen für die Veranstaltungen war die Grundlage geschaffen worden für die große Aufmerksamkeit und das Interesse, mit dem die Rede des irischen Genossen verfolgt wurde.

Der Genosse Sean O'Cionnaith sagte unter anderem: *„Diejenigen, die denken, daß politische Mittel allein ausreichend sind für die Wiedereroberung Irlands, verschließen ihre Augen vor den Lehren der Geschichte, nicht nur Irlands, sondern aller anderen Länder, die für ihre nationale Befreiung kämpfen. Wenn die Freiheit ohne Gewalt errungen werden kann, dann laßt sie uns auf jeden Fall auf diese Weise gewinnen, aber wir sollten nicht zulassen, daß uns der Sieg entrissen wird von denen, die keine Bedenken gegen die Anwendung von Gewalt haben werden, wenn Macht, Reichtum und Privilegien ihren Klauen entgleiten. In diesem Zusammenhang brauche ich euch nur darauf hinzuweisen, was in Griechenland geschah, in Afrika und nun in Chile, wo mit der Machtübernahme durch rechte Elemente unter Benutzung der Armee und mit Unterstützung durch die USA.*

Die Geschichte beweist, daß nur einem bewaffneten entschlossenen Volk Respekt entgegengebracht wird. Während England das Recht verlangt, für Irland Gesetze zu erlassen, und diesen Anspruch mit bewaffneter Gewalt durchsetzt, müssen auch die Iren geübt und vorbereitet sein, diesem Anspruch mit bewaffneter Ge-

Forts. Irlandveranstaltung

walt Widerstand zu leisten. Die IRA der 70er Jahre, mit ihrem neuen politischen Bewußtsein, bleibt eine geübte, ausgerichtete und entschlossene Armee. Aber sie ist jetzt eine revolutionäre Armee, eine Armee des Volkes, befähigt, eine revolutionäre Situation zum Wohl des Volkes zu entwickeln und auszunutzen, und weiß, wann sie kämpfen muß und wann sich zerstreuen.

Unser Ziel ist es, eine Massenbewegung gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu schaffen, eine Bewegung der Arbeiter und kleinen Bauern, die die verbundenen Kräfte der Unterdrückung und Ausbeutung in Irland vernichtet – den englischen Imperialismus und den Kapitalismus.

Unser Ziel ist es, die Arbeiter in ganz Irland zum Kampf für die Wiedereroberung unseres Landes zu vereinen und sie zu der Einsicht zu führen, daß Fanatismus, Haß und religiöse oder ethnische Spaltung weiter gefördert werden, solange nicht die Macht übergegangen ist in die Hände des Volkes in einer sozialistischen Republik. Es wird keinen Frieden, keine Freiheit und keine Gerechtigkeit geben, bis sich die Arbeiter in Brüderlichkeit vereinen, um ihre ureigensten Rechte zu beanspruchen.

Die irischen Menschen erleiden Inhaftierungen, Unterdrückung, Brutalität, Folter und Mord aus den Händen der britischen Armee. Die irische Republikanische Bewegung wird fortfahren, sich auf jede mögliche Art den Aktivitäten der britischen Armee zu widersetzen. Wir weisen die Absicht der britischen Regierung zurück,



Genosse Sean O' Cionnaith (links) auf der Veranstaltung in Göttingen

einen irischen Bund innerhalb des imperialistischen wirtschaftlichen Blocks zu schaffen. Unser Ziel ist eine demokratische sozialistische Republik. Wir werden uns davon nicht abbringen lassen.

Wir bitten euch deshalb, uns in den folgenden Forderungen zu unterstützen:

1) Englang soll seine Absicht erklären, sich militärisch und politisch von Irland zu lösen und einen Zeitplan für einen schrittweisen Truppenabzug festlegen.
2) Sofortiger Abzug der Truppen von den Straßen unserer Städte und ihre Rückkehr in die Kasernen.
3) Freilassung aller Internierten und Häftlinge und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen.
4) Beendigung jeder Unterdrückungs- und Zwangsgesetzgebung.

Wir wollen keine Spaltung, keine Furcht, keine Herrschaft der einen korrupten Bande von Kapitalisten oder der anderen, Wir wollen ein sozialistisches Irland."

Sunningdale ist nur noch ein Fetzen Papier

Bei den Fragen, die an den irischen Genossen gestellt wurden, standen im Vordergrund Fragen nach dem Verhältnis zwischen IRA-Official und IRA-Provisional, nach der Rolle des bewaffneten Kampfes in der Politik der IRA - Sinn Fein - Official, nach der Beteiligung der Sinn Fein an Wahlen und – aus der Erfahrung der Genossen in Betrieb und Bezirk – nach der gewerkschaftlichen und anderen Massenarbeit der IRA - Sinn Fein - Official.

Großes Interesse bestand auch, von dem irischen Genossen eine Einschätzung der aktuellen Vorgänge in Nordirland, des Streiks der Protestanten gegen das Sunningdale-Abkommen, zu erhalten. Hierzu sagte Sean O' Cionnaith in einem Interview und auf der Hamburger Veranstaltung:

„Was die britische Regierung für das Volk entschied, war, daß sie einen Irischen Rat einrichten würden, der die Mittelklassen in Irland repräsentiert und der Arbeiterklasse absolut nichts gibt. Für uns als eine revolutionäre Bewegung ist deshalb Sunningdale wichtig, weil wir es verhindern müssen. Wir müssen die Massen in Irland organisieren und verhindern, daß Sunningdale gelingt.

Alle 50 Jahre ungefähr haben die britischen Regierungen ihre Haltung zu Irland modernisiert.

Das letzte Sunningdale, das wir erhielten, war 1922 und wurde Government of Ireland Act genannt. Es teilte unser Land. Dies ist nur eine Modernisierung davon.

Sunningdale wird eine größere Ausbeutung des irischen Reichtums für ausländische Interessen erlauben. Auf keinen Fall wird es den Gemeinden im Norden die grundlegenden Bürgerrechte geben. Sunningdale ist also die britische Antwort an die Gemeinden im Norden, die solche Bürgerrechte gefordert haben. Sunningdale wird sie nicht geben.

Dem Streik im Norden Irlands liegt eine Stimmung der Massen in den protestantischen Gemeinden und großen Teilen der katholischen Gemeinden gegen die britischen Absichten in Irland zugrunde.

In Sunningdale hat die britische Regierung die protestantischen Menschen aus der Arbeiterklasse verraten, die in den letzten 50 Jahren loyal zu England gewesen sind.

Ich sollte dazu sagen, daß viele der Streikenden aus anderen Gründen und verschiedenen Richtungen streiken. Einige sind absolut gegen eine Machtverteilung zwischen den katholischen Bossen und den protestantischen Bossen. Dann gibt es welche, die sich am Streik beteiligen, weil sie gegen die britische Ausbeutung Irlands sind.

Eines ist ganz sicher durch diesen Streik: Sunningdale ist ein Fetzen Papier und England wird seine Haltung zu Irland wieder völlig überdenken müssen. Und das verdanken wir den Menschen aus der protestantischen Arbeiterklasse Nordirlands.

Alles was die britische Regierung tun wird, wird sein, daß sie den Namen der Sache ändert und die Pille mehr verzuckert.

Die einzige wirkliche Opposition gegen Sunningdale ist die vereinigte Bewegung der Arbeiterklasse, und die ist zur Zeit geteilt. Sie müssen vereint werden und alle Sunningdales bekämpfen, die die britische Regierung ihnen weiterhin hinwerfen wird.

Was wir also in Irland tun müssen, ist die Unterstützung der Ablehnung Sunningdales durch die katholische Arbeiterklasse. Wir müssen versuchen, gemeinsame Ziele zu erreichen, um die protestantischen Arbeiter wegzubringen von jedem faschistischen Einfluß, der im Streik vorhanden ist." (Zu unserer Einschätzung des Streiks vgl. Artikel in diesem AK).

Cathal Goulding führt unsere Bewegung für die Revolution

Viele Fragen wurden ausgelöst durch den Inhalt einer Informationsbroschüre des Westdeutschen IRA - Sinn Fein - Solidaritätskomitees, in der der IRA - Sinn Fein - Official, insbesondere gegenüber einem Interview mit Cathal Goulding, eine reformistische und revisionistische Politik vorgeworfen wurde. Sean O' Cionnaith sagte hierzu:

„Unser Standpunkt, der Cathal Gouldings Standpunkt ist, ist, daß wir an die Notwendigkeit des politischen, ökonomischen und militärischen Kampfes in Irland glauben, um den Imperialismus zu zerschlagen, und wir benutzen jeden möglichen Weg, um unser Volk für diesen Kampf zu organisieren.

Ich habe hier ein Interview mit Cathal Goulding, das in unserer internationalen Zeitung „Eolas" im Oktober 1973 erschienen ist, und ich habe einige Zitate herausgesucht, um zu zeigen, wo Cathal Goulding mit uns steht.

Cathal Goulding sagt: „Unsere Grundlage für den Kampf ist ganz klar die Ansicht, daß wir nicht am politischen Kampf teilnehmen können, wenn wir den Feinden des Volkes die ununterbrochene Kontrolle politischer Waffen überlassen, die für die Interessen des Volkes in unserem umfassenden Kampf genutzt werden können und müssen."

Gouldings Interview geht weiter: „Wir sind uns also klar darüber, daß die Gremien, in die unsere Kandidaten gewählt worden sind oder gewählt werden wollen, weder republikanisch noch sozialistisch oder demokratisch sind, aber wir wissen nicht nur von dem taktischen Wert einer Erweiterung des Kampfes durch die Benutzung jeder politischen Waffe, sondern auch von den praktischen Ergebnissen in der Erziehung und Organisierung, die eine Beteiligung herbeiführt."

Das Interview lautet dann: „Wir stellen an die Feinde des irischen Volkes die einzige wirkliche revolutionäre Herausforderung und für das Volk die einzige wirkliche Möglichkeit eines radikalen Wechsels."

Was er wirklich sagt, ist, daß unsere Haltung zum Parlament es ist, die Wahlen zu benutzen, um die Menschen in ihren wirklichen Forderungen zu unterstützen und daß wir das Parlament benutzen, um es von innen zu zerschlagen, wie wir es sowieso von außen tun.

Unsere allseitige Teilnahme am Kampf des Volkes, die kämpferische Agitation zur Wohnungsfrage, die Forderung, zusammen mit den kleinen Bauern, nach genossenschaftlichem Eigentum, der Kampf in der Gewerkschaftsbewegung, unsere Kampagne der Gewalt gegen die britische Armee im Norden, all dies sind revolutionäre Forderungen und Aktionen und keine reformistischen.

Ich will noch feststellen, daß Cathal Goulding einer der wenigen Menschen in unserer Bewegung gewesen ist, in den frühen 60er Jahren, der die Notwendigkeit der Revolution in Irland erkannte, und die Notwendigkeit, wegzukommen von dem Gedanken an nur eine weitere Kampagne der Gewalt im Norden. Es war unter seinem Einfluß, daß unsere Bewegung sich nach links entwickelte. Und es ist Cathal Goulding, der heute unsere Bewegung für die Revolution führt und er nimmt an diesem Kampf selbst teil." ●

Festigung der internationalen Solidarität



Der „Sternenpflug", traditionelles Symbol der Republikanischen Bewegung Irlands

Auf den Solidaritätsveranstaltungen für den Befreiungskampf des irischen Volkes, die von den KB-Gruppen in Oldenburg, Flensburg, Lübeck, Hamburg, Göttingen, Hannover, Kiel und Bremerhaven durchgeführt wurden, waren insgesamt über 2600 Menschen anwesend (davon allein in Hamburg etwa 1800), und es wurden Spenden in einer Höhe von DM 4.145,- gesammelt; davon allein DM 400,- auf einer von 100 Menschen besuchten Veranstaltung in Lübeck und DM 2.665,- auf der Hamburger Veranstaltung.

Diese Veranstaltungen waren ein Erfolg sowohl für die Festigung internationaler Solidarität als auch für die Entwicklung unserer Politik. Wir werden auch in Zukunft den proletarischen Internationalismus mit praktischen Aktionen zu verstärken suchen.

Der Genosse Sean 0'Cionnaith sagte zur Frage der internationalen Solidarität:

„Die beste Weise, wie ihr den Kampf für den Sozialismus in Irland unterstützen könnt, ist die Schaffung eurer eigenen sozialistischen Revolution in Westdeutschland."

Und er schloß sein Referat mit den Worten:

„Genossen! Die irische Republikanische Bewegung überbringt ihre wärmsten Grüße an das Volk von Westdeutschland und an alle, die unseren Kampf für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus unterstützen. Mit den Worten des großen irischen sozialistischen revolutionären Führers und Gründers der Irish Citizen Army, James Conolly:

Der Sozialist eines anderen Landes ist ein Kampfgenosse, während der Kapitalist meines eigenen Landes ein natürlicher Feind ist." ●



In Hamburg wurden 2 690 DM Spenden gesammelt

Streik in Nordirland

Vom 15. - 29. Mai streikten im Norden Irlands die protestantischen Arbeiter. Organisiert wurde dieser Streik vom „Nordirischen Arbeiterrat", einer mit der protestantischen paramilitärischen Organisation UDA eng verbundenen Organisation.

Der „Arbeiterrat" arbeitete bis vor kurzem nur in der Schiffs- und Maschinenbauindustrie, sowie in Elektrizitäts- und Wasserwerken. Dementsprechend lag auf diesen Betrieben auch der Schwerpunkt des Streiks. Von den drei E-Werken Nordirlands arbeitete nur noch eins teilweise, was zum Zusammenbruch der Stromversorgung in einigen Städten, z. B. in Derry, führte.

Der Streik richtete sich gegen das Sunningdale-Abkommen, das nach Meinung der Protestanten ein erster Schritt zur Vereinigung mit der Republik Irland ist, und gegen die vor fünf Monaten von London eingesetzte Regierung Nordirlands. Der „Arbeiterrat" forderte eine „den Mehrheitsverhältnissen entsprechende Neuwahl". Führer des Streiks waren drei Faschisten: der Führer der „Vanguard"-Bewegung W. Craig, der faschistische Pfarrer Ian Paisley und H. West.

In einer sich über mehrere Monate hinziehenden Kampagne wurde der protestantischen Bevölkerung von diesen Leuten einsuggeriert, das Sunningdale-Abkommen sei der erste Schritt zur Verschmelzung Nordirlands mit der Republik Irland. Das entspricht aber nicht den Tatsachen. Das „Sunningdale-Abkommen" und die in ihm beschlossene Bildung eines „Gesamtirischen Rates" sind ein Schritt zur besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Koordination der „Terroristenbekämpfung" (siehe hierzu AK 44). Und auch die von den Protestanten bekämpfte „Beteiligung" der Katholiken an der neuen Regierung im Norden steht nur auf dem Papier. In Wirklichkeit stellen die Protestanten sechs der insgesamt elf Sitze in der neuen Regierung (AK 44).

Die Londoner Regierung griff, obwohl vom Führer der irischen Sozialdemokraten G. Fitt energisch aufgefordert, nicht ein. Man beschloß zwar, die Kraftwerke mit Soldaten zu besetzen, hat diese Entscheidung aber nicht in die Tat umgesetzt. Obwohl in England die Stimmen für einen Rückzug der britischen Truppen aus dem Norden Irlands in der Arbeiterklasse immer stärker werden (so fand z. B. in London eine Demonstration mit 50.000 Menschen für den Abzug der Truppen aus den sechs Grafschaften statt) wurde das Truppenkontingent weiter aufgestockt.

Sogar der britische Gewerkschaftsführer Len Murray schaltete sich ein, um durch einen „back to work"-Marsch „Arbeitswillige" in die Betriebe zurückzuführen. Sein Marsch zur größten irischen Werft „Harland and Wolff", zu dem er alle „arbeitswilligen Iren aufforderte, sich um ihn zu scharen" („Welt" 23.5.74), wurde ein Riesenreinfall. Nur 200 Menschen der über 470.000 irischen Arbeiter „scharten sich" um Murray. Bei einem zweiten Versuch waren es gar nur 20, die bei ihrem Marsch von Frauen und Kindern mit Eiern und Tomaten beworfen wurden.

Dies zeigt, wie geschlossen die protestantische Bevölkerung Nordirlands sich an diesem Streik beteiligte. Nach 14 Tagen brach der „Arbeiterrat" den Streik ab, nachdem die Regierung Faulkner beschlossen hatte, die Einsetzung des „Gesamtirischen Rates" bis nach der Wahl 1978 zu verschieben und nachdem sie am 28.5. zurückgetreten war, womit die Regierungsgeschäfte automatisch wieder dem Londoner Parlament übertragen wurden.

Der Streik, angeführt von den Faschisten Craig, Paisley und West, richtete sich zwar gegen das Sunningdale-Abkommen und die neue Regierung, die beide auch von der revolutionären Bewegung bekämpft werden, doch setzte diese Kritik bewußt an falschen Tatsachen an und war orientiert auf die Erhaltung der Privilegien des protestantischen Teils der nordirischen Arbeiter, so daß sie nicht zur Überwindung, sondern zur Vergrößerung der Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten beitrug.

Sean O'Cionnaith, internationaler Sekretär der offiziellen Sinn Fein, sagte auf seiner Europa-Informationsreise: *„Die Spaltung ist sehr tief, so tief, wie sie nur sein kann."* ●

Schriftsteller Wallraff in Athen: „Ich klage an!"

Seit im November vergangenen Jahres in Griechenland Zehntausende gegen die faschistische Diktatur demonstrierten, hat das faschistische Militärregime die Unterdrückung und Verfolgung noch erheblich verstärkt: Allein seit Februar hat das Militärregime die Einkerkerung von über 100 Antifaschisten offiziell bekanntgegeben; tatsächlich liegt die Zahl der Verhafteten jedoch weit höher. Unter den namentlich genannten Verhafteten befinden sich Genossen der ‚Revolutionären Kommunistischen Bewegung Griechenlands' (EKKE) und der ‚Kommunistischen Partei Griechenlands'.

Um nach dem Verbleib und dem Schicksal politisch verfolgter Antifaschisten im Lande der faschistischen Diktatur selbst zu forschen, reiste am 3. Mai 1974 eine dreiköpfige Delegation des Düsseldorfer ‚Initiativausschusses Griechenland – Solidarität' nach Athen. Mitglied der Delegation war der Schriftsteller Günter Wallraff, der hierzulande durch Reportagen und Enthüllungen über Mißstände in westdeutschen Betrieben bekanntgeworden ist.

Die Delegation recherchierte eine Woche lang, *„spricht mit Junta-Vertretern und Oppositionellen, untergetauchten Studenten und kaltgestellten Politikern, ehemaligen Jaros-Häftlingen und Verwandten von Gefolterten, Verschleppten, Verurteilten."* (lt. „DAS DA", Magazin, das von Wallraff mit herausgegeben wird).

Als die Delegation des ‚Initiativausschusses' am 10. Mai abreist, bleibt G. Wallraff in Athen zurück und führt eine spektakuläre Aktion durch:

Mit einer Kette an einen Laternenmast gekettet, verteilte der Schriftsteller mitten in Athen Flugblätter, deren Hauptforderungen waren

Freiheit für Griechenland
Freilassung aller politischen Gefangenen
Pressefreiheit
Freie Wahlen

Noch bevor Wallraff alle Aufrufe hat verteilen können, wird er von Geheimpolizisten zu Boden geschlagen und schon an Ort und Stelle das erste Mal schwer mißhandelt.

Er wird verhaftet, in den Kellern der berüchtigten Polizei weiter gefoltert und schließlich am 24. Mai zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Verhandlung vor dem faschistischen Tribunal hat Wallraff statt einer Verteidigung Anklage gegen das Militärregime und dessen faschistischen Terror geführt, den er wie alle anderen politischen Gefangenen in Griechenland zu spüren bekam.

Im folgenden geben wir Auszüge aus der Rede Wallraffs im Wortlaut wieder, weil seine Enthüllungen anschaulich machen, was das heißt: Faschismus an der Macht.

Wallraff vor dem faschistischen Militärtribunal in Griechenland

Am 23. Mai hielt Günter Wallraff eine mutige Anklage-Rede (statt seiner Verteidigung) vor dem griechischen Militärtribunal gegen das brutale faschistische System. Zum Schluß sagte Wallraff:

Zu allerletzt noch – wie es sich für einen geständigen Täter gehört – möchte ich doch noch, aufgrund der gemachten Erfahrungen hier, so etwas wie Reue über meine „Tat" zum Ausdruck bringen. Diese Aktion war halt meine Art zu protestieren. Ich bin von der Überzeugungskraft des gewaltlosen Widerstandes ausgegangen. Ich stelle mir inzwischen die Frage, ob die Wahl meiner Mittel angebracht, adäquat, richtig war. Denn es gibt eine Stufe der Brutalität, der Barbarei, wo einem ein derartiges Handlungsprinzip als Dummheit und Schwäche ausgelegt werden kann. Es kann sein, daß ich mich in der Wahl der Mittel vergriffen habe, nicht die Sprache gefunden habe, die von den Juntavertretern und ihren Helfershelfern verstanden wird.

(Z.B., als ich beim ersten Verhör mit Handschellen gefesselt, dazu noch die Kette an meinem Hals, von dem Vernehmungsspezialisten mit karategeübter Faust eine in die Fresse geschlagen bekam, und ich ihm daraufhin versöhnend lächelnd zu verstehen gab, auch die andere Gesichtshälfte nicht zu vergessen, damit ich im Gleichgewicht bliebe, nahm er das zum Anlaß, mir mit voller Wucht in die Geschlechtsteile zu treten.)

Um sich gegenseitig zu verstehen, muß man die gleiche Sprache sprechen. Das einzige Mittel, sich jemanden verständlich zu machen, der ausschließlich mit dem Panzer und dem Gewehr redet, ist letztlich, befürchte ich, die Gegengewalt!

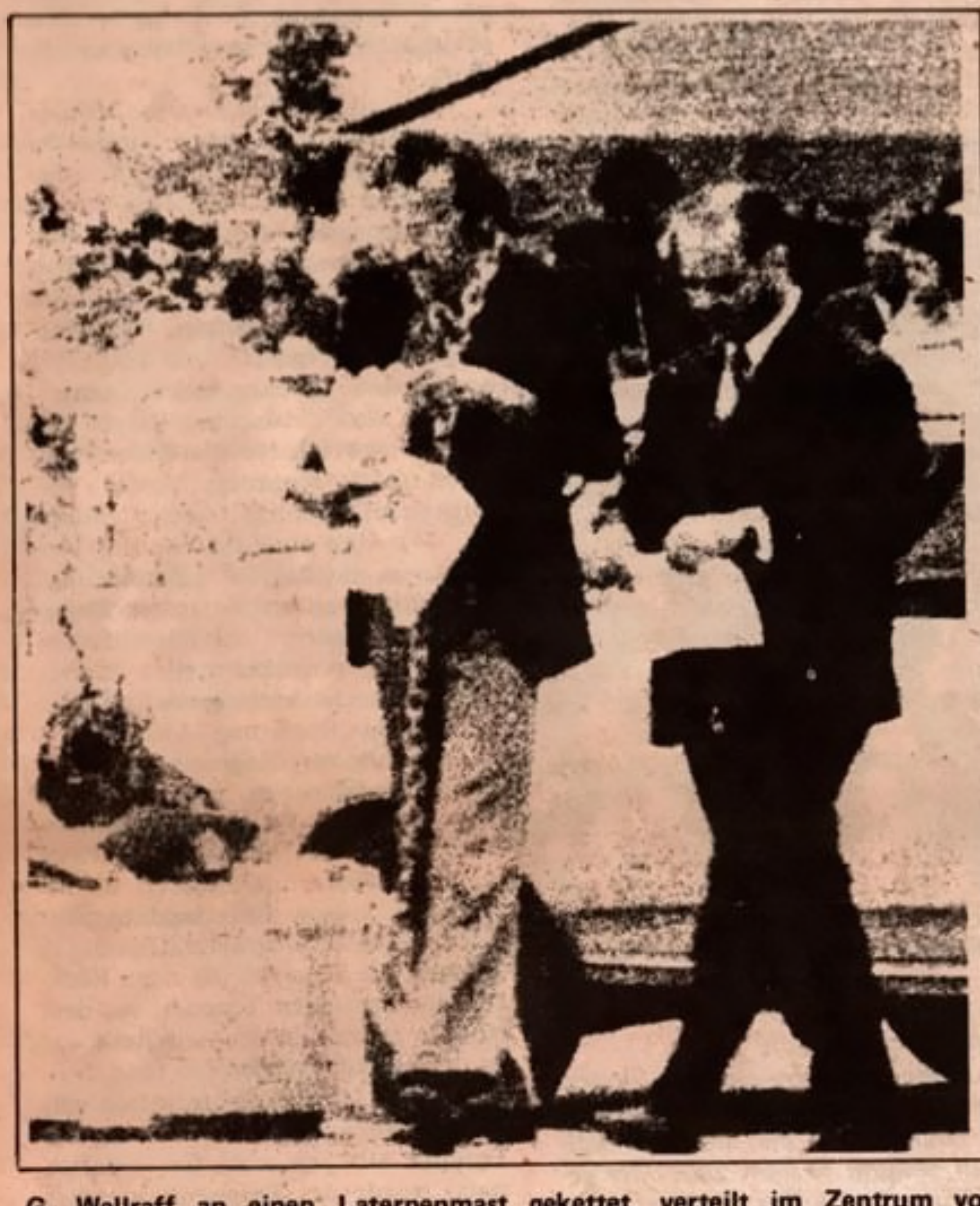
Abschließend, ich würde es mir und Ihnen lieber ersparen, darauf eingehen zu müssen, aber da es tagtägliche Vernehmungspraxis bei Ihnen ist, möchte ich es doch noch erwähnen:

Ich bin bei dem ersten mehrstündigen Verhör gefoltert worden. Man wollte aus mir herausbekommen, mit welchen Griechen ich Kontakt gehabt hätte. Zwei Spezialisten in Zivil – eventuell Vertreter der „ESA", sie stellten sich mir nicht vor – schlugen meinen Kopf an einer Tischkante und auf dem Fußboden blutig. Außerdem Schläge mit der Kette, die an meinem Hals noch fest war, Schläge in Magen und Milz. Schläge mit einem Knüppel und mit Absätzen von Stiefeln auf die Zehen meines linken Fußes. Die Spuren an Kopf und Zehen sind heute noch sichtbar. Ich habe seitdem auch ständig Kopfschmerzen.

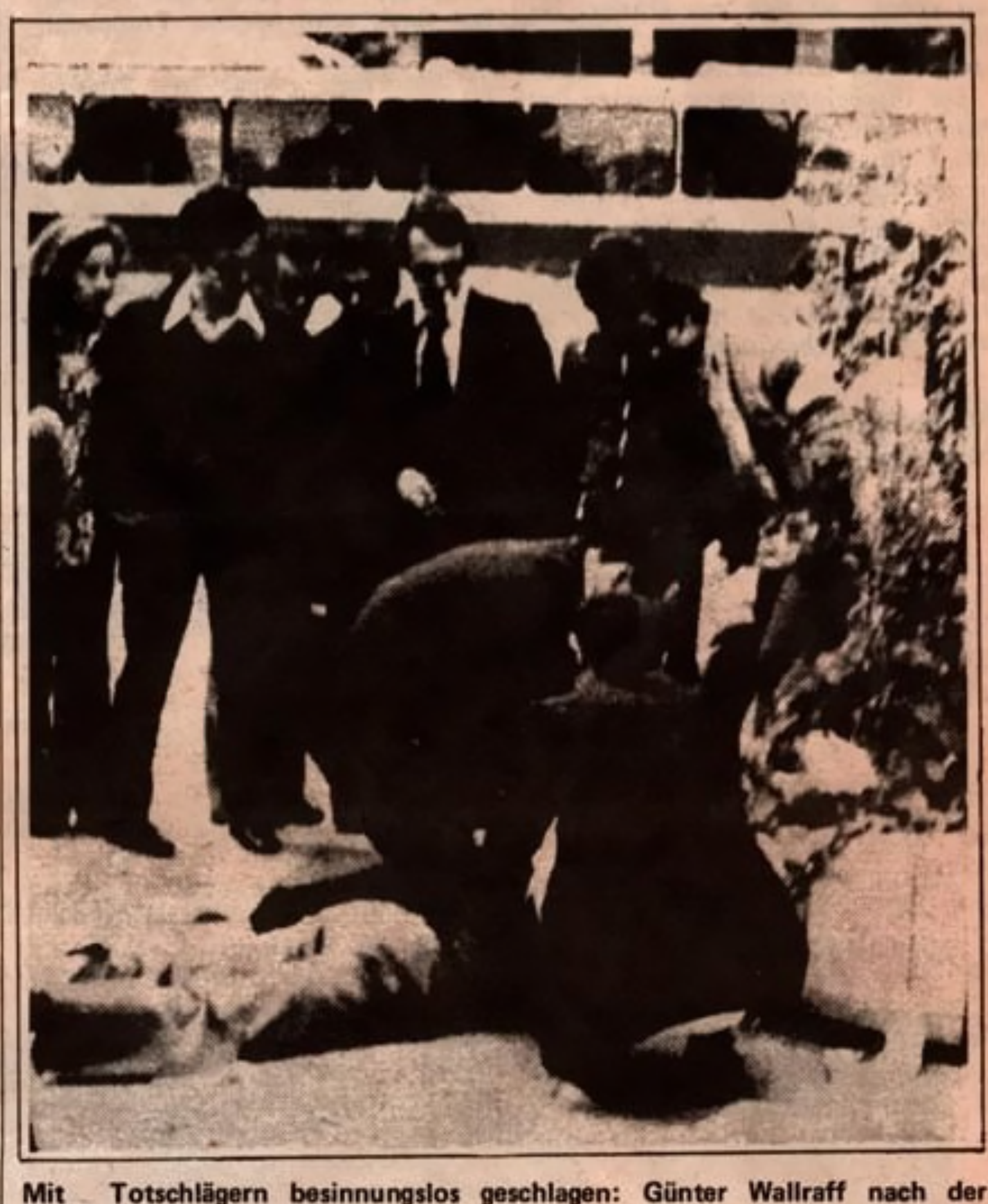
Nach diesem Verhör mußte ich den Rest der Nacht auf einem Stuhl bei Beleuchtung sitzen und wurde am Schlafen gehindert. Ab 9 Uhr morgens Fortsetzung des Verhörs.

Ich bin mir darüber im klaren, daß ich als Ausländer und nach Initiative meiner Botschaft noch bevorzugt behandelt wurde. Als Grieche wäre ich der „ESA" ausgeliefert worden, und womöglich halb – oder gleich ganz totgeprügelt, hätte ich nicht mehr die Möglichkeit gehabt, hier vor Ihnen auszusagen. ●

(Quelle: „Berliner Extra-Dienst")



G. Wallraff an einen Laternenmast gekettet, verteilt im Zentrum von Athen seinen Aufruf



Mit Totschlägern besinnungslos geschlagen: Günter Wallraff nach der Flugblattaktion in Athen

SÜDAFRIKA – Weitere Verschärfung des faschistischen Kurses

Die Sicherung der faschistischen Mehrheit bei den Parlamentswahlen durch die weiße Minderheit (ca. 17% der Bevölkerung) war mit einem klaren Auftrag versehen: Verschärfung der faschistischen Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung! (Siehe AK 44)

Grund ist der sich verstärkende und organisierende Widerstand gegen die Apartheidspolitik, gegen die Politik der Rassentrennung, mit der die herrschende weiße Minderheit die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung abzusichern gedenkt.

Seit Bestehen der Republik Südafrika sind der einheimischen Bevölkerung die elementarsten Rechte, das Recht auf Streik, auf gewerkschaftliche und politische Organisierung und das Recht der freien Meinungsäußerung genommen.

Zur Unterdrückung des farbigen Proletariats dienen u.a. folgende Gesetze:

- das „Kommunismusgesetz". Hiernach können Kritiker der Regierung auf unbestimmte Zeit unter Hausarrest gestellt oder inhaftiert werden.
- das „Gesetz gegen illegale Organisationen". Es dient dazu, jede Oppositionspartei verbieten zu können.
- das „Kriminalgesetz", das die Prügelstrafe für „passiven Widerstand" vorsieht.
- das „Sabotage- und Terrorismusgesetz", nach dem Oppositionelle bis zu 180 Tagen ohne Haftbefehl und Anklageerhebung in Haft gehalten werden können.

Mit einer solchen Politik hat es die faschistische Regierung bisher geschafft, den ausländischen Unternehmen – allein ca. 300 Konzerne und Firmen aus der BRD investierten bis 1974 1,75 Milliarden DM in Südafrika – Riesenprofite zu sichern.

Der Widerstand der einheimischen Bevölkerung konnte dennoch nicht gebrochen werden:

- In Namibia sind heute schon ca. 100.000 Afrikaner in der SWAPO organisiert. Einer revolutionären Organisation, die den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Ausbeutersystem propagiert.
- In den Grenzgebieten von Mocambique schließen sich immer mehr Einheimische der Frelimo an.
- In den Betrieben werden illegale gewerkschaftliche Organisationen gebildet. Sie sind das Rückgrad der immer mehr zunehmenden betrieblichen Kämpfe.

Im Auftrage der Imperialisten ...

... ging die neue Regierung auch gleich daran, den staatlichen Unterdrückungsapparat weiter auszubauen:

- *„Mit der Bedrohung des Landes durch einen im Ausland organisierten Krieg kommunistischer Guerillas, sowie möglichen internen Terrorismus"* („SZ", 24.5.74) wurden die Machtbefugnisse des Staatssicherheitsdienstes erheblich erweitert.
- Die neuen „Erweiterungen zum Aufruhrgesetz" verbieten jede Form der außerparlamentarischen Opposition (Demonstrationen, Versammlungen etc.).
- Der „Affected Organisations Act" untersagt den politischen Organisationen, Gelder aus dem Ausland zu erhalten.

Hiervon sind vornehmlich drei Organisationen betroffen:

- die nationale Studentenorganisation
- das südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen
- das christliche Institut von Beyers Naude.

„Diese Organisationen, die unter anderem die Untersuchungen über die Gehaltsstruktur bei den in Südafrika engagierten europäischen Firmen erstellt hatten (!!) ... haben bisher alle Zuwendungen aus dem Ausland erhalten." („SZ", 24.5.74)

- Ein neues „Pressegesetz" ist in Vorbereitung. Mit ihm sollen oppositionelle Zeitungen *„mit Druckverboten von einem Tag bis zu mehreren Wochen belegt werden können."* („SZ", 24.5.74)

Mit solcher Politik empfiehlt sich die neue Regierung schon im ersten Monat ihrer Amtszeit als zuverlässige Sachverwalterin der ausländischen Kapitalinteressen.

Aber auch, wenn die Faschisten jetzt verstärkt daran gehen, *„das gesetzliche Fundament ihrer Politik ... fugenlos zu zementieren"* („SZ", 24.5.74), wird es ihnen langfristig nicht gelingen, den Widerstand der einheimischen Bevölkerung zu brechen! ●

Betriebszelle HSW, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg Türkischer Antifaschist ermordet



Im letzten AK berichteten wir, daß faschistische Schläger auf einer Versammlung des ‚Türkischen Arbeitervereins' (ein von den Faschisten beherrschter Verein zur Kontrolle und Unterdrückung der türkischen Arbeiter in der BRD) in Hamburg-Norderstedt türkische Antifaschisten brutal zusammenschlugen, die gekommen waren, um eine demokratische Wahl des Vorstands des ‚Türkischen Arbeitervereins' und eine neue, an den Arbeiterinteressen ausgerichtete Politik zu fordern.

Die türkischen Faschisten schlugen dabei dem Arbeiter Neset Danis den Schädel ein. Das war am 5. Mai. Am 21. Mai ist Neset Danis an den Folgen dieser Verletzung gestorben. Damit wurde der faschistische Mord vollendet.

Die Polizei, die nach der Schlägerei eintraf, weigerte sich, die Faschisten festzunehmen, die ihnen von den türkischen Antifaschisten gezeigt wurden, sondern nahmen stattdessen mehrere Antifaschisten fest und sorgten für den sicheren Abzug der faschistischen Mörder.

In der bürgerlichen Presse erschienen zu diesem Vorfall nur kleine Notizen, in denen zudem die Zusammenhänge auf den Kopf gestellt wurden: die Antifaschisten hätten „die Versammlung sprengen" wollen, hätten „friedliche Versammlungsteilnehmer angegriffen" usw. In den folgenden Tagen und Wochen wurde dann jede Information über die Vorfälle unterdrückt. Die türkischen Antifaschisten wurden aus der Haft entlassen mit der ungeheuerlichen Auflage, sie dürften der Presse keine Informationen geben und sich auch sonst nicht zu den Vorfällen äußern.

Schon kurz nach der faschistischen Schlägerei in Norderstedt hatte in Hamburg eine von KBW und „KPD/ML" geführte Demonstration mit etwa 250 Teilnehmern stattgefunden.

Nach dem Tod von Neset Danis fand am 1. Juni eine vom KB, der „KPD", dem KBW, der „KPD/ML" und mehreren Ausländer-Gruppen unterstützte Demonstration mit etwa 2300 Teilnehmern (davon weit mehr als die Hälfte im Block des KB), darunter mehrere hundert Türken, statt.

Einen makabren Scherz leistete sich der KBW: er sammelte etwa 2000 Unterschriften gegen den Mord an Neset Danis und verkündete großsprecherisch, das sei eine „Volksbewegung" und *„ein Zusammenschluß, der sich sehen lassen kann"*; diese Unterschriftensammlung, bei der auch *„CDU-Mitglieder, Christen, DKP-Mitglieder usw."* unterschrieben hätten, sei doch *„ganz was anderes"* und *„viel besser"* als eine Aktionseinheit „nur" von kommunistischen Organisationen. *„So können wir den nötigen öffentlichen Druck ausüben"* – mit Unterschriftensammlungen. (Zitate aus einem Flugblatt des KBW) ●

Faschisten-Treff in Hamburg-Blankenese

Am 27. Mai fand im Gymnasium Willhöden (im Hamburger Bourgeoisie-Viertel Blankenese) eine Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten" (NPD) mit dem Titel Nationale Solidarität!" statt.

Schon am Nachmittag hatte die Polizei Absperrungen errichtet und war mit zwei Mannschaftswagen und Wasserwerfern vor der Schule aufmarschiert. Vor der Schule hielten mehrere ‚Peter-Wagen'; weitere standen in Nebenstraßen, wo auch noch zwei weitere Mannschaftswagen und Autos der ‚Zivilfahndung' standen.

Im Saal waren 18 NPD-Anhänger anwesend. Der Eingang zur Aula war vom Faschisten Rieger bewacht, der eine Schlägertruppe, ausgerüstet mit Stöcken und Schlagringen, mitgebracht hatte.

Eine Gruppe von etwa 30 Antifaschisten stand mehr oder weniger unschlüssig auf der Straße. Es war unklar, ob und wie man sich in die Veranstaltung einschalten sollte, wozu jedoch keine linke Organisation aufgerufen hatte.

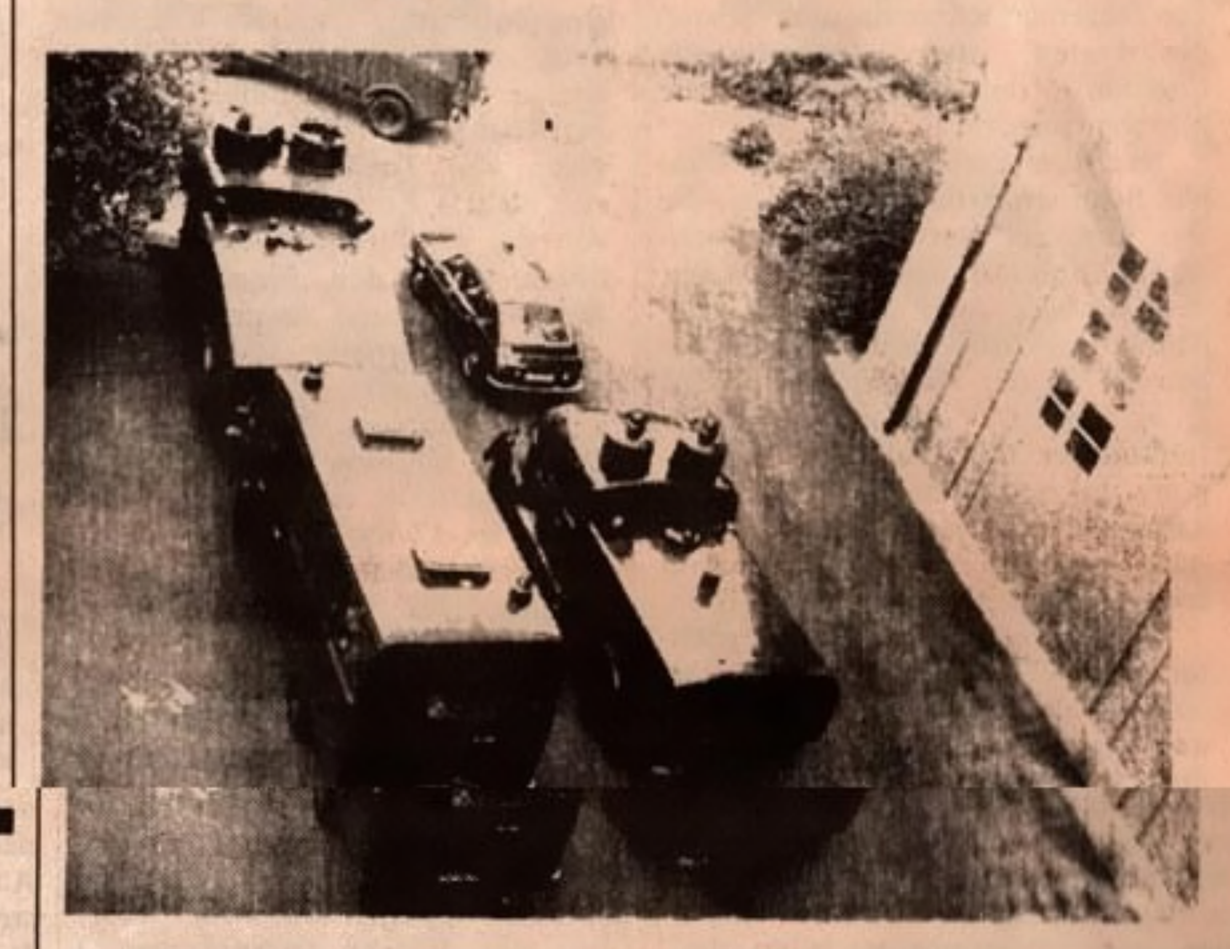
Eine 3/4 Stunde nach Beginn der Faschisten-Veranstaltung zog sich die Polizei z.T. zurück, da es bis dahin „ruhig" geblieben war.

Dabei fuhr ein Wagen der ‚Zivilfahndung' provokatorisch fast in eine am Straßenrand stehende Gruppe von Antifaschisten hinein. Ein Schüler mußte zur Seite springen, wobei er sich auf den Wagen aufstützen mußte. Ein Bulle sprang daraufhin aus dem Auto und begann, auf den Schüler einzuprügeln, warf ihn in eine Hecke und prügelte dann weiter auf ihn ein. Andere Polizisten sahen einige Zeit zu und nahmen dann zusammen mit dem Schläger den Schüler fest, um die Personalien aufzunehmen. Dem Schüler sollte zynischerweise der Vorwurf der „Sachbeschädigung" gemacht werden (weil er den Polizei-Wagen berührt hatte).

Dieser Vorfall rief bei den anderen antifaschistischen Schülern große Empörung hervor. Ein Faschist machte sich an die Schüler heran, um sich bei ihnen anzubiedern: Es sei ja „ungeheuerlich", was die Polizei da gemacht habe. Man müsse aber auch verstehen, wenn die Polizei „nervös" sei, denn die letzten NPD-Veranstaltungen seien durch Kommunisten gestört worden. Der Faschist bot sich sogar als „Zeuge" für den Vorfall den antifaschistischen Schülern an! ●

Ein Genosse des SSB (Schüler)

Polizeifalle gegen Antifaschisten



Am 16. Mai stellte die Polizei in Hamburg den Antifaschisten eine Falle – die allerdings nicht zuschnappen konnte.

Nachdem in den letzten Wochen und Monaten – trotz z.T. sehr massivem Polizeischutz – eine große Zahl von Faschisten-Versammlungen gesprengt wurde oder auf sonstige Weise be- und verhindert werden konnte, versuchten NPD und Hamburger Bullen diesmal den Hamburger Antifaschisten eine überraschende und empfindliche Niederlage beizubringen: Die geplante Faschisten-Zusammenrottung in Hamburg-Fuhlsbüttel wurde scheinbar nur mit wenigen Bullen in einer Weise „abgesichert", die die Antifaschisten zu einer Aktion direkt herauslocken sollte. Massives Polizeiaufgebot – zwei Wasserwerfer, vier Mannschaftswagen, Bereitschaftspolizei, viele Streifenwagen lauerten versteckt im Schulhof des nahegelegenen Alstertalgymnasiums. Die Faschisten selbst organisierten einen „tiefgestaffelten" Postendienst (mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet), der die ganze – ziemlich abgelegene – Gegend überwachte. Ihnen zur Seite gesellten sich eine Reihe von Zivilstreifen der Polizei. Die Antifaschisten waren auf diese Falle schon ein paar Tage vorher vorbereitet. Die von Faschisten und Bullen erwartete (und erwünschte!) Aktion unterblieb. Stattdessen prangten an den Wänden der Kneipe „Schloß Erdkamp" – dem Ort der geplanten Faschisten-Zusammenrottung – antifaschistische Parolen, im Tagesraum selbst verbreitete sich der üble (Kotz-) geruch einer Buttersäure-Bombe, sodaß das Häuflein Faschisten – 18 Mann hoch – auch noch umziehen mußte. Der Polizei-Großeinsatz in Fuhlsbüttel hat die Hamburger Steuerzahler wieder einmal tausend Mark gekostet, die aber der SPD-regierte Senat sehr schnell zu bewilligen bereit ist, wenn es darum geht, eine Kleinst-Veranstaltung der Faschisten zu schützen und Knüppel-Orgien gegen Antifaschisten vom Zaum zu brechen. ●

Bezirkszelle Barmbek/Fuhlsbüttel, KB/Gruppe Hamburg

Antifaschistische Großveranstaltung in Hamburg

Am 7. Juni 74 versammelten sich etwa 1.400 bis 1.500 Menschen zu einer antifaschistischen Großveranstaltung in Hamburg, zu der KB, SSB und RBJ aufriefen. Anlaß der Veranstaltung war der faschistische Mord am türkischen Genossen Neset Danis vor den Toren Hamburgs, der faschistische Bombenanschlag in Brescia/Italien und der verschärfte faschistische Terror in Griechenland. Zu diesen Themen wurden eine Reihe von Referaten gehalten, sowie griechische und antifaschistische Lieder vorgetragen. – Die Mutter eines verhafteten griechischen Genossen – Mitglied der E.K.K.E. – trat ans Mikrofon und verlas eine Resolution zum Schicksal ihres Sohnes, die sie schon zuvor der bürgerlichen Presse, sowie Bundespräsident Heinemann zustellte. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß von dieser Seite dazu keinerlei Reaktion kam. Wir drucken diese Erklärung hier ab.

Erklärung
der Mutter von Christos Bistis

An die fortschrittliche internationale öffentliche Meinung, an den Bundespräsidenten, Herrn Gustav Heinemann, und an alle internationalen Organisationen für die Verteidigung der Menschenrechte.

Unter dem Druck der ergreifenden Mobilisierung der öffentlichen Meinung, der fortschrittlichen Menschen im Ausland und besonders in der BRD, der Veranstaltungen und der Demonstrationen, der Tausende von Unterschriften von Persönlichkeiten wurde die Junta gezwungen, die Namen der jetzt seit fast zwei Monaten in Griechenland Verhafteten, darunter auch den meines Sohnes, Christos Bistis, zu veröffentlichen.

Dies ist ein von uns errungener Sieg, aber doch keine Garantie für das Leben der Kämpfer und für ihre körperliche und geistige Integrität. Niemand von ihnen hat einen Menschen gesehen, von ihren Folterern abgesehen.

Die Junta wurde gezwungen, die Namen der verhafteten Kämpfer zu veröffentlichen. In dem Versuch, unter ihren politischen Gegnern diejenigen zu vernichten, die ihr unermüdlich aktiven Widerstand entgegensetzen, versucht sie, die Fäden durchzutrennen, die diese Volkskämpfer mit den Volksmassen verbinden; sie versucht, deren persönliche und politische Geltung mit Verleumdungen zu verdunkeln, da ihre eigene ideologische Nacktheit – sie ist faschistisch – nicht in der Lage ist, den Ideen entgegenzutreten, für die sie kämpfen. Die Taktik der faschistischen Regimes ist immer die gleiche: die Kommunisten und die konsequenten Volkskämpfer als vom Ausland angestiftete Verbrecher darzustellen; dies ist der Versuch, durch antikommunistische Hysterie und Terror die Anerkennung der faschistischen Legalität gewaltsam von den Volksmassen zu erzwingen.

Mit der Veröffentlichung der Namen verfolgt die Junta außerdem den Zweck, die Solidaritätsbewegung aufzuhalten, aber auch, die Volksmassen in unserem Land und die fortschrittlichen Menschen im Ausland zu terrorisieren, indem sie die Kämpfer als kriminelle Elemente bezeichnet und ihnen Verbrechen anlastet. Diese Orgie von Lügen zeigt nichts anderes als die Angst vor der Volkserhebung und den Kampfeswillen unserer Volkskämpfer. Das einzige, was die Junta nicht erreichen kann, ist, die Volksmassen einzuschüchtern; denn der Kampf, den diese Kommunisten, diese Volkskämpfer führen, ist ihr eigener Kampf, der Kampf der Volksmassen. Wenn man sie noch so foltert, man wird sie nicht in die Knie zwingen. Die Junta wird es nie schaffen, den Kampfeswillen des Volkes zu brechen. Auch wenn sie meinen Sohn und die anderen Kämpfer liquidiert: Tausende werden neu an ihre Stelle treten. Ihre Tätigkeit drückt nicht nur die Hoffnungen der neuen Generation aus, sondern die Hoffnungen unseres ganzen Volkes.

Dies haben die Novemberereignisse gezeigt. Dies zeigen die Mütter, die ohne vor dem Druck und allen Erpressungen der Junta zurückzuweichen nicht schweigen, die sich mit Mut erheben und sich an alle Mütter der Welt richten für ihre Kinder, von denen sie seit Monaten nicht wissen, ob sie die Panzer zerquetscht haben oder ob sie von den Faschisten in den Gefängniszellen gemordet werden.

Die Ausdauer, die unsere Söhne vor den unmenschlichen Folterungen ihrer Henker zeigen, erhöht auch den Ansporn für uns alte Leute, in den Reihen der griechischen Bewegung für die gleichen Ziele zu kämpfen, für die sie sich seit Jahren aufgeopfert haben. Unser Kampf setzt sich fort. Wir dürfen auf keinen Fall Kämpfer verlorengehen lassen. Jeder Kämpfer ist wertvoll. Die Solidaritätsbewegung muß noch stärker werden. Wir müssen jeden Kämpfer retten, dessen Kampf sich im Rahmen der internationalen Volksbewegung einordnet, die immer stärker wird. Die Völker der ganzen Welt haben gezeigt und zeigen noch immer – trotz des Drucks, den ihre Regierungen auf sie ausüben dank der Kommunikationsmittel wie Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, über die sie verfügen, trotz versuchter Bestechung mit den Hilfeleistungen an die faschistischen Regimes –, daß sie die Kraft besitzen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich eine eigene menschliche Ordnung zu geben. Eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht mehr wie Hunde auf den Straßen verrecken, in der sie nicht mehr ihren Schweiß opfern, ohne die Früchte ihrer Bemühungen schmecken zu können, in der sie nicht mehr von den Panzern ihrer Mörder gemetzelt werden.

Ich richte mich daher erneut an die fortschrittlichen Menschen, an die Mütter und Väter, damit wir alle zusammen unsere Anstrengungen intensivieren, das Leben unserer Kämpfer, die in Gefahr sind, zu retten.

- *Den Verwandten soll der Kontakt zu ihren verhafteten Kindern ermöglicht werden.*
- *Den Verhafteten muß der Kontakt mit ihren Ärzten und Rechtsanwälten gestattet werden.*
- *Veröffentlichung der Namen aller verhafteten und ermordeten Kämpfer.*
- *Freiheit für alle politischen Gefangenen.*

Mit diesem Brief richte ich mich auch an den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und fordere ihn auf, – was bestimmt auch im Sinne des deutschen Volkes ist, das die faschistische Gewalt und den Terror selber erfahren hat und seine Solidarität mit dem kämpfenden griechischen Volk zeigt – mit obigen Forderungen gegenüber dem faschistischen Regime in Athen gegenüber Stellung zu nehmen, um damit die Gefühle des deutschen Volkes auszudrücken.

Berlin, 18. Mai 1974

(Maria Bistis)

RATTENFÄNGER

Nordhorner Genossen berichten über faschistisches Treiben

Seit dem Propaganda-Auftritt des NPD-Führers von Thadden am 27.4. steigern die Nordhorner Faschisten weiter ihre Aktivität und werden von Tag zu Tag frecher. Ihr Treiben und die damit verbundenen Gefahren für die demokratische Bewegung (vor allem in der Jugend) machen diese Ergänzung unseres Berichts in AK 44 notwendig.

„DVG" – Verteidiger des faschistischen Massen- und Völkermordes: auf ein neues 33!

Beim Besuch Willy Brandts in Nordhorn Anfang Mai verteilten die Faschisten verschiedene Flugblätter der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft" (DVG), in denen u.a. die provokatorische Frage gestellt wird: *„War die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei NSDAP so gut oder so schlecht, daß sie verboten werden mußte?"* Selbstredend antworten diese Vögel darauf, die Nazis wären *„zu gut"* gewesen! Schließlich habe Adolf Hitler *„Arbeit und Brot geschaffen"*, alle Deutschen *„auf friedlichem (!!!) Wege zum lange ersehnten Großdeutschland"* zusammengeführt.

Dieser Weg war so „friedlich", daß Polen, Frankreich, die Benelux-Staaten, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, Dänemark, Norwegen, die Baltischen Länder, die Balkanstaaten u.a. von den Nazi-Truppen überfallen wurden, daß jeder Widerstand in diesen Ländern vom Militär, vor allem aber von SA und SS brutal erstickt und mit tausendfachen Morden an der Bevölkerung „geahndet" wurde; daß Millionen Juden und Zig-Tausende Kommunisten, Sozialdemokraten und oppositionelle Christen in den Hitler-KZ's zu Tode gebracht wurden.

Natürlich taucht in diesen braunen Schmierblättern auch wieder die alte Lüge der Nazis auf, das *„weltweite Komplott des internationalen Großkapitals, die Kommunisten der jüdisch-marxistisch-leninistischen Irrlehren"* hätten Deutschland in den Krieg gehetzt – und nicht etwa der Heißhunger des deutschen Großkapitals und seiner faschistischen Statthalter nach Kolonien, Weltmarktherrschaft, versklavten Arbeitsheeren und imperialistischen Monopolprofiten.

In diesem Stil sind alle Flugblätter der DVG verfaßt, die offensichtlich die alten Faschisten ansprechen und wieder aufmöbeln sollen. Gegen diese Schweinereien, gegen diese offene Verteidigung faschistischen Massen- und Völkermordes leiten die Herren Vertreter der sogenannten „wehrhaften Demokratie" von der SPD keine Schritte ein, während gegen Linke, die den Charakter dieses Staates enthüllen, vor den Gerichten wegen „Verleumdung", „Verächtlichmachung der BRD" usw. vorgegangen wird.

„Freiheit für Heß" – Faschistische Propaganda im Jugendzentrum?

Etwas „geschickter" versuchten die Faschisten in einer anderen Aktion vorzugehen, die die „Jungen Nationaldemokraten" (JN, Jugendrotte der NPD) und der „Bund Volkstreuer Jugend" mit einer eigens dafür gegründeten „Hilfsgemeinschaft Rudolf Heß" im Nordhorner Jugendzentrum durchführen wollten. Hier führten sie als Motiv die „Humanität" ins Feld, wie es für die seit einiger Zeit auf Hochtouren laufenden „Freiheit für Heß"-Bewegung typisch ist.

Sie stellten an den Rat des Jugendzentrums (Verwaltungsorgan des JZ mit einer Mehrheit von gewählten Jugendlichen) den Antrag, eine Veranstaltung für den Kriegsverbrecher Heß durchführen zu dürfen. Im Rat wurde schließlich nach längerer Diskussion der „Kompromiß" beschlossen, daß die Faschisten zunächst einen Plan zu ihrer Veranstaltung vorzulegen hätten, bevor man über ihren Antrag endgültig abstimmen könnte. Dieser „Kompromiß" wurde gegen drei Stimmen angenommen.

Die beiden Mitglieder der DKP, die gegen diesen Antrag gestimmt hatten, begründeten dies ausschließlich damit, daß die Antragsteller Faschisten waren. Wäre der Plan, eine Veranstaltung für Heß durchzuführen, von anderen bürgerlichen Politikern gekommen, hätten sie keine Einwände gehabt? Ein weiterer SDAJler stimmte dem Kompromißvorschlag sogar zu und „begründete" dies in einem späteren Gespräch damit, den Faschisten keinen Vorwand zu liefern, nachher sagen zu können, der JZ-Rat sei undemokratisch. Nur die dritte Nein-Stimme von einem KB-Sympathisanten wurde u.a. damit begründet, daß Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers", sich auch heute noch zum Faschismus bekennt.

Die Position der beiden DKP-Genossen drückt – einmal gutmütig unterstellt – ihre Blindheit gegenüber dem Faschisierungsprozeß insgesamt aus: Die Heß-Kampagne wird nicht nur von offenen Faschisten, sondern von den Rechten aller bürgerlichen Parteien und der gesamten bürgerlichen Publizistik getragen.

Diese Kampagne muß auch im Zusammenhang gesehen werden mit der Zunahme neuaufgelegter Nazi-Propaganda aus der Hitler-Zeit (vgl. dazu Artikel in AK 43).

Die Haltung des SDAJ-Genossen bedeutet, Toleranz gegenüber den Faschisten zu predigen, den Todfeinden jeglicher Demokratie! Die Versumpfung der Revisionisten in spießbürgerlich-demokratischen Vorstellungen ist hier auf den Gipfel getrieben: selbst das Grundgesetz sieht die Möglichkeit vor, Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu verbieten.

Die verheerenden Folgen solcher Politik der „Toleranz" und der „Auseinandersetzung" mit den Faschisten nach „demokratischen Spielregeln", wie sie von den Revisionisten im JZ betrieben wird (auch an der Aktion gegen von Thadden beteiligten sie sich nicht!), kommen u.a. in der Zahl von ca. 15 Jugendlichen zum Ausdruck, die von den „Jungen Nationaldemokraten" und ihrem Anhängsel „Bund Volkstreuer Jugend" inzwischen eingesackt werden konnten.

Der Plan der Neo-Nazis, ihren Dreck im JZ unter die Leute zu bringen, scheiterte nach Vorlage ihres Planes im JZ-Rat nur daran, daß sie ein Werbeplakat aufhängen wollten, in dem Heß als „Botschafter des Friedens" bezeichnet wird. (Heß war 1941 nach England geflogen, um die britischen Imperialisten für einen gemeinsamen Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen und den deutschen Imperialisten „an der Westfront den Rücken freizumachen".) Außerdem behaupteten sie, Heß sei von den Anklagepunkten „Kriegsverbrechen" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" freigesprochen worden. Lediglich (!!) wegen „Durchführung eines Angriffskrieges" (!!!) sei er verurteilt worden. Eine Spitzenleistung an frechstem Zynismus!

„Nationalrevolutionäre" Anbiederungsversuche

Mit anderer, nämlich „linker", „revolutionärer" Masche versuchen es die „Nationalrevolutionären Basisgruppen", ein faschistischer Demagogenhaufen, der sich vor allem an Jugendliche und Linke wendet. Die NRB versuchen, den braunen Mist mit pseudo-„revolutionären" Phrasen aufzumöbeln und so insbesondere naive Jugendliche einzufangen.

Die NRB geben sich auch einige Mühe, sich bei den Linken anzubiedern. Sie bringen es sogar fertig, Kommunisten „Aktionseinheiten" gegen die DKP, die Sowjetunion und die USA anzubieten!! So geschehen im Nordhorner JZ am 22. Mai 74! Dies NRB-„Angebot" richtete sich an einen Sympathisanten des KB, der das aber eindeutig von sich wies. Darauf meinte der NRB-Mann, die Gruppe „KPD" habe „Seite an Seite" mit den NRB gegen Breschnew demonstriert. Diese Behauptung wurde von einem zufällig anwesenden Genossen der „KPD" als Lüge zurückgewiesen.

Allerdings muß an dieser Stelle etwas zum Opportunismus der Gruppe „KPD" gerade gegenüber den „linken" Faschisten gesagt werden. Unserer Auffassung nach kommt es nicht in Frage, den Faschisten auch nur in einer einzigen Frage Konzessionen zu machen. Selbst eine scheinbar „linke" Kritik ist niemals etwas anderes als ein faschistisches Täuschungs- und Betrugsmanöver – und das muß eindeutig aufgedeckt werden, um den Erfolg solcher Betrugsmanöver zu vereiteln!

Während der Kundgebung gegen von Thadden ließen sich aber etliche Genossen der der „KPD" nahestehenden „Liga gegen den Imperialismus" in recht ernsthafte Diskussionen mit Faschisten ein, die sich unter die Kundgebungsteilnehmer gemischt hatten. Da konnte man von jenen Genossen z.B. hören: „Ja, über den Sowjetimperialismus sind wir uns ja einig, und klar ist auch, daß in der DDR natürlich die Arbeiter unterdrückt werden ... aber ..." – um im Weiteren darüber zu verhandeln, wer wohl die besseren Vorstellungen hätte, wie es nun angesichts der Krise der SPD-Regierung weitergehen müsse, usw. So wurde vor den umherstehenden Zuhörern die Show „Kampf der Argumente zwischen Rechts und Links" dargeboten – und das selbst dann, als ein KB-Genosse sich bemühte, einen „links" getarnten Faschisten zu entlarven und die Unterstützung dafür zu gewinnen, diesen Demagogen zu verscheuchen. Einigkeit mit den Faschisten über „Sozialimperialismus der Sowjetunion"? Als ob die Faschisten gegen die Sowjetunion hetzen, weil dort die Restauration des Kapitalismus stattfindet! Nein, Genossen, da machen wir nicht mit!

Demagogen, Provokateure, Agenten, Terroristen – Faschisten in verschiedenen Gewändern

Es ist falsch zu glauben, die Faschisten wären heutzutage nur ein paar alte Opas, die plumpen Rassismus und plattesten Antikommunismus („jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung") predigen. Zum Arsenal faschistischer Propaganda gehört immer die soziale Demagogie, das mehr oder weniger geschickte Anknüpfen an die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer sich verschlechternden Lage und mit der herrschenden Politik.

Das galt sogar für die NSDAP; erinnert sei auch daran, daß es auch in der Weimarer Republik Organisationen außerhalb der NSDAP gab, die unter Namen wie „Nationalrevolutionäre", „Sozialrevolutionäre Nationalisten" oder gar „Nationalbolschewisten" u.a. gerade auch auf die verelendeten und teilweise politisch desorientierten Massen einwirkten und Zutreiberdienste für die NSDAP leisteten.

Die Geschichte ist auch reich an Erfahrungen mit faschistischen Provokateuren, die sich in die linke Bewegung eingeschlichen haben, um dort ideologische Zersetzungsarbeit zu betreiben und linke Organisationen zu abenteuerlichen Aktionen zu bewegen; gegebenenfalls solche Provokationen auch selbst durchzuführen.

Stoppt die Faschisten!

Es ist unschwer festzustellen, daß sich gerade in Nordhorn die Faschisten wieder in zunehmender Zahl und in verschiedenen Gewändern zusammenrotten – offensichtlich durch den weitgehend ungestörten Auftritt von Thaddens und die relativ geringe Teilnehmerzahl bei der antifaschistischen Kundgebung auch noch ermuntert. Diese Kundgebung und vor allem die Duldung der Faschisten im Jugendzentrum zeigen die derzeitige Schwäche der demokratischen Kräfte. Bezeichnenderweise finden sich Behörden (Jugendamt, Stadtrat ...) und Revisionisten auch hier wieder zusammen: Eine Bestimmung besagt, daß politische Agitation und Propaganda (Flugblattverteilung, Zeitungsverkauf ...) im JZ nicht erlaubt ist. Während die Faschisten sich darum einen Dreck kümmern und auch kaum behelligt werden, erweisen sich die DKPler als eifrige Verfechter dieser Bestimmung – gegen die Linken (vor allem KB)! Inzwischen hat auch schon der SPD-Fraktionschef im Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister von Nordhorn, Friedel Witte, die Forderung erhoben, man müsse die „Linksextremisten" aus dem JZ rausschmeißen – nicht etwa die Faschisten!

Aus dieser Situation wird ersichtlich, wie dringend notwendig (um nur eine Aufgabe zu nennen) ein entschlossener und politisch bewußter Kern antifaschistischer Jugendlicher ist, der über den Faschismus, über dessen Jugendfeindlichkeit, dessen demagogische Tricks und Brutalität usw. aufklärt, der das Verbot politischer Betätigung im JZ bekämpft und politisch den Boden dafür bereitet, daß die Faschisten nicht weitere Jugendliche einsacken, und daß sie aus dem JZ verjagt werden können. ●

Nordhorner KB-Sympathisanten mit Unterstützung der Oldenburger KB/Gruppe

Demonstration und Kundgebung gegen Thadden in Oldenburg

Am 30. Mai kam der Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen und frühere Bundesvorsitzende der NPD, Adolf v, Thadden, nach Oldenburg. Wir nahmen seinen Auftritt zum Anlaß, zu diskutieren, was gegen die Faschisten zu tun ist. Um ein möglichst breites solidarisches Vorgehen der Demokraten und Kommunisten zu erreichen, boten wir anderen Organisationen eine Aktionseinheit mit dem Ziel einer antifaschistischen Kundgebung an. An dieser Aktionseinheit beteiligten sich außer uns der KBW, seine Sympathisantenorganisationen, der Spartacusbund (Trotzkisten) und die „Werkstatt", eine demokratische Jugendgruppe. Die DKP zeigte auf unser Angebot zum gemeinsamen Vorgehen überhaupt keine Reaktion. Sie ging sogar soweit, Plakate, die zur Demonstration und Kundgebung aufriefen, zu überkleben und stapelweise antifaschistische Flugblätter des KB, die in der Uni ausgelegt waren, wegzuwerfen.

Am Abend vor dem Auftritt v. Thaddens wurde von den Gruppen der Aktionseinheit eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema, wie man gegen die Faschisten kämpfen muß, durchgeführt. Bei der Diskussion, ob man militant gegen die Faschisten vorgehen sollte, wurde der KBW gezwungen, die Hosen herunterzulassen. Er sprach sich prinzipiell gegen jegliche Militanz aus, weil man nicht an Stelle der Bevölkerung gegen die Faschisten kämpfen dürfe . . . aber wenn 5 000 Demonstranten vor der Weser-Ems-Halle (dem Veranstaltungsort) stehen würden, wäre die Halle abgeriegelt, ohne daß man die Fäuste gebrauchen müßte. Lediglich die trotzkistischen Organisationen und wir sprachen sich für eine Abriegelung der Veranstaltung aus, wenn es das Kräfteverhältnis erlauben würde.



An der Kundgebung und Demonstration am folgenden Tag nahmen ca. 200 Menschen teil. Es gelang nicht, etwas gegen die Veranstaltung der Faschisten zu tun. Die Demonstranten gingen nach der Abschlußkundgebung nach und nach auseinander, die Thadden-Veranstaltung verlief ohne Störung.

Die Hauptmängel der Aktion lagen darin, daß wir nicht in der Lage waren, die Entschlossenheit der Demokraten zu stärken und ein planmäßiges Vorgehen zu organisieren. Darüber hinaus ist es uns nicht im ausreichenden Maße gelungen, die Agitationsmöglichkeiten auf der Kundgebung und Demonstration unter der Bevölkerung und den Demonstranten zu nutzen. Dies ist u.a. auf organisatorische Fahrlässigkeit bei uns zurückzuführen.

Als positiv ist zu bewerten, daß aus diesem Anlaß in verstärktem Maß mit Genossen und Sympathisanten die Frage diskutiert werden konnte, welche Rolle die Faschisten spielen und wie man gegen sie kämpfen muß. Außerdem führten wir im Anschluß an die Demonstration eine Diskussion mit über 30 Genossen, Sympathisanten und anderen Interessierten durch, in der wir weiter auf diese Frage eingingen.

Auch das eindeutig opportunistische Vorgehen des KBW dürfte für viele neu und lehrreich gewesen sein. Während der verschiedenen Veranstaltungen wurden von uns ca. 130,- DM für die bei dem faschistischen Anschlag in Brescia (Italien) getöteten und verwundeten Antifaschisten und ihre Familien gesammelt. ●

Genossen der Oldenburger KB-Gruppe

Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit

Die Propaganda des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zum 1. Mai hat seitens der Kapitalisten, ihrer Handlanger aller Art und der Klassenjustiz ein beachtliches Echo gefunden!

- Bisher vier polizeiliche Vorladungen wegen des Verdachts der Sachbeschädigung - offensichtlich wegen „falsch" geklebter Plakate. Außerdem eine Strafanzeige in der gleichen Sache.
- Zwei polizeiliche Vorladungen wegen des „Verdachts gegen § 185 ff StGB" = Beleidigung und Verleumdung. Grund: unsere Mai'-Plattform „Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse".
- Eine Aufforderung der Stadt Ahrensburg, die an Post- und Fernmeldeeinrichtungen angebrachten Plakate „innerhalb einer Woche zu entfernen", da die für ein solches Bekleben notwendige „Sondergenehmigung" nicht vorlag.
- Eine gleichlautende Aufforderung der Bundespost in Hamburg, in der außerdem angedroht wird, die Plakate auf Kosten des KB beseitigen zu lassen.
- Eine „Verrechnung" der "Ev.luth. Kirchengemeinde Osdorfer Born", sowie des Herrenreiters und Versandhaus-Kapitalisten Neckermann, in denen dem KB eine „Rechnung" für die Entfernung der Plakate gemacht und zur sofortigen Bezahlung aufgefordert wird. (Die Gemeinde will 22,50 DM von uns und Neckermann will 50,– DM)

Versuche, mittels der Klassenjustiz die Propagandatätigkeit des KB zu behindern, sind nicht neu.

Schon 1971 wurde ein Flugblatt, für das das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum" (SALZ) – und der Kommunistische Arbeiterbund (KAB), Vorläufer des KB, – verantwortlich zeichneten, beschlagnahmt. Es bezeichnete die Erschiessung Petra Schelms durch die Polizei als politischen Mord. Gegen den Verantwortlichen und sieben Flugblattverteiler wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Staatsverleumdung" und „Verunglimpfung der Verfassung" eingeleitet. Auch das zweite Flugblatt, in dem gegen diese Willkür argumentiert wurde, wurde z.T. durch Polizei einkassiert, und zwar ohne „Beschlagnahmungsbefehl". Für dieses „Versehen" ihrer Beamten entschuldigte (!) sich das K4 (Politische Polizei) anschließend, nachdem die Verteilung erfolgreich behindert war!

Ebenfalls 1971 ließ sich die ‚Reichold-Albert-Chemie' (Hamburger Chemiebetrieb) ihr Firmenzeichen gegen „Mißbrauch" im Kopf des „CHEMIE-ARBEITERS" (Zeitung des KB) juristisch schützen.

Die „Bauer KG" ließ dem „DRUCKARBEITER" die Behauptung verbieten, sie stecke in der Krise.

F.J. Strauß machte einen seiner letzten Versuche, sich juristisch vom Faschismus reinzuwaschen. Er versuchte, der damals bei Blohm & Voss verteilten „ARBEITERZEITUNG" des SALZ ein Verfahren wegen Verleumdung anzuhängen, weil er auf deren Titelblatt mit den Emblemen der SS und anderen faschistischen Zeichen dekoriert, abgebildet worden war.

Auch die Mai-Propaganda der Jahre 72/73 fand sehr rege Anteilnahme bei der Polizei. Eine erhebliche Anzahl von Plakatklebern wurde individuell mit polizeilichen Vorladungen bombardiert - wohl in der Hoffnung, den Informationsstand der politischen Polizei über den KB zu heben.

Der diesjährige Einsatz der Kapitalisten mit dem Reaktionär Neckermann an der Spitze und der ganzen Handlanger-Blase im Gefolge – Kirchenbürokratie, Ordnungsamt, Bundespost, Polizei und Justiz – hat jedoch eine neue Qualität:

Offensichtlich beabsichtigt die Bourgeoisie, die Propaganda des KB nicht mehr nur mit Ordnungsverfahren – wie auf den letzten Mai-Kundgebungen – zu behindern, sondern zu schärferem Kaliber überzugehen, wie Verleumdungs- und Beleidigungsklagen. Das steht in einer Reihe mit solchen Vorgängen wie z.B. kürzlich in Lübeck: Dort wurde der Verantwortliche der örtlichen KB-Gruppe auf Grund eines antifaschistischen Flugblatts wegen „Landfriedensbruch" und „öffentlichem Aufruf zur Gewalt", obendrein unter Mißachtung seines Aussageverweigerungsrechts, zur ‚Erkennungsdienstlichen Behandlung" geschleppt und ihm ein gerichtliches Verfahren angehängt. Ähnliche Vorfälle werden in letzter Zeit auch aus anderen Städten bekannt.

Darüberhinaus hat die faschistische Hetze der Bourgeoisie in den letzten Jahren inzwischen das gesellschaftliche Klima geschaffen, in dem offen die Mentalität der Selbstjustiz wuchert. Das führt konsequent zur Entwicklung offener faschistischer Lynchjustiz, wie sie von sog. „Bürgerwehren" propagiert und bereits verschiedentlich, besonders unter dem Schutz des Rechtsaußen Strauß in Bayern, mit tödlichem Ausgang praktiziert wurde!

Alle diese Schritte zielen auf die Verhinderung der politischen Diskussion in der Arbeiterklasse, zielen darauf, die Entwicklung eigenständiger Klassenziele der Arbeiterschaft im Keim zu ersticken. Besonders die Entwicklung einer Mentalität der Selbstjustiz macht deutlich, worauf es ankommt. Zwar werden wir auch juristische Schritte gegen den Einsatz der Klassenjustiz einleiten. Im Wesentlichen aber kommt es darauf an, die Entwicklung einer zunehmenden polizeilichen und juristischen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Entwicklung einer faschistischen Selbstjustiz-Mentalität zu entlarven und ihr gegebenenfalss eindeutig entgegenzutreten. ●

KB-Genossen im Initiativkomitee Arbeiterhilfe (Hamburg)

polizeilichen und juristischen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Entwicklung einer faschistischen Selbstjustiz-Mentalität zu entlarven und ihr gegebenenfalss eindeutig entgegenzutreten. ●

KB-Genossen im Initiativkomitee Arbeiterhilfe (Hamburg)

Faschistischer Anschlag auf politische Buchhandlung in Hamburg

Im Zusammenhang mit einem Ende Mai verübten faschistischen Anschlag auf die politische Buchhandlung „arbeiterbuch" in Hamburg gaben die Genossen folgende Erklärung an verschiedene Zeitungen und Presseagenturen heraus:

Presseerklärung des Arbeiterbuchs Hamburg

Am Samstag, den 25. Mai wurde abends gegen 19 Uhr ein Schaufenster des Arbeiterbuchs durch einen Steinwurf zerstört.

Es ist dies nicht das erste Mal, daß auf linke politische Buchhandlungen rechtsradikale Anschläge durchgeführt werden. Sie haben sich im Gegenteil in der letzten Zeit gehäuft. So wurde z.B. im April dieses Jahres auf den Göttinger Buchladen Polibula ein Brandanschlag ausgeübt. In die Erinnerung zurückgerufen werden muß in diesem Zusammenhang noch einmal die Hetzkampagne von ZDF-Löwenthal gegen die politischen Buchläden insgesamt, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde. In anderen Ländern ist die Aktivität faschistischer Organisationen in diesem Zusammenhang schon viel weiter gediehen. Bereits zweimal wurde in Paris ein Buchladen mit palästinensischer Literatur in die Luft gesprengt. Auch gegen den Hamburger Buchladen „Manifest" sind nach den Olympischen Spielen in München rechtsradikale Kreise aktiv geworden, konnten aber verjagt werden.

Die von der Bourgeoisie betriebene Hetze gegen kommunistische und andere fortschrittliche Organisationen, die sich in ihrer Stoßrichtung gegen die gesamte Arbeiterklasse richtet, ist die Grundlage, aus der heraus solche politischen Anschläge durchgeführt werden. Dabei ist es prinzipiell gleichgültig, ob diese Anschläge nun gegen linke Läden, kommunistische Parteibüros, Gewerkschaftshäuser oder ähnliches durchgeführt werden. Daß die Faschisten sich dabei auch nicht vor einem Blutbad scheuen, zeigt der neueste Fall in Brescia in Italien. In eine antifaschistische Demonstration wurde eine Zeitbombe gelegt, die nach den bisherigen Berichten mindestens neun Menschen tötete. Die Saat geht auf und die Bourgeoisie tut ihr möglichstes, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Es ist daher auch völlig verkehrt, davon auszugehen, der Staat würde sich nun um eine entsprechende Verfolgung der Täter bemühen, oder gar etwas zum Schutz gegen weitere ähnliche Verbrechen unternehmen. So hat es die Polizei in diesem konkreten Fall beim Arbeiterbuch auch nicht für nötig gehalten, sich den Anschlag im Arbeiterbuch auch nur anzusehen. Für sie ist es eine bloße Sachbeschädigung, die protokollarisch aufgenommen wird. Darüberhinausgehende Aktivitäten hat sie nicht für erforderlich gehalten und sich auch nicht zu erwarten.

Den Kampf gegen solche Anschläge führt das Arbeiterbuch in der Weise, daß es versucht, seinen Teil zur politischen Klarheit über den Hintergrund solcher faschistischer Anschläge beizutragen. Sie ist eine der Voraussetzungen, um auf die Dauer einen erfolgreichen Kampf gegen die zunehmende Faschisierung führen zu können.

Hamburg, den 29.5.1974

Bleibt noch zu erwähnen, daß die bürgerliche Presse es nicht für erforderlich gehalten hat, einer solchen „Lapalie" große Aufmerksamkeit zu widmen. Etwas anderes ist es allerdings, wenn sie vom „roten Terror" berichten kann. Tragen jedoch der Antikommunismus und die faschistische Hetze, die die Bourgeoisie-Presse tagtäglich produzieren, ihre Früchte, wie in diesem Fall beim Anschlag auf das „arbeiterbuch", dann übersieht die bürgerliche Presse das geflissentlich. ●

Hamburg
Lustiger Abend mit der DKP

Am 7. Juni gingen wir nach der antifaschistischen Veranstaltung des KB in eine Arbeiterkneipe im Luruper Weg in Hamburg-Eimsbüttel. Dort hockte schon ein Haufen von ausschließlich gegen die DKP richten, während es in der SPD gestattet sei, Positionen der „KPD/ML", der „KPD" u.a. zu vertreten.
Er behauptete dann, was besonde-

Hamburg
Lustiger Abend mit der DKP

Am 7. Juni gingen wir nach der antifaschistischen Veranstaltung des KB in eine Arbeiterkneipe im Luruper Weg in Hamburg-Eimsbüttel. Dort hockte schon ein Haufen von DKPlern und SDAJlern herum, die anscheinend irgendetwas feierten.

Im Laufe des Abends (bzw. Morgens) setzten sich zwei von den DKP-Vögeln an unseren Tisch. Der eine der beiden war Genossen von uns bekannt, weil er vor einigen Monaten auf einer DKP-Veranstaltung zu Chile sich bei der Schlägerei gegen unsere Genossen hervorgetan hatte, die dort diskutieren wollten. Der zweite war ein Student. Er führte in erster Linie die Diskussion, während der andere Typ offenbar überhaupt nicht durchblickte.

Die beiden DKPler hielten uns zuerst einmal für Mitglieder des KBW, worauf wir spaßeshalber eingingen. Wir propagierten also z.B. die „Wahl der Lehrer durch das Volk". Ich sagte, daß auch die Polizisten durch das Volk gewählt werden müßten, dann könnten z.B. solche Schweinereien wie in Frankfurt bei den Fahrpreis-Demonstrationen nicht passieren.

Der Student hielt uns dann einige peinliche Dummheiten vor, die „wir" (d.h. also der KBW, für dessen Mitglieder er uns ja noch hielt) u.a. an der Uni, in der Kampagne zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes usw. gemacht hätten. Wir bekamen schnell eine Vorstellung davon, wie schwer es ist, die rechtsopportunistischen Mätzchen und prinzipienlosen Schwenks des KBW selbst gegenüber DKPlern zu verteidigen. Wir gaben uns dann auch als Mitglieder des Kommunistischen Bundes zu erkennen.

Im Verlauf der Diskussion sprachen wir vor allem über die ‚These 41' der DKP, die jede Zusammenarbeit mit „Linkssektierern" verbietet und verglichen diese mit den Münchner Beschlüssen der SPD (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten). Der DKP-Student behauptete daraufhin ganz ernsthaft, die Münchner Beschlüsse würden sich ausschließlich gegen die DKP richten, während es in der SPD gestattet sei, Positionen der „KPD/ML", der „KPD" u.a. zu vertreten.

Er behauptete dann, was besondere Heiterkeit hervorrief, die DKP wolle nicht mit der SPD zusammenarbeiten, sondern „nur mit einzelnen Sozialdemokraten". Auch die Verlesung einer Passage aus den DKP-‚Thesen' durch uns (ich glaube, es war These 30), wo die DKP förmlich die SPD-Führung um Zusammenarbeit anbettelt (der DKPler hatte sich inzwischen bei seinen Freunden am Nebentisch die ‚Thesen' geholt, offenbar zwecks ideologischer Aufrüstung), konnte ihn von seiner skurilen Auffassung nicht abbringen.

Wir kamen dann von ‚These 41' und Münchner Antikommunismus-Beschlüssen auf das ja naheliegende Thema der Gewerkschaftsausschlüsse. Der DKP-Student meinte, er sei dafür, daß Gewerkschaftsfeinde ausgeschlossen würden. Ich fragte ihn, warum die DKP sich denn dann nicht dafür einsetzt, daß endlich solche führenden Gewerkschaftsfeinde wie Leber, Vetter, Helmut Schmidt u.a. aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Der DKPler entwickelte daraufhin eine sehr feine politische Differenzierung: Vetter sei gar kein Gewerkschaftsfeind, Helmut Schmidt sei aber einer, und bei Willy Brandt war der Kommilitone sich nicht ganz klar, ob der nun ein Gewerkschaftsfeind sei. Eine Antwort auf meine Frage gab er jedoch nicht.

Das wichtigste Ergebnis war schließlich folgendes: **der DKP-Student erklärte sich bereit, zusammen mit einem Studenten-Genossen von uns eine öffentliche Diskussion zu führen,** die das Thema haben soll „Gewerkschaftliche Orientierung der Studenten" (eine Lieblingsparole der DKP). Wir nagelten ihn gleich darauf fest und legten fest, daß diese Diskussion **am 28. Juni um 13.00 Uhr im „Audimax" der Universität** stattfinden soll. ●

Ein Genosse von der „Deutschen Bundespost"

KÖLN

Türkische Antifaschisten verhaftet

Im Köln wurden am 5. Mai fünf türkische Antifaschisten festgenommen. Vier davon wurden in „Untersuchungshaft" genommen.

Unter den in Köln verhafteten Genossen befindet sich auch Ömer Özeturgut, der Herausgeber der Zeitschrift „Proleter Devrimci Aydinlik" und der Zeitung „Isci-Köylü" (Arbeiter-Bauern) sowie von Publikationen des Verlages Aydinlik, der eine Reihe marxistisch-leninistischer Bücher herausgebracht hat. Er wurde seit über drei Jahren in der Türkei wegen seiner politischen Tätigkeit gesucht. Nun wurde er von der westdeutschen Polizei verhaftet. Seine Festnahme wurde von der Polizei zehn Tage lang verschwiegen.

In den Haft-„Begründungen" gegen die türkischen Patrioten ist u.a. von „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung", „Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen" und „Anschlägen auf Luftfahrzeuge" die Rede.

Mit solchen Lügengeschichten, die wahrscheinlich direkt von den türkischen Faschisten geliefert wurden, soll die Tatsache verdeckt werden, daß die türkischen Antifaschisten wegen ihrer politischen Überzeugung und Tätigkeit gegen den Faschismus, für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus verfolgt werden.

Diese Verhaftungen schließen sich an frühere an, über die wir in AK 43 berichtet hatten, und gehören zum Versuch, die Organisierung der türkischen Arbeiter in der BRD zu zerschlagen. ●

Etwas seltsame Vorstellungen von Aktionseinheit
Ein Leserbrief aus Westberlin

Wir waren über Pfingsten in Hamburg und besuchten während unseres Aufenthalts auch den Buchladen der den örtlichen Bedingungen liegt, wenn sie sich dabei in Hamburg anderer Formen bedient als in Westberlin.

Etwas seltsame Vorstellungen von Aktionseinheit

Ein Leserbrief aus Westberlin

Wir waren über Pfingsten in Hamburg und besuchten während unseres Aufenthalts auch den Buchladen der „KPD".

Wir haben den Verkäufer gefragt, wie die „KPD" in Hamburg zur Aktionseinheit mit dem KB stehe. Darauf antwortete er uns sinngemäß: Der KB sei in Hamburg die stärkste Organisation. Außerdem könnte der RBJ (eine demokratische Jugendorganisation – Anm.d. AK-Red.), der vom KB ‚unterwandert' sei, hier viele Menschen auf die Straßen bringen, da er an allen Schulen ist. Die „KPD" wolle über die Politik der Aktionseinheit Einfluß in KB und RBJ gewinnen. Das sei ihr auch schon teilweise gelungen. Er führte dann ein Beispiel an, wo ein KB-Genosse gesagt habe, daß die „KPD" die Partei der Arbeiterklasse sei.

Dann kam er auf die von ihnen geplanten Veranstaltungen zum Programm zu sprechen. Hierzu seien der KB und der KBW eingeladen worden. Der KB habe eine Teilnahme aber abgelehnt. Das zeige doch ganz klar, daß der KB zu programmatischen Fragen nichts zu sagen habe.

Zum Internationalismus (am Beispiel der Aktionseinheit zum Türkenmord) sage die Leitung des KB, daß sie Schwierigkeiten habe, der Bevölkerung den proletarischen Internationalismus klarzumachen; sie habe damit schlechte Erfahrungen gemacht. Aus diesem Grund habe sich der KB zuerst nicht an der Aktionseinheit beteiligt. Auf Grund des Drucks von der Basis habe die KB-Leitung aber sich doch noch anhängen müssen.

Insgesamt kam bei dem Gespräch raus, daß die „KPD" die Aktionseinheiten mit dem KB nicht deswegen macht, um die Auseinandersetzung zum Nutzen der Arbeiterklasse zu führen, sondern um Einfluß zu gewinnen (für ihren Parteiladen) und den KB zu „knacken". Dieses Herangehen an die Auseinandersetzung sind wir von der „KPD" in Westberlin gewohnt. Wir glauben, daß es nur an den örtlichen Bedingungen liegt, wenn sie sich dabei in Hamburg anderer Formen bedient als in Westberlin.

Rotfront!

2 AK-Leser aus Westberlin

Anmerkung der Redaktion

Der „KPD" fällt es offenbar nicht leicht, sich an solidarische Formen der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zu gewöhnen, was auch schon nach dem Artikel ‚Zur Hamburger Aktionseinheit' in der ‚Roten Fahne' Nr. 19 festzustellen war.

Wir wollen nicht auf jeden Unsinn eingehen, den die „KPD"-Führer anscheinend ihren Genossen über den KB erzählen, und den sie z.T. selbst zu glauben scheinen („Druck der Basis" etc.), was sie zu gefährlichen Fehleinschätzungen verführt.

Wir wollen nur etwas sagen zur Frage der Diskussionsveranstaltung über ihren Programm-Entwurf, den uns die „KPD" in Hamburg angeboten hat. Wir haben dazu den Genossen folgendes gesagt: Vor einer solchen Diskussionsveranstaltung sollte zunächst einmal in der Presse beider Organisationen eine gewisse Grundlage für eine Auseinandersetzung um die tatsächlichen Differenzen geschaffen werden, damit die Diskussionsveranstaltung nicht zum Schauturnen wird, wo die ‚Partner' demagogisch aneinander vorbeireden, mit Unterstellungen arbeiten, auf Popanze eindreschen, sondern wo dann wirklich nutzbringend auch die Form einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zum Vorantreiben der Auseinandersetzung eingesetzt werden kann.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf einen Artikel im demnächst erscheinenden UNSER WEG, der sich mit der „KPD" u.a. auch ihrem Programmentwurf, befaßt. ●

Die Mörder des MEK haben wieder zugeschlagen!



Polizeiopfer Günter Jendrian

Nach der öffentlichen Hinrichtung des Bankräubers Gonzales durch das Hamburger MEK (Mobiles Einsatzkommando), lieferte jetzt das bayerische MEK einen neuen Mord. Am 21. Mai, nachts um 3 Uhr, wurde in München der 24jährige Taxifahrer Günter Jendrian von der Polizei ermordet. Der Polizeibericht meldet: *„Als die Tür nach zunächst erfolglosen, mehrfachen Aufforderungen der Polizei schließlich doch geöffnet wurde und die Beamten versuchten, in die Wohnung zu gelangen, kam es zum Schußwechsel mit dem bewaffneten Günther J., der hierbei getötet wurde"*. (Unterstr. von uns).

Diese Darstellung stellte sich sehr bald als kaltblütige Lüge heraus. Der wirkliche Vorgang spielte sich folgendermaßen ab:

Im Zusammenhang mit der Fahndung nach Roland Otto, der wegen Beteiligung an einem Banküberfall zu knapp 4 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt worden war und seit Januar von einem „Urlaub auf Ehrenwort" nicht zurückgemeldet hatte, hatte die Polizei einen Hinweis erhalten, nach dem Günther Jendrian möglicherweise Kenntnis vom jetzigen Aufenthalt Roland Ottos haben könnte. Günther J. sollt dazu vernommen nur noch von wenigen Mietern bewohnte, abbruchreife Haus. Mit vorgehaltenen Maschinenpistolen stürmten dann die MEK-Mörder die Wohnung von Günther J.. Gekleidet waren diese Typen („Ranger", „G-Men" werden. Zur „Zeugenvernehmung" umstellten ca. 60 (!) schwerbewaffnete Kripo- und MEK-Beamte das – wie Springers „Welt" diese „heldenhaften" Mörder gerne nennt) in Jeans, Masken, Schaftstiefeln, Rollkragenpullover und Stahlhelmen. Nachdem ein Mitbewohner, Wolfgang Ghiman, die Wohnungstür einen Spalt öffnete, feuerte ein Bulle aus seiner MP. Die Kugeln schlugen 5-10 cm über den Kopf von Ghiman in der Wand ein. Jendrian öffnete in diesem Augenblick seine Zimmertür, während Ghiman in sein Zimmer flüchtete. In der linken Hand hielt Jendrian ein Kleinkalibergewehr, das er seit einem Einbruch in seine Wohnung, einige Wochen vorher, immer bereit hielt. Jendrian wurde sofort aus einer MP beschossen, der erste Schuß traf ihn in den Arm, der zweite direkt ins Herz. Günther Jendrian war sofort tot.

Sofort nach dem Mord machten sich Polizei und Staatsanwaltschaft daran, den wirklichen Vorgang zu vertuschen. Aus der Wand wurden zwei Kugeln herausgemeißelt, die noch von einem früheren Zielschießen Jendrians stammten, darüberhinaus wurden weitere Löcher blind in die Wand geschlagen. Anschließend versicherte der Mordschütze, Jendrian habe zwei Schüsse auf ihn abgegeben, ungeachtet der Tatsache, daß Jendrian nicht geschossen haben konnte, weil aus seinem Magazin keine Patrone fehlte.

Nachdem man, nach den waffentechnischen Untersuchungen, diese Lüge nicht mehr aufrechterhalten konnte, beanspruchte die Polizei trotzdem noch Notwehr für sich, weil Jendrian ihnen angeblich mit einem Gewehr im Hüftanschlag entgegengetreten sei. Die neueste Version zieht aus der Tatsache, daß das Gewehr Jendrians an der Kimme und am Gewehrkolben zerschossen wurde, den Schluß, daß Jendrian sein Gewehr auf die Polizisten angelegt habe (!). Eine Kugel des Bullen sei vom Korn des Gewehrs abgeprallt und habe Jendrian in der Brust getroffen. Den Bullen ist offensichtlich keine Möglichkeit zu phantastisch, um ihre Hände vom Blut reinzuwaschen. Aus der Tatsache allerdings, daß Jendrian auf dem Rücken liegend, das Gewehr unter ihm, gefunden wurde, folgt eindeutig: Jendrian wurde, nachdem ihm das Gewehr aus der Hand geschossen wurde, brutal abgeknallt!

So schilderten Zeugen den Polizeieinsatz: Beamte des Mobilen Einsatzkommandos stürmen die Wohnung im 2. Stock des Hauses Adalbertstraße 10 und schießen sofort. Als Jendrian seine Zimmertür öffnet, wird er von zwei Schüssen tödlich getroffen

Wohnung
Erschossener
1. Schuß durch die Tür
2. Schuß
3. Schuß
Einschüsse
Flur
4. Schuß
Einschüsse

Angesichts dieser Tatsachen versuchen daher auch Polizeiführung und Staatsanwaltschaft auf andere Art Verständnis für ein derartig brutales Vorgehen zu erheischen. So versucht der Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München I, Herbert Fendt, das Verhalten des Mörders „psychologisch" zu erklären. Man müsse Verständnis für die Situation aufbringen, in der sich die Beamten befanden. **„Sie mußten auf Grund vorhergehender Waffenfunde im Zusammenhang mit der Fahndung nach Roland Otto auf Kreise extremistischer Art (!) gefaßt sein".** Und dann die *„Behausung"* von Jendrian. *„Man muß diese alte Burg mal gesehen haben."* (H.Fendt n. „Spiegel" 22/74). In typisch faschistischer Manier rechtfertigt Fendt damit den bewaffneten Einsatz gegen *„Extremisten"* (gemeint sind damit immer Linke). Dieser Faschist gestand bedenkenlos den bis an die Zähne bewaffneten Bullen das Recht auf Notwehr zu. Die Möglichkeit, daß Jendrian aus Notwehr gegen die wild um sich schießenden Eindringlinge in Jeans die Waffe in die Hand genommen haben könnte, bezeichnet Fendt zynisch als *„Spezialfrage des Waffenrechts"*.

Solche Aussagen dienen nur dazu, um langwierige Ermittlungen einzuleiten, in deren Verlauf möglichst viele Spuren verwischt werden sollen und die Aussagen des Mörders auf glaubwürdig getrimmt werden sollen. Nicht anders ist man im Falle der Verletzung der Geisel beim Hamburger Bankraub verfahren. Nachdem man das Geschoß, mit dem die Geisel verletzt wurde, *„nicht mehr identifizieren konnte"*, bestand für die Polizei kein Zweifel mehr, daß Gonzales auf die Geisel geschossen hatte. So einfach ist das – denn Tote können nicht mehr reden!

In dem von der Bourgeoisie systematisch geschaffenen Klima der Hetze gegen „Terroristen", „Chaoten", „Anarchisten" etc. genügte bei Jendrian nur der Verdacht, er habe „Kontakte zu Anarchisten" (was nachweislich nicht stimmte), um ihm ein Tötungskommando auf den Hals zu hetzen.

Wie in Italien, so beabsichtigt auch die westdeutsche Bourgeoisie, sich für ein brutaleres Vorgehen gegen zu erwartende Klassenauseinandersetzungen breitere Zustimmung aus der Bevölkerung zu schaffen, große Teile des Volkes für den Aufbau und den Einsatz eines starken Polizeiapparates zu gewinnen und unter den Arbeitern Verständnis für Maßnahmen zu erringen (z.B. Ermordung von Kommunisten), die „immer notwendiger werden, um Angriffe auf unsere Demokratie abzuwehren" (Genscher).

Nichts anderes beabsichtigt auch Münchens Polizeipräsident Schreiber mit der Drohung, seine Mordkommandos „im praktischen Polizeieinsatz trainieren zu lassen", auch wenn es zu harten Einsätzen kommt, „die kaum ohne Blutvergießen ablaufen werden" („Spiegel" 22/74).

Der beschleunigten Faschisierung ist wieder ein Mensch geopfert worden. Angesichts dieser Angriffe sind alle fortschrittlichen Menschen aufgerufen, einem drohenden Faschismus gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten.

Leitung der Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg

Frankfurt: MEK IM EINSATZ

In der Nacht zum 16.5. brachen ca. 200 Polizisten in das seit zwei Jahren besetzte Haus in der Bockenheimer Landstraße 93 ein. Die Türen wurden eingetreten und mit entsicherten Maschinenpistolen die Räume gestürmt. Es folgte eine Hausdurchsuchung und Leibesvisitation, bei der sich die betroffenen Personen nackt an die Wand stellen mußten, wobei ihnen die entsicherten Maschinenpistolen in den Rücken gebohrt wurden. Neun Personen wurden festgenommen, wovon drei dem Haftrichter wegen „Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" vorgeführt werden sollten (wie der Haftrichter entschieden hat, ist uns leider nicht bekannt). Die Polizei begründete diesen „Verdacht" mit Kfz-Kennzeichen, Blanko-Zulassungsformularen und Stempelfolien für Kfz-Scheine, die angeblich in den durchsuchten Wohnungen gefunden wurden.

Dieses Vorgehen der Polizei, das an Aufwand, Vorbereitung und exakter Durchführung in keinem Verhältnis zur Sache selbst stand, läßt darauf schließen, daß es sich hier um eine generalstabsmäßige Übung handelte, bei der sich dann auch die Zusammenarbeit von Schutzpolizei, Sonderkommando (Soko) und der berüchtigten Killer-Truppe des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) nahtlos ineinander fügte. So wurde auch die Übung durch einen Fernsehwagen der Schutzpolizei die ganze Zeit mitgefilmt. Bereits Tage zuvor war das Haus von Spitzeln umgeben und drei Bullen versuchten sich als „Tramper" einzuschleichen – allerdings ohne Erfolg. Selbst die Telefone wurden noch vor dem Überfall gesperrt.

Neben dem Manöver der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie zielt diese Terroraktion offensichtlich darauf, die Bevölkerung an solche Maßnahmen zu gewöhnen – sie auf die zukünftige schärfere Verfolgung der linken Bewegung vorzubereiten.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß das Haus Bockenheimer Landstraße 93, welches dem Großspekulanten Selmi gehört, in näherer Zukunft geräumt wird. Denn Einschüchterung und Kriminalisierung der Bewohner von besetzten Häusern zählt schon seit längerem zu den „vorbereitenden Maßnahmen" der Polizei, wenn eine Räumung angestrebt wird. Erinnert sei hier nur an die Vorgänge um die Räumung der Häuser Schuhmannstr./Bockenheimer Landstr. im Februar dieses Jahres (siehe AK Nr. 42). ●

Schülergruppe KB/Gruppe Frankfurt

HUSUM: 'Wehrübung gegen Linksradikale'

Am Morgen des 3.4.74 demonstrierten 40 Bundeswehrsoldaten in Zivil vor der Kaserne des „Leichten Kampfgeschwaders 41" (Le KG 41) und versperrten durch ein „sit in" das Haupttor für den Verkehr. Durch diese „Demonstration", die von dem Kommodore des LeKG 41, Oberst Hein, geplant worden war und die unter den Parolen wie *„Mörder"* und *„Wir brauchen keine Soldaten, wir brauchen Demokraten"* ablief, sollte zweierlei erreicht werden: 1. Aufhetzung der Bundeswehrsoldaten gegen sog. Linksradikale, 2. praktischer Einsatz der Bundeswehr (!) gegen Demonstrationen.

Aber diese Aktion lief nicht wie geplant ab. Ein Passant, der die „Demonstration" sah, benachrichtigte die Polizei und Presse, die vom Oberst Hein über diese „Wehrübung gegen Linksradikale" nicht informiert worden war. Wenige Minuten später rückte die Polizei mit einem mehrköpfigen Aufgebot an und nahm den Wachsoldaten die eigentlich ihnen zugedachte Aufgabe ab, und walteten sogleich – auch handfest – ihres Amtes. Wer nicht freiwillig ihrer Aufforderung, die Bahn freizumachen, Folge leistete und dazu noch lautstark protestierte (!), wurde kurzerhand gepackt (!) und durch die Pforte auf das Kasernengelände (!) gestoßen. Einer wurde zur „grünen Minna getragen". („Husumer Nachrichten" vom 4.4.74)

Solche „ärgerlichen Zwischenfälle" werden sich in Zukunft sicher durch vorherige „Absprache" mit vorgesetzten Polizei-Dienststellen vermeiden lassen.

Letztlich ist es nur dem Zufall zu verdanken, daß diese „Wehrübung" gegen Demonstranten öffentlich bekannt geworden ist. Es ist durchaus zu vermuten, daß mehrere solcher „Übungen" durchgeführt worden sind, um Bundeswehrsoldaten gegen alles, was links steht, aufzuhetzen und um den praktischen Einsatz gegen Linke zu üben – allerdings „ungestört", ohne daß die Bevölkerung von solchen Provokationen etwas erfährt. ●

Husumer Sympathisanten des KB

Hamburger Morgenpost (SPD):

Mit „Menschlichkeit" die Menschenfeindlichkeit des Systems zugedeckt

Die „Morgenpost" vom 9. und 10. Mai machte mit Schlagzeilen wie: *„Klein-kind hungerte fünf Tage, Mutter tot – Vater in Haft"* und *„Todesdrama von Rahlstedt"* – wieder einmal „in Menschlichkeit". In dramatischer Art und Weise wird von *„schmächtigen Ärmchen, die sich hilfesuchend dem Mann in der schwarzen Lederjacke entgegenstrecken"*, von *„runden, braunen Kinderaugen"* usw. berichtet und ausführlich und ekelhaft sentimental die „Story" aufgemacht.

Eine junge Frau, schwer herzkrank, lebt am Rand des Existenzminimums; ihr Mann sitzt im Gefängnis wegen Fahnenflucht, wie kurz vermerkt wird. Sie haben einen Berg von Schulden, die Rechnungen können nicht gezahlt werden, die Frau hat offensichtlich Angst vor den Sozialbehörden und allen amtlichen Stellen. Sie ist zu schwach, um ihr Kind noch versorgen zu können und stirbt, der Junge ist noch zu klein, um sich helfen zu können und verhungert langsam.

„Schuld" ist – nach Darstellung der „Morgenpost" die Mutter selber. *„Sie war schwerkrank und ohne Geld. Trotzdem sagte die Mutter: 'Ich brauche keine Hilfe'"*. Na, also. Soll sie sich doch an das Sozialamt wenden.

Nun weiß zunächst einmal jeder, der überhaupt nur mit diesen Behörden zu tun hatte, daß es wirklich Überwindung kostet, diesen „Bittgang" zu tun, denn die meisten Menschen in einer solchen Situation kennen ihre Rechte gegenüber diesen Behörden überhaupt nicht, und den Werbesprüchen, daß Sozialempfänger keine Almosenempfänger sind, schlägt die dort geübte Praxis ins Gesicht.

Zum zweiten könnte man auf den Gedanken kommen, zu fragen, warum wohl der junge Mann „Fahnenflucht" begangen hat. Offensichtlich wußte er, daß seine Frau allein mit den Belastungen nicht fertig werden würde.

Auch dies ist gängige Praxis: Junge Wehrpflichtige werden einberufen, egal unter welchen persönlichen und finanziellen Belastungen sie stehen.

All dies ist der „Morgenpost" nur ein paar lapidare Sätze wert; stattdessen eine widerwärtige Rührstory von einem kleinen Kind und einer starrsinnigen Mutter, die sich nicht helfen lassen will.

Für alle Leser, die beunruhigt sein könnten, hat die „Morgenpost" denn auch noch einen „Trost" parat: *„Die Geschichte der Biggi M. kann sich morgen wiederholen"*. ●

Eine Sympathisantin der Bezirkszelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

Notstandsübung im Hamburger Hafen

Leserbrief

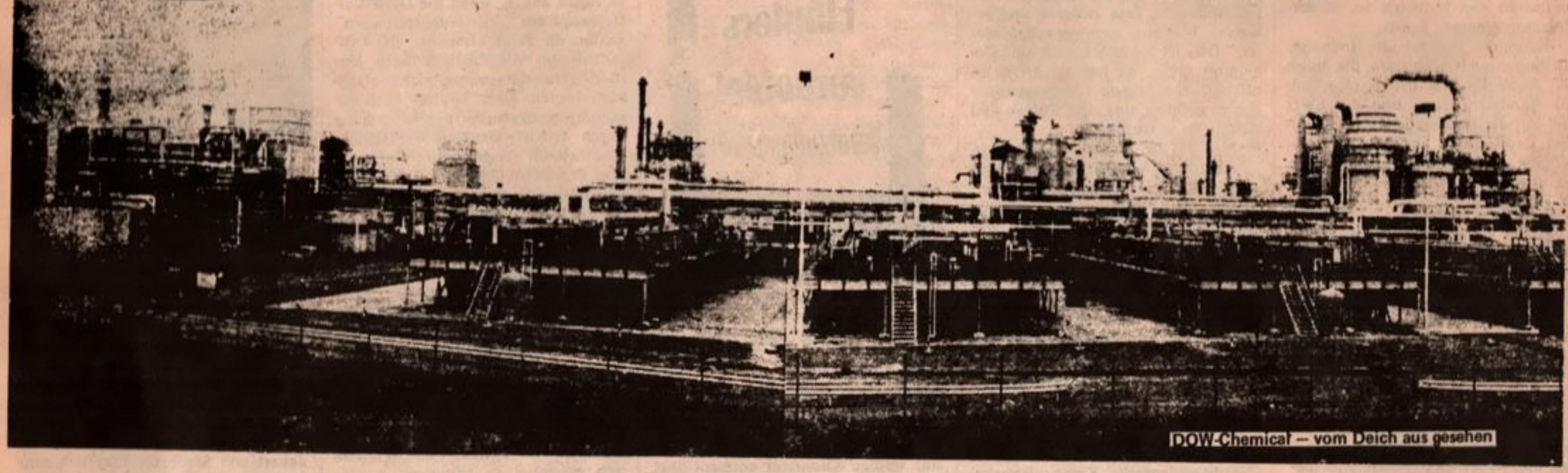
Am 28.5.74 wurde im Hamburger Hafen auf dem Afrika-Terminal, Schuppen 28 - 33 der Einsatz von 60 Bundeswehrsoldaten geprobt. Die Soldaten wurden aus Lüneburg mit einem Bus rangeschafft. Um 7.00 Uhr früh begann der Einsatz. In Kampfanzügen wurden die Soldaten für verschiedene Kaiarbeiten eingeteilt, durch den Einsatz der Soldaten mußten Hafenarbeiter von HBV (eine Vermittlungsstelle für Hafenarbeiter), die sonst immer zum Terminal vermittelt werden, längere Arbeitswege auf sich nehmen. Auf dem Terminal dachten viele Kollegen, die Soldaten wollten sich ein paar Mark dazu verdienen, was aber nicht der Fall war. Es stellte sich nach einer Zeit heraus, daß die Soldaten sich „freiwillig" für den Einsatz gemeldet hatten, um den Schichtlohn von 61,88 DM dem Soldatenhilfswerk zu spenden.

Für den Einsatz im Hafen soll es Vergünstigungen in Form von Sonderurlaub geben. Über den Einsatz der Bundeswehr diskutierten die Kollegen in der Mittagspause. Ein Kollege vertrat die Ansicht, daß der Einsatz als Übung einzuschätzen sei, wir Hafenarbeiter sollen uns langsam an Einsätze der Bundeswehr gewöhnen. Ein anderer Kollege erzählte von Einsätzen der Bundeswehr am Burchardkai-Bananenschuppen usw. Die Einsätze werden so getarnt, als ob sie einem humanitären Zweck dienen, auf längere Sicht hin könnte die Bundeswehr auch „gut" eingesetzt werden, wenn Hafenarbeiter streiken. Es muß die Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen sein, diese Machenschaften bekannt werden zu lassen, um geschlossen dagegen anzugehen. ●

Ein Genosse

INDUSTRIEANSIEDLUNG AN DER UNTERELBE:

GOLDGRUBE FÜR DIE KAPITALISTEN — SCHMUTZ UND GEFÄHRDUNG FÜR DIE BEVÖLKERUNG! 1. Teil



DOW-Chemical – vom Deich aus gesehen

Um ihre Großmachtpläne innerhalb der Welt durchzusetzen, streben die europäischen Imperialisten auf ökonomischem Gebiet nach einer starken industriellen Expansion, die es ihnen ermöglichen soll, gegen andere imperialistische Großmächte, insbesondere die USA, auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren zu können.
Das bedeutet:

- **verstärkte Rationalisierung, verstärkter Ausbau der sogenannten „Wachstumsindustrie"**
- **Erschließung neuer industrieller Reserven**
- **Konzentration des Kapitals, Schaffung von multinationalen Konzernen auf EWG-Ebene.**

All das wird natürlich auf dem Rücken der Bevölkerung und bei verstärkter Ausbeutung und politischer Unterdrückung der Arbeiter durchgeführt.
Der BRD-Imperialismus, der innerhalb der EWG seine alten Vorherrschaftsbestrebungen verwirklichen will, versucht auf dem gleichen Wege seine ökonomische Spitzenstellung in der EWG aufrechtzuerhalten und auszubauen.
Ein verstärkter Abbau der Rechte der Arbeiter und ein zügiger Ausbau der der Unterdrückungsapparate des Staates sollen jeden Widerstand gegen die negativen Auswirkungen dieser Politik im Keim ersticken.
In diesem Rahmen ist der vom Staat systematisch geförderte Ausbau des Unterelberaum zum „Eldorado" für die Großkonzerne zu sehen.

Standortvorteile für die Kapitalisten

Die Lage am Meer bietet den Kapitalisten erhebliche Standortvorteile, d. h. Faktoren, die eine sehr profitable Ansiedlung von Industrie erlauben. Da ist zum einen das seeschiffstiefe Fahrwasser, was den Antransport von Massengütern, wie Eisenerz und Kohle (Stahlindustrie), Erdöl (Raffinerien) oder Bauxit (Aluminium), durch große Schiffe, d. h. kostensparend, ermöglicht.

Außerdem kann man bei einer direkten Belieferung vom Meer im Falle eines Streiks o. ä. Rohmaterial ohne weiteres in anderen Ländern verarbeiten lassen. Damit könnten die Kapitalisten ihre übernationale Organisierung gegen die manchmal noch nicht einmal national organisierte Arbeiterbewegung optimal ausnutzen.

Zum anderen bietet das Meer und große Flüsse insbesondere der chemischen Industrie eine große und billige Abfallgrube direkt vor der Tür und für die Energieerzeugung das nötige Kühlwasser. Diese Standortvorteile sind in Europa bisher vor allen Dingen an der holländischen und belgischen Küste genutzt worden, zumal hier auch noch große Arbeitskraftreserven vorhanden waren. An der deutschen Küste war die industrielle Entwicklung demgegenüber zurückgeblieben.

Der Staat greift ein!

Die Standortvorteile konnten an der deutschen Küste nicht so genutzt werden, weil andere Bedingungen einer Industrieansiedlung fehlten.

Hier schaffte der Staat den Konzernen großzügig (natürlich mit Steuermitteln) die „nötigen" Voraussetzungen.

Diese Pläne faßte der Hamburger Wirtschaftssenator Kern 1971 in seinem *„Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe"* zusammen. Danach sollen von Hamburg als Zentrum ausgehend, entlang mehrerer „Entwicklungsachsen", die industrielle Entwicklung der Region Unterelbe vorangetrieben werden. Das bedeutet im einzelnen:

- „Investitionshilfen" von 10 – 25 % der Gesamtinvestitionen im Rahmen von „regionalen Förderungsprogrammen" und anderen Förderungsprogrammen des Bundes oder der Länder.
- Schaffung von billigen Energiequellen für die Industrie in Form von etwa 15 Atomkraftwerken links und rechts der Elbe.
- Ausbau neuer Hafenanlagen, insbesondere eines Tiefseehafens in Neuwerk, im Rahmen dessen auch 6000 ha Industriefläche an sehr tiefem Wasser (für Schiffe über 100 000 tdw) aufgeschüttet werden soll.
- Verbesserung der Verkehrswege (Autobahnen mit 2 Elbüberquerungen, ein Mammut-Rangierbahnhof in Maschen, ein Großflughafen in Kaltenkirchen, Elbeseitenkanal, Vertiefung der Elbe). Damit soll auch die günstige Verkehrslage (Brücke nach Skandinavien, Osthandel) nutzbar gemacht werden.
- Bereitstellung von billigem Industrieland in günstiger Lage.

All diese Investitionen bringen nicht direkt Profit, sind aber für die Industrie unbedingt erforderlich. Also werden sie kurzerhand aus dem Staatssäckel, sprich: aus der Tasche der Werktätigen, finanziert.

Allein für die Ansiedlung des Chemiewerkes DOW-Chemical und der Alu-Hütte VAW auf dem Bützflether Sand sieht die Rechnung imposant aus:

270 Mill.	*wurden für die Infrastruktur ausgegeben. Allein für den Anleger in Bützflether Sand 130 Mill.*
47 Mill.	*für Sperrwerke*
31 Mill.	*für Aufspülung von Industrieland*
10 Mill.	*für eine Industriebahn*
7,5 Mill.	*für Straßenbahn*
174 Mill.	*bekam die DOW an Investitionszulagen*
164 Mill.	*die VAW*

Insgesamt also allein bei der Industrieansiedlung auf dem Bützflether Sand die Industrie weit über 600 Mill. DM eingesteckt!

Man sieht an diesem Beispiel mal wieder, wohin letztenendes die Gelder für die „regionale Strukturverbesserung" fließen, nämlich in die Taschen der Unternehmer! Diese können dann bequem ganze Industriezweige verlegen, ihre Produktion dabei rationalisieren, um dann noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen! Es zeigt sich wieder einmal in aller Deutlichkeit, für wen der Staat bei uns arbeitet und wem er Vorteile bringt!

Entwicklung der Industrialisierung

Bei solch günstigen Voraussetzungen ließen die Konzerne dann auch nicht lange auf sich warten. Im Hamburger Hafenerweiterungsgebiet bei Finkenwerder siedelten sich die Hamburger Stahlwerke (HSW) an. Für dieses Werk wurde eigens ein neues Hafenbecken geschaffen, in dem Erzfrachter bis zu 75 000 tdw anlegen können. Die brutale Arbeitshetze und die politische Unterdrückung der Kollegen in diesem Werk sind aus anderen AK-Artikeln bekannt. Außerdem nahmen hier die mit staatlicher Beteiligung errichteten Reynolds-Aluminiumwerke die Produktion auf. Dieser amerikanische Konzern will damit genau wie die DOW, innerhalb der Zollschranken der EWG produzieren, um auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig zu bleiben.

Auf dem Bützflether Sand in Stade siedelte sich, wie schon erwähnt, die VAW (Aluminiumhütte), die AOS (Aluminium-Oxid-Werk, das VAW und Reynolds mit Rohstoffen beliefert) und der als Napalmproduzent bekannt gewordene Chemiegigant DOW-Chemical an. Mit einer Investitionssumme von jeweils 1,1 Mrd. DM handelt es sich hier für westdeutsche Verhältnisse riesige Werke.

DOW wird ständig erweitert, bei VAW stehen von den geplanten 8 Ofenhallen erst 2, AOS wird seine Produktion noch verdreifachen.



Zwischen VAW und der geplanten Elbüberquerung bei Pagensand sind noch große Flächen als Industriestandorte ausgewiesen.

Ein neues Chemiezentrum entsteht bei Brunsbüttelkoog. Schon heute baut hier Bayer, später soll ein Werk der VEBA-Chemie dazukommen.

Einen weiteren wichtigen Standort wird der Tiefseehafen Neuwerk bilden.

Wegen der äußerst günstigen Anlandungsbedingungen für Eisenerz und Kohle ist hier insbesondere die Stahlindustrie interessiert. Schon die erste Ausbaustufe eines hier geplanten integrierten Küstenstahlwerks würde etwa 6 Mrd. DM kosten, etwa 20 000 Menschen beschäftigen (wo die herkommen sollen, weiß der Teufel!) und ca. 6 Mill. t Erz, 2,5 Mill. t Kohle und 3 Mill. t sonstige Stoffe verbrauchen.

„Die Industrie nützt allen!" – oder etwa nicht?

Neben der wirtschaftlichen Begünstigung der Industrie rührte der Staat, in trauter Eintracht mit Public-Relation-Managern der Betriebe, der bürgerlichen Presse und sogar der Gewerkschaftsführung (siehe AK 43), die Werbetrommel.

Ziel dieser Kampagne ist es, der Bevölkerung die Interessen der Industrie als die Interessen aller zu verkaufen, also nichts anderes als die verlogene „Wir sitzen ja alle in einem Boot"-Phrase, die die Kapitalisten schon immer vorgebracht haben.

Neue Arbeitsplätze ??

Als wichtigstes Argument muß immer wieder die „Schaffung neuer Arbeitsplätze" herhalten.

„Die wirtschaftliche Struktur ist in Niedersachsen noch immer nicht vielschichtig genug. Das macht die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze krisenanfällig. Deshalb müssen neue Industrie und Dienstleistungsbereiche erschlossen werden."

So hieß es im Landeswahlprogramm der regierenden SPD. Die Wirtschaft in Niedersachsen ist also nicht „vielschichtig" genug und deshalb (nicht etwa wegen der anarchischen kapitalistischen Produktion und die auf die Arbeiter keine Rücksicht nehmende Rationalisierung der Kapitalisten) verlieren Kollegen ihren Arbeitsplatz! Doch die SPD, wie immer um das Wohl der Arbeiter besorgt, schafft Abhilfe: *„Sozialdemokratischer Initiative ist die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (also das wichtigste Mittel, den Kapitalisten bei der Industrieansiedlung Steuergeschenke zu machen! der Verf.) *zu verdanken, mit der Bundes- und Landesregierung in den vergangenen vier Jahren rund 120.000 Arbeitsplätze geschaffen und umstrukturiert (!) haben."*

Das ist also das „spezialdemokratische" Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit und die ständige Unsicherheit der Arbeitsplätze!! Man braucht nur die Industrie großzügig mit Steuergeldern, die ja zum größten Teil den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurden, zu beschenken und schon ist die Industrie so nett, und baut neue Werke an Standorten, die für sie sowieso günstig liegen!

Betrachtet man die „Schaffung neuer Arbeitsplätze" mal unter der Lupe, dann stehen die Kapitalisten natürlich nicht so selbstlos da, wie sie uns die SPD (und auf der anderen Seite der Elbe die CDU genauso) darstellen möchten.

Für sie bietet die staatliche Förderung eine herrliche Möglichkeit, ihre Werke an günstige Standorte zu verlegen und sie dabei noch zu erweitern und zu rationalisieren.

- VAW legte z.B. das Alu-Walzwerk in Hannover still, während in Stade ein neues Walzwerk anläuft.
- Reynolds will nach der Errichtung seines Hamburger Werkes sein erst 1964 errichtetes Werk in Nachrodt/Westfalen dichtmachen.
- Auch bei Bayer wird die Produktion nur von Leverkusen an die Elbe verlegt. Wie VAW nimmt Bayer einen Stamm von Arbeitern in höheren Positionen mit in das neue Werk.
- Auch die Errichtung von zahlreichen Küstenstahlwerken wird wahrscheinlich zu Schließungen von Stahlwerken an den traditionellen Standorten führen. (So planten z.B. die Klöckner-Werke die Stillegung der Stahlwerke in Hagen und Osnarbrück zugunsten ihres Werkes in Bremen.) Hoesch ist schon jetzt durch die Fusion mit Hoogovens nicht mehr an die Abnahme der teuren deutschen Ruhrkohle gebunden, könnte also frisch von der Leber weg mit ausländischer Kohle in einem Küstenstahlwerk produzieren. (Wie heute schon in Rotterdam.) Das würde die Tendenz zur Stillegung der Kohleförderung im Ruhrgebiet noch verstärken und wieder tausenden von Kumpeln ihren Arbeitsplatz kosten.



Forts. DOW

Die Werke, die dann hier errichtet werden, brauchen im Verhältnis zu ihrer Größe relativ wenig Arbeitskräfte. Dennoch ist es fraglich, woher aus unserem Raum die vielen Arbeitskräfte bei der kommenden Konzentration von Industrie im Niederelberaum kommen sollen.

Besonders rechnet die Industrie mit ruinierten Kleinbauern, die durch die Auswirkungen der Agrarpolitik der Bundesregierung und der EWG (die auf die Herausbildung industrieller Großfarmen abzielt), zur Hofaufgabe gezwungen wurden. 95% dieser ehemaligen Bauern müssen dann als Hilfsarbeiter ihre Arbeitskraft billig verkaufen.

Schon heute muß die VAW auf Pendler, die von weit herkommen, und auf 300 türkische Arbeiter zurückgreifen.

Für die Industrie in Neuwerk munkelt man, daß hier später einmal 10.000 englische Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Die Arbeiter sind eben für die Industrie nichts anderes als ein Kostenfaktor unter vielen. Wenn es billiger ist, Arbeitskräfte heranzuschaffen als z.B. Eisenerz, dann haben sich eben die Arbeitskräfte nach dem Eisenerz zu richten! Wenn also an der Elbe Arbeitsplätze geschaffen werden, so verlieren ihn mindestens genauso viele Kollegen anderswo! Die ganze Verlogenheit des Propagandamärchens von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen wird damit deutlich!

„Mehr Industrie – sonst sterben wir aus!"

„Die haben 1969 gedacht, daß mit der Ansiedlung von DOW-Chemical das Manna vom Himmel fiele!" – so stellt ein Bauer aus Bützfleth das Ergebnis der Propaganda für die Industrieansiedlung dar. In Bützfleth versprach der damalige Bürgermeister Nico Dreyer der Bevölkerung Schulen, Altenheime, Jugendzentren, Kindergärten und was nicht alles, wenn nur erst die DOW käme. Heute äußert er sich als CDU-Landtagsabgeordneter, noch dazu kurz vor der Wahl, nicht mehr so gern zum Thema Industrieansiedlung. Die DOW kam zwar, aber es wird noch Jahre dauern, bis sie zum ersten Mal Steuern zahlen wird. Stade, zu dem Bützfleth nun gehört, ist noch immer über beide Ohren verschuldet. Noch nicht einmal für ein ordentliches Jugendzentrum ist Geld übrig, sodaß Stades Jugendliche sich vorerst mit einem Provisorium zufriedengeben müssen, das hinten und vorne nicht ausreicht.

Aber man kann es sich auch einfacher machen, wie z.B. der Hamburger Wirtschaftssenator Kern in der „Bild" vom 4. Oktober 73: *„Mehr Industrie an die Elbe – sonst sterben*

„Bild" vom 4. Oktober 73: „Mehr *Industrie an die Elbe – sonst sterben wir aus!"* In diesem Artikel begnügt sich Kern nicht nur damit, bei der Ansiedlung von Industrie das Blaue vom Himmel zu versprechen, sondern er droht sogar: *„Wir brauchen mehr Industrie an der Elbe. Sonst fehlt uns bald das Geld für Schulen, Straßen, Schnellbahnen und Krankenhäuser."* Allerdings ist klar, daß mit den Mitteln, die man bei der Industrieansiedlung an der Unterelbe den Kapitalisten in den Rachen geworfen hat, genügend Krankenhäuser, Straßen, Schnellbahnen und Schulen für Jahrzehnte hätte bauen können!

Drei Jahre Industrie – drei Jahre Gefährdung der Bevölkerung

Der industrielle Aufbau in der Unterelberegion bedingt zuerst einmal starke Energieabsicherung. Dies geschah für die Industrieansiedlung auf dem Bützflether Sand durch den Bau des Kernkraftwerkes Stade. Die großen Abnehmer waren anfangs die DOW-Chemical und später auch die VAW und AOS, die die Kernenergie zu Preisen erhielten, die weitaus niedriger waren, als die, die die Bevölkerung im Raum Stade zahlen muß. Die Produktion konnte also voll anlaufen. Inzwischen hat die DOW, weil ihr die Preise des Kernkraftwerkes Stade immer noch zu hoch erschienen, kurzerhand ein eigenes Kraftwerk gebaut.

Obwohl bis zu diesem Zeitpunkt in der lokalen bürgerlichen Presse die Bevölkerung beschwichtigt wurde, war es den Planern längst bekannt, daß bei dieser Art von Industrieansiedlung die Bevölkerung nicht ungeschoren davonkommt, denn schon seit Februar 72 werden in Bützfleth keine Baugenehmigungen mehr erteilt (lt. „Stader Tageblatt"), da hier *„in der Nähe der entstehenden Großindustrie kein sicheres und gesundes Wohnen mehr gewährleistet sei."* Dies ist bis heute auch kein Geheimnis mehr, da bei der DOW 14 offiziell zugegebene Chlorgasausbrüche vorgefallen sind. Die Folgen sind vielfältig; so wurde im

– Mai 73 die Volksschule in Bützfleth vom Schulleiter geschlossen und die Kinder nach Hause geschickt, da sie über Augenbrennen, Brechreiz und Halsschmerzen klagten. Das sind eindeutig Anzeichen von Chlorgaseinwirkungen.

– Juni 73 der Schiffahrtsverkehr auf der Elbe für 20 Minuten lahmgelegt, weil ein schwerer Chlorgasausbruch in Höhe von DOW den Verkehr stark gefährdete. Sogar in der Stader Innenstadt war der Chlorgestank wahrzunehmen.

– Ende letzten Jahren gerät bei einem schweren Chlorgasausbruch das Gas in die Klimaanlagen der NWK (Nordwestdeutsche Kernkraftwerke) und der NDS (Norddeutsche Saline), sodaß einige Arbeiter bzw. Angestellte bewußtlos wurden. Ebenso kann sich das Chlorgas negativ auf die feinen Meß- und Kontrollgeräte des Kernkraftwerkes auswirken. Ein Fachmann äußerte dazu, daß gegebenenfalls die Meßgeräte falsch anzeigen oder sogar ganz ausfallen könnten und somit der Reaktor außer Kontrolle geraten könne. Bei einem dadurch entstehenden Reaktorausfall wird die gesamte Umgebung bis Hamburg hin in die Gefahr radioaktiver Verseuchung gebracht.

Andere üble Folgen werden durch das Nichtvorhandensein einer Kläranlage bei der DOW hervorgerufen. So werden täglich chlorierte Kohlenwasserstoffe und Natronlauge tonnenweise (!) in die Elbe geleitet. Dies alles geschieht mit dem Segen der Regierung und der Aufsichtsbehörden. So kommt es, daß im

– Juli 73 der Strand bei Bützfleth und Stadersand durch Schilder und Zaun von der Regierung abgesperrt wird, da Verätzungsgefahr besteht. Tote Fische lagen am Strand. Früher bestand hier ein beliebtes Ausflugsziel, wo man vor Jahren sogar noch baden konnte! Der Deich diente sonst Spaziergängern!

– August 73 mehrere Schafe und der Hund eines Schäfers Verätzungen an Hufen und Pfoten zeigten, nachdem sie in einem Graben in der Nähe der DOW gewesen waren. Die Schafe mußten notgeschlachtet werden.

Obwohl die DOW sich mit ihrer „1000-fach-Sicherung" lobt, und z.B. das Verschulden der Verätzungen Spritzmitteln zuschreibt, passiert

das Verschulden der Verätzungen Spritzmitteln zuschreibt, passiert trotzdem im

– April 74 eine große Staubexplosion im Methylzellulosewerk der DOW. Steine und Wandteile fliegen bis zu 50 Meter weit, die Produktion ist bis heute, Anfang Juni, noch nicht wieder aufgenommen.

VAW – auch kein „Saubermann"

Die eben genannten Beispiele zeigen, wie rücksichtslos die Kapitalisten ihre Industrialisierung vorantreiben. Doch ist die DOW ein Einzelfall? Gewiß nicht!!! So steht z.B. die VAW nicht viel besser da, wenn sie jährlich ca. 72.000 t Fluorwasserstoff aus den Schornsteinen bläst.

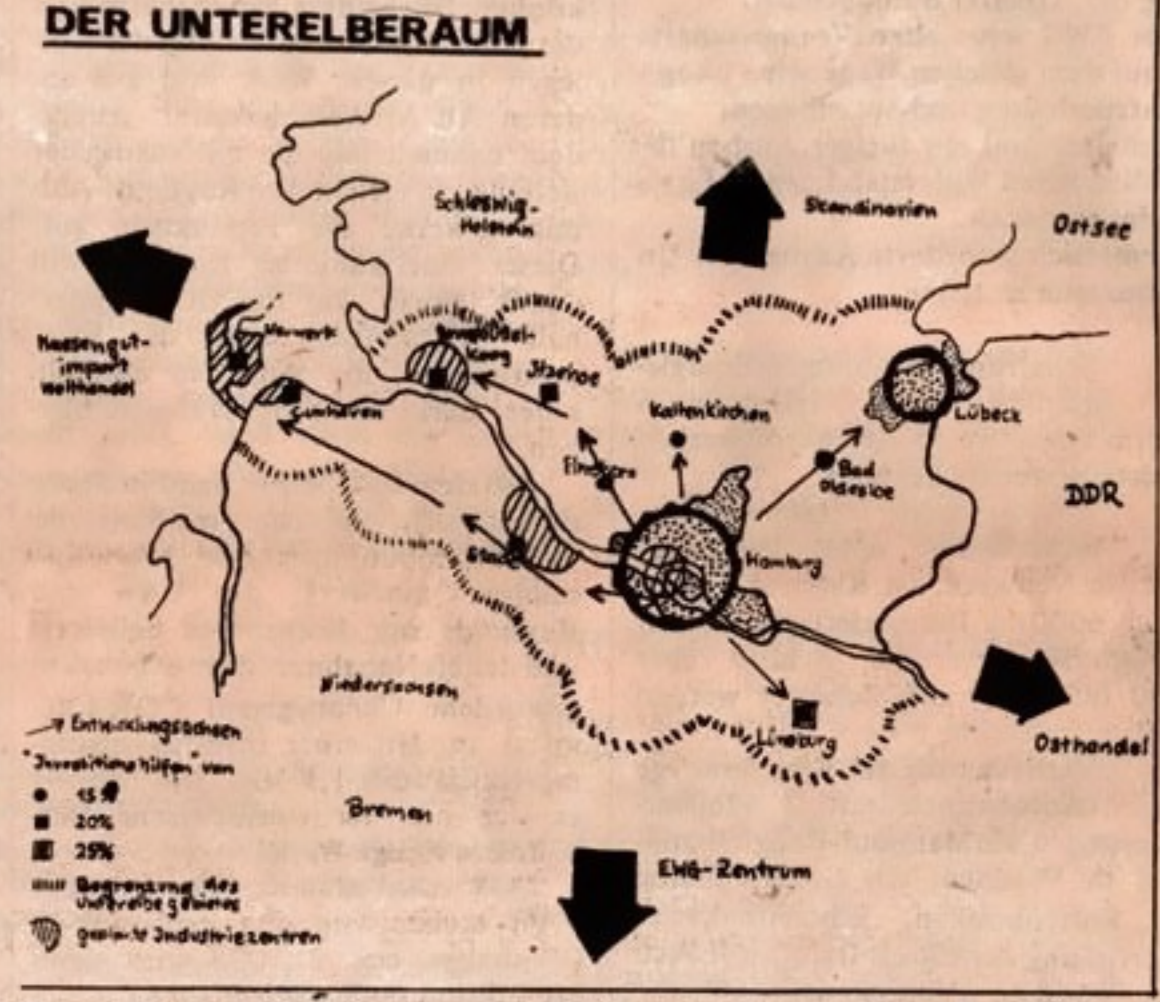
Der VAW wurde von der Behörde doppelt soviel Fluorwasserstoffemission als den Reynoldswerken zugebilligt. Fluorverbindungen können schon in geringen Konzentrationen Pflanzen schädigen (evtl. Obstbäume; Baumschulen im Raum Pinneberg!) und sich in Pflanzen ablagern. Atmet man Fluor ein, so führt das zu Verätzungen der Schleimhäute, Bronchitis mit eitrigem Ausfluß. Längere Einwirkung führt zu Schädigung der Knochen und der Zähne. Über Auswirkungen, falls Fluorwasserstoff z.B. zusammen mit Chlor auftritt, ist noch nicht näheres untersucht worden!

In der Elektrodenfabrik und bei der Koksentladung entstehen erhebliche Mengen von Koksstaub. Bei der AOS wird das noch laugenhaltige Abfallprodukt Rotschlamm in das

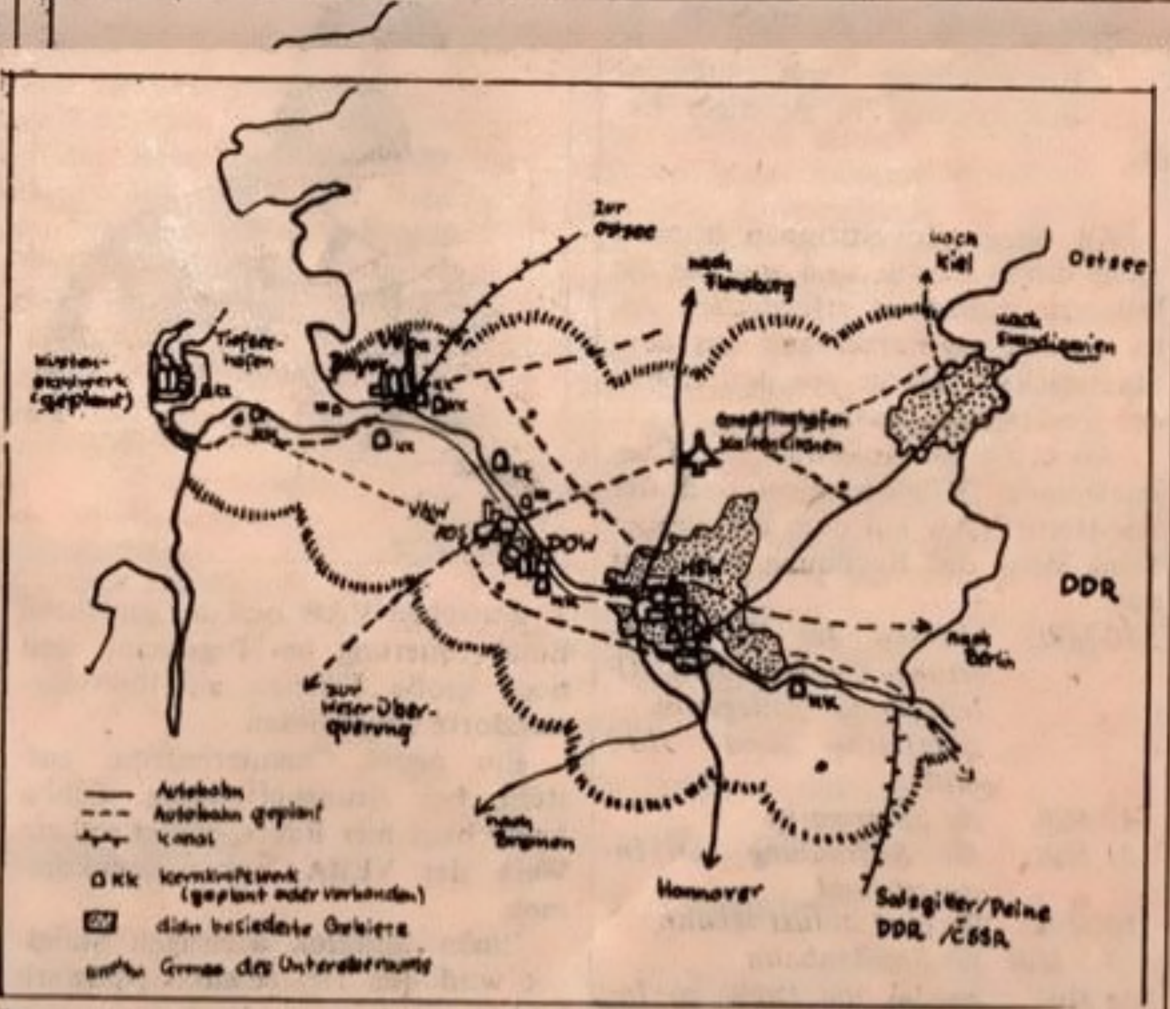


Warnschild am Elbufer bei der DOW (Die Schilder hat man inzwischen wieder beseitigt –, sauberer ist dadurch das Wasser nicht geworden!)

nahegelegene Stader Moor gepumpt, ohne daß genaue Kenntnisse darüber bestehen, welche Folgen das auf das Trinkwassergebiet hat, von dem es nur wenige Kilometer entfernt liegt. Außerdem wird das Gebiet, das im Moment noch als Abfallgrube für die AOS herhalten muß, nur bis 1983 ausreichen. Wenn die AOS ihre Produktion wie geplant erweitert, bedeutet dies wiederum mehr Rotschlamm auf die Deponie im Moor. Was danach mit dem giftigen Rotschlamm passiert, ist zur Zeit noch völlig offen.



Übersicht des Unterelberaums mit Förderungsschwerpunktes, Entwicklungsachsen und zukünftigen Industriezentren



Übersicht des Unterelberaums mit neuen Werken, Kernkraftwerken und geplanten Autobahnen

Kampfstoffe vom Bützflether Sand?

Nicht nur die Abfallprodukte bedrohen die Bevölkerung, eventuell sind sogar die Endprodukte noch gefährlicher. So ist z.B. noch unklar, ob nicht auch bei der DOW-Stade Kampfstoffe hergestellt werden, wie ehemals in den USA das Napalm. Wie die DOW als einer der größten Konzerne der USA es damals für ihre „patriotische Pflicht" hielt, die Unterdrückung des vietnamesischen Volkes mit chemischen Kampfstoffen zu unterstützen, so kann man kaum erwarten, daß sie heute in ähnlicher Situation anders handeln würde. Auf Bützflethersand soll angeblich kein Napalm produziert werden, doch läßt es Böses ahnen, wenn die DOW-Vertreter sich auf „Erörterungsterminen" zieren, die Produktion der DOW offenzulegen. Angeblich könnte hier das Betriebsgeheimnis nicht offenbart werden. Dazu kommt noch die militärisch organisierte Abschirmung durch den bewaffneten Werkschutz. Die bewußt mangelhafte Information der DOW über ihre Produktion beinhaltet folgende Produkte: Chlor, chlorierte Verbindung (!?), Glycerin, Lösungsmittel, Methyzellulose; diese Stoffe werden zur Weiterverarbeitung zu z.B. Kunstharzen, Kunststoffen, Reinigungsmitteln, Heilmitteln, sogar zu Mayonnaise benötigt. Ebenso kann man aus diesen Verbindungen Pflanzenvernichtungsmittel und Kampfgase herstellen. Unkrautvernichtungsmittel, in Vietnam als Entlaubungsmittel zu Genüge eingesetzt, vernichten in entsprechender Konzentration jede Art von Leben. (Man erinnere sich nebenbei an Chlorgas, das im 1. Weltkrieg als Kampfgas eingesetzt wurde!) Weiterhin plant die DOW großen Ausbau ihres Werkes, nähere Pläne gibt sie jedoch nicht bekannt. Der neueste Antrag über eine Chlorothene-Anlage liegt der Stader Regierung vor. Das Werk auf Bützflethersand soll einmal eines der bedeutendsten Werke der DOW CHEMICAL werden.

Im Katastrophenfall in der Mausefalle !!!

Was unternimmt die Stader Regierung im Falle einer Katastrophe?

Auf einem Erörterungstermin wurde der Katastrophenschutzplan von Vertretern der Stader Regierung erwähnt, jedoch nur z. T. offengelegt. Die Begründung dafür: Der Katastrophenschutzplan beinhalte auch Schutzmaßnahmen bei Angriffen des inneren Feindes („Im Spannungs- und



Einfahrt zur DOW Militärisch abgesichert!

Verteidigungsfall") und könne daher nicht offengelegt werden. Anscheinend dürfen hier die betroffenen Menschen nicht erfahren, WIE sie durch den Katastrophenschutzplan „geschützt" werden sollen, sonst könnten sie an der Sicherheit des Planes zweifeln. Vielsagend ist ein Bestandteil des Planes, daß im Katastrophenfall 6 Busse bei der KVG (Stader Verkehrsgesellschaft) bereitstehen, die die Betroffenen schnellstens evakuieren sollen. Diese Aktion dauert von Stade bis Bützfleth mindestens 15 Minuten. Bei einem schweren Chlorgasausbruch ist das für die betroffenen Einwohner der umliegenden Dörfer, sowie für die Arbeiter und Angestellten in den Werken bereits zu spät. Sie schweben bei einer Chlorgaskatastrophe in Lebensgefahr, denn das Gas ruft beim Einatmen Verätzungen hervor und wirkt absolut tödlich. Es ist Demagogie, diese Evakuierungspläne als Schutz zu bezeichnen, zumal die KVG-Busfahrer weder Gasmasken oder sonstige Schutzvorkehrungen haben, noch irgendwie vorbereitet sind. Zur Unterstützung dieser Demagogie hat die DOW einmal Tips über das Verhalten bei Chlorgasausbrüchen an die umliegende Bevölkerung verteilt. So soll man ein feuchtes oder zitronengetränktes Tuch vor die Atemwege halten. Außerdem soll man in die oberen Stockwerke flüchten, da Chlorgas schwerer ist als Luft. Diese „Hilfe" (!) sollte den Kapitalisten dazu dienen, die Gefahren zu verniedlichen und so die Bevölkerung zu täuschen und ruhig zu halten.

Die Kollegen in den Betrieben sind besonders stark gefährdet. So ist bei der DOW schon ein Chlorgastoter Ende 73 gewesen. Über weitere (!) Tote existieren Gerüchte. Es ist schon fast normal, daß mindestens einmal pro Woche Kollegen von der DOW in das Stader Krankenhaus mit Verätzungen oder Gasvergiftungen eingeliefert werden. Dies ist auch kein Wunder, da entsprechende Gefahren überall auf dem Betriebsgelände lauern, über die die Betriebsleitung die Kollegen weitgehend im unklaren läßt. Im Falle eines Gasausbruchs verfügen die DOW-Arbeiter nur über Fluchtfilter, die einem dann

unklaren läßt. Im Falle eines Gasausbruchs verfügen die DOW-Arbeiter nur über Fluchtfilter, die einem dann nur wenige Atemzüge garantieren. Angestellte haben richtige Gasmasken und die Leitenden Sauerstoffgeräte in den Zimmern. Bei der VAW und AOS sieht es im Katastrophenfall noch schlimmer aus. Hier sind die Kollegen ohne Autos, da diese vor dem Werksgelände bleiben müssen (ca. 5 - 10 Minuten vom Arbeitsplatz, wenn man schnell macht!) Die 6 Werksbusse sind im Notfall ebenfalls nicht vorhanden. Außerdem gibt es hier noch nicht einmal Fluchtfilter. Mit dem Auto dürfen nur Betriebsleiter und „höhere Tiere" aufs Werksgelände, außerdem der Betriebsrat. Dies wird mit „betriebstechnischen Gründen" begründet (Ein Betriebsleiter muß eben flexibel sein!). Also auch hier eine Sicherheitshierarchie! Hinzu kommt, daß bei einer Flucht nur eine Richtung offen ist, da das Werk durch Elbe und Süderelbe eingeschlossen ist. Man muß sogar noch in Richtung Katastrophe (DOW) fahren, ehe man sich endlich endgültig entfernen kann. Auf dem Anleger von DOW und VAW gibt es ein „Fluchtboot". Auch die türkischen Kollegen sind sehr stark gefährdet, da sie etwa 150 m hinter der VAW in Baracken leben.

In einem 2. Teil soll näher auf die Verhältnisse in den Betrieben, die Militarisierung des Stader Raums und den Kampf gegen die schädlichen Auswirkungen der Industrialisierung auch mit Hinblick auf die Erörterungstermine eingegangen werden. ●

Stader KB-Sympathisanten in Zusammenarbeit mit Biologie-Studenten

ST.PAULI–SÜD: Sanierungspolitik gegen die Bevölkerung

St.Pauli-Süd ist ein Hamburger Stadtteil, wo spontaner Protest aus der Bevölkerung gegen die Sanierungs- und Infrastrukturpolitik der Stadt sichtbar wurde. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die Behörden, die Wohnungsbaugesellschaften und der Senat in einer konzertierten Aktion gegen oppositionelle Strömungen vorgehen, um die kapitalistische Stadtplanung durchzusetzen. Bürgerinitiativen und andere Zusammenschlüsse sollen dabei umfunktioniert werden, in dem Sinn, daß sie die Proteste kanalisieren, oder aber von der Bevölkerung isoliert und zerschlagen werden.

St.Pauli-Süd ist ein Arbeiterwohnviertel in Hamburg, in dem die meisten Häuser noch aus dem letzten Jahrhundert stammen. Die sanitären Einrichtungen sind äußerst schlecht, Folgeeinrichtungen wie Kindertagesheime, Spielplätze, etc. fehlen weitgehend, von seiten der Stadt finden keine Modernisierungen und kaum Renovierungen statt, – obwohl ca. 70 % der Häuser der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA gehören, und das schon seit über 20 Jahren.

Es ist kein Zufall, daß die Stadt nichts für das Stadtviertel tut – dahinter steht eine gezielte Politik, die dieses innenstadtnahe, sehr verkehrsgünstige und durch die Lage an der Elbe sehr attraktive Gebiet für Bürohochhäuser und Luxusappartements vorsieht. Der wertvolle Grund und Boden ist durch Arbeiterwohnungen zu schlecht „ausgelastet" – hier kann man ganz andere Profite herausziehen. (Die gleiche Politik wird in anderen Stadtteilen gemacht, z.B. in St.Georg oder Altona/Ottensen, siehe AK 35).

Die Einwohnerzahl von St.Pauli-Süd sinkt bereits seit zwei Jahrzehnten. Wohnten hier 1950 noch über 53 000 Einwohner, so sank die Zahl bis 1961 auf 42 000 und bis 1972 weiter auf ganze 30 000 herab. Hatte der Bevölkerungsschwund in den 50er Jahren noch seine Ursache darin, daß Kellerwohnungen und Doppelbelegungen zunehmend abgebaut wurden, so zogen in den 60er Jahren viele aus dem Stadtteil, weil Wohnraum nicht renoviert und modernisiert wurde, sondern stattdessen viele Wohnungen abgerissen wurden. Keller wurden kurzerhand zugeschüttet, leerstehende Häuser nicht mehr vermietet – in der Hoffnung auf eine Verslummung des Viertels.

Gleichzeitig wurde versucht, den Wohnwert dadurch zu mindern, daß vorwiegend ausländische Kollegen hier hinzuzogen – und das nicht etwa nur deshalb, weil hier verkommener Wohnraum war, der leerstand, weil kein Deutscher mehr dort wohnen wollte, sondern weil die SAGA hier gezielt an ausländische Kollegen vermietete und so versucht, eine Ghettosituation zu schaffen, während die besseren Wohnungen in anderen Stadtteilen den deutschen Mietern vorbehalten bleiben.

In der letzten Zeit werden auch zunehmend Studenten in das Viertel einquartiert. Sie müssen die Wohnungen bei bevorstehendem Abriß wieder verlassen. Die Wohnungen bringen aber bis dahin immer noch Miete für die SAGA und sind gegen Hausbesetzungen geschützt.

Ein Teil der Bewohner von St. Pauli-Süd merkte immer deutlicher, daß hier ein Arbeiterstadtteil heruntergewirtschaftet wird. Auf Veranstaltungen der Behörden und Parteien machte sich dieser Protest Luft, die städtischen Vertreter wurden z.T. heftig angegriffen, ohne daß jedoch daraus etwas folgte.

Erst Ende 72 fanden sich einige interessierte Bewohner um einen fortschrittlichen Pastor der Kirchengemeinde zusammen und gründeten eine Bürgerinitiative, die sich mit Flugblättern und eigenen Veranstaltungen für die Verbesserung der sozialen und Wohnsituation, sowie für die Erhaltung des Stadtteils für die Arbeiterbevölkerung einsetzte. Obwohl die Pläne der Stadt schon lange festlagen, wurde anfänglich die Bürgerinitiative von der SAGA, den Behörden und den Parteien „begrüßt". Der CDU-Städtebauspezialist Franke sagte Anfang 73 in der Hamburger Bürgerschaft:

„Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, daß die Initiative der St.-Paulianer begrüßenswert ist und sich thematisch wohlgeordnet in diese unsere Meinung (d.h. eines ‚positiven' Beitrags der Bürger zur Stadtentwicklung) *einbaut."*

Es geht hierbei der CDU, ebenso wie den anderen Parteien, nicht etwa um eine tatsächliche Beteiligung der Bewohner in den Fragen der Stadtplanung. Vielmehr soll die Initiative dazu dienen, Konfliktpunkte zu erkennen, um dann entsprechend darauf eingehen zu können, bevor die Bevölkerung auf breiter Ebene ihren Protest organisieren kann.

Anlässe dazu gab es genug. So verschickte die SAGA Ende 72 praktisch über Nacht 80 Kündigungen für einen ganzen Häuserblock, die erhebliche Verwirrung stifteten. Die Bevölkerung sollte verunsichert und zum vorzeitigen Auszug bewogen werden. Die Bürgerinitiative führte Mieterversammlungen durch, zu denen später auch die Parteien eingeladen wurden.

An diesen Versammlungen nahmen bis zu 150 Einwohner teil, die die SAGA und die Parteienvertreter z.T. heftig angriffen. Zwar wurde die Rücknahme der Kündigungen erreicht, doch blieb die Bevölkerung nach diesen Versammlungen ziemlich auf sich gestellt. Anstatt die gemeinsame Diskussion voranzutreiben und sich zu überlegen, wie geschlossen gegen die Abrißpolitik der Stadt vorzugehen ist, forderte die Bürgerinitiative ein „Beratungsbüro", in dem von der Stadt (!) die Betroffenen individuell beraten (und zum Auszug bewogen) wurden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um diese Kündigungsschreiben der SAGA „monierte" die SPD-Fraktion (damaliger Vorsitzender: Innensenator Hans-Ulrich Klose) die „Ungeschicklichkeiten" der Briefe und des Vorgehens der SAGA (im SAGA-Vorstand: Hans-Ulrich Klose). Klose schreibt an Klose! Das ist ein typisches, wenn auch besonders offensichtliches Beispiel, wie die Bevölkerung getäuscht werden soll über die verschiedenen Institutionen mit angeblich verschiedenen Interessen. Tatsächlich findet hier ein und dasselbe Spiel statt, das auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird.

Alle Maßnahmen, die von der Stadt ergriffen werden, seien es Informations- und Anhörungsverfahren, Beratungsbüros, städtebauliche Voruntersuchungen etc. dienen dem Ziel, die Bevölkerung über die eigentlichen Ziele zu täuschen, die möglichst im Stillen tatkräftig durchgesetzt werden. So wurden bereits auch in jüngster Zeit etliche Häuser am Fischmarkt abgerissen, weitere Abrisse stehen am Hein-Köllisch-Platz bevor.

Durch unklare Informationen, haltlose Versprechungen („Kein St.Paulianer wird vertrieben."), andererseits weitere Abrisse, schürt die Stadt die Unsicherheit bei der Bevölkerung. In einem SAGA-Flugblatt im November 73 kündigt sie den Abriß der restlichen Wohnungen am Fischmarkt für Ende 74 an. Und: *„Stadt und SAGA empfehlen jedoch, jetzt schon nach geeignetem Ersatzwohnraum zu suchen."* Aus Angst vor einer möglichen Obdachlosigkeit ziehen viele heute schon aus – in andere Sanierungsgebiete oder in Stadtrandsiedlungen mit horrenden Mieten.

Neben der Schürung der Unsicherheit hetzt die Stadt verstärkt gegen die Kräfte, die versuchen, sich für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen.

Nach dem Konzept von „Zuckerbrot und Peitsche" wurden zunächst noch Bestechungsangebote gegeben. Die Bürgerinitiative wurde, obwohl sie immer isolierter von der Bevölkerung arbeitete, als „wichtiger Gesprächspartner" hochgespielt, sie wurde zu Einweihungen und Empfängen (mit reichlicher Bewirtung) eingeladen, Änderungen in der Planung wurden auf ihre Aktivitäten zurückgeführt. Als die Bürgerinitiative einerseits diese Angebote der Stadt der Bevölkerung nicht als „großartige Erfolge", die sie der Stadt abgerungen hat, verkaufte (wie es meist DKP-Initiativen tun) und andererseits an ihren weitergehenden Forderungen festhielt, ging die Stadt mit mehr Druck vor.

Der Senat hatte sich den mit der Materie bestens vertrauten Springer-Demagogen Ferdinand Gatermann als Pressesprecher der SAGA gekauft. Noch als Abendblatt-Schreiberling machte er die Politiker bereits ein halbes Jahr vorher auf „kommunistische Gruppen, die die Unsicherheit nutzen" aufmerksam. Jetzt „kümmerte" er sich direkt um die Probleme in St.Pauli-Süd (und natürlich in anderen Stadtteilen, wo die SAGA genau so vorgeht).

Er brachte ein 10-seitiges Flugblatt für alle Haushalte heraus, in dem er der Bürgerinitiative „falsche Behauptungen" und „Verängstigung der Bürger" vorwarf. Eine solche „SAGA"-Information ist unserer Kenntnis nach der erste Versuch der SAGA in Hamburg öffentlich die Probleme der Bevölkerung „aufzugreifen". Die Methode ist schlichtes Verdrehen der Tatsachen, sowie Unterstellungen nach dem Motto: ‚Irgendwo bleibt doch was hängen!'

So heißt es z.B. gleich zu Anfang: *„In allen Hamburger Stadtteilen, in denen über Sanierungsmaßnahmen diskutiert (!) wird, entsteht bei der Bevölkerung Unsicherheit" (!?).* Also nicht die „Sanierungsmaßnahmen" der Stadt schaffen die Unsicherheit, – nein, es ist das nachbarliche Gespräch darüber, die Diskussion auf einer Veranstaltung usw.!!

Folglich wird dann auch der Bürgerinitiative gleich im Anschluß unterstellt, daß sie *„durch falsche Behauptungen zu einer Verängstigung der Bürger beitragen"* würde.

Dieses Vorgehen erinnert an die Argumentation der Kapitalisten z.B. bei Rationalisierungsmaßnahmen, „die Kommunisten würden die Krise schüren" . . . Weiter heißt es in dem SAGA-Flugblatt:

„In dem Flugblatt der Bürgerinitiative (das kurz vorher erschien) heißt es weiter: ‚In St.Pauli will die SAGA den Reibach machen. Das Bauprojekt Hexenberg dient der SAGA nur als Feigenblatt. 446 viel zu teure und zu kleine Wohnungen.'

Das ist unwahr: Die SAGA ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das hundertprozentig im Besitz der Stadt ist. Der SAGA geht es nicht um Profit, sondern um eine Stadterneuerung der kleinen Schritte, um Wohnungen zu erschwinglichen Mieten. Dieses städtische Unternehmen steht im Dienst der Hamburger, die wegen ihres Einkommens auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben."

Ein dicker Hammer! Jeder SAGA-Mieter kann bezeugen, daß die Wohnungsbaugesellschaft sich meist einen Dreck um die Wohnungen, besonders um die verkommenen Altbauwohnungen kümmert, obwohl die SAGA oft bereits seit zwanzig und mehr Jahren die Mieten monatlich kassiert. Und wenn Wohnungen renoviert werden, sind Mieterhöhungen um fast 100 % nicht selten (wie z.B. in Harburg). Ihre Neubauwohnungen am Hexenberg in der Nähe des Fischmarkts kosten heute schon 4,80 DM netto pro qm. Bei einem Durchschnittseinkommen von 1.000,- DM muß ein Familienvater für eine SAGA-Wohnung dort etwa 40 % seines Lohns nur für die Miete ausgeben, die in den nächsten Jahren auch noch kräftig steigen wird.

Das sind die „Chancen", die die SAGA anbietet; Chancen, die dem heute schon größten reinen Wohnungsunternehmen der BRD bei einer Bilanzsumme von 2 Mrd. DM eine weitere Expansion garantieren, bei weitem aber keine Verbesserung der Wohnsituation.

Es ist offensichtlich: Durch solche Flugblätter will die SAGA im Auftrag der Stadt die Vertreibung der Bevölkerung vorantreiben und trotzdem sich ein soziales Image geben; gleichzeitig sollen die Bürgerinitiative und alle Kritiker isoliert werden.

Obwohl die SAGA bei der Bevölkerung nicht gerade gut angesehen ist, was sich bei den spontanen Protesten gegen die Wohnungspolitik auf Versammlungen und in Gesprächen immer wieder äußert, wenden sich die meisten immer wieder an die SAGA, mit Bitten o.ä. So hat die SAGA Ende November 73 nicht nur für ihre Mieter, sondern für alle St.Paulianer eine zusätzliche Mieterberatungsstelle eingerichtet, wo man sich individuell über „Wohnungstauschmöglichkeiten und stadtplanerische Absichten" informieren kann.

Doch damit nicht genug: Gatermann selbst kommt auch immer wieder „vor Ort", zuletzt auch auf einer Straßenversammlung der Bürgerinitiative. Gleich nach einem einleitenden Referat der Bürgerinitiative kündigte Gatermann „Renovierungen" für einige SAGA-Häuser in dieser Straße an, wohlgemerkt, nur Renovierungen, kein Einbau von Bädern und Heizungen etc., was von der SAGA verhindert wird, selbst wenn die Bewohner bereit sind, die Kosten dafür zu übernehmen.

Er wollte der Bürgerinitiative den Wind aus den Segeln nehmen, was ihm sicher auch gelungen ist, zumal die Bürgerinitiative es nicht verstand, Gatermanns Funktion und das Vorgehen der Stadt aufzuzeigen. Darüberhinaus konnte er die Versammlung so für sich nutzen, daß er einige der Betroffenen kennengelernt hatte, und sich um sie „kümmern" konnte, besonders wenn sie Kritik hatten. Wir kennen es aus anderen Stadtteilen, daß oft bei Kritikern zuerst renoviert wird, daß ihnen sogar eine bessere Wohnung (allerdings meist in einem anderen Stadtteil) angeboten wird, etc. mit dem Ziel, sie zu schmieren und von den anderen Mietern zu isolieren.

Das gleiche geschah auch mit dem Pastor, der lange Zeit die Initiative trug: Er wurde nach Billwerder-Allermöhe geholt, wo er einerseits weg von der Bürgerinitiative und der Bevölkerung ist, andererseits seine Erfahrungen für die Planung des neuen Stadtteils und der „Bürgerbeteiligung" einsetzen kann.

Es ist die Aufgabe von Leuten wie Gatermann, (wie auch von Hauswirten, nur finden die noch weniger Vertrauen) die Stimmung bei den Mietern zu erkunden und die „Gefährlichkeit" von Bürgerinitiativen und anderen Aktivitäten einzuschätzen, um darauf entsprechend eingehen zu können.

Ein Ergebnis davon ist ein erneuter Fragebogen der Stadt, der z.Zt. mit großem personellen Einsatz verbreitet wird. Dabei werden an die Bewohner Fragen gestellt wie: „Sind Sie mit dem Stadtteil zufrieden? ", „Würden Sie sich an Bürgerinitiativen beteiligen? " oder „Würden Sie Veranstaltungen besuchen und dort Beiträge zu den Problemen im Viertel halten? " Hier wird eindeutig, verbrämt als „vorbereitende Untersuchung" für eine Sanierung, Gesinnungsschnüffelei betrieben, die Bevölkerung wird auf ihre politsichen Vorstellungen abgeklopft, damit die SAGA das weitere Vorgehen gegenüber der Bevölkerung noch besser planen kann. ●

Bezirkszelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Ein SPD-Bundestagsabgeordneter zum faschistischen Militärputsch in Chile

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, sendete das ZDF-Magazin ein Interview mit dem SPD-MdB Dr. Beermann. Diese Sendung war eine bewußte Provokation gegen alle, die an diesem Tag gegen Ausbeutung und Unterdrükkung, gegen die beschleunigte Faschisierung von Staat und Gesellschaft – für die Befreiung der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker, für den Sozialismus demonstrierten.

Der Spezialdemokrat Beermann kam gerade aus Chile und hatte eine Audienz mit dem Massenmörder des chilenischen Volkes, dem Junta-Chef Pinochet. Beermann erklärte den Putsch für ein legitimes Mittel, die Herrschaft des Kapitalis weiter aufrecht zu erhalten. Die Regierung Allende sei „illegal" gewesen, weil sie die *„Ausstellung von Haftbefehlen verweigerte, wenn sich diese Haftbefehle gegen Verbrecher richteten, die den herrschenden Parteien angehörten".* Von welchen „Verbrechern" spricht Beermann hier? Von chilenischen Arbeitern und Bauern:

„Es wurde systematisch gegen das in der Verfassung verankerte Recht auf Eigentum verstoßen, indem man über 1 500 illegale Besetzungen von Ländereien duldete und unterstützte und die Besetzung von über 100 Industriebetrieben und Handelsfirmen anregte, um sie dann zu beschlagnahmen."

Für den Sozialdemokraten Beermann ist der Sozialismus illegal, weil er gegen die bürgerliche Verfassung verstößt. Deshalb ist es legitim, wenn die kapitalistischen Kräfte ihren Militärapparat gegen das Volk einsetzen: *„Streitkräfte und Polizei müssen dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für die Wiederherstellung von Verfassung und Gesetz und des demokratischen Zusammenlebens geschaffen werden."*

Die Frage, ob der Militärputsch ein rechtmäßiger Vorgang ist, löst sich selbst. Beermann: *„Das Militär befand sich in einem inneren Konflikt: Auf der einen Seite war der Appell des Parlaments zu handeln, auf der anderen Seite war die Treuepflicht gegenüber dem Präsidenten Allende. Doch der Präsident selbst war in die Illegalität gefallen. Das Militär löste dieses Problem durch die Amtsenthebung des Präsidenten. Dieser Akt war gewaltsam, weil es nicht anders ging. Weil der Präsident die ihm angebotene Möglichkeit zur Übersiedlung in ein anderes Land nicht wahrnehmen wollte."*

Für Spezialdemokraten wie Beermann ist der blutige faschistische Militärputsch und das Massenmorden von -zigtausenden Arbeitern, Demokraten und Kommunisten eine „Amtsenthebung". Zynisch-menschenverächtlich setzt er dem Ganzen die Krone auf: *„Hinzugefügt sei, daß das Eingreifen des Militärs von dem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung mit Begeisterung, mit Enthusiasmus oder zumindestens mit großer Befriedigung begrüßt worden ist. Das muß auch einmal mit aller Klarheit gesagt werden."*

Was Beermann hier in „aller Klarheit" sagt, heißt, daß der Massenmord von dem überwiegenden Teil der Bourgeoisie (nicht nur in Chile) nicht nur begeistert begrüßt worden ist, sondern daß der internationale Imperialismus alles getan hat, damit der Putsch zustande kommt. (siehe CIA, ITT usw.) Für Beermann und andere Faschisten besteht der „überwiegende Teil der Bevölkerung" aus faschistisch aufgehetzten Kleinbürgern. Die Masse des Volkes, Arbeiter, Kleinbauern usw. sind für diese Leute Dreck, der, wenn er sich erhebt, zusammengeschossen werden muß.

Beermann ist kein Einzelfall in der SPD. Der Brigadegeneral der Bundeswehr Dr. Beermann gehört in der SPD zu denen, die das Bindeglied zwischen Parteiführung und Offizierskorps bilden. Neben dem ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Georg Leber, dem heutigen Kriegsminister, und dem Hauptmann der Reserve, Bundeskanzler Helmut Schmidt, ist er führend dabei, die Militarisierung und Faschisierung von Staat und Gesellschaft auch in der SPD voranzutreiben.

Die Äußerungen Beermanns zeigen noch einmal, was von dem Geschwätz anderer SPD-Politiker zu halten ist, die BRD sei „nicht Chile", die Bundeswehr sei „demokratisch" und „verfassungstreu", einen Putsch wie in Chile könne es in der BRD nicht geben. Wenn schon der „Sozialdemokrat" Beermann so offen seine Genugtuung über den faschistischen Putsch äußert, dann kann man sich denken, wie es in der Bundeswehrführung aussieht! ●

Bezirkszelle St. Georg
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Kapitalistischer Sport: Mit Müller und Beckenbauer gegen die Arbeiterklasse

Rund 20 Millionen Menschen treiben in der BRD Sport: Etwa 12 Mio. sind in Sportvereinen organisiert, der Rest betätigt sich als „Trimmer" und Freizeitsportler.
Unter dem Vorwand des Dienstes an der „Volksgesundheit" werden die Sporttreibenden zu Arbeitsfreude und Leistungsstreben im Sinne der Bourgeoisie trainiert. Elite- und Leistungsvorstellungen, Phrasen vom Gemeinwohl und der Volkskraft kennzeichnen die Ideologie des kapitalistischen Sports.

1893 führte die Harburger Gummi-Kamm-Kompanie den zwangsweisen Turnunterricht für junge Arbeiter ein. Die „Deutsche Turn-Zeitung für Frauen" berichtete 1900 darüber: *„Die Leute waren im vergangenen Jahr aufmerksamer beim Arbeiten, gewandter beim Hantieren und zuvorkommender im Verkehr. Wir betrachten daher als Erfolg des Turnens: Abnahme an Erkrankungen, Abnahme an Verletzungen und Unfällen, Besserung der Moral und Sitten."* ... und die Gummi-Kapitalisten betrachteten ihre Kontobücher und sahen vor allem ihren finanziellen Erfolg.

1925 sprach der Kapitalist Meurer von der Aufgabe des Sports, *„die wirtschaftliche Wiedererhebung mit neuer Quell- und Stoßkraft auszustatten."*

Sport sei die *„Entwicklung geistiger und körperlicher Kräfte zur Höchstleistung und deren fachgerechte Einordnung in das wetteifernde Spiel einer auf höchsten Wirkungsgrad eingestellten Lebensgemeinschaft."*

In einer Petition an den Deutschen Reichstag hatte der Großkapitalist und 2. Vorsitzende des Deutschen Ruderverbandes Oscar Ruperti schon 1914 vermerkt: *„Wer jemals die Olympischen Spiele mitgemacht hat, weiß, daß es – von Kriegen abgesehen – kein besseres Mittel gibt, vaterländische Begeisterung zu entflammen, als diesen Wettkampf der Nationen, bei dem Sieg und Niederlage ganz anders in die Augen springen als beispielsweise im Wettkampf auf Kongressen usw. Dazu kommt, daß die Olympischen Spiele bereits solche Bedeutung gewonnen haben, daß der Erfolg für das internationale Ansehen mitspricht. Wie ein tüchtiges deutsches Kriegsschiff Deutschlands Ansehen mehrt, so auch ein ehrenvolles Abschneiden bei den Olympischen Spielen."* Und weiter: *„Die Fortschritte im Deutschen Sport sind Deutschlands Segen. Deutschland braucht wehrfähige Männer, es braucht auch im Frieden gesunde Arbeitsmenschen und gerade kräftige Charaktere."*

Diese scharfen kapitalistischen Schnacks sind beileibe keine alten Kamellen – Sport wird heute von den Kapitalisten für die gleichen Ziele eingesetzt: Für „gesunde Arbeitsmenschen", für „wehrfähige Männer", für „vaterländische Begeisterung", für „wirtschaftliche Wiedererhebung" und für vieles mehr. In der Verschleierung dieser Ziele sind die Kapitalisten allerdings geschickter geworden.

Die Farbenfabriken BAYER geben jährlich etwa 1,5 Mio. DM für die sportliche Betätigung der Arbeiter und Angestellten aus – aber nicht aus Menschlichkeit und „sozialer Verantwortung", sondern getreu dem Motto: „Ein gesunder Arbeiter ist ein besserer Arbeiter". Das Geld, das die Kapitalisten hier auf den Tisch legen, kommt dicke wieder rein, denn dieser Sport macht die Arbeiter fit für den Profit! Außerdem fördert der Betriebssport die Ideologie von der Betriebsgemeinschaft: *„In der Gemeinschaft des Sports können sich Betriebsangehörige kennenlernen, neue Arbeitskollegen finden Gelegenheit, Kontakte aufzunehmen. Wird dieser Teamgeist auf die Arbeit im Betrieb übertragen, so kann eine Betriebsgemeinschaft entstehen, der Menschen angehören, die sich im Sportgeschehen Entschlußfähigkeit erworben haben ... Menschen, die wissen, daß sie ernst genommen werden, daß sie zählen, werden ihre Arbeit gern verrichten, ihre Leistungsbereitschaft wird steigen. Fehlzeiten werden seltener, die Einstellung zur Firma wird positiver und die Produktivität höher sein als in vergleichbaren Betrieben, in denen kein Betriebssport durchgeführt wird."* (aus: Die Leibeserziehung, 2/70)

In diesem Sinne äußerte sich auch der Versandhauskapitalist Neckermann. Der mehrfache Goldmedaillengewinner im Dressurreiten und Vorsitzender der Sporthilfe, dressiert als Sportsmann nicht nur Pferde, sondern will den Sport auch zur geistigen und körperlichen Dressur der arbeitenden und lernenden Menschen einsetzen:

„Im Sport müssen wir alle sozialen Unterschiede verwischen. Deshalb habe ich den Vorsitz der Sporthilfe übernommen." Mit anderen Worten: Der Sport soll die Sozialpartnerschaft vorspiegeln, er soll zum „Abbau der Klassenschranken" eingesetzt werden. Zumindest im Sport soll dann den arbeitenden Menschen einleuchten, daß „alle in einem Boot" sitzen.

Fit fürs Vaterland

Sport soll nicht nur für den Klassenfrieden im Betrieb, sondern auch für den „nationalen Klassenfrieden" sorgen. Käthe Strobel, ehemalige SPD-Gesundheitsministerin meinte dazu: *„Wir betrachten den Sport als einen stabilisierenden Faktor in unserer Gesellschaft."*

Pierre de Coubertin, der 1896 die Olympischen Spiele wieder ins Leben rief, hatte das schon im letzten Jahrhundert erkannt: *„Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billigste Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen Alkohol und das produktivste an beherrschten und kontrollierten Energien ist."*

Der ehemalige Bundesinnenminister der CDU, Schröder, forderte den Deutschen Sportbund 1954 in diesem Sinne auf: **„Führen Sie die Jugend in Ihren Reihen ... in der Ihnen eigenen unauffälligen Weise behutsam, aber mit prägsamer Kraft zum Staat hin ..."** Sport als politische Waffe der Kapitalisten aus dem Hinterhalt („in der Ihnen eigenen unauffälligen Weise") soll die Jugend, vor allem die Arbeiterjugend „zum Staat", also in die Arme der Bourgeoisie treiben – diese Möglichkeit haben die Kapitalisten schon im letzten Jahrhundert erkannt, und sie haben diese politische Waffe gegen die Arbeiterklasse seither noch gewetzt und geschärft.

Man denke nur an die „Einheit der Nation", wenn z.B. die BRD-Fußballnationalmannschaft gegen die Elf eines anderen Landes antritt. In einem Trommelfeuer nationalistischer Überheblichkeit wird die Bevölkerung durch die einschlägigen Blätter der reaktionären Presse politisch vorbereitet. Vom: „Deutschland voor – noch ein Toor" bis: „Deutschland, Deutschland über alles" ist da nur noch ein winziger Schritt. Als 1954 die „Nationalelf" als Weltmeister aus Bern zurückkam, bescheinigte der damalige Vorsitzende des Deutschen Fußballbundes der Mannschaft, sie habe die „Repräsentanz bestem Deutschtums im Ausland" dargestellt.

Dieses Jahr werden in der BRD die 10. Fußballweltmeisterschaften stattfinden. Schon seit geraumer Zeit werden in der bürgerlichen Presse die propagandistischen Vorbereitungen dafür getroffen: Das Spekulieren um die Spieler und die Mannschaft, um die Gegner, das Ausrechnen der Chancen usw. soll die arbeitende und lernende Bevölkerung schon jetzt in den Bann ziehen. Die Sorge um Müllers Knie und Netzers Form soll die Sorgen um den Abbau der „Lebensqualität" verbannen. „Nationalhelden" wie Müller & Co. sollen vormachen, daß mit Leistung, emsigem Streben und Enthaltsamkeit der Schritt vom kleinen Mann zum Millionär zu schaffen ist. Und damit das schon die Kinder in der Schule merken, packt man Müller- und Seeler-Bilder in Brausetüten und Fotos von erfolgreichen Fußballmannschaften in Schokoladenpackungen, verkauft Sammelalben für diese Bilderserien, um schon von Kindesbeinen den Menschen klar zu machen, daß sich Fleiß lohnt.

Und wenn der „Bomber Müller" sich in trauter Eintracht mit CSU-Strauß fotografieren läßt, um für diese Partei Reklame zu machen, und Beckenbauer (außer für die CSU) für Unox-Suppen Werbung macht („Kraft in den Teller"), sollen die Menschen „ihren" Helden auch hier nacheifern.

Sport im imperialistischen Konkurrenzkampf

Der organisierte kapitalistische Sport leistet für die Kapitalisten noch mehr „gute" Dienste: *„Der Leistungssport hat eine Bedeutung für die Gesellschaft schlechthin. Der sportliche Erfolg gilt heute als ein Gradmesser für die Leistungskraft des Volkes"*, spricht Josef Neckermann in einem Bittbrief an seine bourgeoisen Freunde, als er sie um Spenden für die Sporthilfe anhielt. In der Satzung der Sporthilfe steht demzufolge auch, daß es ihr Zweck ist, „Sportler und Sportlerinnen zum Ausgleich für ihre Inanspruchnahme durch die Gesellschaft und der nationalen Repräsentation ideel und materiell zu fördern." Mit „nationaler Repräsentation" und „Leistungskraft des Volkes" ist die Repräsentation der BRD-Industrie vor der ganzen Welt gemeint. Diese „Repräsentation" ist so wichtig, daß es sich die Kapitalisten leisten können, die für 2 Mrd. DM gebauten Sportanlagen für die Olympiade 72 in München brachliegen zu lassen. Hier konnten die Kapitalisten die BRD der Weltöffentlichkeit als glückliches, spielerisches und zufriedenes Land präsentieren. (Ähnliches hatten die Nazis mit der Olympiade 1936 in Berlin im Sinn: Hier wurde der Welt vorgemacht, wie „friedfertig" der Faschismus war, wie glücklich die Menschen in Nazi-Deutschland lebten und wie leistungsstark die kapitalistische deutsche Wirtschaft war.)

„Nationale Repräsentation", das ist bei internationalen Sportereignissen vor allem die Repräsentation der Leistung. Der Medaillenspiegel der Olympiaden soll nicht nur über sportliche Leistungen Auskunft geben, er wird auch als Gradmesser wirtschaftlicher Leistungskraft gesehen.

Als z.B. im Laufe der Jahre die USA bei den Olympischen Spielen immer schlechter abschnitten, jammerte der ehemalige US-Präsident Kennedy: *„Das Ergebnis ist aller Welt sichtbar und wird als Beweis für ein Nachlassen unserer einst bewunderten nationalen Stärke registriert."* Als im Sommer 1971 die ➡

Sozialwahlen – ein großer Bluff!

In den letzten Wochen waren in der bürgerlichen Presse, an Litfaßsäulen und vor allem in Publikationen der Gewerkschaftsführung Aufrufe zu den sogenannten „Sozialwahlen" zu lesen. So hieß es beispielsweise in einem Wahlaufruf des DGB: *„Vom 5. April bis zum 26. Mai 1974 sind Sozialwahlen. Da können Sie entscheiden, wer in den nächsten 6 Jahren die Sache der Angestellten in der Sozialversicherung vertreten soll. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Sorgen Sie dafür, daß tatkräftige und verantwortungsbewußte Frauen und Männer in die Sozialparlamente kommen. Es ist zu Ihrem Vorteil."*

Worum geht es? So ziemlich jeder Mensch in der BRD ist versichert. Die Kapitalisten und die höherverdienenden (Selbständige, höhere Beamte usw.) haben sich meist privat versichert, weil sie es sich eben leisten können. Der große Teil der Arbeiter und Angestellten ist jedoch „sozialversicherungspflichtig", d.h. Mitglied in einer gesetzlichen Krankenkasse. Durch die Sozialversicherungspflicht genießt der Arbeiter einen gewissen Schutz bei Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit, als Rentner und als Arbeitsloser. Dafür führt der Arbeiter monatlich einen bestimmten Beitrag an die Sozialversicherungsträger ab. Die Sozialversicherung gliedert sich in

- Unfall-,
- Renten-,
- Arbeitslosen- und
- Krankenversicherung.

Der Jahresetat der gesetzlichen Sozialversicherungen beläuft sich auf über 50 Milliarden DM, die die Arbeiterklasse von ihrem Lohn bezahlen muß.

Der Anteil für die Zahlung von Beiträgen für die gesetzlichen Versicherungen beläuft sich auf etwa 30,2 % und schlüsselt sich wie folgt auf:

Bruttolohn:	100.0 %
Krankenversicherung:	10.4 %
Rentenversicherung:	17.0 %
Arbeitslosenversicherung:	1.3 %
Unfallversicherung:	1.5 %

(Angaben aus: Bundesminister für Sozialordnung: Übersicht über die soziale Ordnung, 1970).

Diese Zahlen erscheinen zunächst ziemlich hoch, da auf den Lohn- und Gehaltsstreifen meist niedrigere Angaben zu finden sind. Das liegt daran, daß die Kapitalisten die Hälfte der gesetzlichen Versicherungsbeiträge scheinbar bezahlen. Das ist jedoch eindeutig Betrug seitens der Kapitalistenklasse, um sich zum einen als „Wohltäter" aufzuspielen und zum anderen sich als „Sozialpartner" hinzustellen. Sie verschweigen dabei bewußt, daß die Sozialversicherungsbeiträge seitens der Arbeiterklasse Reproduktionskosten darstellen, um die Ware Arbeitskraft zu erhalten. Damit sind diese Beiträge Bestandteil des Lohnes bzw. Gehalts! Umgekehrt ausgedrückt, behält sich der Kapitalist einen Teil des Lohnes ein, um damit zum einen ideologische Ziele zu verwirklichen (Sozialpartnerschaft), zum andern aber auch, um damit die Hälfte der Sitze und Stimmen in den „Selbstverwaltungsgremien" der Versicherungen zu legitimieren.

Der Schwindel der sogenannten „Selbstverwaltung"

Die Kontrolle und der Einsatz der Gelder in den gesetzlichen Sozialversicherungen obliegt eindeutig den Kapitalisten, die über sie verfügen und auch ihren Profit machen (Pharmazeutische Industrie, Apotheken, Ärzte usw.) Vor der Arbeiterklasse aber wird behauptet, daß ihre Gelder von „Selbstverwaltungsorganen" „verwaltet" werden. Diese „Selbstverwaltungen" bestehen aus „paritätisch" besetzten Gremien, zur Hälfte Kapitalisten, zur anderen Hälfte „Arbeitnehmervertreter".

Um diesen ganzen Schwindel vor der Arbeiterklasse auch schön zu wahren, finden dann alle 6 Jahre die „Sozialwahlen" statt, die bisher nur wenig Beachtung gefunden haben.

Das lag daran, daß diese „Wahlen" zum großen Teil gar nicht erst durchgeführt wurden. In der Satzung dieser „Selbstverwaltung" heißt es nämlich u.a., daß eine Wahl dann überflüssig ist, wenn sich Kapitalisten und „Arbeitnehmervertreter" bereits über die Zusammensetzung des „paritätisch" besetzten Gremiums einig sind (!). Diese „Friedenswahlen" sind so „demokratisch", daß bei über 2000 Wahlkreisen nur in rund 50 davon gewählt wird. Fanden aber trotzdem ab und zu „Sozialwahlen" statt, so zeichneten sich diese Wahlen durch eine sehr geringe Wahlbeteiligung aus. So betrug die Wahlbeteiligung 1968 nur etwa 20%.

Sozialwahlen orientieren auf „Sozialstaatlichkeit"

In ÖTV-Zeitschriften wurde lobenswert hervorgehoben, daß in unserer Gesellschaft die „Sozialstaatlichkeit" zum „Verfassungsprinzip" erhoben worden sei. Es *„darf nicht verschwiegen werden, daß viele unserer Forderungen nur deshalb verwirklicht werden konnten, weil die Gewerkschaften mit der sozialliberalen Koalition einen verständnisvollen und aufgeschlossenen (!) Partner für den weiteren Ausbau der sozialen Bereiche unseres Staates fanden ..."*. *„Der Gesetzgeber hat den Organen der Selbstverwaltung aber einen wesentlich größeren Spielraum für eigenständige Betätigung gelassen, als viele Versicherte glauben."*

Wer bezahlt jedoch die enormen Kosten des Gesundheitswesens in diesem „Sozialstaat" wirklich? 1968 wurden 48,5 Mrd.DM insgesamt ausgegeben. Den Löwenanteil bezahlten die Sozialversicherungen (29 Mrd. DM), der Staat 8,7 Mrd.DM aus Steuergeldern. Die Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen bezahlten 40% (20 Mrd.DM). Davon wurden 14,5 Mrd.DM für die Behandlung in Krankenhäusern und durch die niedergelassenen Ärzte, sowie für Arznei- und Hilfsmittel ausgegeben. Die Kapitalisten brachten nur 3,2 Mrd.DM auf, 3 Mrd. davon für Lohnfortzahlungen, die vorher von den Kapitalisten als Unkosten eingeplant sind und genauso wie der „Arbeitgeberanteil" vorher vom Lohn einbehalten werden. Durch den „Arbeitgeberanteil" sollen die Kapitalisten als soziale Wohltäter erscheinen, die auch ein Interesse an einer guten gesundheitlichen Versorgung der Arbeiterklasse haben. Wie „groß" dieses Interesse in Wirklichkeit ist, sieht man daran, daß sie zwar formal die Definition der Weltgesundheitsorganisation angenommen haben, die besagt, Gesundheit sei ein *„Zustand vollständigen, physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß die Abwesenheit von Krankheit."* Durch Paragraphen der Reichsversicherungsordnung (RVO) haben sie sich jedoch Gesetze geschaffen, die diesen Zielen widersprechen: *„Der Versicherte hat Anspruch auf die ärztliche Versorgung, die zur Heilung oder Linderung nach den Regeln der ärztlichen Kunst (?) zweckmäßig und ausreichend ist. Leistungen, die für die Erzielung des Heilerfolgs nicht notwendig oder unwirtschaftlich (!) sind, kann der Versicherte nicht beanspruchen ... sie darf jedoch das Maß des Notwendigen (!) nicht überschreiten."* (§182,2 + 368e RVO). Von der CDU wurde auf ihrem Wirtschaftstag sogar festgestellt: *„Soziale Leistungen werden nicht vom Staat oder irgendeinem Dritten gewährt; sie müssen vorher in Form von Steuern, Beiträgen, einbehaltenen Lohnteilen und über den Preis von den Erwerbstätigen und Sozialleistungsempfängern selbst aufgebracht werden."* Die Ideologie des Sozialstaates wird in diesem Zitat von ihren Vertretern selbst widerlegt.

Durch die „Selbstverwaltung" bei den Sozialversicherungen sollen Mitbestimmungsillusionen verbreitet werden.

Zu den Sozialwahlen 1974

Vom April bis Ende Mai dieses Jahres fanden nun die Sozialwahlen für die Angestellten statt. Arbeiter und Angestellte wählen getrennt, da sie zum einen organisatorisch der „Bundesversicherungsanstalt für Angestellte" (BfA) unterstehen und in besonderen Angestelltenkrankenkassen pflichtversichert sind (Barmer Ersatzkasse, Deutsche Angestelltenkrankenkasse, Kaufmännische Krankenkasse Halle, nur um einige zu nennen).

Relativ „neu" an den „Sozialwahlen" dieses Jahres war, daß ziemlich viel Wirbel darum gemacht wurde, vor allem seitens der Gewerkschaftsführung. Bekannte Schlag- ➡

Leichtathletik - Nationalmannschaft zu den Europameisterschaften nach Helsinki abflog, erzählte Neckermann den Sportlern noch an der Gangway des Flugzeuges, wofür sie eigentlich Sport treiben: *„Denkt daran, daß ihr auch die deutsche Wirtschaft repräsentiert!"*

Beim Eindringen in neue Märkte und Absatzgebiete gehen die Imperialisten ebenfalls „sportlich" vor. Im Sportbericht der Bundesregierung von 1973 heißt es: *„Erfahrungsgemäß muß die Sportförderung in den Entwicklungsländern* (durch die BRD, die Red.) *zu den Maßnahmen gerechnet werden, die am meisten ,good will' für die Bundesrepublik schaffen. In vielen Entwicklungsländern ist die Hilfe der Bundesregierung zur Sportförderung hervorragend geeignet, die kulturpolitischen und nicht selten auch die außenpolitischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu stärken."*

Der Kapitalismus zerstört die physischen und psychischen Kräfte der Menschen durch schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Wohnverhältnisse, Luftverschmutzung, Lärm, schlechte Krankenversorgung, durch Hetze und Streß. Zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung scheiden aus gesundheitlichen Gründen durchschnittlich zehn Jahre vor Beginn des Rentenalters aus dem Produktionsprozeß aus.

Bei einer Jugendgesundheitsuntersuchung in Baden-Württemberg stellten Ärzte 1970 fest, daß jedem dritten Jugendlichen, der in der Berufsausbildung stand, eine Einschränkung seiner beruflichen Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen empfohlen werden mußte.

Bewegung und Sport sind für die meisten arbeitenden Menschen die letzte Rettung vor bleibenden körperlichen Schäden, die die Folge der unmenschlichen kapitalistischen Produktionsbedingungen sind.

Die Arbeiterklasse vor allem braucht also körperlichen Ausgleich – sie braucht allerdings nicht den kapitalistischen Sport, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse einsetzt, um die Menschen fit für den Profit zu machen und um sie zum friedlichen Nebeneinander mit ihren Ausbeutern zu zwingen.

„Unter dem Kapitalismus ist Sport und Turnen für die Bourgeoisie ein Mittel der Erweiterung ihres politischen Einflusses, ein Instrument zur Ausbildung des Kaders für die imperialistische Armee und ein profitbringendes Geschäft. Die breiten Massen der werktätigen Jugend sind unter dem Kapitalismus der Mittel und Möglichkeiten beraubt, eine wirkliche physische Erziehung und Sporttätigkeit zu betreiben", hieß es im Programm der Kommunistischen Jugendinternationale von 1928. Und an anderer Stelle: **„Turn- und Sportorganisationen sind und können keine politisch neutralen Organisationen sein. Sie sind sowohl für die Bourgeoisie als für die Arbeiterklasse Mittel der Verstärkung ihres politischen Einflusses und Hilfsmittel zur Durchführung bestimmter Aufgaben im Klassenkampf."**

Aus diesen Erkenntnissen heraus wurde schon 1893 mit der Gründung des „Arbeiterturnerbundes" ein erster Ansatz für eine selbständige proletarische Körperkultur geschaffen. 1919 hatte der ATB 742.000 Mitglieder. In den Vereinen des ATB wurde nicht nur geturnt und Sport getrieben, sondern es gehörte ebenso zu ihren Zielen, auf der theoretischen Grundlage des Marxismus die Proletarier für die Aufgaben im Klassenkampf vorzubereiten. Als der ATB durch maßgeblichen Einfluß reformistischer Kräfte der SPD immer mehr verbürgerlichte und zu einer unpolitischen Organisation gemacht werden sollte, formierten sich die klassenbewußten Arbeiter im ATB zu einer geschlossenen Fraktion innerhalb der Arbeitersportverbände, bis 1930 auf Initiative Ernst Thälmanns die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (KG)" gegründet wurde. Die proletarischen Sportler wurden uneingeschränkt mit in die Strategie des Klassenkampfeseinbezogen. *„Heute, wo der Hungerkurs des kapitalistischen Systems und die Auswirkungen der Rationalisierung, der Massenerwerbslosigkeit und aller übrigen Krisenfaktoren maßloses Elend in alle Arbeiterwohnungen trägt, heute, wo immer breitere Millionenmassen durch die systematische Verelendung geschwächt und zermürbt werden, wächst erst recht die Bedeutung der Arbeitersportbewegung als eines Faktors zur Erhaltung und Erweiterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital!"* (Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, Reden Auswahl 1919-1930, Bd. II, S. 439).

1933 besaß die KG in 3.400 Vereinen rund 250.000 Mitglieder. Im März 33 wurde die KG von den Nazis aufgelöst. ●

Menschenbehandlung „3. Klasse" Ein Leserbrief

Am 3. Mai fand in Eutin eine Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten" statt, die mit ihren braunen Reden Jugendliche verhetzen wollten.

Eine große Gruppe von Antifaschisten und Genossen versuchte jedoch, die faschistischen Verbrecher aus dem Saal zu vertreiben und eine eigene Veranstaltung durchzuführen. Sofort waren die eilig bestellten Bullen am Platz und knüppelten uns auseinander, wobei sie Mädchen an den Haaren durch den Saal schleiften, einen Genossen halb erwürgten und ihre Knüppel auf unseren Köpfen tanzen ließen.

Da sie mir einen harten Schlag versetzt hatten, mußte ich wenig später mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus.

Wie die „Gleichheit" der Menschen vor dem Gesetz in Wirklichkeit aussieht, hatten die Bullen ja schon demonstriert, denn gerade diejenigen, die sich aktiv für den antifaschistischen Kampf einsetzen, „verdienen" es in „unserem" Staat nicht, besser behandelt zu werden. Und was eben die „Gleichberechtigung" der gesundheitlichen Behandlung betrifft, so wurde mir ihr Sinn im Krankenhaus deutlich gemacht:

Als Patient „3. Klasse" können die Ärzte mit einem machen was sie wollen, und so pöbelte mich der Aufnahmearzt auch gleich an:

„Mensch, was haben sie denn für Drogen genommen, Opiate oder Valium?"

Daß ich ihm nichts von dem politischen Hintergrund dieses „Unfalls" erzählte, tat ich aus der wohl berechtigten Annahme heraus, daß „solche" Kranken in der Regel wohl noch schlechter behandelt werden. Dennoch hinderte ihn dies nicht daran, mich meines Geldbeutels und meiner gesellschaftlichen Stellung als Lehrling gemäß zu behandeln.

Ich versicherte ihm, weder Drogen noch sonst etwas genommen zu haben, sondern mit dem Kopf auf den Tisch aufgeschlagen zu sein, woraufhin er mich anschrie: „Das glauben Sie doch wohl selber nicht, dann sind Sie eben betrunken!" Ich wies ihn schwach darauf hin, daß wenn ich solche merkwürdigen Symphome durch einen Aufprall mit dem Kopf aufweisen würde, ich wohl eine Gehirnerschütterung haben müßte, aber er meinte nur: „Na ja, heute schlafen Sie sich mal aus!" Dann nahm er noch meine Personalien auf, wobei er sowohl meinen Namen als auch meine Adresse anzweifelte.

Mir war aber zu schlecht und zu schwindelig, als daß ich mich in der Lage gefühlt hätte, seine Unverschämtheiten zurückzuweisen. So wurde ich auf die Station gebracht. Die Kollegin, die mich begleitet hatte, fragte mich in ihrer Eigenschaft als MTA nach meinem Zustand und dem Befund der Röntgenuntersuchung und wurde von dem Arzt herausgeschmissen mit dem Geschrei: „Wer ist hier eigentlich der Arzt, ich oder Sie?!"

So lag ich dann drei Tage auf der Station und nur einmal kam der Chefarzt und meinte: „Na, wohl einen über den Durst getrunken, wie?"

Ich mußte mich oft übergeben und hatte starkes Nasenbluten und Kopfschmerzen, aber das interessierte die Ärzte gar nicht, nur der Aufnahmearzt kam noch einmal vorbei und meinte zynisch: „Na, Sie sind ja immer noch da?"

Erst am dritten Tag, nachdem ich vom Stationsarzt Aufklärung über diese Unverschämtheiten gefordert hatte, wurde ich noch einmal untersucht und auf Gehirnerschütterung hin behandelt!

Doch nicht nur ich bekam zu spüren, wie man als Mensch „3. Klasse" behandelt wird. Wir lagen mit neun Frauen wegen Überfüllung auf dem Flur. Fünf waren frisch operiert und hatten besonders unter dem ständigen Geklingel und dem Klappern aus der Küche zu leiden. Es war so eng, daß die Besucher im Vorbeigehen den Frauen fast die Tröpfe aus den Venen rissen.

Die Krankenschwestern versuchten zwar immer freundlich und hilfsbereit zu sein, aber für die 50 Patientinnen waren nur zwei (!) gelernte Schwestern, drei Schülerinnen und zwei Angelernte da. Täglich mehrere Überstunden zu machen bei dem ohnehin anstrengenden und aufreibendem Dienst, waren durchaus normal. Die verantwortlichen Ärzte kamen nur auf Stipvisite, alles andere mußten die Schwestern und die Assistenten machen. Kam jedoch der Chefarzt, so buckelten die Ärzte in einem langen Schwanz hinter ihm her.

Auf dieser Seite also Lärm, Unruhe, mangelnde Betreuung, Überbelastung der Schwestern und grobe Behandlung durch die Ärzte - auf der anderen Seite die Privatpatienten, die allein im ruhigen Zimmer mit Telefon und Fernseher liegen.

Dieser Fall steht beispielhaft für die Realität in „unserem Sozialstaat".

Die Arbeiter kriegen nur das Nötigste, um ihre Knochen wieder für die Produktion zusammenzuflicken, für die Bourgeoisie ist keine Pflege, kein Medikament gut genug!

So wird auf unserem Rücken, auf dem Rücken der total überlasteten Schwestern und Assistenzärzten die Misere des Gesundheitswesens ausgetragen, und der kapitalistische Klassenstaat hat nicht das mindeste Interesse daran, dies zu verbessern. ●

Eine Kieler Metallgenossin

HITLER - „NOSTALGIE" IN DER SPD

Die sogenannte „Nostalgie-Welle" hat viel von dem braunen Schmutz emporgebracht.

Erst kürzlich erschien ein „Großer Bildband über die Waffen-SS" vom Munin-Verlag, Osnabrück, der auch Herausgeber einer faschistischen Zeitung „Der Freiwillige" ist. Zu dieser Neuerscheinung erhielt der Verlag eine Zuschrift über *„die Beurteilung der Waffen-SS"*, die der Schreiber *„uneingeschränkt"* mit dem Faschisten-Verlag teilt.

Er empfindet es *„als besondere Tragik, daß die politische Beurteilung dieser Frage in den ersten Jahren der Bundesrepublik von den Siegermächten in einer so ungerechten, emotionsbegründeten, einseitigen Weise beeinflußt bzw. festgelegt wurde und daß bis in jüngster Zeit ein Abrücken von den Fehlurteilen* (hier sind die politischen „Fehlurteile" gemeint!) *durch offizielle Aussagen der Parteien unterblieben ist."*

Der Briefschreiber bittet abschliessend um *„eine Darstellung der heute noch bestehenden Benachteiligung für Angehörige der Waffen-SS in der Gesetzgebung der BRD (!)."* (nach ED, 5.6.74)

Diese liebevolle Aufbesserung des Images der faschistischen Mörderbanden stammt vom Vizepräsident des Hessischen Landtages und SPD-Abgeordneten Hans Otto Weber.

---

worte aus dem Repertoire der Sozialdemokraten wie „sozialer Fortschritt", „Mitbestimmen und Mitentscheiden" usw. und die Aufforderung an die Kollegen, die „Arbeitnehmervertretung" mit „klugen Köpfen" (gemeint sind die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre) zu besetzen, sollten dazu beitragen, den „gewerkschaftlichen Einfluß" in den „Selbstverwaltungsorganen" zu stärken. So stellten sich auch „bewährte" sozialdemokratische Gewerkschaftsführer als Kandidaten auf, wie z.b.:

- Ferdinand Eichhorn, stellvertretender Vorsitzender der IG-Chemie,
- Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB,
- Siegfried Bussjäger, Pressesprecher der ÖTV.
- Bei den letzten Wahlen Heinrich Jakobi, stellvertretender ÖTV-Vorsitzender.

Dort sitzen sie dann mit den Kapitalisten „in einem Boot" und lassen sechs Jahre lang nichts mehr von sich hören. (Das ist für solche Herren auch besser, denn wenn sie vor den Kollegen Rechenschaft über ihre „Arbeit" ablegen würden, käme manches zum Vorschein, was ihnen gar nicht so lieb wäre, untersucht man einmal etwas genauer die kapitalistische Gesundheitspolitik).

Es ist interessant, daß in den gewerkschaftlichen Zeitschriften zwar großer Wirbel um „Mitbestimmung" und „sozialen Fortschritt" gemacht wurde, dafür aber eine Rechenschaft z.B. über die Arbeitgeber der Beiträge, die die Arbeiterklasse gezahlt hat, völlig fehlt. Kein Wunder, denn ein großer Teil der Ausgaben kommt den Kapitalisten selbst zugute bzw. anderen Leuten, die daran verdienen (Chemische Industrie, Ärzte und Apotheker), während die „Fürsorge" gegenüber der Arbeiterklasse hintenan steht und darauf ausgerichtet ist, die Ware Arbeitskraft möglichst schnell wieder zur Verfügung zu haben.

Das Wahlergebnis der „Sozialwahlen" 1974

Durch den Wahlrummel und durch die Einführung der Briefwahl stieg die Wahlbeteiligung von knapp 20% im Jahr 1968 auf ungefähr 40% bis 45% in diesem Jahr bei den Angestellten. Das angebliche Ziel der Gewerkschaftsführung, „die Arbeitnehmerseite im Selbstverwaltungsorgan zu stärken", wurde aber nicht erreicht – im Gegenteil.

Neben dem DGB und der DAG beteiligten sich bei den vorhergehenden und bei den diesjährigen Wahlen auch Kapitalisten oder deren Vertreter bei den Wahlen auf „Arbeitnehmerseite" (!). So z.B. die

- Union Leitender Angestellter (ULA), in der hauptsächlich Manager und leitende Angestellte organisiert sind.
- der „Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband",
- der „Verband Weiblicher Angestellter",
- die „Gemeinschaft der Versicherten und Rentner der BfA", ein Häuflein oberer Verwaltungsbeamter in den Krankenkassen.

Diese kleinen ständischen Vereine waren auch schon bei früheren Wahlen auf der „Arbeitnehmerseite" vertreten – d.h. von einer „Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Parität" konnte selbst formal nie die Rede sein. Das machen den ganzen Schwindel dieser Sache nur noch offenkundiger.

Das Wahlergebnis bei den Sozialwahlen in diesem Jahr im Bereich der Angestellten ist sehr interessant:

Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 45% für die Vertreterversammlung zur Selbstverwaltung konnten 30 „Arbeitnehmervertreter" gewählt werden. Betrug die Anzahl der gewerkschaftlichen Vertreter 1968 noch 24 (DAG und DGB zusammengenommen) so sank dieser Anteil in diesem Jahr auf 13 Sitze. Dabei büßte der DGB 4 Sitze und die DAG sogar 7 Sitze ein, d.h. der Anteil von DGB und DAG sank auf weniger als 50%. Andererseits haben die ständischen Organisationen gewonnen: von den 30 zu vergebenden Sitze erreichten sie insgesamt 17. Das Wahlergebnis im einzelnen:

DAG	8 Sitze
DGB	5 Sitze
Union Leitender Angestellter	2 Sitze
Deutscher Handel- und Industrieangestelltenverband	2 Sitze
Verband Weiblicher Angest.	2 Sitze
Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK)	4 Sitze
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	7 Sitze

Was besagt das Wahlergebnis?

Von den ohnehin nur 45%, die sich an der Wahl beteiligten, dürfte ein großer Teil aus dem Bereich der Leitenden Angestellten sich kaum an der Wahl beteiligten. Das zeigt auch die Niederlage der DAG und des DGB bei diesen Wahlen. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß bei den meisten Kollegen Unkenntnis und Unklarheit über die „Sozialwahlen" vorherrscht, daß sie nicht wissen, um was es dabei überhaupt geht. (Das ist durchaus im Interesse der Kapitalisten). Von daher erklärt sich auch, daß einige Angestellte die ständischen Gruppen, die sich als „Arbeitnehmer" ausgaben, gewählt haben. In diesem Sinne äußerten sich auch Vertreter der Krankenkassenverbände zufrieden über den Ausgang der Wahl: sie *„halten das erreichbare Optimum der Wahlbeteiligung mit den erzielten Ergebnissen für nahezu ausgeschöpft"*. (Nach „Handelsblatt" vom 28.5.74) ●

Gesundheitskommission der Bezirksorganisation in Zusammenarbeit mit einem Chemie Genossen KB/Gruppe Hamburg

Geschichtliche Entwicklung der Krankenversicherung

Das heutige Gesundheitswesen ist das Ergebnis über 100-jähriger Klassenkämpfe.

- Die ersten Einrichtungen für gegenseitige solidarische Hilfe gegen materielle Folgen von Arbeitsunfall und Krankheit entstanden in Deutschland im 16. Jahrhundert (Knappschaften).
- In den Jahren 1800 bis 1847 entstanden die Krankenkassen, sie waren Keimformen der Gewerkschaften und somit eine Sache der Arbeiterklasse.
- Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung 1883 bis 1889 brachte der Arbeiterklasse die entscheidende Errungenschaft einer Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Alter. Dieses war das Zuckerbrot zur Peitsche (Sozialistengesetze). Mit dieser sozialpolitischen Maßnahme versuchte die Bourgeoisie, die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzulenken.
- Die Weimarer Republik brachte der Arbeiterklasse in den Jahren 1918 bis 1928 weitere Leistungsverbesserungen. Diese Fortschritte waren vor allem ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918. Entscheidende Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, nach Ausdehnung der gesetzlichen Pflichtversicherung auf alle Arbeiter und Angestellten, nach Beseitigung der Zersplitterung der Sozialversicherung in tausend verschiedene Kassen, nach Befreiung der Sozialversicherung von der Vormundschaft der Unternehmer und der behördlichen Bürokratie, nach Schaffung einer echten Selbstverwaltung durch die Versicherten blieben unerfüllt.
- Unter der Herrschaft des Faschismus verlor die Sozialversicherung gänzlich ihren sozialen Charakter. Sie wurde zu einem Teil des faschistischen Unterdrückungsapparates und diente als Kapitalsammelstelle für die Finanzierung des faschistischen Raubkrieges. Über 20 Mrd. RM Vermögen der Sozialversicherung wanderten in die faschistische Kriegskasse.
- Nach 1945 wurden die unerfüllten Forderungen von der Arbeiterklasse wieder aufgenommen. Im Zuge der Restauration des westdeutschen Imperialismus hat die Sozialversicherung sich zu einem kapitalistischen Unternehmen entwickelt. Im Zuge der Mitbestimmungspropaganda wird vom DGB die Mitbestimmung auch in der Sozialversicherung gefordert. Die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung wird jedoch vom DGB nicht gefordert! So gab es 1951: 1992 Krankenkassen mit ca. 20 Mill. Versicherten (1907 gab es 23.400 Krankenkassen) und 1968 waren es 1.878 Kassen mit ca. 29 Mill. Versicherten. Der Rückgang der Zahl der Krankenkassen bei steigenden Versichertenzahlen ist eine Folge des Konzentrationsprozesses im Imperialismus.

Einen wesentlichen Einfluß auf die ökonomische und politische Entwicklung der Krankenkasse hatte die Arbeiterklasse noch nicht.

"ÄRZTLICHES ETHOS": BESSER EIN MONGOLOIDES KIND ALS EINE ABTREIBUNG

Human-Genetik-Professor Lejeune im Deutschen Ärzteblatt: (Heft 22)

„Ich glaube, wir sollten das anomale Kind nicht töten; kurz und klar. Ich habe viele solche Auseinandersetzungen mit betroffenen Eltern erlebt. In einem Fall fragte mich eine Mutter: ‚Ich habe schon ein Kind mit Trisomie 21 (Mongoloismus) und möchte noch ein Kind, aber ein gesundes. Würden Sie bei mir die Amnionpunktion machen?' ich sagte ihr: „Ich werde es nicht tun." (Amnionpunktion = Entnahme von Fruchtwasser während der Frühschwangerschaft zur Untersuchung auf Erbschäden des Embryos) Ich werde die Amnionpunktion nicht vornehmen, weil ich nicht den Tod, die Abtreibung des Kindes will, wenn es anomal sein sollte."

Ein Kommentar erübrigt sich.

In der Vorlesung

PROFESSOR LIESS PATIENTIN STERBEN

Den nachfolgenden Text über einen skandalösen Fall entnehmen wir der „Roten Fahne" (der „KPD") vom 29.5.74 (nr. 22):

Letzte Woche starb in Aachen eine schwerkranke Patientin, die Frau eines marokkanischen Arbeiters unter den Augen eines Medizinprofessors, während er den Studenten über die Theorie des Falles dozierte. Welche Menschenverachtung steckt in solchen Ärzten, für die Patienten nicht zum Heilen, sondern als Material für ihre Professorenschau gut sind. Welche Heuchelei ist die ärztliche Ethik, auf die sich die reaktionären Vertreter dieses Standes immer berufen, wenn ihr Geschäft mit der Krankheit angegriffen wird!

Schwerkranke Patientin diente der Professorenschau Sie starb!

Dieser Fall ist ein empörendes Lehrbeispiel dafür. „Kollegialität" dient dazu, den Fall zu vertuschen, die „Schweigepflicht" dazu, die Angelegenheit unter den Tisch zu wischen.



Zynisch und feist grinsend: der Schlächter und Menschenverachter im „weißen Kittel", der Herr Professor Doktor Reifferscheid

Das ist dem Schuldigen, Professor Reifferscheid mißlungen, weil die Fachschaft Medizin diesen Vorfall mutig veröffentlichte. Die Studentenvertreter erklärten: „Auf der einen Seite stand die ärztliche Kollegialität, wie sie in solchen Fällen immer wieder gefordert wird. auf der anderen Seite die Solidarität mit in solchen Situationen wehrlosen Patienten. Gerade als Medizinstudenten haben wir die Pflicht, diese Solidarität an die erste Stelle zu setzen,"

Nachstehend drucken wir die Korrespondenz eines Medizinstudenten aus Aachen.

Am Dienstag, dem 21.5. wurde morgens in unserer Chirurgie-Vorlesung eine ausländische Patientin mit einem Magen-Volvulus (Magenverdrehung vorgestellt; wir hatten sie schon vorher aus dem Vorbereitungsraum schreien hören. Fast eine halbe Stunde (!) lang mußte sie im Hörsaal als „Fallstudie" dienen. Sie wälzte sich unter der Bettdecke, rang mit ihren Armen, erbrach sich, während Professor Reifferscheid seine Vorlesung über die Theorie dieses Falles untermauert von Röntgenbildern entwickelte. Die Frau wurde während dieser Zeit nicht ärztlich betreut und erhielt keine Kreislaufstützung, obwohl sie anschließend zur Operation sollte und sich – wie Professor Reiferscheid später selbst sagte – im Schockzustand befand. Erst als nach 25 Minuten ein Pfleger den Puls der Patientin überprüfte und den wohl alamierenden Zustand Professor Reifferscheid leise mitteilte, wurde die Frau schnell aus dem Hörsaal geschoben.

Die Studenten, die Professor Reifferscheids Verhalten in dieser Situation kritisierten und feststellten, daß zur Erklärung der Krankheit der Todeskampf der Patientin, die bis zum Hals zugedeckt war, nicht beitragen könne, wurde von ihm so abgefertigt: Kreislaufschock gehöre mit zu dem Krankheitsbild, er habe das in der Hand. Im übrigen hätten wir nicht das nötige Wissen, um den Fall beurteilen zu können. Noch während im Hörsaal diskutiert wurde, starb die Patientin auf dem Weg zum Operationssaal. Am nächsten Morgen mußte sich Professor Reifferscheid die Frage der empörten Studenten gefallen lassen:

- *Warum kein Narkosearzt zur Überwachung der Patientin dagewesen sei,*
- *ob er wisse, daß der nächste Narkosearzt über 50 Meter (sogar 80 Meter, wie sich später herausstellte) entfernt sei.*
- *ob die Frau eines Arztes oder eines Rechtsanwaltes auch in einem solchen Zustand vorgeführt worden wäre?*

Wieder versuchte er, den Vorfall kurz abzutun. Währenddessen hatte schon das Personal auf der Station Anweisung erhalten Stillschweigen über die Sache zu wahren. Und als am Freitag eine Dokumentation der Fachschaft über die empörenden Ereignisse herauskam und sich wie ein Lauffeuer verbreitete, griffen die Herren zum Mittel der Zensur und ließen die dokumentation im Klinikgebäude und in der Hauptmensa, überall, wo sie noch aufzuspüren war, einsammeln.



Sein Opfer Jamina Abdelyaliki mit Ehemann: ihr öffentlich zur Schau gestellter Todeskampf diente dem Herrn Professor zur Veranschaulichung seines Vortrages

Schon am gleichen Tag wurde vom Staatsanwalt eine Obduktion angeordnet und erste Kommilitonen als Zeugen über die Vorfälle verhört. Wir werden uns aber in unseren weiteren Arbeit nicht mit den Schritten des Staatsanwaltes zufrieden geben, sondern an diesem Fall die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesundheitspolitik und die Mundtotpolitik gegen alle, die sich für die Interessen der „Menschen zweiter Klasse" im Krankenhaus einsetzen, weiter anzuprangern.

Dieser Fall hat bei vielen Kommilitonen die Illusionen ins Wanken gebracht und das Eis gebrochen, für die gerechte Sache des Volkes einzutreten und sich nicht mit der Zukunft eines gutsituierten Arztes auf Kosten der Patienten zu versöhnen.

(„Rote Fahne")

Die „FR" vom 4.6. bringt dazu folgende Meldung: „Lunge, eine Niere, Därme und die inneren Genitalien der nach einer Vorstellung im Hörsaal der TH verstorbenen Marokkanerin Yamina Abdel Yaliki (27) haben Ärzte der Pathologie der Hochschule nach einer von den Angehörigen nicht erlaubten Sektion entfernt und verbrannt. Diese ungeheuerliche Tatsache machte die Staatsanwaltschaft Aachen und der Anwalt des Ehemanns der Verstorbenen am Pfingstmontag in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt.

Zwei (!) Stunden nach dem Tod hatte die Sektion in der von Prof. Schoenmackers geleiteten Pathologie stattgefunden. Dabei wurden die genannten Organe entfernt und verbrannt. Ob dadurch die Feststellung der Todesursache erschwert oder unmöglich gemacht wird, könne noch nicht gesagt werden.

Unterdessen herrscht an der TH Aachen und ihren klinischen Anstalten große Unruhe. Vorstellungen von Patienten im Hörsaal wurden vorläufig von den Professoren gestoppt, weil die „Studenten sich nicht an die auch ihnen auferlegte ärztliche Schweigepflicht hielten."

Dazu ist zu bemerken: 1. Unter den gegebenen Umständen hätte die Sektion vom Gerichtsmedizinischen Institut ausgeführt werden müssen, die zur Klinik gehörende Pathologie war dazu nicht berechtigt. 2. Der Abstand von nur zwei Stunden zwischen Tod und Sektion ist absolut unüblich. Und 3. das Verschwinden der inneren Organe macht es zur Gewißheit: Hier sollte die Schuld von Prof. Reifferscheid am Tod der Patientin mit Hilfe seines Komplizen, des Pathologen, vertuscht werden.

Der Vorwurf der Professoren, die Studenten hätten die ärztliche Schweigepflicht verletzt, ist die Spitze der Unverfrorenheit. Sagen doch damit diese Herren ganz klar, wozu die „ärztliche Schweigepflicht" dienen soll: nicht dem Schutz des Patienten, sondern dem Schutz der Ärzte. ●

Genossen aus der Gruppe Gesundheitswesen in der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

„VOLKSKAPITALISMUS" –
„Der Arbeitnehmer muß kapitalistische Lustgefühle bekommen."
Veranstaltung der CDU in Köln
Im Bundestagswahlkampf 1972 schickte die CDU ihren Bundestagsabgeordneten Elmar Pieroth als „Arbeitnehmer-Experten" und Fachmann für „Vermögensbildung" auf Rundreise durch verschiedene Städte der
Danach kann jeder entscheiden, ob er „stiller Teilhaber" werden will, oder sein „Darlehen verzinst" zurück erhält.
Auch Pieroth scheint Anhänger der „Parität" zu sein, denn immer-
Fall beurteilen zu können. Noch während im Hörsaal diskutiert wurde, starb die Patientin auf dem Weg zum Operationssaal. Am nächsten Morgen mußte sich Professor Reifferscheid die Frage der empörten Studenten gefallen lassen:
● Warum kein Narkosearzt zur Überwachung der Patientin dagewesen sei,
● ob er wisse, daß der nächste Narkosearzt über 50 Meter (sogar 80 Meter, wie sich später herausstellte) entfernt sei.
● ob die Frau eines Arztes oder eines Rechtsanwaltes auch in einem solchen Zustand vorgeführt
zum Mittel der Zensur und ließen die dokumentation im Klinikgebäude und in der Hauptmensa, überall, wo sie noch aufzuspüren war, einsammeln.
Schon am gleichen Tag wurde vom Staatsanwalt eine Obduktion angeordnet und erste Kommilitonen als Zeugen über die Vorfälle verhört. Wir werden uns aber in unseren weiteren Arbeit nicht mit den Schritten des Staatsanwaltes zufrieden geben, sondern an diesem Fall die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesundheitspolitik und die Mundtotpolitik gegen alle, die sich für die Interessen der „Menschen zweiter Klasse" im Krankenhaus ein-
der inneren Organe macht es zur Gewißheit: Hier sollte die Schuld von Prof. Reifferscheid am Tod der Patientin mit Hilfe seines Komplizen, des Pathologen, vertuscht werden.
Der Vorwurf der Professoren, die Studenten hätten die ärztliche Schweigepflicht verletzt, ist die Spitze der Unverfrorenheit. Sagen doch damit diese Herren ganz klar, wozu die „ärztliche Schweigepflicht" dienen soll: nicht dem Schutz des Patienten, sondern dem Schutz der Ärzte. ●
Genossen aus der Gruppe Gesundheitswesen in der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

„VOLKSKAPITALISMUS" – „Der Arbeitnehmer muß kapitalistische Lustgefühle bekommen."

Veranstaltung der CDU in Köln

Im Bundestagswahlkampf 1972 schickte die CDU ihren Bundestagsabgeordneten Elmar Pieroth als „Arbeitnehmer-Experten" und Fachmann für „Vermögensbildung" auf Rundreise durch verschiedene Städte der BRD.

Pieroth selber ist Unternehmer eines Betriebes mit 1700 Arbeitern und Angestellten und gehört zur Garde der ‚jungen und dynamischen" Unternehmer, die nach immer neuen und raffinierteren Methoden zur Absicherung der Ausbeuterherrschaft im Betrieb suchen.

Was er im Wahlkampf sozial verbrämt an den Wähler brachte, das enthüllte er wesentlich offener Mitte Mai auf einer Veranstaltung der ‚Mittelstandsvereinigung' der Kölner CDU.

Im Mittelpunkt seines Referats standen Vorstellungen zur sogenannten „Vermögensbildung" und „Gewinnbeteiligung". Ziel hierbei müsse die Schaffung eines *„Volkskapitalismus" sein, als Alternative zum „Klima des modernen Klassenkampfs"*. (alle Zitate nach „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 17.5.74).

Das ideologische Ziel ist die partnerschaftliche Bindung der „Arbeitnehmer" an den Betrieb und an das „marktwirtschaftliche System". Dazu empfiehlt Pieroth *„eine offensive Sozialpolitik im Betrieb"* deren Absicht es sein muß, *„Glück und Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz für möglichst viele zu schaffen."*

Durch *„gleitende Arbeitszeit"* und die Zusammenfassung mehrerer Arbeitsgänge soll die *„Monotonie am Arbeitsplatz aufgelockert"* werden.

Pieroth weiß, daß dies noch nicht reicht, und empfiehlt die Schaffung „ökonomischer Anreize". Dadurch soll auf der einen Seite beim „Arbeitnehmer" das Gefühl, „Vermögen" zu bilden geschaffen werden, andererseits soll das Geld möglichst im Betrieb bleiben. Pieroth empfiehlt ein Vorgehen, daß er seit 1967 offensichtlich mit Erfolg praktiziert: die Hälfte seines Gewinns (nach seinen Angaben die Hälfte!) zahlt er an die 1700 Beschäftigten aus. Das macht für jeden jährlich 2000 DM. Dieses Geld liegt zunächst 5 Jahre für weitere Investitionen im Betrieb fest. Danach kann jeder entscheiden, ob er „stiller Teilhaber" werden will, oder sein „Darlehen verzinst" zurück erhält.

Auch Pieroth scheint Anhänger der „Parität" zu sein, denn immerhin „teilt" er seinen Gewinn mit seinen 1700 „Mitarbeitern". Wir wollen hier nur kurz folgende Rechnung aufmachen, die den sozialen Schwindel wohl kaum deutlicher machen kann: erhalten 1700 Arbeiter pro Jahr jeder 2000 DM „Gewinn", so erhält Pieroth im selben Zeitraum 3,4 Mio DM. Will nun ein Arbeiter auf dieselbe Summe kommen, die Pieroth in einem Jahr erhält, so muß er dafür 1700 Jahre arbeiten und darf sich dann – allerdings reichlich gealtert – dreifacher Millionär nennen. Nun ja . . .

Pieroth möchte mit solchen *„ökonomischen Anreizen"* ein *„Volk von Kapitalisten"* schaffen. *„Es ist wichtig, daß der Arbeitnehmer in den ersten Jahren kapitalistische Lustgefühle bekommt, dann spart er schon weiter."*

Er selbst praktiziert dies mit Erfolg: 86 % der Beschäftigten lassen das Geld im Betrieb.

So erreicht Pieroth einerseits, daß er unter dem Deckmantel „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" mühelos nahezu alles zur Steigerung des Arbeitstempos, zur Steigerung von Umsatz, Produktivität und damit Gewinn tun kann, (wodurch er allemal die Summe von den 14 %, die sich ausbezahlen lassen, übertrifft) ohne daß sich hiergegen größerer Widerstand in der Belegschaft regt, denn schließlich arbeitet ja jeder auch ein bißchen in die eigene Tasche.

Andererseits benutzt er das an den Betrieb gebundene „Vermögen der Arbeitnehmer", um damit zu investieren, auszubauen etc. und hält sich so seine eigene „kleine Gewinnhälfte" total für den Eigengebrauch frei.

Es geht ihm nichts flöten, sondern es kommt noch mehr rein. Das ist der Antrieb aller Pläne zur Vermögensbildung, die die Kapitalisten in vielerlei Variationen auf der Suche nach dem besten Plan zur Zeit durchspielen. ●

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Inhalt